DE KNIPSELKRANT



WEKELIJKS:

GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis ... he Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.



Kampagne Karl Marx, Erklärung Nr. 3

Im Laufe des 4. Novembers und des 5. Novembers 1985 haben die Kämpfenden Kommunistischen Zellen vier bedeutende Räuberhöhlen der Finanzoligarchie in diesem Land angegriffen und zerstört. Diese vier Interventionen reihen sich in den Rahmen unserer Kampagne Karl Marx ein, die mit der Aktion gegen INTERCOM eröffnet wurde.

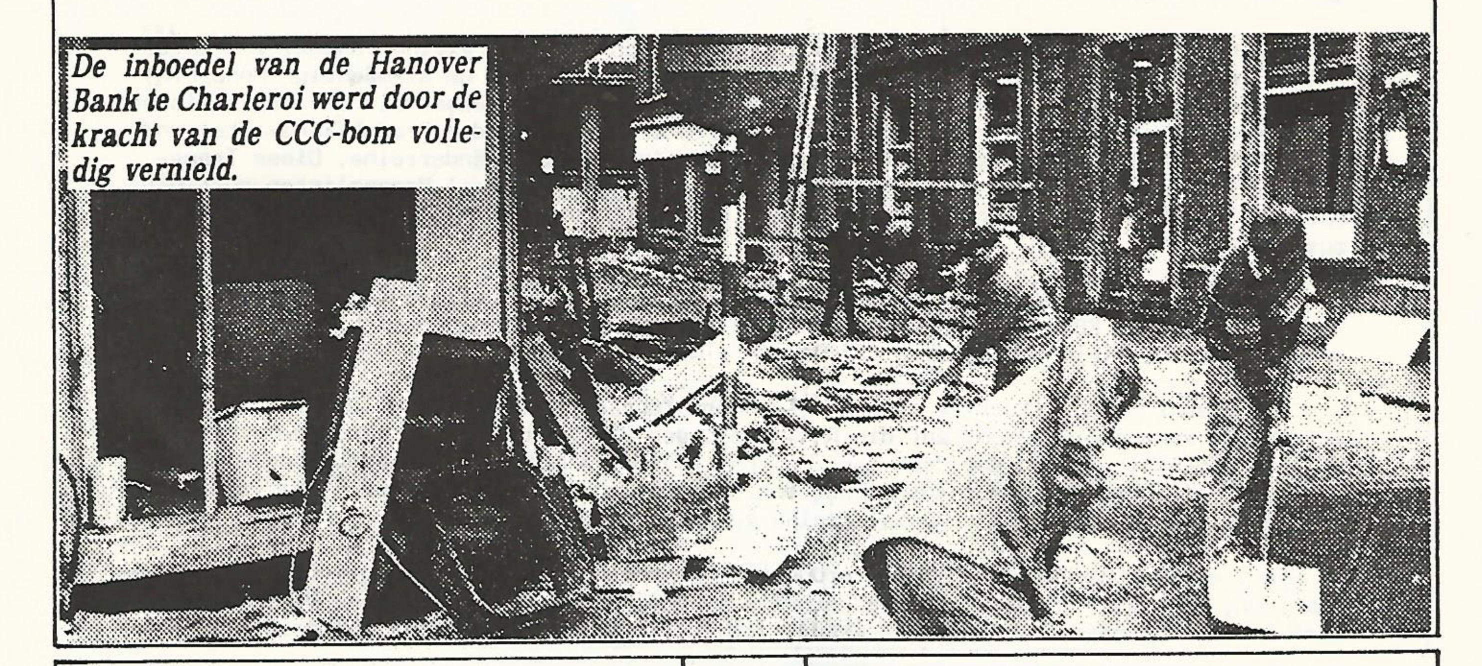
Unsere Zellen haben somit nacheinander angegriffen:

- am frühen Morgen des 4., einen der wichtigsten Sitze der Bruxelles Lambert Bank (BBL), erste Bank im Land mit 16,9% Bankaktiva auf nationalem Niveau (das sind 692 Milliarden) und einem Gewinn von 1,2 Milliarden Francs 1983. Die BBL bildet den Kern der Bruxelles Lambert Gruppe, der zweiten Holding in Belgien. Der anvisierte Sitz befindet sich in Etterbeek, Cours Saint-Michel.

- am Vormittag, einen Sitz der Société Générale de Banque (SGB), erste Bank im Land, sie beherrscht 24,4% des Bankaktiva (sind 1 002,2 Milliarden Francs) und hat 1983 einen Gewinn von 2,5 Milliarden erzielt. Die SGB ist ausserdem das Zentrum der Hauptholding im Land: der Société Générale de Belgique. Unser Angriff gegen die SGB wurde gegen den karolingischen Sitz, Boulevard Tirou geführt.

- am frühen Morgen des 5., die Geschäftsstelle der Manufacturere Hanover Bank (MHB), deren Mutterhaus die Manufacturers Hanover Trust, viertes Kreditinstitut in den USA, ist. Dieser Angriff ist ebenso in Charleroi, Quai de Brabant ausgeführt worden.

- am Nachmittag, den Sitz der Kredietbank (KB), dritte nationale Bank mit Bedeutung: 11,8% Bankaktiva (das sind 486,3 Milliarden Francs) und 1983 1,9 Milliarden Gewinn. Die KB steht im Mittelpunkt der von Almanij/KB/Crédit Général gebildeten Holding. Unsere Kämpfer haben das Zentrum der KB in Louvain, Place de Mgr. Ladeuzeplein zerstört.



De inboedel van de Hanover Bank te Charleroi werd door de kracht van de CCC-bom volledig vernield.

Die vier Anschläge der revolutionären Kommunisten im laufe dieser zwei Tage gegen die wichtigsten Zentren der Finanzoligarchie werden sie sehr hart zu spüren bekommen. Die Bourgeoisie, vor allem die Regierung Martens 6, mit ihrem arroganten Geschwätz, hat allen Grund, sich vor dem gerechten Zorn der Arbeiterwelt und ihrer politisch-militärischen Avantgarde zu fürchten.

Denn die Finanzoligarchie und ihr offensichtlichster Wirkungskreis, die Banken, sind von jeher und mehr noch in der Zukunft als sichtbare und objektive Feinde des Proletariats gekennzeichnet, als zentrale Elemente der imperialistischen Bourgeoisie, und werden als solche behandelt.

Seien es die Arbeiter in Süd-Luxemburg, die eine Niederlassung der SGB mit der Motorsäge zerstückeln, seien es die Lütticher Arbeiter, die den Sitz der BBL in ihrer Stadt besetzen, seien es die jungen Demonstranten des Marsches für Arbeit,die auf dem Weg ihrer Demos die Banken mit Steinen bewerfen und mit Parolen besprühen, seien es nochmals die karolingischen Proletarier, die mit Stahlseilen den selben Sitz der SGB, den die Zellen gestern morgen zerstört haben, absperren, es fehlt nicht an Beispielen...

Jedesmal, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich für die Verteidigung ihrer Arbeit, ihrer sozialen Errungenschaften für bessere Lebensbedingungen mobilisieren, finden sie sich direkt oder indirekt mit der Allmacht der Finanzoligarchie konfrontiert, die im kapitalistischen System die wirkliche Entscheidungsmacht hält. Die Holdings und Banken haben den Schlüssel zur Schliessung oder der Wiedereröffnung der Unternehmen in der Hand - und diktieren somit ihre Konditionen -, verwalten die Investitionen, wie sie es gemäss ihrer Interessen verstehen - das heisst gegen das Proletariat -, durch den Staat zwingen sie Restrukturierungsmassnahmen auf, das Sinken der "Lohnkosten", die Restaurierung der öffentlichen Finanzen, die Flexibilität, usw...

Bevor wir uns mit einer Elementaranalyse der Wichtigkeit der Finanzoligarchie im kapitalistischen System selbst befassen, wissen wir gewöhnlich, wie wir die Kosten dieser allmächtigen Verseuchung tragen, diesem typischen Produkt des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase.

Die Wirtschaftskrise, die die Arbeiterklasse in unserem Land immer schwerer erträgt, erstreckt sich im Schatten der Banken, der Holdings, der transnationalen Finanzgesellschaften: Belgien berechnet den höchsten Zinssatz pro Einwohner in der Bankenwelt, und auf der anderen Seite dieser Information muss man sagen, dass unter den hundert ersten internationalen Banken vier belgische sind, darunter diejenigen, die wir heute angegriffen haben. In diesem Land, dass auf dem Gipfel seiner imperialistischen Entwicklung steht, sind die Banken und Holdings die bedeutendsten Entscheidungs- und Führungszentren der Bourgeoisie. Sie sind heute zum notwendigen Räderwerk für das Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise geworden und können noch mehr an Wichtigkeit in der Zukunft dieses System gewinnen.

Lenin: "Je mehr die Banken sich ausdehnen und sich in einer kleinen Anzahl von Unternehmen konzentrieren hören sie auf, einfache Vermittler zu sein um allmächtige Monopole zu werden, die fast über die Gesamtheit des Kapitals-Geld der Gesamtheit der Kapitalisten und der kleinen Arbeitgeber verfügen, somit über den Grossteil der Produktionsmittel und der Rohstoffquellen eines bestimmten Landes oder einer ganzen Länderreihe. Diese Transformierung einer Masse von einfachen Vermittlern zu einer Handvoll Monopolisten ruft den essentiellen Prozess der Transformierung des Kapitalismus zum kapitalistischen Imperialismus ins Leben."

Mit Kraft muss man feststellen, dass dieser Prozess quasi vollendet ist, da die drei Grossen SGB, BBL, KB zusammen mehr als die Hälfte der Bankaktiva dieses Landes (55,1%)und mehr als dreiviertel der Guthaben (77,4%) vereinigen.

Was besagt diese Situation und was sind ihre Konsequenzen im aktuellen Kontext der Krise? Wir kommen hier nicht auf die Gesamtheit des Problems Krise zurück, die von Marx als eine Epoche, während der "man (periodisch) zuviele Arbeits- und Lebensmittel produziert, um sie als Mittel zur Ausbeutung der Arbeiter zu einer bestimmten Profitrate funktionieren lassen zu können", genialerweise zusammengefasst worden ist.

Ja doch, gewisse Aspekte dieser Überproduktion erscheinen als offensichtlich: "zuviele" Fabriken, "zuviele" Minen, "zuviele" Arbeiter, "zuviele" Landwirtschaftsprodukte, man darf nicht vergessen - und das ist wesentlich für eine reale und klare Annäherung an die

Wichtigkeit der Finanzoligarchie - dass es dort ebenfalls "zuviel" Kapital gibt.

Es ist in diesem Verständnis der Kapitalüberproduktion, im dem wir die kapitalistische Logik in seiner ganzen Pracht abschätzen können, und die reformistischen Jammerlappen heulen wegen "Fehlinvestition".
Einerseits: Oberakkumulierung von Profit, dem Gewinn in den Tresoren der Banken; andererseits: unaufhörliche Kapitalflucht aus diesen Industriesektoren (trotz der prächtigen Geschenke an Investoren durch Martens 5, die regionalen Exekutiven, usw).

Es handelt sich in keiner Weise um eine irre Perversion der Verwalter der Finanzoligarchien, nicht aufwertbares Kapital anzulegen, sondern um einen Widerspruch, der seine Grundlage in der Logik selbst der kapitalistischen Produktionsweise hat.

Die Basis dieses Widerspruchs ist in der Rationalität dieses Systems selbst: Profitgier, Aufwertung des Kapitals, Erpressung des Mehrwerts durch menschliche Arbeit.

Zu diesem Zeitpunkt der Produktion wertet diese Erpressung des Mehrwerts (das heisst das Arbeitsprodukt wird dem Arbeitgeber gratis zugestanden, der Teil der Arbeit, über den hinaus der durch das abgedeckt wird, was durch das Gehalt zurückerstattet wird) das Initialkapital auf, um neues, nächsthöheres Kapital zu formieren, das für eine neue Aufwertung disponibel und zwingend ist.

Und dieses Kapital sucht einen proportionellen oder zumindest gleichbleibenden Mehrwert zu realisieren. Da es höher ist, kann es sich nicht mit einem identischen Mehrwert in Bezug auf seine frühere Aufwertung zufrieden geben, weil das für sich ein Rückgang seines Profitsatzes sein würde. Seine Expansion ist daher seine Regel, seine Logik, seine Verpflichtung.

Ist es notwendig, daran zu erinnern, was Expansion für "unsere" Banken und "unsere" Holdings heisst? Nachdem sie die quasi totale Beschlagnahme der Wirtschaft gesichert haben, greifen sie massiv auf Mexiko, Brasilien, Zaire, usw. über.

Heute findet der Kapitalismus keine Expansionsmöglichkeit mehr: In geographischer Hinsicht ist sie beendet, da er die Gesamtheit des Planeten überdeckt, er hat sich der 24 Stunden des Tages bemächtigt und rentabilisiert, indem er sie für die Produktion/Konsum optimalisiert hat, er ist in Bezug auf alte Produktionsweisen (Handwerk, autark Produktion, usw.) hegemonisch. Oberall ist der Kapitalismus siegreich und damit hat er seinen historischen "Kontrakt" im Aufschwung der Produktivkräfte erfüllt, und er ist aufgerufen, mit dem Antritt der sozialistischen Wirtschaft überschritten und zerstört zu werden.

Der Kapitalismus hat keine Expansionsmöglichkeit mehr und der Zuwachs seiner Ausbeutungsbasis verringert sich permanent. Das ist die klassische Dynamik, aber ansteigend, die zu jedem Moment der Weiterentwicklung der Produktivkapazitäten dafür sorgt, dass der Anteil der menschlichen Arbeit sich unaufhörlich reduziert. Die Entwicklung der Maschinenherrschaft, heute der Roboter oder Informatik, "verjagt" mehr und mehr die menschliche Arbeit der Produktion, das heisst verringert mehr und mehr die Basis, auf der die kapitalistische Bourgeoisie den Mehrwert erpressen kann.

Beim Zusammentreffen dieser beiden Faktoren, die wir eben beschrieben haben, gibt es die aktuelle Krise des Finanzkapitalismus und des Kapitalismus im allgemeinen, und dass wir heute durch die generalisierte Verarmung der Arbeiterwelt leben ist nichts als der Versuch der Bourgeoisie, den Fristablauf dieser unerbitterlichen Dynamik zu verschieben. Die Politik, die hier seit 4 Jahren durch Martens 5 und demnächst 6, entwickelt wurde, diese gewalttätige und systematische Aggression gegen die Arbeiterwelt hat nichts mit irgendeinem unmöglichen "Aufschwung" zu tun, sondern zeigt nur ein Ziel: den von jedem Arbeiter gestohlenen Mehrwert zu erhöhen, um vorläufig zu versuchen, den Zusammenbruch des globalen Mehrwerts zu vertuschen. Dies, so dramatisch es für die Ausgebeuteten auch sei, ist für die Bourgeoisie ein simpler Aufschub, ein Versuch, die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus aufzuhalten, um den Fristablauf zu verzögern!

Was ist die Stellung des Finanzkapitals und seiner Bourgeoisie in der Politik der "Härte" angesichts der Unmöglichkeit, ihre Milliarden wie vorher ertragreich anzulegen?

1. Ab dem Moment, wo die traditionelle Basis dieser oder jener Finanzoligarchie nicht mehr erlaubt (also limitiert), ihr eigenes Kapital aufzuwerten, versucht sie zuallererst, diese Basis zu "restrukturieren": Das ist die klassische Vorgehensweise, die wir jeden Tag

erkennen, Schliessungen/ Wiedereröffnungen/ Restrukturierungen, die heutzutage die Dreieinigkeit der Bourgeoisie bilden. Dreieinigkeit, die jedes Mal für die Arbeiter und Arbeiterinnen durch Entlassungen und Rückgang des Reallohns abschliesst.

Diese "Restrukturierungen" von Pégard zu Pégard 2, von Boch zu Noviboch, den Kabelwerken von Charleroi zu CDC 2, ändern nichts an der Krise des Kapitals. Sie bewirken nur, sich einzuschränken und verstärkt die Ausbeutung der Arbeiter, sie tragen insgesamt nur dazu bei, den Kapitalismus in seinen Widersprüchen in die Enge zu treiben, seine Ausbeutungsbasis zu reduzieren.

2. Wie das Finanzkapital die Sektoren, die ihm in der Vergangenheit Vermögen gesichert haben verlässt, um die von einem anderen (Finanzkapital) besetzten Sektoren einzunehmen, mit dem Ziel, sie zu absorbieren, sie zu ruinieren... Diese erbitterte Entwicklung der Konkurrenz, die Kämpfe, die sich die Oligarchien schonungslos um die Kontrolle der Gewerbebereiche ihrer Konkurrenten liefern (wie bei Dupuis, zum Beispiel), verwendet dann den schamhaften Begriff der "Diversifikation". Ihre rasenden Schlachten, in denen das Faustrecht herrscht, haben als Resultat eine Modifikation ihrer Sektoren, das heisst, eine "Restrukturierung" auf Kosten der Arbeiter, sowie die Tendenz zur Monopolisierung der Anteile immer grösserer Wirtschaftsaktivitäten.

Unser Angriff gegen INTERCOM entlarvte auch die Monopolisierung der einträglichsten Sektoren, die Produktion und der Vertrieb von Energie, von dem die Holdings SGB und GBL



die Quasi-Gesamtheit kontrollieren.

3. Aber diese "inter-kapitalistische" Konkurrenz ist in sich mehr und mehr limitiert, wie auch praktisch beendet und deshalb entwickeln die Oligarchien jetzt und immer weiter spekulative unproduktive Tätigkeiten: Versicherungen, Kredite, Börsengeschäfte, Devisenmärkte wie beispielsweise den US Dollar, usw... Diese Dynamik hat zur doppelten Konsequenz die verstärkte Vermehrung der durch die Banken und Holding zurückgehaltenen Kapitalmassen, gleichzeitig limitiert sie die Basis zur Gewinnung des Mehrwerts, da sie sich ausserhalb der Produktivsektoren befindet.

4. Schliesslich, und das ist die Tendenz, die wir am einfachsten wahrnehmen, die Bourgeoisie verfolgt die Gewinnung eines maximalen Mehrwerts auf der Basis der Ausbeutung der Arbeiterwelt,

- entweder durch Kürzung der Reallöhne, indem man sie beispielsweise blockiert, während die Preise steigen, oder auch, indem man den Index fälscht (Champion Eyskens!). Auf diese Art ist das Haushaltseinkommen also um 10 bis 13% in vier Jahren gesunken.

- oder durch "rationalisieren" der Arbeitszeit, das heisst indem der Arbeitsanteil erhöht wird, der der Arbeitgeberschaft durch staatliche Interventionen im "Arbeitskreislauf" gratis zugebilligt wird, finanziert durch die realisierten Abzüge bei den Gehältern, den Pensionen, der Sozialversicherung, usw...

Dies zeigt, dass sich der Staat immer mehr den punktuellen Erfordernissen der Finanzoligarchie fügt: Dank Steuern und anderer Pflichtbeiträge zahlt er ungeheure Zinsen auf seine Schulden an die Banken (Viertausendachthundert Milliarden), er finanziert unnütze oder für die Bevölkerungsinteressen nachteilige Aktivitäten, die nur zur Realisierung von Superprofiten günstig sind: Rüstungsverträge, "öffentliche" Arbeit der Schwertransporte für Pendlerdienste, usw...

Zusammenfassend, was bedeutet das alles für uns? Das, was wir konkret jeden Tag leben: Steuererhöhung, Preissteigerung, Rückgang der Reallöhne, Arbeitslosigkeit, Rückgang und Verlust der sozialen Errungenschaften...

Aber wir müssen in unserer Analyse noch viel weiter gehen, weil wir sie nicht auf die Situation in unserem Land begrenzen dürfen. Die durch die kapitalistische Produktionsweise induzierte beklagenswerte Konjunktur als Ausdruck ihrer historischen Entwicklung ist selbstverständlich auf Weltniveau noch viel schlimmer:

Zuerst die Konkurrenz, da jedes Land versucht, seine Importe zu senken und seine Exporte zu erhöhen, das gilt sowohl für die Banken wie für andere Sektoren: "Das, was den Frühkapitalismus kennzeichnete, war der Warenexport. Was den gegenwärtigen Kapitalismus kennzeichnet, in dem die Monopole regieren, ist der Kapitalexport." (Lenin).

- auf industriellen Gebiet, charakterisiert durch immer härtere Exportschlachten und wo Grossverträge nicht nur die Industriellen mobilisieren, sondern auch den gesamten Staatsapparat in ihren Dienst stellen.

- auf finanziellem Gebiet, ausgedrückt durch die Jagd auf profitable Investitionen, auf saftige Spekulationen, auf Darlehen zu Zinssätzen, deren Bilanz in ihrer so brüchigen wie anarchischen Organisation des internationalen Währungs- und Finanzszstems standhält.

Konkret trägt diese Umstellung der internationalen Konkurrenz auf Weltniveau stark zum Ansteigen der internationalen Spannungen bei. Das in der Nachkriegszeit mühsam errichtete Gebäude bricht zusammen. Die USA und Europa können sich auf die Dauer nur noch wegen Verträgen oder Sektoren angreifen (Stahlrohre, sibirisch Gasleitungsvertrag, Weizenkrieg..) USA und Europa finden sich aufgrund ihres kommerziellen Defizits mit Japan konfrontiert. In der EG, dem Organismus, der damit beauftragt ist, ein wenig Ordnung in dieses Chaos zu bringen, und dies zum Profit des US-Imperialismus, vervielfachen sich die Konflikte: Fischereikrieg Frankreich/Spanien, Weinkrieg Frankreich/Italien... Zwischen Ost und West verschärft die geringste Veränderung der geopolitischen Beziehungen, die eine Vergrösserung des Marktes für den einen und automatisch eine Verkleinerung für den anderen bedeutet, die Widersprüche zwischen den Parteien und trägt zur Tendenz zum Krieg bei...

Im Bereich der Dritten Welt mündet die gegenseitige Oberbietung der Finanzmomopole auf

der Suche nach rentablen Investitionen, die auf der organisierten Verarmung dieser Länder basieren, im Inferno der Schuldenverwicklungen, weil, und wir zitieren nochmals Lenin, "Solange der Kapitalismus der Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuss nicht dazu benutzt, den Lebensstandard der Massen in einem bestimmten Land zu erhöhen, denn daraus würde eine Profitminderung für die Kapitalisten resultieren, sondern dazu, diese Profite durch den Kapitalexport ins Ausland, in die unterentwickelten Länder, zu erhöhen."

Dieses Wettrennen um Investitionen, um Kredite, schliesst für diese uns mehr oder weniger nahen Länder (von Polen über Nigeria bis Brasilien) mit einem Halseisen ab, das den Namen internationaler Währungsfond trägt. Mexiko ist mit 96 Milliarden US Dollar verschuldet, Verpflichtungen, unter den es 90 Milliarden belgische Francs an in unserem Land ansässige Banken schuldete. Argentinien ist mit 48 Milliarden US Dollar verschuldet, davon dutzende von Millionen gegenüber der Manufacturers Hanover Bank, einer Filiale der Manufacturers Hanover Trust, die sich auf Krediten, die sich auf 370 Milliarden US Dollar belaufen, eingelassen hat. Polen verdankt ebenso einen Teil seiner Schwierigkeiten, seiner Unfähigkeit, die 28 Milliarden US Dollar Schulden an seine Gläubiger zurückzuzahlen, unter denen sich die Kredietbank befindet. Zaire, wo die Fühler der Société Générale de Banque : Finoutremer, usw... rücksichtslos herrschen.

Für all diese Länder, die derzeit in die verrückte Spirale des Kreditaufnehmens eingebunden sind, um lediglich die Zinsen für ihre Schulden zahlen zu können, hören die Widersprüche intern wie auf internationalen Niveau nicht auf, sich zu verschärfen, indem sie ebenso zum Verfall des prekären Gleichgewichts der imperialistischen Ordnung beitragen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Genossen,

Wir haben am 8. Oktober die Kampagne Karl Marx begonnen. Dieses Datum fällt auf einen ausgesprochen betrügerischen und schändlichen Moment des kapitalistischen Systems in unserem Land: die "Wahlen" über die sich die Diktatur der Ausbeuter das Alibi der Repräsentativität verschafft. Die Ergebnisse von diesem Zirkus, den wir entlarvt haben, bestätigen unsere Analyse: Die Wahlprogramme der verschiedenen Bewerber haben überhaupt keinen Sinn mehr. Und mit Hilfe von Millionen, in politisches Marketing gepulvert, benutzen FEB und Martens 6 die Demokratie als Rückenschild, indem sie auf dem absoluten Mangel an Alternativen thronen, einem historisch absoluten Mangel der Sozialdemokratie, deren Programm hohl wie ein Bambus ist!

Die Krise hat ihre Wurzeln im kapitalistischen System und einzig der definitve Umsturz der Produktionsweise wird dem ein Ende setzen. Jeder Versuch der Bourgeoisie, hier zu heilen - und das lässt sie uns teuer bezahlen - bewirkt nur die Verschlimmerung der Krise, global und auf immer nähere Sicht gesehen. Die sogenannten Alternativen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise können daran nichts ändern. Das Finanzkapital, privat oder staatlich, gehorcht dem selben Gesetz, dem des Profits, unter der Strafe eines noch unmittelbareren Bankrotts. Die volontaristische (und elektoralistische) Politik der französischen Sozialdemokratie Anfang 82 hat nur zu einer Stärkung des multinationalen Kapitalismus auf Kosten des französischen Kapitals geführt. Der künstliche neue Aufschwung (wie ihn die PS für den Aufschwung des Binnenmarktes fordert) hat in Frankreich seine Absurdität gezeigt, selbst wenn er für die Arbeiter vorübergehend weniger penibel ist als die Strenge, des "Tempo".

Heute führt jede Bewegung eines Teils der Bourgeoisie, um die Krise zu bremsen, und dies auf nationalem wie internationalem Niveau, zur Schwächung der anderen Teile und ebenso zur globalen Schwächung des Systems. Es ist das Bild von Komplizen, die in Treibsand geraten, alle darin versinken, dadurch, dass jeder versucht, auf den Kopf des anderen zu klettern.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Genossen,

Die Bourgeoisie und ihre Lieblinge haben Schiss vor der Kontinuität und der Entwicklung unseres Kampfes und erzählen jeden Unsinn über den Kampf der Revolutionäre. Während sie die Unverschämtheit besitzen, den Kampf der kämpfenden Kommunisten für "selbstmörderisch und hoffnungslos" zu erklären, zeigen die Fakten und die Analyse ihres degenerierten und korrupten Systems, dass der einzige Selbstmord der Menschheit im Fortdauern des kapitalismus besteht, Synonym für Krisen, Verarmung, permanente Kriege, Arbeitslosigkeit... während der Sozialismus die einzige historische Alternative für die Welt der Arbeit ist.

In diesem Sinne, mit diesem Verständnis haben wir zu Beginn der Kampagne Karl Marx die

Parole zum Boykott der bürgerlichen Wahlen ausgegeben. Es ist eine verzweifelte Haltung, selbst auf eine "Leck-mich-am-Arsch-Art" mit den von Bankiers oder Verwaltungsräten von Holdings ausgearbeiteten Szenarios zu kollaborieren.

Seine Verweigerung zu verstehen zu geben, ist ein erster Schritt, aber sicherlich für den Fortschritt ungenügend. Die unorganisierte Verweigerung ist auf keinen Fall eine Lösung für sich, das was wir jetzt brauchen, ab sofort, ist eine Strategie des revolutionären Kampfes, die die Welt der Arbeit in ihren Krieg gegen den Kapitalismus führt. Das was wir brauchen, um zu einer neuen Gesellschaft aufzubrechen, das was wir brauchen, um zu siegen, heisst, uns als Klasse unter der Führung des Marxismus/Leninismus zu organisieren.

Wir müssen uns für die Zerstörung, Vernichtung bürgerlicher Macht organisieren, wir müssen ihr für immer jegliche Macht zur Entscheidung über unser Leben und den Weltmarkt entreissen. Die Welt der Arbeit muss eine absolute Macht, ohne jegliche Blossstellung über die Entwicklung der Menschheit erringen. Wir müssen die Diktatur des Proletariats erringen.

Die Kräfte der Arbeiterklasse müssen ohne Unterlass verstärkt und entwickelt werden, an ihrer Einheit als Klasse für sich gearbeitet werden. Die proletarische politische Identität muss im Kampf leben, unsere Solidarität, und unsere Organisation muss sich entwikkeln. Alle kämpferischen Arbeiter, in welcher Isolation sie sich auch befinden mögen, müssen sich die Frage nach der Konstruktion der Kämpfenden Organisation der Proletarier stellen.

Die von den Cellules Communistes Combattantes dieser Tage in Charleroi, Brüssel und Louvain ausgeführte Offensive zeigt den durch die Guerilla in unserem Land verwirklichten Fortschritt. Der Sieg, den unsere Kämpfer errungen haben, zeigt die taktische Übereinstimmung unseres Kampfes, seine immensen Möglichkeiten, es noch besser und noch mehr zu machen! Wir müssen diese Kraft begreifen, sie betonen, sie auf allen Ebenen verstärken!

Der harte Schlag, zu Beginn dieser Kampagnen, die den Namen des unsterblichen Führers des Weltproletariats trägt, gegen die Finanzoligarchie, ist nur ein Zeugnis unter vielen, für den Anbruch des Prozesses der definitiv die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hinwegfegen wird!

GEGEN DEN KAPITALISMUS UNS SEINE KRISE DEN BÜRGERKRIEG !

VORWÄRTS ZUM AUFBAU DER KÄMPFENDEN ORGANISATION DER PROLETARIER !

Organisieren wir uns und schlagen wir ohne Unterlass zu !

VORWÄRTS ZUR KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION !

ALLE MACHT DEN ARBEITERN !

Cellules Communistes Combattantes

für den Aufbau der Kämpfenden Organisation der Proletarier.

Morgen
5-12-85

Gisterenvoormiddag iets na halftwaalf leerde ook Antwerpen de CCC kennen. Een doffe knal vernielde het gelijkvloers van het flatgebouw aan de Van Eycklei, waar de Bank of America gevestigd is. Stipt een half uur voordien had een onbekende man een koffertje in de hall aan een radiator vastgeketend, waarna hij een hoopje pamfletten op de balie legde en verdween. Het duurde ettelijke kostbare minuten vooraleer het personeel doorhad dat het om CCC-pamfletten ging, zodat erg laattijdig alarm werd geslagen. Toch geraakte iedereen nog bijtijds geëvakueerd en werd een ware ramp vermeden. De aanpak getuigde weer eens van een aan roekeloosheid grenzende durf, de schade is typisch voor CCC-aanslagen: geen gewonden, maar een enorme ravage.

Veel materiële schade bij bomaanslag in Bank of America

ENKELE minuten na elf stapte een goedgeklede, slanke jongeman van ongeveer 25 jaar en 1,85 m groot, het Antwerpse filiaal van de Bank Of America aan de Van Eycklei 34 binnen, één van de prestigieuze leien rond het Stadspark. De buurt is traditioneel goed bewaakt, gelet op het hoge aantal joodse bewoners en financiële handelaars en gelet ook op de nabijheid van het eigenlijke diamantcentrum. De man, die witte handschoenen droeg, had een bordeauxkleurig koffertje bij zich, dat hij ongezien met een ketting aan een radiator in de hall ketende. Daarna legde hij een hoopje pamfletten op de balie en verdween weer naar buiten. Hij reed weg met een rode FIAT 127 in de richting van de Plantin en Moretuslei, zo vertelden getuigen nadien, een snelle en brede uitvalsweg die ondermeer een afrit heeft naar de Ring.

De aanwezige receptioniste, die van het koffertje niks had gezien, besteedde eerst geen aandacht aan de pamfletten. Pas ongeveer een kwartier later ging ze de pamfletten bekijken en zag ze de bekende CCC-waarschuwing, waarop ze ijlings haar chef verwittigde. Die schakelde het alarm in, aangesloten op een privébewakingsmaatschappij die op haar beurt het noodnummer 906 waarschuwde. Pas om 11u27 werden politie en brandweer effektief gewaarschuwd. Eén minuut later waren de eerste agenten aanwezig, werd het vastgeketende koffertje opgemerkt en hielpen de politielui onmiddellijk met de ontruiming, die intussen begonnen was. Iedereen ging snel naar buiten, ook het personeel van de verzekeringsmaatschappij Uranus-Helvetia die vlak naast de bank is gevestigd en de omwonenden geraakten weg. De brandweer kwam haast gelijktijdig ter plaatse en kon zich nog ternauwernood terugtrekken vóór de ontploffing, die om 11u37 plaatsvond.

Onmiddellijk werd de hele buurt afgezet en kwamen ook rijkswacht en ambulancediensten ter plaatse. Twee voorbijgangers dienden in shocktoestand naar het ziekenhuis gevoerd: een vrouw van 83 jaar en een autobestuurster. Een jonge vrouw werd door glasscherven licht aan de voet gewond en eveneens weggebracht. Later zou blijken dat nog een vijftal omwonenden verzorgd moesten worden voor snijwonden door het vallende glas.

Nationaal alarm

Onmiddellijk na de ontploffing werden de Antwerpse uitvalswegen door de ordediensten hermetisch afgegrendeld, enkele minuten nadien (11u44) werd alarm geslagen over het hele land. De rode Fiat, die een geschrapte nummerplaat bleek te dragen, werd onmiddellijk opgespoord, maar tot gisterenavond zonder resultaat. Nadien raakte ook bekend dat diezelfde auto vorige week aan de NATO-gebouwen in Brussel werd gesignaleerd. Even heerste er opwinding toen bekend werd dat een Rode Fiat opgemerkt en achtervolgd werd in Herent en Sint-Stevens-Woluwe. Maar het bleek niet om de gezochte wagen te gaan.

Aan de Van Eycklei zelf werd het een lang en bang wachten: men vreesde eerst een tweede ontploffing, omdat het gerucht liep dat er misschien wel een tweede koffer binnen stond. De bewoners van de omringende flats werden in elk geval geëvakueerd, wie niet voor eigen opvang kon zorgen kon terecht in een sociaal dienstgebouw in de Van Immerseelstraat. Daar zaten op een bepaald ogenblik twintig mensen.

De ontmijningsdienst DOVO was intussen om half één ter plekke gekomen en liet de 'robot' onmiddellijk het gebouw van de bank binnen en buiten onderzoeken. Maar dat bleek geen uitsluitsel te geven, zodat om halftwee twee mensen van DOVO één na één in speciale beschermingspakken zelf een kijkje gingen nemen in de bank. Voor het gebouw stonden drie wagens geparkeerd die door de explosie zwaar beschadigd werden, en toen bekend werd dat één van deze wagens, een witte Peugeot 205, in Zaventem gehuurd was, nam men geen risiko's: de wagen werd deskundig opengeblazen maar bleek 'onschuldig'.

Nadien duurde het nog urenlang voordat het alarm rond de Van Eycklei afgeblazen werd: DOVO wou geen risiko nemen, de straat bleef nog de hele nacht potdicht voor alle verkeer.

's Namiddags werd ook nog (vals) bomalarm geblazen bij de Diamantbank, die in de buurt gevestigd is. De bank had echter zelf al voorzorgsmaatregelen genomen en bij alle uitgangen extra-bewaking gezet, zodat het gebouw niet ontruimd werd.

De eigenlijke schade aan het acht verdiepingen tellende gebouw van de Bank of America, waar alleen maar kantoren gevestigd zijn, bleek enorm: de achterkant van de benedenverdieping is weggeblazen, er is een fikse bomtrechter en het hele gelijkvloers is volledig vernield. In de buurt sneuvelden talloze ruiten, maar het feit dat de 'knal' kon weggalmen over het Stadpark maakte de ravage niet nog groter. (MR)

De Morgen - Donderdag 5 december 1985

Opgepast, dit is een revolutionnaire aktie van de Strijdende Communistische Cellen tegen de zetel van de Bank of America

Voor uw veiligheid.

VERLAAT

onmiddelijk de Bank of America gebouwen. De vernieling zal 30 minuten na de interventie van onze militanten plaatsgrijpen. Ontruimt de Van Eycklei en komt in ieder geval niet aan onze lading.

CELLULES COMMUNISTES COMBATTANTES
CCC

Bank of America: één der grootsten

DE Bank of America is momenteel de grootste der Amerikaanse banken met in totaal 88 miljard dollar aan deposito's (balans 84). Ook op de wereldranglijst stond ze in 83 nog op de eerste plaats maar sedertdien hebben 3 Japanse banken haar voorbij gestoken.
Ze werd destijds in San Francisco aan de Amerikaanse westkust opgericht door Gianini, een Amerikaan van Italiaanse afkomst. Bank of America heeft vandaag nog steeds Californië, zoals bekend ook de politieke rhuishaven van president Reagan, als bakermat.
In België heeft de bank twee filialen, nl. in Antwerpen en Brussel. Zoals de meeste in België gevestigde Amerikaanse grootbanken werken ook deze twee filialen van de Bank of America in hoofdzaak voor rekening van multinationals en minder met het grote publiek.
De bank heeft dit jaar af te rekenen met aanzienlijke verliezen en heeft om die reden in de financiële sektor terrein moeten prijs geven aan haar voornaamste konkurrent, de Citicorp uit New York. De gouden jaren voor Bank of America eindigden grosso modo met vertrek van president Clausen die nu al enige tijd voorzitter is van de Wereldbank.
In België telt de bank momenteel nog zowat 200 personeelsleden nadat er vorig jaar 70 man werd afgedankt. (WDB)



Wachten op opeising of nieuwe bom ?

De Morgen - Donderdag 5 december 1985

BRUSSEL. - Onwaarschijnlijk lijkt het wel, maar het is waar. De aanslag te Antwerpen op de Bank of America is reeds de 26ste bomaanslag in de CCC-rij. Sinds de CCC een rustperiode nam na de dramatische één mei aanslag op het VBO-gebouw waarbij twee dode brandweerlui te betreuren vielen, zijn er nu alweer 10 aanslagen achter de rug.

EEN en ander kadert in de campagne 'Karl Marx', die de CCC op de tonen van een kermisachtige versie van de Internationale aankondigde ter gelegenheid van de aanslag op Sibelgaz op 9 oktober '85.

Twee benen

Sindsdien wandelt de CCC op twee benen. Enerzijds een zelf geplande reeks van akties, die kaderen in de genoemde 'Karl Marx'-campagne; anderzijds een tweede front, onder de naam 'Pierre Akkerman' campagne, waarmee de terreurgroep wil inspelen op gebeurtenissen uit de aktualiteit.

Vredesbetoging

In deze tweede campagne kaderden de beide aanslagen naar aanleiding van de vredesbetoging (aanslag op CNAPD-leider Galand en het informatiecentrum van het leger te Namen), maar ook de aanslag op het Amerikaanse elektronikabedrijf Motorola, net op het moment dat president Reagan zich eventjes in Belgische NATO-kringen ophield.

De dubbele aanslag op Fabrimetal en het belastingskantoor te Charleroi en dus ook de aanslag op Sibelgaz werden door CCC akties in het kader van de campagne 'Karl Marx' genoemd.

Daarna kwamen vier banken aan de beurt op twee waanzinnige dagen tijd. De reeks van vier aanslagen werd later in één pamflet opgeëist.

Lange reeks ?

Het heeft er alle schijn van dat de CCC, met de aanslag op de Bank of America van gisteren, haar Karl Marx campagne wil voortzetten. Intussen werd er echter nog geen opeisingspamflet gevonden. Betekent dit dat de aanslag alweer de eerste in een lange reeks wordt ? (PP)

CCC-aanslag: bank belde de politie pas na een kwartier

De Morgen 6-12-1985

ANTWERPEN.- Niet de receptioniste van de Bank of America in Antwerpen, maar de oversten zélf waren verantwoordelijk voor het feit dat de politie pas een kwartier ná afgifte van de CCC-pamfletten gealarmeerd werd. De chefs verkozen eerst het eigen gebouw te ontruimen. Eén alarm werd gegeven door buren. Het 'eigen' alarm vertrok via de telefoon... in een naburig café. Dat blijkt uit het door het Antwerpse parket nauwkeurig gekontroleerd tijdsgebruik van alle betrokkenen.

De Antwerpse prokureur Van Hoeylandt riep gisteren, in aanwezigheid van burgemeester Cools en enkele politiechefs, de pers opnieuw bijeen, omdat naar zijn mening in diverse bladen de rol van de politiediensten al té negatief in de verf werd gezet.

'Onze mensen wisten pas tien minuten vóór de ontploffing, dat er CCC-pamfletten gevonden waren', zo stelde hij. Een en ander blijkt het gevolg te zijn van de 'vergetelheid' van de bankoversten om meteen politie-alarm te slaan. Door de speurders werd, na ondervraging van alle betrokken personen volgend tijdsschema opgesteld, waaruit onthutsende konklusies kunnen getrokken worden.

- Iets na 11 uur: De receptioniste van de Bank of America aan de Van Eycklei 34 ziet een onbekende de pamfletten op de balie leggen. Ze neemt de papieren en gaat er mee naar haar diensthoofd. Het is niét duidelijk of ze de pamfletten onmiddellijk bekeken heeft. Op dat aspekt kon of wilde de prokureur niet dieper ingaan.
- 11u07: Het diensthoofd gaat naar zijn direkteur op de vijfde verdieping. Die is echter in vergadering, zodat de man een verdieping hoger moet. Ondertussen worden wél alle verdiepingen gewaarschuwd en begint de ontruiming van het bankgebouw. De bankinstelling beschikt immers over een regelmatig geoefend evakuatieplan. Ook het belendende verzekeringskantoor Uranus-Helvetia, op huisnummer 35, wordt gewaarschuwd.
- 11u17: Bij de bewakingsfirma Monitor in Wilrijk loopt een melding binnen van... de verzekeringsfirma Uranus-Helvetia. Het gaat om een *brandalarm*.
- 11u18: Vanuit café Camille aan de Jacob Jordaensstraat belt een kaderlid van de bank naar het politie-alarmnummer 906 met de melding: 'Bomalarm van de CCC. Het gebouw is al ontruimd'. In die oproep werd niét gezegd dat er effektief CCC-pamfletten gevonden waren. 'Een oproep dus, zoals wij er sinds de CCC-psychose elke dag verschillende krijgen in Antwerpen en waarvoor niét meteen het grote alarm wordt ingeschakeld', aldus de prokureur. De melding op nummer 906 wordt beëindigd om 11u20. De politieverantwoordelijke waarschuwt onmiddellijk de rijkswacht en stuurt een patrouillewagen ter plaatse.
- 11u22: De Antwerpse brandweer meldt 'brandalarm ontvangen te hebben voor de Van Eycklei 35'.
- 11u25: De patrouillewagen arriveert aan het bankgebouw, ongeveer gelijktijdig met de brandweer, die overigens nog altijd denkt dat het brandt *in nummer 35* het verzekeringskantoor dus. De agenten gaan het bankgebouw binnen, niét wetend dat het al ontruimd is. Om 11u27 zien de agenten de bomkoffer in de hall staan en beseffen de ernst van de zaak. Onmiddellijk worden de brandweerlui gewaarschuwd zich ook terug te trekken. Tegelijk beginnen de hulpdiensten met de evakuatie van de omliggende flatgebouwen op de Van Eycklei. Enkele agenten proberen ook de Van Eycklei voor alle verkeer af te grendelen, wat volgens sommige getuigen niet al te best lukt. Pas om 11u29 komt de politie via personeelsleden van de bank te weten dat er effektief CCC-pamfletten werden gevonden.

Explosie

In die korte tijdsspanne van een kleine tien minuten tot de explosie, moet dus de hele evakuatie en verkeersafleiding gebeuren. Tegelijk denken de agenten dat ze nog minstens een kwartier hebben, rekenend vanaf het 906-alarm om 11u18. Om 11u36 waarschuwt de rijkswacht de Generale Staf.

- 11u37: De bom ontploft.

Zeven minuten later wordt nationaal alarm afgekondigd, vijftig minuten later is ook de ontmijningsdienst DOVO ter plaatse en wordt, zoals bekend, vruchteloos gewacht op de explosie van een vermeende tweede bom.

'Uit deze gegevens', aldus de prokureur, 'blijkt dus duidelijk dat de politiediensten slechts een tiental minuten hadden om de nodige voorzorgsmaatregelen te treffen'.

Kommissaris Dyck van de Opsporingsdienst voegde daaraan toe: 'Toen we de bom zo kort na het binnenkomen van het alarm hoorden exploderen, waren we ervan overtuigd dat de CCC'ers zich niet aan het 'gewone' half uur hadden gehouden en dat er verschrikkelijk veel slachtoffers zouden zijn. We waren verbaasd en opgelucht toen ter plaatse bleek dat iedereen bijtijds geëvakueerd was'.

Op de vraag waar dan de verantwoordelijkheid moest gelegd worden, antwoordde de prokureur: 'Dat behoort niet tot mijn taak. Het hele onderzoek is gecentraliseerd op het parket van Brussel'.

Marc RUYTERS

Voorlopige schuilplaats in Antwerpen?

Gaz.v.Antw. 5-12-1985

De terroristen worden alsmaar stoutmoediger, stipte men bij de gerechtelijke politie van Brussel aan. In die kringen was men gisteren niettemin opgetogen omdat het algemeen politie-alarm, dat nu door de generale staf van de rijkswacht te Brussel wordt medegedeeld, zo vlug werd afgekondigd.

Te Brussel houdt men het voor mogelijk dat de CCC hun cellen hebben vermeerderd en meteen ook het aktieterrein zouden kunnen verleggen.

Anti-terreurspecialisten uit de hoofdstad gaan ervan uit dat de daders mogelijk in Antwerpen een schuilplaats hebben gevonden na de aanslag. De terroristen weten immers maar al te goed, dat onmiddellijk na een terreurdaad, de politie wegversperringen opwerpt en kontroles uitvoert. Vandaar dat ze wellicht in de buurt van de Amerikaanse bank een onderkomen vonden, tot wanneer dan de waakzaamheid van de speurders ietwat is afgenomen. Sommige Brusselse politie-ambtenaren uit de hoofdstad geloven niet dat de terroristen na het plegen van een aanslag, het risico nemen om zich nog een uurtje of zo met de auto te verplaatsen.

Ook bij de gerechtelijke politie liet men verstaan dat de CCC een doelwit heeft gekozen waar er minder politiebewaking was.

CCC-pamflet: 'We zijn op de goede weg'

GENT.- De CCC dropten gisterochtend op verschillende plaatsen een 5 bladzijden lang pamflet, waarin uitvoerig het waarom van de recent uitgezochte doelwitten uitgelegd wordt. Het origineel pamflet werd in Bergen teruggevonden, maar ook in brievenbus van onze redaktie stak een kopie.

In de inleiding staat: 'Op 4 december '85 hebben de CCC de Bank of America in Antwerpen aangevallen en vernietigd. De Bank of America is de tweede belangrijkste bank op wereldvlak en één der pijlers van het imperialisme. Onze meest recente aktie was dan ook, na de strijd tegen Infosermi, de pacifistische direktie en Motorola, de vierde in de 'Campagne Pierre Akkerman', ter bestrijding van het burgerlijk militarisme en het kleinburgerlijk pacifisme'.

Verder stellen de CCC dat ze 'sinds het begin van onze strijd geopteerd hebben om de strijd op een geordende wijze te leveren door het uitstippelen van enkele duidelijke campagnes, die toelaten systematisch doelwitten uit te kiezen en aan te tasten in de gewapende strijd voor het kommunisme'.

De CCC hebben het verder ook nog over de 'vooruitgang in onze strijd': 'Na de top van Genève tussen twee super-imperialistische machten, is Reagan in Brussel langsgekomen om zijn medeplichtigen in te lichten en nog wat rotzaken te regelen met de goedkeuring van Martens VI. En wie was daar ? De CCC en hun politiek-revolutionaire, marxistisch-leninistische idealen. Strijdvaardig, de wapens in de hand !'

'Dat in tegenstelling tot de kleinburgerlijke pacifisten ende reformisten: PC, PTB, POS en anderen die zich beperken tot holle slogans maar verder niets ondernemen'.

'We hebben aangetoond hoe we met onze kleine organisatorische middelen zware klappen kunnen uitdelen aan het imperialisme. En alhoewel we niet kunnen en niet willen ontkennen dat er ook behoefte is aan heelwat zelfkritiek, is daarmee bewezen dat de vijand wel degelijk kan aangevallen worden en dat we hem zware klappen kunnen toedienen in ons revolutionair offensief en ons gevecht voor de menselijke waardigheid, tegen de uitbuiting, de onrechtvaardigheid en de miserie. Laat ons niet aan misplaatst triomfalisme doen, maar we zijn op de goede weg', aldus het (franstalig) pamflet van de CCC.

Mogelijk keerden terroristen met trein terug

Schuilt CCC in Brusselse universiteit ?

Gaz.v.Antw. 6-12-85

Eens te meer zijn de CCC-terroristen kunnen ontsnappen, ondanks een zeer snel opgevolgd algemeen politiealarm. De anti-terreurspecialisten in Brussel kunnen weer niet anders dan gissen naar de werkwijze en de schuilplaats van de CCC'ers.

Vooreerst sluit men in Brusselse gerechtelijke kringen niet uit dat de CCC'ers terstond een Antwerps onderduikadres opzochten. Want de guerrillagroep weet maar al te goed, dat na een bomaanslag de politie alle hens aan dek roept en versperringen opwerpt, zodat het bijna onmogelijk is via de weg nog te kunnen ontkomen.

Een andere hypotese van de Brusselse anti-terreurbrigade is dat de onbekenden, na het bomvalies in de Bank of America in Antwerpen te hebben achtergelaten, onopvallend naar het nabijgelegen Centraal Station zijn gestapt en vandaar met de trein vertrokken zijn. Het is niet uitgesloten dat sommige terroristen zich schuilhouden in de buurt van een campus van een Brusselse universiteit. In die kringen voelt men zich tamelijk veilig want de politie komt zelden of nooit op bezoek.

Randfiguren

Veel steekjes hebben de terroristen overigens nog niet laten vallen tijdens hun lange reeks aanslagen sedert 2 oktober van vorig jaar. Wat ook laat veronderstellen dat ze in hun schuilplaats zeker geen kompromitterend bewijsmateriaal zullen achterlaten, en beslist geen springstoffen.

Niettemin acht de politie het mogelijk dat het brein en de opsteller van de pamfletten een universiteitsprofessor is. Aan de andere kant bestaat het vermoeden dat de thans 33-jarige Pierre Carette uit St.-Gillis, de leiding heeft van een van de kommunistische cellen. Dat Pierre Carette nog in Brussel of in België is, wordt niet uitgesloten.

Toch gelooft men in politiekringen niet dat het Pierre Carette is geweest die de nieuwe campagne van de CCC naar Pierre Akkerman heeft genoemd.

Eigenlijk gaat het om Piet Akkerman, van joodse afkomst uit de Antwerpse diamantkringen. Geweten is dat hij een kommunistisch militant was die in Spanje, waar hij politiek-kommissaris was van het «André Marti» bataljon, ging vechten in de burgeroorlog. Daar vond Piet Akkerman in 1937 de dood.

Fanatici

De naam van Akkerman, is volgens rechercheurs weinig of niet gekend, bij de jonge Belgische kommunisten, men begrijpt niet goed waarom de naam van Piet Akkerman werd gekozen voor de nieuwe CCC-campagne. Vooral dan, zo wordt aangevoerd, omdat hij weinig effekt ressorteert bij de Belgische kommunistische jeugd. Ook om die reden oordelen politie-inspekteurs dat de denker, de teoreticus van de terreurgroep, niet meer van de jongste is. Daarnaast moet hij een jarenlange ervaring en kennis van het Belgische en internationaal kommunisme bezitten. In een van de CCC-pamfletten wordt ten andere naar het dagblad «Drapeau Rouge» van mei 1941 verwezen.

Ook doorspekt hij de pamfletten met woorden die zinspelen op de tweede wereldoorlog, alsof de opsteller van de CCC-teksten 40-45 zelf heeft meegemaakt.

Nog eens, zo vertelde men ons gisteren in speurderskringen, dit kan het werk niet zijn van Pierre Carette en zijn jongere medeplichtigen, die bij de Brusselse anti-terreurbestrijders niettemin worden beschouwd als gevaarlijke fanatici. Desperado's die bovendien zeer goed met bommen kunnen omspringen.

Wil de politie met de springstofkennis van de CCC'ers een band leggen naar militairen die eveneens met explosieven kunnen omgaan? Dat kan, doch justitie, de staatsveiligheid, de gerechtelijke politie, de rijkswacht en noem maar op, moeten het toch als een nederlaag aanvoelen, dat ze de CCC nog niet hebben kunnen ontmaskeren.

Claude HERMINAIRE

Verdere akties

De brief waarin de CCC de verantwoordelijkheid voor de aanslag heeft opgeëist, vertoont qua vorm en inhoud dezelfde kenmerken als de voorgaande exemplaren. Op 4 en 5 november hebben de Cellen het offensief tegen de financiële oligarchie geopend in het kader van de « Campagne Karl Marx ». We hebben de drie belangrijkste landelijke banken aangevallen: BBL, SGB, KB en één der belangrijkste kredietbanken ter wereld: de MHB. Vandaag vallen we, in het kader van de « Kampagne Pierre Akkerman » opnieuw de banksektor aan », begint het communiqué.

De CCC zegt van zichzelf dat ze de strijd tot hiertoe op een zeer doordachte en vooral ordelijke manier heeft gevoerd.

« De organizatie van onze politiek-militaire strijd per kampagne, is ingegeven door een zeer konkreet doel: de proletarische revolutie... Onze strijd is georganizeerd in het kader van een globale strategie met specifieke en progressieve etappes die naar aantal en kwaliteit moeten leiden tot de organizatie van de arbeidersklasse... wij ageren steeds met doordachtheid, ordelijk en methodisch, vertrekkend vanuit preciese analyses en in funktie van het doel dat we willen bereiken ».

Over de « Kampagne Pierre Akkerman » zegt de brief, dat ze zowel gericht is tegen het zgn. bourgeois-militarisme als het « burgerlijk pacifisme ». De vredesbeweging, zowel als de linkse partijen in België, krijgen er van de CCC van langs. Volgens de brief is de vredesbeweging niets anders dan een uitvinding van de bourgeoisie, met de bedoeling haar eigen belangen veilig te stellen.

De CCC vindt dat stilaan elke eerlijke vredesmilitant moet toegeven dat de jarenlange pacifistische akties veel minder hebben uitgehaald dan de veel jongere akties van de CCC zelf.

De 4,5 bladzijden tellende brief eindigt met de uitroep « Alle macht aan de arbeiders ! ».

Chantal Paternostre blijft aangehouden

De raadkamer bij de rechtbank van eerste aanleg te Brussel bevestigde donderdag het bevel tot aanhouding tegen Chantal Paternostre.

Deze 40-jarige vrouw uit Linkebeek wordt verdacht kontakten te hebben onderhouden met bepaalde leden van de Strijdende Kommunistische Cellen.

Chantal Paternostre werd midden augustus aangehouden, nadat ze wekenlang werd geschaduwd en ook huiszoekingen werden verricht.

In een mysterieus appartement te Anderlecht, waar de recherche bewijsmateriaal zou hebben gevonden, kwam Chantal Paternostre over de vloer. En in een flat te Ukkel zouden haar vingerafdrukken zijn ontdekt, samen met die van Carette en leden van de Action Directe. In datzelfde appartement te Ukkel troffen rijkswachters eveneens een wapenarsenaal aan, waaronder twee Fal-aanvalsgeweren, die afkomstig waren van een vreemde wapendiefstal in de « Caserne Ratz » bij het 3de Ardense Jagers te Vielsalm.

Intussen blijft Chantal Paternostre ontkennen bij enige terreuraktie betrokken te zijn geweest.

Gaz.v.Antw.14-12-85

Politie weet waar Carette zit

Aanhoudingsbevel tegen CCC-verdachte

Pierre Carette, hoofdverdachte in de CCC-aanslagen, houdt zich schuil in Brussel. De speurders weten ongeveer waar, schaduwen konstant de buurt in kwestie en hopen de 33-jarige drukker binnen korte tijd in de val te kunnen lokken. Tegen Carette is trouwens zopas een aanhoudingsbevel uitgevaardigd.

Dat Carette verdachte nummer 1 is wordt onderschreven door verscheidene belastende elementen. Zo zou hij de CCC-er zijn die op een bewaker van Securitas vuurde na de bomaanslag op de BBL te Etterbeek op 4 november. Voorts zou Carette gezien zijn in zijn geboortestad Charleroi, nadat ook daar een bomaanslag was gepleegd.

Er zijn ook nog de foto's die aangetroffen werden in een flat te Ukkel. Daarop prijkt Carette samen met Nathalie Mènigon en Jean-Marc Rouillan, de twee kopstukken van de Franse terreurgroep Action Directe. En tot slot gelooft justitie dat het Carette was die op Sinterklaasdag naar RTL-Brussel telefoneerde om te melden waar een opeisingsbrief van de CCC kon gevonden worden.

Nu een arrestatiebevel tegen Pierre Carette werd uitgevaardigd, wordt de buurt waar hij zich ophoudt dag en nacht in het oog gehouden. Sommige politiemensen staan echter skeptisch tegenover dit aanhoudingsbevel, « want die kerel heeft een heel grote paraplu », zegden ze ons gisteren.

Inderdaad, Carette telt talrijke vrienden en sympatizanten. Hij beschikt bovendien over invloedrijke kanalen om desnoods uit de handen van het gerecht te blijven.

Naar een nieuw Euro-terrorisme ?

De Morgen - Maandag 9 december 1985

De CCC-aanslagen van vrijdag in eigen land en in Frankrijk kondigen de opkomst aan van een nieuwe internationale samenwerking tussen de diverse internationale terreurbewegingen. Althans, dat schrijven de auteurs van de aanslagen in Wortegem-Petegem en Verailles zelf in hun Sinterklaas-pamflet dat vrijdag in Brussel werd gevonden. Meteen zetten ze zich ook af tegen de 'internationale van de terreur', die ophef maakte in de jaren'70.

EIND de jaren '70, begin de jaren '80 dachten de Europese politiediensten de diverse stadsguerrilla-bewegingen grotendeels ontmanteld te hebben: de Baader-Meinhof groep zat achter slot en grendel; de Rode Brigades waren over hun hoogtepunt heen; Action Directe leek vrijwel ontmanteld.

Nu, midden de jaren '80, zijn kennelijk nieuwe groepen ontstaan, in Duitsland, Italië, Spanje, Portugal, Frankrijk én België. Bewegingen die samenwerken: de aanslag in Oberammerau in de Bondsrepubliek van begin dit jaar tegen Nato-installaties wordt gezamelijk opgeëist door de Rote Armee Fraktion en Action Directe en werd uitgevoerd met explosieven die naar alle waarschijnlijkheid door CCC-ers werden gestolen in Ecaussinnes.

Het nieuwe Euro-terrorisme wenst geen uitstaans te hebben met de vorige generatie van Euro-terroristen, laten de CCC-ers weten in hun Sinterklaas-manifest: "Wij beroepen ons o.a. op een subjektieve klasse-identiteit hoewel wij het subjektivisme bestrijden: het gaat om een plaag die verschillende strijdorganisaties in Europa als koudvuur ernstig heeft aangetast. Vanaf hun verschijning in de jaren '70 werden de diverse stadsguerrilla-bewegingen gekenmerkt door deze afwijking. En tot op de dag van vandaag wegen dit subjektivisme en zijn afleidingen - idealisme, anarchisme of uitvloeisels als opportunisme en radikaal-reformisme - nog zwaar door op de strijd. Aan de vooravond van een nakende sociale explosie is het zaak deze afwijking te bestrijden en er paal en perk aan te stellen".

Wat wordt bedoeld ? Op gevaar (?) af door de CCC beschuldigd te worden van 'het spuien van foute of kwaadwillige kommentaar' - zoals het CCC-pamflet bij voorbaat aankondigt - kan gewezen worden op de tegenstellingen die in de jaren '70 waren gegroeid binnen de klassieke stadsguerrilla-bewegingen tussen «nationalisten» en «internationalisten», waarbij Action Directe het beste voorbeeld is. De «nationalisten» als voorstanders van het aanvallen/doden van 'nationale doelwitten' als politici, magistraten, journalisten - de «internationalisten» die 'klasse-vijanden' van zowel het eigen land als van over de grenzen aanpakken; in het geval 'Action Directe' gaat het dan om zionisten, Nato-doelwitten, etc. Duidelijk is dat de «internationale» strekking binnen Action Directe de enige is die nog overleeft en dat de CCC in het verlengde ligt van die strekking.

'Blinde' aanslagen als die op het gerechtshof in Luik of op de warenhuizen in Parijs, kunnen dan niet toegeschreven worden aan CCC of Action Directe tenzij misschien aan geïsoleerde dwarsliggers die nog de «nationalistische» afwijking aankleven.

Wat het aangeklaagde 'opportunisme' betreft van de vorige generatie van stadsguerrillero's; kan gedacht worden aan het feit dat die in de jaren '70 vaak gemanipuleerd werden door vreemde belangen: door Arabische regimes, door diverse spionagediensten, enz... In die mate gemanipuleerd dat men toen sprak van een 'internationale van de terreur' waarbij verondersteld werd dat in het spinneweb van Euro-terreurgroepen één centrale spin zat. Een Kadhafi, of een andere objektieve bondgenoot van Moskou - veronderstelden toen de Amerikanen.

Het 'internationalisme' van de CCC wenst geen uitstaans te hebben met dat spinneweb: als er samengewerkt wordt over de grenzen, "als de politieke, ideologisch en ongetwijfeld ook militaire eenheid zich opdringt - dan is dat om een vijand te overwinnen die zelf konsekwent verenigd is als dominerende klasse".

En die 'vijand' is te vinden in zowel West als Oost: het Sinterklaas-manifest richt zich specifiek tegen de Geneefse top Reagan- Gorbatsjov "waar de twee leiders zich inzake de toekomst van de wereld rustig verstaan hebben, door zich voor te doen als vredesapostelen terwijl ze niet ophouden de oorlog uit te dragen naar de vier windrichtingen van de planeet (...) De Geneefse top moet in het beklaagdenbankje geplaatst worden. Beschuldigde: de verdediging van de 'demokratie' in het Westen. Beschuldigde: de verdediging van het 'socialisme' in het Oosten. En voornaamste beschuldigde: het wereld-imperialisme dat krisis en oorlog veroorzaakt".

Bij het nieuwe terreur- internationalisme gaat het dan om toevallige samenwerking waar de uitgekozen doelwitten dat opdringt. Zo wordt het Sinterklaas-pamflet niet alleen ondertekend door de CCC maar ook door 'een groep van internationale kommunisten in Frankrijk' - die niet eens over een eigen embleem blijken te beschikken, en waarbij de band met Action Directe een vraagteken blijft. Toch zijn er geregelde kontakten: zo hebben de politiediensten weet van een vergadering op 9 september '81 in portugal waar naast de Portugese FP-28 ook de Spaanse Grapo, de Italiaanse Prima Linea en vertegenwoordigers van de «internationalistische» lijn van Action Directe waren. Een spontane samenwerking die effektief blijkt, gezien het gebrek aan resultaten die bvb. de Belgische opsporingsdiensten kunnen voorleggen.

CCC speelt kat en muis in Brussel.
De Morgen 9-12-85

Het 6 pagina's tellend dokument waarin de CCC haar aanslagen in Versailles en nabij Oudenaarde heeft opgeëist en dat in Brussel werd aangeplakt in de ingang van een appartement aan de Brusselse Louisalaan rept met geen woord over een aanslag in Luik. Maar de omstandigheden waarin dit dokument door de CCC vrijdagmiddag rond 15u werd doorgespeeld aan de pers wordt speciaal onderzocht door de GIA.

IN het ..iante gebouw, waar een eerste exemplaar van het dokument opdook, wonen immers, naast een aantal edellieden, enkele prominente politici. In een van de suites van dit huis woont bv. de Franse socialistische exminister Jacques Delors, die momenteel voorzitter is van de EG-Kommissie en een intieme vriend van president Mitterrand is. Het kan haast geen toeval zijn dat de CCC en de Franse terreurgroep 'Internationalistische Kommunisten', die het dokument samen ondertekenden, juist dit adres uitkozen om ook een aanslag in Versailles op te eisen.

Naast Delors betrekken ook PSC-senator graaf Yves du Monceau de Bergendal, lid van de kommissie van defensie, en graaf Charles de Kerckhove de Denterghem, voormalig Belgisch

ambassadeur in Parijs, een suite in dit gebouw. Andere huisbewoners zijn een drietal leden van de familie de Villegas de Saint-Pierre-Jette, direkte verwanten van de nieuwe Belgische minister van defensie de Donnéa en ook van de centrale vedette in het Frans-Belgische schandaal der snuffelvliegtuigen van Elf-Erap.

Stem

Iemand van CCC belde vrijdagnamiddag naar de redaktie van de tv-zender RTL in Brussel om te melden dat het dokument op dit adres te vinden was. Maar de rijkswacht kon de briefomslag bemachtigen voor RTL ter plaatse kwam. Daarop volgde even later een tweede telefoontje van de CCC. Iemand zei toen in niet-Belgisch Frans dat de rijkswacht hen te snel was afgeweest en dat men voor RTL nu een tweede exemplaar gedeponeerd had in de de Gaullelaan, gelegen vlakbij het eerste adres. RTL vond er inderdaad de tekst van CCC. De redakteur die de telefoon opnam, had daarbij de tegenwoordigheid van geest om het gesprek op band te nemen.

Terwijl dit over en weer geloop met de twee briefomslagen van de CCC zich voordeed, ging alle aandacht van de ordediensten naar het bomalarm voor de zetel van de BBL die amper 200 meter verder is gevestigd aan de andere kant van de Louisalaan ter hoogte van de Vleurgatse steenweg. De CCC had blijkbaar met opzet voor dit afleidingsmanoeuver gezorgd en minstens één van de CCC-ers liep of reed al die tijd ook in de onmiddellijke omgeving rond om de briefomslagen te deponeren, de rijkswacht te observeren en te telefoneren met RTL.

(WDB)

Luik: het moordende raadsel

De Morgen - Maandag 9 december 1985

ER was zondagnamiddag in Luik nog steeds geen onderzoeksrechter aangesteld in de zaak van de bomaanslag in het justitiepaleis. Alhoewel de kans erg gering wordt geacht dat de Luikse bom verband houdt met de CCC, blijft hierover dus onzekerheid bestaan.

Vrijdagavond werd bekend dat de jongeman die vrijdagnamiddag op slag werd gedood door de explosie een 21-jarige student in de rechten is, uit de eerder begoede Luikse voorstad Embourg. Hij heet Philippe Balis en in zijn omgeving ziet men geen enkel verband met extremistische kringen van links of rechts. Vrijdagmiddag was aanvankelijk geopperd dat het slachtoffer wel eens de bommenlegger zelf kon zijn. Philippe Balis was aktief bij een lokale vrije radio en bij een muzikantengroep. Men kon zijn identiteit achterhalen omdat hij de sleutels op zak had van de auto van zijn moeder die hij op de parking voor het justitiepaleis had achtergelaten. De student was door een magistraat uitgenodigd om deel te nemen aan de akademische zitting van de Luikse «jonge balie».

Momenteel is er ook nog steeds niets bekend over de aard van het springtuig dat in een metalen kast tot ontploffing kwam op het verdiep boven het assisenhof waar even later de 600 genodigden zouden bij elkaar komen voor deze akademische zitting. Twee personeelsleden van de griffie werden gewond bij de explosie maar het is zuiver toeval dat er -juist voor het begin van de plechtigheid- niet meer slachtoffers zijn gevallen in de griffie.

Vice-premier Gol, die als een van de genodigden van de «jonge balie» misschien geviseerd werd door de aanslag, zei vrijdagavond nog in de Kamer dat het onderzoek voorlopig in handen blijft van de Brusselse magistraat die alle CCC-aanslagen behandelt - hoewel ook Gol geen verband ziet met de CCC, zal een Luikse onderzoeksrechter pas worden benoemd als vaststaat dat de aanslag in het justitiepaleis het werk is van een andere groep. Inmiddels worden in Luik de nodige veiligheidsmaatregelen getroffen om herhaling te voorkomen: 24 van de 25 ingangen van het justitiepaleis worden hermetisch afgesloten... En in het ganse land was tijdens het weekend een versterkte ordehandhaving aanwezig rond officiële en openbare gebouwen...

(W.D.B./F.D.S.)

Bom tegen Navo-pijplijn

Standaard 7-12-85

CCC teisteren Petegem

WORTEGEM-PETEGEM — Vrijdagochtend lieten de CCC in Wortegem-Petegem twee meter naast de spoorlijn Kortrijk-Brussel in een betonnen kraankamer van een NAVO-pijplijn een zware springlading ontploffen. Het werd meteen de 27ste aanslag van de CCC. Niemand werd gewond. Wegens brand-en ontploffingsgevaar van opgespoten benzine werd het treinverkeer tussen Oudenaarde en Kortrijk een hele dag onderbroken.

Precies om 4 uur rinkelde in het station van Oudenaarde de telefoon. Een mannenstem zei in het Frans: „Hier de Cellules Communistes Combattantes. Leg alle treinverkeer tussen Kortrijk en Oudenaarde onmiddellijk stil. Om 5 uur ontploft er een bom aan het spoor. Ik verwittig nu Brussel." De stationschef verwittigde onmiddellijk de politie van Oudenaarde. De rijkswacht van de distrikten Oudenaarde begon samen met de spoorwegpolitie het trajekt tussen Oudenaarde en Kortrijk af te zoeken.

Op het moment dat een paar rijkswachters op een vijftigtal meter van de kraanput aan de Kosterstraat te Petegem genaderd waren, ontplofte de bom. De explosie sloeg een krater van drie meter diep. Duizenden bewoners uit de dorpen in de buurt werden door de klap uit hun slaap gewekt.

Geen brand

Gelukkig ontstond na de klap geen brand. De brandweer van Oudenaarde was zeer snel ter plekke met een vijftal pompwagens. Tienduizenden liters superbenzine spoten uit de vernielde pijpleiding. Honderden meters in de omtrek rook men de scherpe reuk van de ontsnappende brandstof.

Rijkswacht, politie en veldwachters verwittigden de bewoners van de dichtstbijgelegen woningen en vroegen hen geen vuur te maken. Er werd ook een algemeen rookverbod afgekondigd. Politie en rijkswacht grendelden onmiddellijk heel de streek af. Even vóór 8 uur overvloog een militair toestel op zeer lage hoogte de NAVO-pijplijn die behoort tot het pijplijnnet van Centraal-Europa. Later volgde een verkennigsvliegtuig dat foto's maakte. Ook een helikopter inspekteerde vanuit de lucht het trajekt.

Inmiddels zochten specialisten de hele buurt af op zoek naar brokstukken. Een driehonderdtal meter van de plaats van de ontploffing werd het zware metalen afsluitdeksel van de kraanput in de velden teruggevonden. De rijkswacht zocht met verschillende speurhonden naar een spoor. Omwonenden die allemaal ondervraagd werden door de BOB, hadden donderdagavond in de onmiddellijke buurt van de kraanput een witte Ford Sierra opgemerkt.

De Anti-Terrorisme Gemengde Groep en eerste substituut-prokureur André Vandoren uit Brussel gelast met het CCC-onderzoek kwam eveneens ter plaatse. Omstreeks 10 uur reden twee tankwagens van het leger tot aan de kraanput en werd een aanvang gemaakt met het leegpompen. Zij moesten tot laat in

de avond heen en weer rijden tussen Petegem, Doornik en Nazaret.

Van in de vroege ochtend liep het treinverkeer te Oudenaarde op de lijn 75 helemaal in het honderd. Reizigers voor Kortrijk werden vervoerd met inderhaast ingelegde autobussen. De treinen die vertrokken vanuit Kortrijk werden over Gent naar Denderleeuw geleid. Vanuit Oudenaarde moesten de reizigers met bestemming Brussel overstappen te Deinze. (HDW)

CCC koördineren aktie met Franse terroristen

BRUSSEL — De Cellules Communistes Combattantes wilden gisterochtend, geholpen door een „nieuwe" Franse terreurgroepering drie aanslagen plegen tegen doelwitten die verband hielden met Navo-pijpleidingen. De bom in Wortegem-Petegem ontplofte. Voor de geplande aanslag in Huissignies (nabij Ath) hadden de CCC'ers geen tijd genoeg. Hun Franse spitsbroeders slaagden er wel in hun springtuig tot ontploffing te brengen in de zetel van de pijpleidingenorganizatie van de Navo te Versailles bij Parijs. De twee gelukte en de niet-uitgevoerde aanslag werden opgeëist in twee identieke pamfletten. Een werd gevonden in een gebouw aan de Brusselse Louizalaan waar op dat ogenblik groot alarm was afgekondigd wegens een verdacht valies dat op de tramlijn voor een BBL-filiaal lag. De CCC schrijven in hun opeisingsbrief dat de aanslagen van gisteren het slot betekenen van hun Pierre-Akkermancampagne.

Gisterochtend om 4 u. 50 ontplofte een bom die geplaatst was tegen een raam (waarachter de informatika-afdeling gelegen was) van het „Nato's Central European Operating Agency" in Versailles nabij Parijs. Het CEOA is het administratief organisme dat de uitbating beheert van de Navo-pijpleidingen die West-Europa doorkruisen.

De bom in Versailles veroorzaakte heel wat schade. Op de gelijkvloerse verdieping van het niet-bewaakte Navo-gebouw was het interieur verwoest. Toen de Belgische Anti-terreur Gemengde Groep (AGG/GIA) gisterenvoormiddag op de hoogte werd gebracht van de aanslag tegen het pipe-lineshoofdkwartier, werd dadelijk vermoed dat de bomexplosie verband hield met de aanslag die de CCC even voor 5 uur pleegden tegen een kraankamer van een Navo-pijpleiding te Wortegem-Petegem. In Frankrijk dacht men hetzelfde.

Brieven

Omstreeks 16 u. werd duidelijk dat dit vermoeden juist was. De CCC meldden telefonisch aan de huisbewaarder van een flatgebouw aan de Louizalaan te Brussel dat ze een opeisingspamflet onder de brievenbussen in de hal van het gebouw hadden gekleefd. Het was de dochter van de huisbewaarder die de CCC-brief vond en ermee naar een rijkswachter liep die wat verder op de laan (die wegens een vals bomalarm was afgesloten) op wacht stond. Voor de AGG-staf was het onmiddellijk duidelijk dat de CCC ook de aanslag in Versailles opeisten: de politiemannen herkenden de foto van het gebouw dat ze in een Franse tv-nieuwsuitzending hadden gezien.

De rijkswacht weigerde de inhoud van het gevonden pamflet bekend te maken. Maar even later waren het de CCC zelf die voor de bekendmaking van hun geschriften zorgden. In een telefoontje aan de RTL-redaktie te Brussel werd gemeld dat er een tweede opeisingsbrief verborgen was onder de brievenbussen in een flat aan de Generaal De Gaullelaan te Elsene. In dat gebouw woont een journalist van een grote Franstalige krant. In het daar gevonden pamflet (dat identiek was aan de eerste opeisingsbrief) schreven de CCC dat ze de aanslagen pleegden in Wortegem-Petegem maar ook in Versailles.

„Een derde aanslag tegen een kraankamer in Huissignies kon door tijdsgebrek niet plaatsvinden", aldus de terroristen. De opeisingsbrieven waren niet enkel ondertekend door de Belgische CCC maar ook door een tweede groepering die zichzelf *„een groep internationalistische kommunisten uit Frankrijk"* noemt. Om te bewijzen dat ze wel degelijk verantwoordelijk waren voor de aanslagen waren in het pamflet foto's afgedrukt van een kraankamer-dak en van het geteisterd Navo-gebouw in Versailles.

Verdacht

Terwijl de opsporingsdiensten te Brussel begonnen met de ontleding van de gevonden CCC-brieven, bleef het voor rijkswacht en politie intussen opletten geblazen langs de Louizalaan. Daar had een bediende van de trammaatschappij om 15 u. 15 een verdacht valies zien liggen op de tramlijn, net voor het filiaal van de Bank Brussel-Lambert. Alle verkeer werd verboden en gebouwen ontruimd. Er diende betrekkelijk lang gewacht op het „robotje" van Dovo om het verdacht valies te onderzoeken. De wachttijd werd veroorzaakt door het feit dat Dovo op hetzelfde ogenblik ook nog aan het werk was te Petegem en te Luik.

Om 18 u. 07 kon men uiteindelijk het valies toch tot ontploffing brengen. Behalve de testspringlading explodeerde er echter niets. In het valies had duidelijk geen bom gezeten. Even later werd er opnieuw verkeer toegelaten op de Louizalaan. Geruchten dat er in het BBL-filiaal CCC-waarschuwingspamfletten waren gevonden, werden met klem tegengesproken. Waarschijnlijk was de verwarring hieromtrent ontstaan nadat was uitgelekt dat even verder op de laan de eerste CCC-opeisingsbrief was ontdekt.

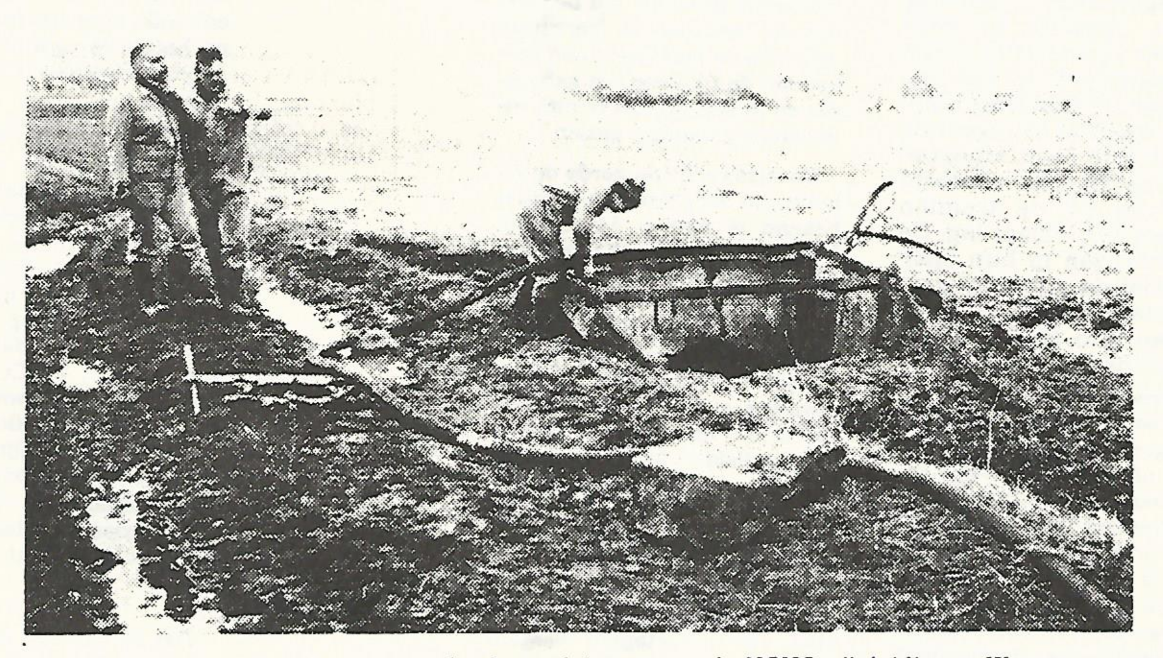
Dat de CCC in haar brieven aankondigde dat de anti-Navoaanslagen van gisteren de Pierre Akkermancampagne („tegen het militarisme en bourgeoispacifisme") afsloten, betekent voor de opsporingsdiensten vermoedelijk niet dat ze enkele weken zullen kunnen uitrusten. De

WAR NEWS

CCC

CCC heeft momenteel nog haar Karl-Marxcampagne lopen („tegen de uitbuiting van de arbeiders") en het gerecht vreest dat tijdens de komende dagen nog meer aanslagen zullen worden gepleegd.

ANTWERPEN
4/12/85: Bank of America in Antwerpen.
GENT
17/10/84: CVP-burean in Gent.
11/12/84: Vijf explosies op Navo-pijplijnen.
BRUSSEL
5/11/85: Kredietbank in Leuven.
6/12/85: Navo-pijplijn in Wortegem-Petegem.
LUIK
6/12/85: Justitiepaleis in Luik.
26/11/84: Vliegbasis Bierset.
5/11/85: Manufacturers Hannover Bank in Charleroi.
CHARLEROI
12/10/85: Fabrimetal en belastingskantoor in Charleroi.
4/11/85: Generale Bank in Charleroi.
15/10/84: Liberaal studiecentrum 'Paul Hymans' in Elsene.
5/11/84: Rijkswachtgebouw in Schaarbeek (mislukt en niet opgeëist).
6/5/85: Rijkswachtgebouw in Sint Pieters Woluwe.
BRUSSEL
15/1/85: Shape-centrum in Sint Stevens Woluwe.
1/5/85: VBO-gebouw in Brussel.
2/10/84: Litton in Evere.
8/10/84: Honeywell in Evere.
3/10/84: M.A.N. in Dilbeek.
10/10/85: Sibelgas in Brussel.
20/10/85: CNAPD-leider Galand in Brussel.
4/11/85: Bank Brussel Lambert in Etterbeek.
21/11/85: Motorola in Watermaal-Bosvoorde.



De CCC-bom vernielde de onderaardse kontrolekamer van de NAVO-pijpleiding te Wortegem - Petegem. Door de leidingen vloeit uiterst ontvlambare kerosene. De brandstof voor vliegtuigen kwam niet tot ontploffing hoewel dat wellicht de bedoeling was geweest. Niettemin werd het spoorverkeer, dat langs de pijpleiding loopt, de ganse dag opgehouden.

Een jaar geleden bliezen de CCC al zes kraankamers op

Telefoonboek wees de weg naar „geheime" Navo-pijpleidingen

BRUSSEL — Met het vernielen van een kraankamer op de Navo-pijpleiding te Wortegem-Petegem, zijn de CCC niet aan hun proefstuk toe op dat vlak. Een jaar geleden, op 11 december 1984, joegen de CCC-terroristen in enkele uren tijd reeds zes dergelijke kraankamers de lucht in. Nadien werden de meest waanzinnige teorieeën verkondigd over de wijze waarop de CCC'ers in het bezit zouden gekomen zijn van de ligging van de geteisterde doelwitten. Men sprak zelfs over militaire spionage. Zes maanden later legden de terroristen in een pamflet uit hoe ze aan de hand van telefoonboeken en zonder spionnen te weten kwamen waar de „geheime" kraankamers" van de pijpleidingen gelegen waren.

Het was gisteren een „verjaardag" voor de CCC'ers. Toen ze in mei 1985 verklaarden hoe ze her en der in gans België doelwitten hadden gevonden, verkend en aangevallen, schreven ze dat ze — voor de Navo-kraankamers te laten ontploffen — een dergelijke kamer hadden bezocht om na te gaan wat ze er juist zouden in aantreffen en hoe zwaar hun springlading moest zijn om een optimale vernietiging te veroorzaken.

„Op 6 december (1984) drongen we (tijdens onze verkenningstocht) de kraankamer op de Navo-pijpleiding te Ittre (bij Tubize) binnen", schreven de CCC'ers. „De enige beveiliging ervan was een .. hangslot." Juist één jaar na de verkenning te Ittre, drongen de CCC'ers blijkbaar weer een kraankamer binnen: die van Wortegem-Petegem.

Op 11 december 1984 ontploften tussen 5 u.20 en 6 u.05 's ochtends zes kraankamers: twee in Glons (nabij de Limburgs-Luikse grens) en telkens één in Ittre, Ensival (nabij Verviers), Gastuche (bij Waver) en Gages-Glabecq (nabij Ath). Spectaculair waren de gevolgen in Ittre, Glons en Ensival waar reusachtige branden uitbraken. In Ensival ging een groot deel van een bos in vlammen op.

De korte tijdsspanne waarin de explosies gebeurden, verraadden dat die ochtend van 11 december twee of drie verschillende CCC-terreurkommando's aan het werk waren. Maar nog indrukwekkender voor het gerecht en de publieke opinie was het feit dat de CCC het hadden aangedurfd om geheim-gewaande doelwitten te vernietigen. Tijdens de dagen en weken na de anti-pijpleidingenaktie werden dan ook de meest waanzinnige teorieeën ontwikkeld om aan te tonen dat de CCC'ers ongetwijfeld in het bezit waren geweest van de top-secretplannen van de Navo-pijpleidingen op Belgisch grondgebied.

Sommige politiemannen deinsden er niet voor terug te stellen dat de terroristen in het bezit waren gekomen van die plannen na de diefstallen die de (toen reeds ontmaskerde) extreem-rechtse privé-militie Westland New Post ooit pleegde in het Navo-hoofdkwartier van Evere-Brussel. Andere gerechtsmedewerkers veronderstelden dat er diende gezocht naar deserteurs die tijdens hun legerdienst in het bezit zouden gekomen zijn van de pipe-lineplannen. (De lijsten van de deserteurs werden tijdens de weken volgend op de zes aanslagen overigens onderzocht door het Brussels parket.) Nog anderen meenden dat beroepsmilitairen medeplichtig waren aan de CCC-aanslagen. En de Anti-terreur Gemengde Groep (AGGIA) herinnerde zich dat in juli 1984 in een villa van leden van het Westduitse Rote Armee Fraktion te Frankfurt plannen waren aangetroffen van de Navo-pijpleidingen in België. Op die plannen waren bepaalde „mogelijke doelwitten" aangeduid.

Of één van die hypotesen juist is, zal men pas weten indien het gerecht er ooit in slaagt de CCC-terreurzaaiers aan te houden. Maar daarop hebben de terroristen niet gewacht om reeds hun eigen verklaring omtrent het vinden van de kraankamers kenbaar te maken. In hun omstandig pamflet nadat ze op 1 mei 1985 te Brussel twee brandweermannen hadden vermoord, schrijven de CCC dat het vinden van de Navo-kraankamers helemaal geen spionage-zaak was geweest.

„In het telefoonboek vonden we — tijdens onze speurtocht naar doelwitten — de adressen en telefoonnummers van de pompstations op de Navo-pijpleidingen. Gemeente na gemeente staan die stations vermeld onder de hoofding van het ministerie van Landsverdediging", aldus de CCC'ers. „Nadien gingen we ter plaatse een kijkje nemen maar de pompstations waren te zwaar bewaakt door schildwachten, honden enz. We zochten naar een zwakke plek in dat bewakingssysteem maar we vonden er geen. In de buurt van de pompstations zagen we wel tientallen oranjekleurige signalizatiebordjes zoals je er ook vindt op burgerlijke gasleidingen. Op die bordjes stond het telefoonnummer van de Leuvense legerkazerne vanwaaruit het onderhoud van de Navo-pijpleidingen wordt verzorgd. We leidden daaruit af dat die signalizatieborden de ligging van de pijpleiding aanduidden. En tussen de bordjes vonden we regelmatig grote oranjegeverfde metalen koepels in de grond. Op elke koepel stond een nummer. Zo hebben we de niet-bewaakte kraankamers ontdekt. Geen spionage, geen diefstallen van plannen."

Na de aanslagen van 11 december 1984 verklaarde Justitieminister Jean Gol dat er „dringend harder diende opgetreden tegen het terrorisme". Nu, een jaar later, heeft de CCC reeds 27 bomaanslagen gepleegd. Twee onschuldigen die

NB 8-12-85

gekomen waren om anderen te helpen, werden gedood. Vele anderen raakten gewond. Heel het land leeft in de ban van de versterkte bewakingsakties van rijkswacht, politie en militaire eenheden. Uit „veiligheidsoverwegingen" mag de pers de plaats van een aanslag niet meer betreden. De werkzaamheden van de Dovo-deskundigen mogen niet meer bekeken worden (terwijl de legerleiding op tv een dokumentaire over Dovo laat uitzenden). Iedereen wordt als verdachte bekeken. Maar de CCC'ers lopen nog steeds vrij rond.

Hans DERIDDER

Wie is Pierre Carette, en wat heeft iedereen tegen hem? Gezocht, maar met mate. HUMO 12-5-1985

Vorige week zond de BRT vlak nà het journaal een opsporingsbericht uit. Het betrof Pierre Carette (foto), de hoofdverdachte in het CCC-dossier. Volgende tekst werd daarbij voorgelezen : *"Persoonsbeschrijving : 1,80 m groot, gemiddelde lichaamsbouw, lichtbruin haar, licht vooruitstekende kin, lang mager aangezicht, kastanjebruine ogen, rechte neus, draagt niet altijd een bril. Spreekt Frans zonder accent. Betrokkene wordt verdacht van het plegen van een bomaanslag, poging tot doodslag op een veiligheidsagent in Brussel en vereniging van boosdoeners."*

Met dat laatste wordt *de CCC* bedoeld, met de *"bomaanslag"* de ontploffing in een kantoor van de Generale Bankmaatschappij in Charleroi. Pierre Carette zou herkend zijn op de film die de GIA (de interpolitionele anti-terreurgroep) van de toegestroomde toeschouwers gemaakt heeft. Met *"de poging tot doodslag op een veiligheidsagent"* wordt verwezen naar de schoten die de CCC afvuurde op een Securitas-agent die de CCC op heterdaad betrapte bij een aanslag op de BBL in Brussel. De persoonsbeschrijving van de dader zou overstemmen met die van Pierre Carette.

Het is niet de eerste keer dat het Brussels parket een opsporingsbevel voor Carette verspreidt. Bizar is alleen dat de gerechtelijke diensten al meer dan één kans hebben laten liggen om Carette te arresteren. Carette loopt dan ook nog altijd op vrije voeten rond en La Cité signaleerde onlangs nog dat hij in de buurt van het Madou-plein gezien werd.

Ook andere bronnen wijzen op de aanwezigheid van Carette in Brussel. Op de foto's die in het de zogenaamde "CCC-appartement" in Ukkel werden gevonden, staat Carette samen met Nathalie Ménignon en Jean-Marc Rouillan, twee kopstukken van de Franse terreurgroep *Action Directe*, gekiekt op de kermis in Brussel. Sterker; een aantal mensen die in het nabije verleden door Carette werden opgezocht met het verzoek om bij de CCC aan te sluiten, werden nadien door de politie lastig gevallen, terwijl Carette zelf met rust werd gelaten. Rechtse bladen (Gazet van Antwerpen bijvoorbeeld) wijzen in verband met Carette graag op de hoge bescherming die deze man geniet bij Waalse, vooral socialistische politici, maar die bescherming gaat veel verder. Pourquoi Pas kwam tot het besluit dat Carette over *"een grote paraplu"* beschikt. De vraag is dan ook : wie is Pierre Carette? Is hij de extreem-linkse activist waarvoor hij zich al jaren uitgeeft? Is hij een provocateur à la John Gardiner? Is hij een zetbaas van bepaalde buitenlandse geheime diensten? Is hij een extreemrechts militant? Is hij een verdwaasde terrorist die gemanipuleerd wordt?

Beschermde species

Pierre Carette werd op 21 september 1952 in Charleroi geboren, waar hij tot 1967 verblijft. Zin vader, inmiddels gepensioneerd, was ambtenaar bij het Bestuur van de Openbare Veiligheid en werkte dus voor het Ministerie van Justitie dat nu zogezegd jacht maakt op zijn zoon. Ook met zijn broer is er op z'n minst iets vreemds aan de hand. Henri Carette (roepnaam *Louis*) is momenteel officier bij het paracommandoregiment dat de gebouwen bewaakt die zijn broer zogenaamd zou aanvallen. **Solidair**, het blad van het vroegere Amada, maakte in december vorig jaar bovendien bekend dat Henri Carette in zijn studententijd lid was en waarschijnlijk zelfs leider van de extreemrechtse groeperingen Jeune Europe en Occident. Solidair : *"Hij leidde persoonlijk de gewapende aanval van deze fascistische groepen tegen de studenten die op dat ogenblik de Brusselse universiteit bezetten."*

Pierre Carette zelf heeft nooit aan de ULB gestudeerd maar militeerde er wel in extreem-linkse kringen. Hij zette ondermeer de drukkerij *De Rode Kommune* in Sint-Gillis op. Hij verzorgde niet alleen drukwerk voor het FDF, de PS en het RW (waaraan zijn goede contacten met Waalse politici te danken zouden zijn), maar hij drukte ook voor al wat progressief, anarchistisch, alternatief of anderszins dolgedraaid was. Want Pierre Carette drukte tegen onwaarschijnlijke dumpingprijzen. Een goedkopere drukker was er in die dagen in Brussel niet te vinden. Hoe hij zich financieel boven water kon houden is nog altijd niet uitgemaakt. De vraag rijst dan ook : speelde Pierre Carette als vertrouweling van het links-extreme milieu een dubbele rol? Hoe dan ook, als spotgoedkope drukker bekleedde hij een sleutelpositie en was hij ingelicht over de minste geringste actie die elk links groepje opzette. In januari 1982 probeert Carette via een ander medium mensen om zich heen te verzamelen. Hij publiceert het tijdschrift Subversion, dat er veeleer als een boek dan als een tijdschrift uitziet, zo dik en luxueus is het uitgegeven. In het eerste nummer staat ondermeer een zeer gedetailleerd verhaal over de mislukte aanslag op generaal Haig. Carette roept via Subversion alle mensen op die via gewelddadig verzet Europa willen bevrijden. Ze hoeven maar te schrijven naar Postbus 150, Rue Sterckx, 1060 Brussel. Het is een postbus die door Carette gehuurd is; Carette zelf woont net om het hoekje. Hoewel *"sinds 1978-79 de subversieve aktiviteiten van Pierre Carette geen enkel geheim voor de rijkswacht vormen, die deze mooie vogel heel discreet volgt"* (Pourquoi Pas), wordt Carette ook nu weer met rust gelaten. Mees nog : als bepaalde politiediensten het initiatief nemen om de postbus te bewaken, wordt dat van hogerhand verboden.

Waarom?

De Rote Armee Fraction?

Nog meer vragen rijzen er over het politie-optreden tegenover het steuncomité voor de RAF-terroristen dat Pierre Carette in 1975 in Brussel opricht. Ook in Luik wordt trouwens een RAF-comité opgericht en wel door Mark De Laever, momenteel na Pierre Carette de belangrijkste verdachte in het CCC-dossier. Pierre Carette dweilt voor het RAF-comité de vroegere leden af van *Secours Rouge* (Rode hulp). Dat was tot '73-74 een koepelorganisatie van progressieven en onafhankelijken ter verdediging van de rechten van politieke gevangenen allerhande. In *Secours Rouge* zaten ook prominenten, ondermeer advocaat Michel Graindorge. De gewezen Secours Rouge-leden happen niet toe, omdat het RAF-comité het Duitse terrorisme wil goedpraten, maar ze richten wel een *hulpcomité* op, dat geen uitspraken wenst te doen over de politieke lijn van de RAF maar alleen de demokratische rechten van de Raf-gevangenen wil verdedigen. Michel Graindorge is hiervan de belangrijkste figuur; daarom noemen we het gemakshalve *Comité-Graindorge*. In dit Comité-Graindorge militeren ook Pierre Carette en Mark De Laever. Terwijl dit duo zich in het RAF-comité als de beste vriendjes gedragen, zijn ze elkaars tegenstanders in het Comité-Graindorge. Mark De Laever probeert het Comité-Graindorge zo ver te krijgen dat het oproept tot, medewerkt aan en militeert voor *de gewapende bevrijding van gewone misdadigers*. Pierre Carete is daar tegen. Dit belet niet dat Carette en De Laever met hun RAF-comité teksten en communiqués van de RAF verspreiden (met als verantwoordelijk uitgever mensen die er niets mee te maken hebben maar wel tot het linkse milieu behoren), aanslagen opeisen die niet gebeurd zijn, en opvallende acties uitvoeren zoals de bezetting van de Nederlandse ambassade in Brussel en van de redactielokalen van Der Spiegel.

Na de bezetting van de Nederlandse ambassade in 1978 worden er eindelijk zeven mensen opgepakt, gebeuren er acht huiszoekingen en wordt er een halve vrachtwagen subversief materiaal in de wacht gesleept. Op basis daarvan verklaart Rik Boel, minister van binnenlandse zaken : *"Er zijn in België twintig potentiële terroristen en ze worden door de veiligheidsdiensten geschaduwd."* Niettemin bijft niemand van het RAF-comité aangehouden. Er wordt ook niets ondernomen om Carette stokken in de wielen te steken.

Wie wordt er wèl lastig gevallen? Alle mensen uit het Comité-Graindorge die ook maar enige sympathie hebben laten blijken voor de onzinnige stellingen van Mark De Laever. Zij worden tijdens het beruchte proces-Graindorge voor de rechter gesleept. Eén kerel ontspringt de dans : Mark De Laever. Hij

wordt weliswaar tot één jaar effectief veroordeeld wegens het leveren van een vals paspoort aan de gangster **Van Oirbeek** en van een bromfiets voor de ontsnapping van de bandiet **Besse**, maar hij duikt onder in Parijs. De Franse politie weet hem wonen en beschouwt hem als medewerker van **Action Directe**. Mark De Laever is trouwens ook de hoofdverdachte van de aanslag op generaal Haig, omdat hij rond dat tijdstip in de buurt van de bomexplosie werd gesignaleerd. In 1982 verklaart Carette (die blijkens zijn artikel in *Subversion* zeer goed geïnformeerd is over de bom op Haig) dat Mark De Laever naar Duitsland uitgeweken is en actief is binnen de *Actionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten* (ANS). Deze neonazistische terreurgroep heeft al verschillende aanslagen tegen Amerikaanse doelwitten in West-Duitsland opgeëist.

Ongrijpbaar

Hoe komt het dat noch Pierre Carette noch Mark De Laever worden opgepakt en dat men onschuldige leden van het Comité-Graindorge harder aanpakt dan leden van het RAF-comité die daadwerkelijk op terrorisme aansturen? De politie heeft al kansen te over gehad om zowel Carette als De Laever te arresteren.

Eén. In de zomer van 1979, kort de arrestatie van Michel Graindorge, worden Carette en De Laever in Zwitserland aangehouden wegens de aankoop van een grote hoeveelheid wapens. Ze worden alletwee zonder problemen vrijgelaten.

Twee. In 1980 deelt Pierre Carette pamfletten uit tijdens de Jongerenmars voor Werk. Hij doet dat in naam van de *Internationale Communiste Combattante*. De verwijzing naar de latere CCC is zo overduidelijk dat Carette ofwel gek moet zijn, ofwel een dubbelagent en provocateur. De politie laat betijen.

Toch moet de staatsveiligheid toen al geweten hebben dat Carette lid was van een echte terreurgroep waarin zowel extreem-rechtse elementen als gewone criminelen zaten. Carette heeft met die groep in het Brusselse schietoefeningen georganiseerd en auto-maneuvers gehouden.

Drie. In augustus 1982 is Carette betrokken bij een zwaar auto-ongeluk op de **Autoroute du Nord** in Frankrijk. Hij is in het gezelschap van *Nathalie Ménignon*, een leidster van *Action Directe*, en in de wagen worden 15.000 pamfletten van Action Directe gevonden die oproepen tot gewelddadig verzet. Carette gaat alweer vrijuit.

Vier. In maart 1984 wordt Carette andermaal geïnterpelleerd, omdat Nathalie Ménignon, Jean-Marc Rouillan en Régis Schleicher van de Action Directe een tijdlang een inspekteur van de Brusselse gerechtelijke politie hebben gegijzeld. Carette wordt ervan verdacht dat hij de drie terroristen geholpen heeft. Wéér wordt hij vrijgelaten. Volgens de kranten zou hij op dezelfde dag verdwenen zijn, maar dat klopt niet. Hij duikt pas onder in *juni 1984*. Op twee oktober volgt de eerste CCC-aanslag. Als het Brusselse parket op vijf november van hetzelfde jaar Carette sommeert zich als getuige van de CCC-aanslagen te melden, geeft hij geen kik.

Er zijn drie mogelijkheden : Ofwel is Pierre Carette de man die hij (en het gerecht) zegt dat hij is : een extreem-links activist, en dus mogelijk één van de kopstukken van de CCC. Maar aangezien de staatsveiligheid hem al jaren van nabij volgt, was het een kleine moeite geweest om het ontstaan van de CCC te voorkomen of de CCC zeer snel op te doeken.

Ofwel is Pierre Carette een naïeve idealist en nuttige idioot die gemanipuleerd wordt. Ook Action Directe, waar Carette duidelijke banden mee heeft, staat goeddeels onder controle van de Franse politiediensten, zoals blijkt uit het onthullend boek *Missions Très Spéciales*, van **Paul Barril**, de nummer twee van de GIGN, de Franse antiterreur politie.

Ofwel is Pierre Carette een pion en provocateur die met zijn aanslagen het ideale alibi levert voor nog strengere repressiemaatregelen. Veel wijst in die richting. Op vijftien september 1985 bracht **Le Soir** aan het licht dat tegen het extreem-linkse milieu een **"Mammoet-operatie"** was gepland. *Dat was dus een goeie maand vóór de eerste aanslag van de CCC!* De eigenlijke Mammoet-operatie betrof hoofdzakelijk de vroegere relaties van Pierre Carette, hoewel die zich al sinds het RAF-comitee van hem gedistantieerd hadden. De politiediensten wisten dus *vooraf* dat de Mammoet-operatie niets zou opleveren, tenzij een prachtige inventaris van extreem-links. Dat is dan ook het enige wat al het gespeur naar de CCC tot dusver concreet heeft opgelever.

Leo De Haes

¡VIVA LA LUCHA ARMADA!

België en de Verenigde Staten voerden in de voorbij twee dagen, naar aanleiding van de bijeenkomst van de Nato-ministerraad, besprekingen om tot meer samenwerking te komen in de bestrijding van het terrorisme. Na zijn gesprek daarover met Martens en Tindemans verklaarde BZ-minister Georges Shultz in verband met de CCC aan de pers: 'We will beat them!'.

Belgisch-Amerikaanse samenwerking tegen CCC

De Morgen 13-12-1985

OVER deze samenwerking werd er op twee vlakken door Shultz gepraat. Eerst praatte hij eergisteren op bilateraal Belgisch-Amerikaans vlak over het probleem met Martens en Tindemans. En gisteren bracht hij de zaak opnieuw ter sprake op de najaarszitting van de Nato-ministerraad in Evere.

Er is woensdag na het overleg Shultz-Martens-Tindemans niets konkreet uitgelekt. Tindemans verklaarde na afloop aan de pers alleen dat beide gesprekspartners hun voorstellen hebben geformuleerd. Konkrete afspraken zullen op een latere datum worden gemaakt, zo luidt het. Op buitenlandse zaken werd eraan toegevoegd dat beide landen in de toekomst meer informatie zullen uitwisselen over het terrorisme en willen samenwerken inzake de opleiding van hun anti-terreur eenheden.

Konkreet kan dit alleen betekenen dat de eerder dit jaar opgerichte GIA, die o.m. belast is met de Belgische koördinatie van de inlichtingsstroom inzake het terrorisme (in casu momenteel de CCC) voortaan meer beroep zal kunnen doen op Amerikaanse inlichtingsdiensten. En het speciaal interventie-eskadron Dyane van de rijkswacht zal dus waarschijnlijk meer scholingsfaciliteiten krijgen om bij de Amerikanen de metodes en technieken van de terreurbestrijding te verwerven.

Op de eerste dag van de Nato-ministerraad, die gisteren in Evere begon, kwam ook het probleem ter sprake van de koördinatie van de strijd tegen het terrorisme. De lidstaten van het Atlantisch pakt gaan terzake onderling ook de samenwerking opdrijven.

Zoals gemeld willen de Verenigde Staten bovendien in West-Europa een eigen basis vestigen voor hun militaire elite-eenheden die gespecialiseerd zijn in antiterreurakties. Deze Special Forces, ten tijde van de oorlog in Vietnam beter bekend als de Green Berets, hebben hun hoofdkwartier in het AmerikaanseFort Bragg maar ze hebben totnogtoe al vaak gebruik gemaakt van NATO-bases in West-Europa om op te treden in het Midden-Oosten en de Middellandse zee. Strikt gezien is dit in strijd met het NATO-handvest dat geen militaire operaties van dit type toelaat buiten Europa. De regering Reagan wil nu een speciaal voor dergelijke anti-terreur akties uitgeruste militaire basis installeren in West-Europa. De keuze zou vallen op Italië, de Bondsrepubliek of België.

Maar vooraleer de opleiding van de Belgische anti-terreureenheden, zoals de Dyane van de rijkswacht, toe te vertrouwen aan de Amerikaanse specialisten zal de regering er goed aan doen te verifiëren welke methodes en technieken op die manier bij ons geïntrodceerd kunnen worden.

Er is momenteel in de Verenigde Staten zoiets als een schandaal losgebroken over de illegale praktijken van de anti-terreur eenheden van de Delta Force in Fort Bragg. Meer dan 80 militairen werden er al met tuchtstraffen bedacht of voor de Krijgsraad gedaagd omwille van klandestiene operaties tegen de terreur ondernomen in binnen- en buitenland. Zo werden zonder enige toelating ook in West-Europa door de troepen van de Delta Force telefoons afgeluisterd. Er werden ook geheime fondsen verduisterd via fiktieve firma's en verzonnen operaties. In één geval werden zelfs micro's geplaatst in de konferentiezaal van een Latijnsamerikaans staatshoofd.

Het Pentagon zag zich door dit schandaal verplicht om speciale sekties van de Delta Force te ontbinden terwijl het gerechtelijk onderzoek in deze zaak nog volop aan de gang is.

Na het schandaal in 80 van het drugbureau van de rijkswacht onder leiding van Cdt. Francois omwille van zijn samenwerking met de Amerikaanse Drug Enforcement Agency, de DEA, inzake de drugbestrijding kunnnen de Belgische regering en de rijkswacht het zich moeilijk veroorloven om nog een tweede keer tegen dezelfde steen te stoten.

Net als in het geval van de drugbestrijding met de DEA beantwoordt ook de Amerikaanse aanpak van de terreurbestrijding niet bepaald aan de Belgische normen en wetten. Maar de Belgische machteloosheid tegenover de CCC geeft Washington de troeven in de hand. (WDB)

CCC-telefoontje op band opgenomen

Stem van Pierre Carette herkend

De CCC'er die vorige vrijdag naar de redaktie van RTL telefoneerde zou Pierre Carette zijn. Bij de anti-terreurbestrijders bestaat trouwens het vermoeden dat de CCC-verdachte nummer 1 zich in het Brusselse schuilhoudt.

De man die vrijdagnamiddag naar de redaktie van de tv-zender RTL in Brussel telefoneerde om in een niet-Belgisch Frans te melden dat een opeisingsbrief van de CCC op een bepaald adres was te vinden, zou Pierre Carette in eigen persoon zijn geweest. De journalist die de telefoonoproep beantwoordde had de tegenwoordigheid van geest om het gesprekje op band op te nemen. Dat bandje lieten politie-inspekteurs horen aan een viertal personen van wie men zeker weet dat ze de 33-jarige Pierre Carette, die nog steeds beschouwd wordt als de verdachte nummer 1 voor de bomaanslagen van de CCC, goed kennen. De betrokken personen herkenden eensgezind de stem van Carette.

Vanzelfsprekend is de recherche opgetogen met de wetenschap dat het wellicht Carette was die op sinterklaasdag getelefoneerd heeft. Bovendien gelooft men dat hij vanuit Brussel zelf naar de tv-zender heeft getelefoneerd. Men neemt inderdaad aan dat Carette zich momenteel in Brussel schuilhoudt. Men vermoedt dat hij daar over verschillende onderduikadressen beschikt.

Ook is intussen achterhaald dat de drukker uit Sint-Gillis, van wie de vader ooit nog bij de Openbare Veiligheid heeft gewerkt en naastbestaanden bij de krijgsmacht heeft, er anders uitziet dan op de foto die van hem is verspreid.

Gestruktureerd

Tot dusver lijkt het erop dat de Strijdende Kommunistische Cellen kat en muis spelen met de politie. Vandaar de groeiende overtuiging bij de speurders dat de CCC zeer goed is gestruktureerd. Men denkt dat de guerrillagroep uit minstens vier cellen bestaat, telkens van vier tot vijf man.

Zo ziet het er naar uit dat er een «cel prospektoren» is, de mannen die de doelwitten verkennen en ook fotograferen. Dan is er een «logistieke cel», die de springtuigen in elkaar knutselt. Voorts een «ideologische cel», die de aanslagen beraamt en de opeisingspamfletten opstelt. Ten slotte bestaat vermoedelijk ook een «cel uitvoerders» en dat zijn doorgaans jonge kerels, onder wie mogelijk universiteitsstudenten.

Ook gaat men er in politiekringen van uit dat enkele vrouwen tot de CCC behoren. Enkele aanslagen, vorig jaar door de CCC gepleegd, werden immers achteraf opgeëist door een vrouw die naar kranteredakties telefoneerde. Sindsdien werd nooit meer een vrouwenstem gehoord. Dit belet echter niet dat de speurders overtuigd zijn van de aanwezigheid van één of meer vrouwen bij de Strijdende Kommunistische Cellen. Een soort koerierster, zoals ook de medio augustus aangehouden Chantal Paternostre (40), uit Linkebeek, wordt beschouwd.

De Morgen 11-12-85

De Morgen 11-12-85

CCC-ers kennen Piet Akkerman niet

BRUSSEL. - De afgesloten aanslagenreeks van CCC werd door de terreurgroep opgedragen aan 'Pierre Akkerman'. Na enig speurwerk blijkt dat de CCC zich meer dan vergist heeft omtrent de identiteit van deze Belgische kommunist. De CCC doet blijkbaar een beroep op een historisch verleden dat hen niet bekend is.

De CCC had het voor het eerst over de 'Campagne Pierre Akkerman' - zogenaamd een campagne tegen het burgerlijk militarisme en kleinburgerlijk pacifisme - in het opeisingspamflet dat betrekking had op de aanslag op het militair informatiebureau te Namen, op 19 oktober '85.

Toen schreef de CCC (in het Frans): *'Wij dragen deze campagne op ter nagedachtenis van een Belgisch kommunistisch militant, Pierre Akkerman, vrijwilliger in de Internationale Brigades in Spanje, politiek kommissaris van het bataljon André Marty van de XIIde brigade, gestorven tijdens het gevecht op 1 januari '37 ten noorden van Madrid, verraderlijk vermoord door de fascisten'.*

Blijkt dat Pierre eigenlijk *Piet* moet zijn. Piet Akkerman was namelijk een Vlaming, meer bepaald een Antwerpenaar van joodse afkomst, die sneuvelde in het Spaanse verzet. Akkerman was diamantslijper en ortodox marxist. Hij was in Antwerpse diamantkringen een bekende syndikalist. Vooral tijdens de staking van de diamantbewerkers in '36 trad hij als vakbonder naar voor.

Akkerman is inderdaad als vrijwilliger naar Spanje getrokken in '36. Hij was echter geen politiek kommissaris van het bataljon André Marty van de XIIde brigade, zoals de CCC stellen. De politiek kommissaris van dit bataljon was immers een Duitser, Gustaf Rädler.

Daarenboven sneuvelde Akkerman niet bij het nieuwjaarsoffensief op 1 januari, zoals de CCC stelt. De CCC heeft het over de aanval op Aravaca, ten noord-westen van Madrid. Daar viel een andere Belg, Lode Verbraeckel, niet Akkerman. Piet Akkerman stierf vroeger, op 15 of 16 november '36, samen met een andere vrijwilliger, Hans Primler.

Afgezien van het feit dat de figuur van Akkerman slechts bekend is voor de 'oudgedienden' en er weinig mobiliseringskracht van uitgaat, is het opvallend dat de CCC zich zowat over de ganse lijn vergist, wat hem betreft. Het heeft er alle schijn van dat CCC het verleden mystificeert zonder in feite te weten waarover zij juist *praat*. Pseudo-kommunisten? (PP)

Pierre Carette, verdachte nummer één, zit achter slot, samen drie personen die ervan verdacht worden lid te zijn van de CCC. De arrestatie vond gisteren rond 15.15 uur te Namen plaats, maar lekte pas laat in de avond uit. De ganse interventie kan op het credit van de gerechtelijke politie geschreven worden. De Morgen 17-12-1985

Carette en 3 verdachten opgepakt

(Eigen berichtgeving)

DRIE mannen en één vrouw werden aangehouden. Het gaat om Pierre Carette, Didier Chevolet, Pascale Vandegeerde en Bertrand Sassoye. Bij hun arrestatie waren de vier met zware pistolen gewapend, maar boden geen enkele weerstand. Twee van de arrestanten, waaronder Carette zelf, waren in het bezit van valse papieren.

Quick

De arrestatie gebeurde in de GB-Quick, op een 200-tal meters van het Naamse station, waar de vier een hamburger verorberden. Een vijfde verdachte, een jonge vrouw, zou net voor de inval van de politie, het gebouw hebben verlaten, en wordt nu nog opgespoord. Op het moment van de interventie waren alle uitvals- en toevalswegen naar de stad afgesloten door combi's van de rijkswacht. De stad moet zowat hermetisch zijn afgesloten. Na de aanhouding werd het viertal overgebracht naar de gebouwen van de gerechtelijke politie, in de rue Pépins. Ook de straten rond de gebouwen van de gerechtelijke politie waren volledig afgesloten gedurende vele uren.

Ligne Rouge

Bertrand Sassoye, een deserteur, en Pierre Carette 'waren reeds gedurende maanden onvindbaar', aldus een mededeling van Gol, gisteren laat op de avond. Dat is niet het geval voor Didier Chevolet en Pascale Vandegeerde. Beiden waren tot voor kort nauw betrokken bij het uitgeverskollektief 'Ligne Rouge', dat de pamfletten van de CCC drukt en verspreidt. Het is slechts korte tijd geleden dat beiden in de illegaliteit onderdoken. Vandegeerde trad overigens nog tot voor kort op als verantwoordelijke uitgeefster voor het blad.

Het is dan ook niet uitgesloten dat de speurders op het spoor van Carette zijn gekomen op het moment dat de twee 'Ligne Rouge'-leden de overstap van het propaganda-apparaat naar de militaire vleugel maakten.

Opvallend is het feit dat de arrestatie verricht werd door leden van de gerechtelijke politie, sektie veiligheid, en de gemeentepolitie van Namen. Gisteren liet Justitie wel weten dat de vier arrestaties niet het gevolg zijn van toeval, maar de vrucht van informatie en speurwerk van de staatsveiligheid. Een bijzonder eskader van de rijkswacht wat voorbereid op een eventuele interventie, maar hoefde niet tussen te komen. Dit, terwijl toch de rijkswacht het leeuwenaandeel had in het CCC-onderzoek tot nog toe.

Action Directe

Gisterenavond vonden nog huiszoekingen plaats bij kontakten van de vier arrestanten. Men vermoedt dat de eerstvolgende dagen nog verschillende huiszoekingen zullen doorgaan.

De Franse onderzoeksrechter Bruguiere, die belast is met het gerechtelijk onderzoek naar de Franse terreurgroep Action Directe, heeft vorige week 10 uur lang Chantal Paternostre ondervraagd. Paternostre, een 40-jarige medewerkster aan de Brusselse anarchistische vrije radio 'Radio Air Libre' zit sinds 15 augustus in de gevangenis. Ze wordt ervan verdacht te hebben deelgenomen aan de mislukte aanslag bij Acec op 26 augustus '84, die werd opgeëist door de FRAP.

In 2 appartementen in Anderlecht en Ukkel, waar sporen van Paternostre werden gevonden, zijn ook vingerafdrukken ontdekt van Jean-Marc Rouillan en Natalie Menigon, die zowat beschouwd worden als de historische leiders van Action Directe. In die appartementen werd ook een heel wapenarsenaal gevonden. Momenteel wordt onderzocht of die wapens eventueel in Frankrijk werden gebruikt.

(PP/WDB)

Carette. De naam is al zo regelmatig genoemd in het kader van het CCC-onderzoek, dat velen dachten dat hij de enige Belg was die de Franse terreurgroep Action Directe in dit land van een Belgisch tintje voorzag. Niets van dit alles blijkt waar. Alle arrestanten zijn Belgen.

In augustus '82 al werd de naam van Carette in verband gebracht met Action Directe. Toen was hij namelijk, samen met AD-topkader Nathalie Ménigon, betrokken in een zwaar auto-ongeval op een autoweg in Frankrijk. In zijn wagen werden toen niet minder dan 15.000 pamfletten van AD gevonden. De pamfletten bevatten een oproep tot gewelddadig verzet.

In maart '84 wordt Carette door de Belgische gerechtelijke autoriteiten ondervraagd. Drie leden van AD (Rouillan, Schleicher en Ménigon) hebben een inspekteur van de gerechtelijke politie gegijzeld, en Carette wordt van medeplichtigheid verdacht. Men kan hem niets ten laste leggen, en Carette gaat vrijuit.

Op 2 oktober '84 ontplofte de eerste CCC-bom op het bedrijf Litton. Pas de dag daarop loste Pierre Carette op in het niets. Ongeveer een maand later, op 5 november van hetzelfde jaar, verspreidt het Brusselse parket een opsporingsbericht. Carette wordt gezocht als 'getuige' in het kader van het CCC-onderzoek.

Op 17 oktober '84, er zijn intussen al een aantal CCC-bommen ontploft, vindt er een aanslag plaats op het CVP-hoofdkwartier in Gent. Toen zijn er al foto's gemaakt na de aanslag waarop Carette figureert. Hij zal nog regelmatig op beeldmateriaal opduiken gedurende de ganse reeks aanslagen in ons land.

Wanneer op 4 november '85 een bom ontplooft in Charleroi en het gebouw van de Generale Bank zware schade oploopt worden videobeelden door de politie gemaakt. Op de video staat Pierre Carette. Naast hem nog een drietal verdachten in het CCC-onderzoek.

Carette is niet langer getuige, maar verdachte wanneer er gevuurd wordt op een Securitas-bewaker tijdens een aanslag op de BBL in Etterbeek op 4 november van dit jaar. Na deze aanslag verspreidt het parket een opzoekingsbericht.

Wanneer een telefoontje binnenloopt op de RTL-redaktie om te melden waar er een revendikatiepamflet kan gevonden worden van een aanslag, en van dit gesprek een opname kan gemaakt worden, begint men stilaan te geloven dat de stem deze van (alweer dezelfde) Pierre Carette is.

Carette wordt er intussen van verdacht ook betrokken geweest te zijn, in mei '79, bij de mislukte aanslag op generaal Haig in Brussel. Datzelfde jaar, in de zomer, waren Carette en Mark De Laever aangehouden in Zwitserland. Toen waren ze betrokken bij een grote aankoop van wapens en munitie.

Nieuwsblad van ANtwerpen 17-12-85

Vingerafdrukken van Carette in terroristenflat te Ukkel

Carette en de anderen: oude bekenden van politie

BRUSSEL – Pierre Carette (33), Didier Chevolet (30), Pascale Vandegeerde (28) en Bertrand Sassoye (22). Dat zijn de vier CCC-verdachten die gisteren werden gearresteerd. Een zaak zullen ze zeker niet kunnen loochenen: dat ze elkaar reeds veel langer kenden sinds enkele dagen. Alle vier zijn ze terug te vinden in de geschiedenis van de Brusselse extreem-linkse, anarchistische beweging die zich o.m. jarenlang bezighield met het uitgeven van tijdschriften als Subversion en Ligne Rouge. En achter die tijdschriften zag het gerecht de hand van Pierre Carette, de gewezen „goedkope" drukker uit de Brusselse gemeente Sint-Gillis. Zijn banden met de Franse terreurbeweging Action Directe zijn reeds jaren bekend.

Carette werd geboren op 21 september 1952. Zijn vader was een tijdje ambtenaar bij de Vreemdelingendienst, een administratie die deel uitmaakt van de Staatsveiligheid maar ingewijden beklemtoonden tijdens de voorbije weken meer dan eens dat vader-Carette met de eigenlijke „Veiligheid van de Staat" nooit te maken heeft gehad. „Een volledig toeval dat beide administraties onder dezelfde orgaizatorische noemer worden geplaatst", aldus de politie. De broer van Pierre Carette is officier (maar nog geen kolonel of kommandant, zoals wel eens wordt beweerd) bij een parakommandoregiment.

Pierre Carette werd geboren in Charleroi. Wanneer hij vijftien jaar is, verhuist hij naar Brussel. In de jaren zeventig is Carette een gekend figuur aan de Université Libre de Bruxelles. Hij laat zich niet zo zeer opmerken als student maar wel als politiek agitator. Tussen 1972 en 1975 wordt hij haast dagelijks gezien in Trotskystische, Maoïstische en andere extreem-linkse kringen van de hoofdstad. Hij is ook bedrijvig in vrije radio's. Intussen heeft hij wel alle studies aan de ULB vaarwel gezegd en volgt hij een drukkersopleiding. Wat dan weer niet wil zeggen dat hij niet meer wordt gezien aan de ULB. Hij blijft rondhangen in studentenmilieus.

Drukker

Midden de jaren zeventig vestigt Carette zich als drukker te Sint-Gillis. Hij drukt niet enkel voor extreem-links maar ook voor meerdere, zelfs rechts-georiënteerde politieke partijen. In 1978 is Carette een der leiders van de Belgische beweging die openlijk haar steun betuigt aan de extreem-linkse terroristen van het Rote Armlee Fraktion die in West-Duitsland zijn opgesloten. Carette wordt bijgestaan door Marc De Laever en door .. **Bertrand Sassoye**, uit Ukkel.

In 1979 wordt de naam van Carette een eerste keer openlijk genoemd in verband met terrorisme. Men verdenkt hem ervan meegewerkt te hebben aan de aanslag op de Amerikaanse lergergeneraal Haig. Intussen steekt Carette zijn hulp aan Action Directe (toen nog niet verboden bij onze zuiderburen) niet onder stoelen of banken. Carette is op dat ogenblik verantwoordelijk voor het uitgeven van Subversion, een extreem-links magazine dat oproept tot gewapend verzet en zelfs lessen in het vervaaridigen van explocieven publiceert. In het eerste nummer van Subversion verschijnt een detailverslag van de aanslag op Haig. Het is geweten dat meerdere artikels in Subversion het werk zijn van het duo Carette-Sassoye. Ze ondertekenen hun teksten met hun voornamen: Pierre Bertrand.

Ligne Rouge

In april 1981 wordt te Brussel de vzw Les Ateliers Graphiques gesticht. Leden van het bestuur (zo staat in het Staatsblad) zijn o.m. **Didier Chevolet** (uit Sint-Gillis) en **Pascale Vandegeerde** (uit Anderlecht). In de loop der jaren groeit Les Ateliers Graphiques uit tot **Ligne Rouge**, het nieuw tijdschrift dat zowat Subversion vervangt en tijdens de voorbije veertien maanden de spreekbuis poogde te zijn van de CCC.

Carette werd oorspronkelijk opgespoord omdat hij gekend was als mogelijk extreem-links agitator en mogelijk medewerker van Action Directe (hij had ooit een auto-ongeluk met in zijn wagen niet alleen AD-leidster Menigon maar ook 15.000 zelfgedrukte pamfletten die opriepen tot verzet tegen een bezoek van Reagan aan Europa). Maar vooral verdacht men na de eerste aanslag van de CCC (op 2 oktober verleden jaar) al aan Carette omdat hij enkele dagen voordien verdwenen was. Tijdens de voorbije weken werd hij formeel herkend bij een CCC-aanslag te Etterbeek, nadat men ook zijn vingerafdrukken had gevonden in de terroristenflat te Ukkel. Sassoye was ook verdacht omdat hij reeds sinds 1982 spoorloos was. Hij was toen in het leger maar deserteerde. Chevolet vond men na enkele aanslagen ook niet meer en toen Pascale Vandegeerde tijdens de voorbije maand ook verdween, wist de anti-terreurstaf onmiddellijk bij wie ze verbleef: Chevolet was haar huidige vriend, Carette haar vroegere. (HDK)

De Standaard 18-12-1985

Minister Gol: Opgepakten „speelden grote rol in CCC"

Van onze verslaggever

BRUSSEL — „We menen dat de vier aangehoudenen een zeer belangijke rol speelden in de Cellules Communistes Combattantes."

Dat verklaarde minister van Justitie Jean Gol gisterennamiddag naar aanleiding van de aanhouding van Pierre Carette en drie andere CCC-verdachten. Gol toonde zich optimistisch over het verloop van het onderzoek. De verdachten werden inmiddels opgesloten en mogen tot donderdag geen advokaten ontmoeten.

Volgens Gol was het Pascale Vandegeerde, de gewezen vriendin van Carette en de huidige levensgezellin van Chevolet, die de gerechtelijke diensten de weg wees naar Namen, waar de drie samen met Bertrand Sassoye werden opgepakt. Na de arrestaties werden huiszoekingen verricht.

In de flat te Charleroi waar Vandegeerde en Chevolet woonden, werden volgens het gerecht dokumenten aangetroffen die verwijzen naar voorbije maar ook naar nog niet uitgevoerde CCC-aanslagen.

De politie vreesde dat de perskonferentie van de minister en van „anti-terreurprokureur" André Vandoren niet enkel de interesse van journalisten wegdroeg. Aan de ingang van het ministerie van Justitie was er een strenge identiteitskontrole en meer dan één geïnteresseerde die niet de noodzakelijke dokumenten kon voorleggen, werd wandelen gezonden. Terwijl Gol, geassisteerd door zijn kabinetschef Bricout, en Vandoren de vragen poogden te beantwoorden, werden de aanwezigen voortdurend in het oog gehouden door leden van de Staatsveiligheid.

Misschien was het parket bang dat terroristen zouden pogen samen met de pers binnen te raken. Enkele maanden geleden mengde Pascale Vandegeerde zich meer dan eens als journaliste van het extreemlinkse anarchistisch-geïnspireerde *Ligne Rouge* onder de Brusselse pers.

Vandegeerde werd toen reeds diskreet geschaduwd. Enkele maanden geleden had men vernomen dat zij nog kontakt had gehad met Carette na de eerste CCC-aanslagen. Maar binnen haar kennissenkring beweerde ze dat ze met de CCC niets te maken had. Het gerecht geloofde dat niet. En toen ze enkele weken geleden spoorloos verdween, werd alarm geslagen.

„Maandagvoormiddag kort vóór 11 uur zag een inspekteur van de Staatsveiligheid in Charleroi een vrouw die volgens hem Vandegeerde kon zijn", zei Gol. „De man volgde de vrouw. Ze ging het gebouw nummer 28 binnen aan de boulevard Audant. Het gebouw werd nadien bewaakt. Om 12 u. 40 verliet de vrouw samen met een man, achteraf geïdentificeerd als haar huidige vriend Didier Chevolet, ook al als verdwenen en verdacht gesignaleerd, het huis. Ze gingen naar het zuidstation van Charleroi. Ze kochten elk een ticket om naar Namen te rijden. Daar gingen ze eerst naar een café in de rue Dufer. Daar ontmoetten ze twee mannen (Carette en Sassoye). Nadien trokken ze samen naar het Quick-restaurant."

Over de geruchten die gisteren wilden dat het viertal in Namen ook vergezeld was van een persoon die even later rustig het restaurant verliet en van wie sommigen beweren dat hij een tipgever-infiltrant was, zei Gol niets. In politiekringen wordt het nieuws over de „zwaarbetaalde" tipgever met klem ontkend.

Gol zei dat de politie besloot in te grijpen toen de Staatsveiligheid meldde dat het quasi zeker was dat er vier CCC-verdachten in het restaurant zaten. Om 14 u. 20 waren de vier er binnengegaan. Om 15 uur „overvielen" de gerechtelijke politie en de stadspolitie van Namen hen.

„De politie-aktie was snel maar zeer goed voorbereid en we namen ongetwijfeld minder risico's door hen te arresteren in het restaurant dan door te pogen datzelfde te doen in openlucht bij het station van Namen", aldus André Vandoren. „De vier arrestanten waren allen gewapend. We vonden twee revolvers .38 en twee pistolen (een 9 mm en een .45 Colt). De verdachten hadden ook ongeveer 60.000 frank, valse identiteitspapieren en voor het onderzoek zeer belangrijke dokumenten bij zich. We legden ook beslag op twee koffertjes waarin nog dokumenten staken."

Na hun ondervraging in Namen werden de vier verdachten naar Brussel gebracht waar onderzoeksrechter Francine Lyna hen heel de nacht ondervroeg of alleszins pogingen daartoe ondernam want de vier „CCC'ers" willen niets kwijt. „We kunnen hun verklaringen kort samenvatten. Ze willen niets verklaren en geen enkel proces-verbaal ondertekenen", aldus Vandoren. „Maar Carette heeft wel bekend dat hij Carette is."

Het viertal is door Francine Lyna aangehouden wegens het vormen van een misdadigersbende, het illegaal dragen van verweerwapens, valsheid in geschrifte en voor twee van hen het gebruiken van een valse naam (Carette en Sassoye). Voor Bertrand Sassoye komt daar nog de betichting desertie bij. Hij verdween in 1982 uit het leger.

Deze betichtingen verwijzen niet direkt naar het plegen van terreuraanslagen. „Dat hoeft ook nog niet", aldus eerste-substituut-prokureur Vandoren.

„Tijdens de voorbije uren hielden we ons bezig met de zaak-Namen. Tijdens de komende dagen konfronteren we de verdachten met het CCC-dossier. Vijftien maanden terreur kan je niet afhandelen in één dag." In verband met hetgeen in het CCC-dossier tegen Carette & Co steekt, toonde men zich gisteren in politiekringen optimistisch.

Na de arrestaties volgden er huiszoekingen. Ze werden geleid door leden van de Brusselse anti-terreureenheden en er waren er zeker in Namen, Charleroi en Hornu bij Bergen. In Charleroi werd o.m. de flat doorzocht waarin Vandegeerde en Chevolet verbleven. „We vonden er interessante zaken", aldus Gol. „Dat appartement mag beschouwd worden als een terroristenflat. De CCC zijn er zeker enkele keren samengekomen." Volgens politiekringen werden

in de flat o.m. adressenboekjes gevonden waarin namen stonden van personen die reeds op de CCC-verdachtenlijst stonden maar tegen wie men geen bewijzen had. Men vond er ook dokumenten die verwijzen naar vroegere CCC-aanslagen maar ook naar akties die nog niet zijn uitgevoerd. Ook ontdekten de Brusselse BOB'ers er enkele blanco identiteitskaarten, waarvan één met de foto van een der arrestanten erop, valse rijbewijzen, een uurwerk en een gesofisticeerde radio om de radioboodschappen van politie en rijkswacht af te luisteren.

Over de huiszoekingen in Namen en Hornu werd haast niets vrijgegeven. André Vandoren bevestigde dat men een tikmachine vond, maar dat het nog niet zeker was of ze had gediend om CCC-pamfletten te vervaardigen. Over het ontdekken van een stencilmachine waarop de pamfletten zouden zijn gedrukt, gaf het gerecht niets vrij. „Wapens of springtuigen hebben we niet gevonden bij de huiszoekingen. Wel zaken die ernaar verwijzen", aldus het gerecht. Gisterochtend werden nog huiszoekingen verricht maar volgens Vandoren moeten de resultaten daarvan nog worden bekeken.

Over mogelijke samenwerking tussen de CCC en het Franse Action Directe zegden Gol en Vandoren dat het gerecht meent dat tussen beide organizaties bindingen en kontakten bestaan, maar dat er van een hechte samenwerking toch geen sprake is. Of de CCC iets te maken hebben met de aanslag op het gerechtshof te Luik, weet het gerecht nog niet. Evenmin staat vast dat de CCC de moordende overval pleegden op een postwagen te Verviers.

Pleegden Franse terroristen bank overvallen in Brussel?

NB 17-12

BRUSSEL — In Frankrijk zijn arrestatiebevelen uitgeschreven tegen Jean-Marc Rouillan, Nathalie Menigon en tegen de „Italiaanse" Fransman Cipriani. Ze zijn volgens de Franse gerechtelijke politie de leiders van de „internationalistische" strekking binnen de extreemlinkse Franse terreurgroepering Action Directe. En nu denkt het Frans gerecht ook dat het drietal twee bankovervallen heeft gepleegd te Brussel.

De hold-ups waarvan in de internationale arrestatiebevelen wordt gesproken, zijn verleden jaar gepleegd in de hoofdzetel van de Kredietbank aan de Brusselse Arenbergstraat en in de bank Degroof aan de Nijverheidsstraat, dicht bij de Wetstraat. Volgens de gerechtelijke politie van Versailles is bij de hold-up op de bank Degroof een rode Volvo gebruikt die achteraf is teruggevonden en onderzocht door de Brusselse gerechtelijke politie. In de auto heeft men de vingerafdrukken van Nathalie Menigon ontdekt, zeggen de Fransen. In Brussel zwijgt het gerecht daarover in alle talen.

Dat beide hold-ups door dezelfde daders zijn gepleegd, was reeds bij het begin van het onderzoek duidelijk. De persoonsbeschrijvingen klopten maar telkens gaven de daders ook blijk van veel lef. Zo parkeerden ze hun vluchtauto in de Arenbergstraat net voor het bankfiliaal. Ze waren blijkbaar niet bang van de traditionele opstoppingen in het Brussels stadscentrum. Tijdens de overval waren ze zeer zwaar bewapend en verraadden ze hoe goed ze de hoofdzetel van de bank hadden bestudeerd. Door kogelvrije loketkooien lieten ze zich niet afschrikken: ze kropen er bovenop en openden het plastieken plafond om daarna de bediende te bedreigen.

Foto's

Dat Menigon (een Belgische die al jaren in Frankrijk leeft), Rouillan en Cipriani dikwijls naar Brussel kwamen, werd in augustus nog bewezen toen de terrorisme-sektie van de Brusselse BOB een „terroristen-appartement" ontdekte aan de Landhuisjesstraat te Ukkel. In de flat vond men vingerafdrukken van de drie Action-Directeleiders.

Men ontdekte er ook kermisfoto's van Menigon en Rouillan, volgens het gerecht gemaakt tijdens de Brusselse foor. De foto's werden genomen in een schietkraam en de beide terroristen staan er op terwijl ze naar het fototoestel mikken. Ongetwijfeld schoten ze raak want dat is een der regels van schietkramen die met een dergelijke fotografische gadget zijn uitgerust. „Ze waren op de Brusselse kermis. Zoveel is zeker. Maar of ze daar dit jaar of verleden jaar waren, is een raadsel", aldus een politieman.

Het Brussels gerecht denkt dat de drie leiders van Action Directe in de flat te Ukkel hebben verbleven om er „les te geven" aan de leden van het FRAP. Het Revolutionair Front voor de Proletarische Aktie (FRAP) eiste dit jaar drie aanslagen op. Men vermoedt dat ze hun kennis inzake het vervaardigen en plaatsen van springtuigen haalden bij Action Directe. Volgens gerechtelijke kringen bestaat er tussen het FRAP en de CCC een groot verschil: het FRAP zou gegroeid zijn uit Brusselse anarchistische milieus terwijl de CCC samengesteld zijn uit Marxisten die vroeger reeds samenwerkten met de gisterennamiddag in Namen aangehouden Pierre Carette (ook gekend bij Action Directe). „Dat dergelijke groeperingen hun kennis aan elkaar doorgeven, is in het verleden meer dan eens bewezen", aldus de politie. (HDK)

Acht Jahre Knast in Stammheim

Claudia Wannersdorfer wegen Sprengstoffanschlag verurteilt / Verteidigung forderte Freispruch

7.12.85 **Felix Kurz**

Im Prozeß gegen die 24jährige Krankenschwester Claudia Wannersdorfer vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat der Vorsitzende Richter Berroth gestern abend die Angeklagte wegen „Herbeiführung einer Sprengstoff-Explosion" und „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"zu acht Jahren Haft verurteilt. Die Urteilsbegründung erfolgte nach Redaktionsschluß. Der Vertrauensanwalt Armin Zielinski hatte zuvor für seine Mandantin Freispruch gefordert.

Am 20.Januar 85 war eine Bombe vor dem Gebäude der Forschungs-und Untersuchungsanstalt der deutschen Raumfahrt in Stuttgart-Vaihingen vorzeitig explodiert. Dabei war Claudias Begleiter Jonas Thimme getötet und sie selbst schwer verletzt worden. Mit ihrer Widerstandsaktion wollten die beiden die Forderungen der politischen Gefangenen nach Aufhebung der Isolationshaft unterstützen. Die Bundesanwaltschaft hat für Claudia Wannersdorfer 12 Jahre Knast gefordert.

In seinem Schlußvortrag sagte Armin Zielinski, daß es bei dem Prozeß „nicht um die Wahrheitsfindung, sondern um die justizförmige Bewältigung eines gesellschaftlichen Antagonismus" ginge.

Der 5. Senat (Vorsitzender Berroth) hatte nahezu alle (bis auf zwei) Beweisanträge abgelehnt. Gegen den Willen des Verteidigers und der Angeklagten war ein Zeuge entlassen worden—ein Novum in der Justizgeschichte. „Diese Verfahrensweise zwingt geradezu zu Vergleichen aus der Geschichte", kommentierte der Rechtsanwalt.

Stellvertretend für alle, die die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen unterstützt haben, solle Claudia Wannersdorfer jetzt mit einem exemplarisch abschreckenden Urteil bedacht werden. Die äußere Form des Strafverfahrens habe deshalb nur ein politisches Ziel und gehöre zum Staatsschutzkonzept der Aufstandsbekämpfung.

Als politischen Kern der Anklage bezeichnete Armin Zielinski d-- Mordvorwurf. Allein schon die Weltvorstellungen seiner Mandantin schließe die Gefährdung von Menschenleben bei einer Aktion aus. In ihrem Schlußwort betonte auch die Angeklagte noch einmal, daß sie es bei ihrer Aktion ausgeschlossen hätten, daß Menschenleben gefährdet worden wären.

Zielinski wies ebenfalls den Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch Claudia Wanersdorfer zurück. Sie habe lediglich die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen vertreten. Zudem setze eine Unterstützung auch die Existenz einer terroristischen Vereinigung voraus. Doch weder die Gefangenen noch die Gefangenen mit Personen außerhalb des Knastes würden eine entsprechende Gruppe bilden. Derartiges hatte auch Brigitte Mohnhaupt am Vormittag des zehnten Verhandlungstages während ihrer Zeugenvernehmung ausgeführt. Sie erklärte ausführlich, daß „Aktionen von draußen" nicht etwa mit den politischen Gefangenen abgesprochen worden seien. Den Hungerstreik habe man damals unter anderem auch deshalb begonnen, weil man in drei Prozessen auch die nötige Öffentlichkeit zur Verfügung gehabt habe.

Zur Motivation seiner Mandantin führte der Rechtsanwalt noch aus, daß „die alles entscheidende Erfahrung mit der Unmenschlichkeit des Systems die Wirkungslosigkeit des verbalen Protestes gegen die Isolationshaftbedingungen" war.

Nach der Vernehmung der beiden Zeugen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, die auch auf Fragen der Bundesanwaltschaft antworteten, gab es im vollbesetzten Zuschauerraum Beifallsrufe. Vier Besucher wurden deshalb zu zwischen zwei und sieben Tagen Ordnungshaft verurteilt.

Stammheim: Berroths Urteilsgründe

Aus Stammheim 9.12.85

Wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion in einem besonders schweren Fall (§ 311 StGB) und wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129 a StGB) verurteilte der 5. Senat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart am späten Freitag nachmittag die 24jährige Krankenschwester Claudia Wannersdorfer zu acht Jahren Knast. Die taz meldete den Urteilstenor bereits kurz in ihrer Samstagsausgabe. Von der extrem hohen Haftstrafe war Claudia Wannersdorfer sichtlich getroffen. Das scharfe Urteil hat seine „besonderen" Gründe.

Am 20. Januar war während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik vorzeitig eine Bombe in Stuttgart-Vaihingen explodiert, die Claudia Wannersdorfer schwer verletzte und ihren Freund Jonas Thimme tötete. Im Verfahren räumte die Angeklagte ein, daß man mit dem Anschlag die Forderungen der politischen Gefangenen nach besseren Haftbedingungen unterstützen wollte. Der Vorsitzende Richter Berroth ist in den Stammheimer Prozessen von Anfang an dabei. Es war sein erstes Urteil als Vorsitzender Richter. „Das Häuflein Andersdenkender, das meint, mit dem Schrei 'Revolution' auf den Lippen den Staat umstürzen zu wollen, muß doch endlich einmal einsehen, daß es so nicht geht", so der Senatsvorsitzende in seinen umfangreichen Vorbemerkungen zur Verurteilung. „Wir verfolgen keine Linien, Absichten und laufen auch keinem Konstrukt hinterher. Wir wenden nur das Gesetz an, das uns von einem frei gewählten Parlament vorgegeben ist".

Bei der „Suche nach einer gerechten und billigen Strafe", wie es Berroth nannte, benötigte der Senat die Rekordzeit von nicht einmal einer Stunde. Wegen der Höhe des Sachschadens (ca. 600.000 DM) und der Motivation der Täter erkannte der Staatsschutzsenat auf einen besonders schweren Fall eines Sprengstoffverbrechens (Mindeststrafe: fünf Jahre). Das vorzeitige Explodieren der Bombe sei keine wesentliche Änderung des Ablaufs gewesen. Zu der Frage, ob eine terroristische Vereinigung unterstützt wurde, führte Berroth aus: „Da brauche ich keine vielen Worte machen". Schließlich wüßte ja jeder, daß die „Rote-Armee-Fraktion (RAF)" eine terroristische Vereinigung sei. So sei die Hauptfrage für den Senat gewesen, ob man mit der Unterstützung einer Hungerstreikaktion auch die Ziele der RAF unterstütze.

Da die „Angeklagte gewußt habe, daß solche Taten sich mobilisierend auf die Gefangenen auswirken" würden, so Berroth, und es bei dem Hungerstreik „nur vordergründig um die Haftbedingungen" gegangen und der „Hungerstreik auch historisch gesehen ein Kampfmittel der RAF" sei, habe Claudia Wannersdorfer die Ziele der RAF unterstützt. Damit erschöpfte sich die gesamte Subsumption des Senats. Dabei habe man noch strafmildernd beachtet, daß die junge Frau nicht vorbestraft und „in ihrem Beruf nicht zurechtgekommen" sei. Richter Berroth: „Es gibt eben Berufe, wo man frei oder weniger frei ist. Das mit dem Kampf gegen die Hierarchie ist nicht der richtige Weg. Durch solche Dinge wird die rechtstreue Bevölkerung verunsichert".

Nur auf den von der Bundesanwaltschaft ebenfalls angeklagten dreifachen Mordversuch erkannte das Gericht nicht. Subjektiv sei das der Angeklagten nicht nachzuweisen. Schließlich habe sie in ihrem Schlußwort „als Rettungsanker" dargelegt, daß man keinerlei Menschenleben gefährden wollte. *Felix Kurz*

Zum Prozeß gegen Angehörige der politischen Gefangenen (Esslingen)

Prozeßerklärung von Irene Klar

Am 4.12.1984 begann der unbefristete Hungerstreik, der trotz staatlicher Dementis die Veränderung der Haftbedingungen zum Ziel hatte, d.h. die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen. Wir Angehörige wissen, daß dies das einzige Mittel der Gefangenen ist, die Isolation zu durchbrechen und ihre politische Identität zu bewahren.
Durch unsere Erfahrung, besonders bei den Besuchen, ist uns klar geworden, daß diese Haftbedingungen, die optische und akustische Isolation, auf die langsame Vernichtung der Gefangenen zielt.

In einer Veröffentlichung des Bundesinnenministeriums wird die Isolation der Gefangenen gefordert, "um den Zusammenbruch des bisherigen Weltbildes zu erreichen", wobei "das Interesse des Gefangenen an seiner körperlichen Unversehrtheit zurücktreten kann.

Diese Tatsachen an die Öffentlichkeit zu bringen und dadurch anzugreifen, ist seit Jahren die Praxis der Angehörigenarbeit. Zu dem Zeitpunkt, an dem wir in Deizisau waren, am 6.1.1985, dauerte der Hungerstreik schon über vier Wochen an, der Gesundheitszustand von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt war mehr als bedrohlich. Die BAW hat alles getan, um jede Veränderung zu verhindern. Tote Gefangene wurden einkalkuliert.
Die Verantwortlichkeit für das Leben der Gefangenen lag und liegt aber nicht in den Händen eines abstrakten Apparates, sondern es gibt einzelne Personen, die dafür verantwortlich sind. Deshalb waren wir an diesem Sonntag vor das Haus des Richters Knospe gekommen, dem Vorsitzenden im Stammheimer Prozeß gegen Christian und Brigitte und somit Verantwortlichen für ihr Leben.

Wir haben mit Transparenten und einer über Megafon verlesenen Erklärung verlangt daß er sofort dafür sorgt, daß Christian und Brigitte mit Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und mit anderen kämpfenden Gefangenen in große selbstbestimmte Gruppen zusammengelegt werden.
Als wir nach etwa einer Stunde gehen wollten, kam die Polizei und sperrte die Strasse nach beiden Seiten ab. Unsere Personalausweise wurden eingesammelt, die Transparente und das Megafon uns abgenommen, einer wurde nach Waffen durchsucht. Obwohl wir uns alle ausgewiesen hatten, wurden wir ins Polizeirevier nach Esslingen gebracht. An dem, wie alles weiter gelaufen ist, hab ich dann vieles verstanden.

Nach einer Stunde Wartezeit kam der Befehl: "Aufstellen in Zweierreihen" und dann Abtransport zur ED-Behandlung. Als wir uns nicht aktiv an dieser ED-Tortour beteiligt haben, gingen sie mit brutalen körperlichen Angriffen gegen uns vor. Einige von uns mußten sich fast ganz ausziehen unter der Drohung, daß sie, wenn sie es nicht freiwillig täten, von den männlichen Beamten ausgezogen würden. Die Arme wurden uns verdreht, und wenn sie trotz aller Gewalt nicht weiterkamen, wurde gedroht "Ich brech Ihnen jetzt den Arm!".
Bei dem Versuch, die Fingerabdrücke zu nehmen, wurden einigen spitze Metallstücke unter die Fingernägel gedrückt.

Um Fotos zu bekommen und um die Form der Ohren festzustellen, wurden einige von uns gewürgt, die Augen mit Gewalt geöffnet. Auch die beiden Mütter mußten sich fast ganz nackt ausziehen und wurden mit höchstpersönlichen Fragen konfrontiert. Die Brutalität, mit der sie gegen uns vorgegangen sind, war für mich eine neue Erfahrung, ist nochmal was anderes, ob man es nur weiß, oder am eigenen Körper spürt. Dazu gehört auch, zu entscheiden, daß es einen Punkt gibt, an dem man nicht mehr alles widerspruchslos mit sich machen läßt.

Die ED-Behandlung und nun dieser Prozeß, reduziert auf den Vorwurf 'Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte' sind die Fortführung von Einschüchterungsversuchen, mit denen wir immer stärker konfrontiert sind. Unsere Erfahrung der letzten Monate ist, daß der Staat versucht, uns mit allen Mitteln von unserem Kampf für die ZL abzuhalten. Unsere Aktionen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden als Begründung benutzt, um Besuchsverbote auszusprechen.
Daß diese Besuchsverbote die Gefangenen und uns treffen sollen, ist klar. Aber auch dieser Prozeß wird nicht verhindern, daß wir auch in Zukunft dem Ziel des Staates, die Gefangenen vollkommen zu isolieren, im Weg stehen werden, d.h. mit denen für uns legitimen Mitteln in der Öffentlichkeit über die Haftbedingungen zu informieren und für die Forderung der Gefangenen nach der ZL einzutreten."

Zum Prozeßverlauf am 21. November 1985

Es war sehr schön, daß der besondere Gerichtssaal - der größte im Amtsgericht - bis auf den letzten Platz von uns gefüllt war und daß während des ganzen Prozesses eine gute Stimmung war. Gleich zu Beginn stellten sich alle Angehörigen die ebenfalls an der Aktion in Deizisau dabei gewesen waren, an der Wand hinter Irene auf und erklärten dem Richter, daß sie dort stehen bleiben wollten und daß das Verfahren auch genauso ihnen gelten würde. Der Richter - kein Scharfmacher - fand das aber für den "ordnungsgemäßen Gang der Verhandlung" störend, so daß die Angehörigen sich darauf im Saal niederließen.
Aus Platzgründen hier nur soviel:
Die Vernehmung zweier Bullen - dessen, der die ED-Behandlung angeordnet und dessen, der sie durchgeführt hat - hat ganz klar ergeben, daß die Polizei sowie die politischen Entscheidungsträger, die anonym geblieben sind, zu keinem Zeitpunkt über die Identität der festgehaltenen Angehörigen im Zweifel waren bzw. sein konnten. Eine entsprechende Frage des Richters machte das auch dem letzten Zuhörer deutlich.
Das bedeutet konkret: Es war unabdingbare Voraussetzung gewesen, daß sie sich über die Identität der Angehörigen im Klaren waren, um sie dann "ED-zu behandeln", d.h. das ist die Vorstufe der physischen Folter, wie das Irene für sich beschrieben hat. Wir können also davon ausgehen, daß der Staat das auch in Zukunft so durchführen wird, wenn wir nicht auch dagegen soweit möglich entschiedenen Widerstand leisten.
Im Obrigen ist zu dem nichts hinzuzufügen, was Irene in ihrer Erklärung gesagt hat.

Wegen wetterbedingter Verspätung hat der Richter das Verfahren auf den nächsten Mittwoch vertagt - es kann aber als sicher angenommen werden, daß er das Verfahren nach § 153 StPO einstellen wird. Als taktisches Ziel reicht das der BAW z.B., um entsprechende Besuchsverbote gegen Irene zu beantragen und durchzusetzen.

Blättle dec.1985

Rebmann will mehr Kompetenzen

Zentrale europaweite Behörde zur Verfolgung von militanten Gruppen gefordert / Angeblicher „Top-Mann der RAF" Martin Thiel stellt sich der Bundesanwaltschaft

12.12.85 **taz**

Aus Karlsruhe Felix Kurz

Auf seinem inzwischen 18. Halbjahrespressegespräch hat der oberste Fahnder der BRD, Ge... ralbundesanwalt K... mehr Ko... eine e... kämpf... fordert... wäre se... Amt, da... regelt, die ... ropaweit ... auszuschre...

Rebmann ... daß Frankrei... litisch motivie... auslege. So etw... daß gerade weg... ...dung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a StGB) gesuchte Personen kaum ausgeliefert werden.

Trotz ...mentos des Chefs ...ltschaft (BAW) ...ndiges Austau... ...lfen zwischen ... europäischen ... „Auf unserer ...bene, haben ... Meine Her... ...ie wollen", ... te Armee ...ntiimpe... teuro... ...uar. ..., so Rebmann, ...AF und die französis... Gruppe „Action directe (AD... Hinweise auf die Zusammena... beit mit anderen europäische... Gruppierungen verdichten sic... nach seinen Angaben. Die niederländische Druckschrift „Knispelkrant" habe dabei eine „internationale Kooperation im terroristisch-publizistischen Bereich" übernommen.

Gerade die Aktionen verschiedener militanter Gruppen aus dem Ausland auf dem Boden der Bundesrepublik bereiten Rebmann Sorgen. Er ist dafür originär nämlich nicht zuständig. Anschläge der „action directe" auf de... Boden kann er ... gen ... ...die ... innere Sicherheit der BRD" berührt seien. Als jüngsten Erfolg gab die BAW bekannt, daß sich Martin Thiel aus Saarbrücken bereits seit dem 2. Dezember seiner Behörde gestellt hat. Er war im Laufe des Jahres 1984 gemeinsam mit neun weiteren Personen von der BAW zu den neuen Top-Leuten der RAF ernannt worden. Gegen ihn besteht jetzt allerdings „nur noch" ein Haftbefehl auf fortgesetzte Unterstützung der RAF, nicht je...och wegen Mitgliedschaft. Reb...ann: „Thiel hat, wenn er sein ...ssen offenbart, durchaus ... die ...nce einer Strafmilderung oder ...befreiung". Als zentrale Fi... der vierten Generation der ...ezeichnete der Generalbun...alt Barbara Meyer und ih... ...mann Horst Meyer. Von der RAF bedroht seien nach Rebmanns Worten vor allem „Vertreter des Repressionsapparats, an der Spitze wir".

Die Absicht der „Rote Armee Fraktion (RAF)", eine antiimperialistische Front in Westeuropa aufzubauen, ist für den BAW-Chef als Trend erkennbar. Den „Grundstein", so Rebmann, bilden RAF und die französische Gruppe „Action directe (AD)". Hinweise auf die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Gruppierungen verdichten sich nach seinen Angaben. Die niederländische Druckschrift „Knispelkrant" habe dabei eine „internationale Kooperation im terroristisch-publizistischen Bereich" übernommen.

Rebmann: Terrorismus zentral bekämpfen

Bedrohung der Sicherheit eher wieder verschärft, sagt der Generalbundesanwalt

SDZ 12-12-85

Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch Linksterroristen hat sich nach Einschätzung von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann „eher wieder verschärft". Die Rote Armee Fraktion (RAF) agiert nach seiner Darstellung mittlerweile mit Methoden und Opfern wie Schwerstkriminelle des klassischen Strafrechts. „Jeder elitäre Lack der Roten Armee Fraktion" sei „abgefallen", sagte Rebmann am Mittwoch in Karlsruhe. Nicht mehr nur sogenannte Symbolfiguren der Gesellschaft seien Angriffsobjekte, sondern „jedermann" könne inzwischen zum potentiellen Opfer der vierten Generation der RAF werden, wenn er als Mittel zum Zweck, zum Erfolg eines Terroranschlags diene.

Nach Rebmanns Worten hat aus dieser Erkenntnis der im Verdacht der Mitgliedschaft in der RAF stehende Martin Thiel Konsequenzen gezogen und sich am 2. Dezember den Ermittlungsbehörden gestellt. Rebmann appellierte an Mitglieder und Sympathisanten der RAF, wie Thiel aus der „neuen Dimension der Brutalität" der Vereinigung die Konsequenzen zu ziehen. Er habe, wenn er sein Wissen offenbare, die im Strafgesetzbuch vorgesehene Chance einer Strafmilderung oder Strafbefreiung, soweit ihm keine anderen Straftaten anzulasten seien.

Rebmann forderte für die wirksamere Bekämpfung der Terrorismus in Europa eine zentrale Institution mit europaweiter Kompetenz. Dies gelte vor allem für die europaweite Ausschreibung von Terroristen zur Fahndung und für die Zusammenarbeit in Fragen der Auslieferung. Der Versuch linksterroristischer Kräfte, in Europa eine antiimperialistische Front aufzubauen, schreite fort, sagte Rebmann. Am weitesten entwickelt ist nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden die Zusammenarbeit der RAF mit der französischen Terrorgruppe „Action directe". Es verdichteten sich auch Anhaltspunkte, daß es eine direkte Zusammenarbeit der RAF mit den belgischen „Cellules Communistes Combattantes" und der „Front Revolutionaire d'Action Proletarienne" gibt. Gewisse Hinweise gebe es auch auf eine beginnende Zusammenarbeit der RAF mit der spanischen linksextremistischen GRAPO.

Für die Terroristenbekämpfung im Inland beklagte Rebmann das „Defizit einer zentralen Zuständigkeit" bei Anschlägen von ausländischen Terrorgruppen. In solchen Fällen liegt die Zuständigkeit zur Strafverfolgung bei den örtlichen Staatsanwaltschaften. „Angesichts der internationalen Verflechtung des Terrorismus halte ich eine zentrale Ermittlungszuständigkeit der Staatsanwaltschaft des Bundes für unerläßlich", sagte Rebmann und appellierte an den Gesetzgeber, sich damit bald zu befassen.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. November sind laut Rebmann in der Bundesrepublik 224 Brand- und 73 Sprengstoffanschläge – 20 Prozent mehr als im gesamten Jahr 1984 – verübt worden.

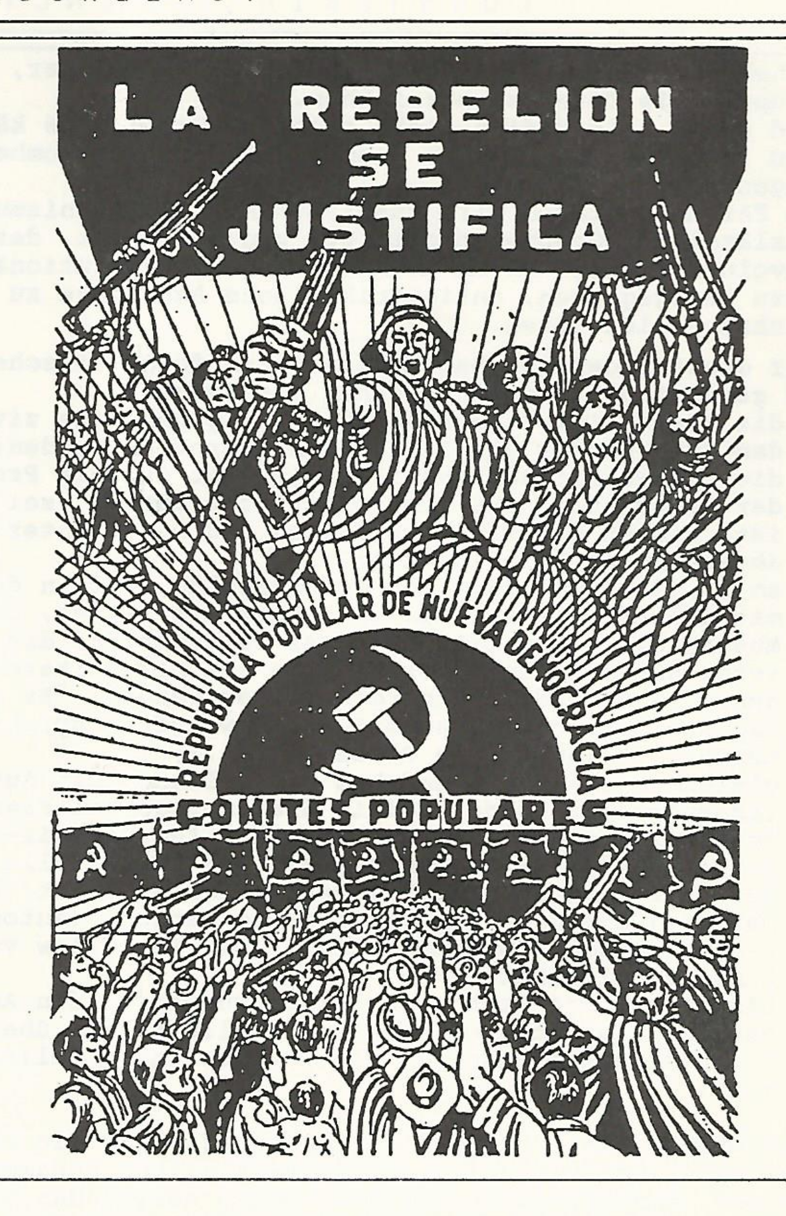
Bundesanwaltschaft fahndet nach 29 mutmaßlichen Terroristen

Nach insgesamt 29 mutmaßlichen Terroristen fahndet derzeit die Bundesanwaltschaft auf Grund von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes (BGH). Bei den Gesuchten handelt es sich um: Susanne Albrecht, Annelie Becker, Henning Beer, Sabine Callsen, Christine Dümlein, Sabine Eckle, Ralf Friedrich, Christian Gauger, Wolfgang Grams, Eva Haule-Frimpong, Monika Helbing, Birgit Hogefeld, Hans-Joachim Klein, Andrea Klump, Friederike Krabbe, Werner Lotze, Silke Maier-Witt, Barbara Meyer, Horst Meyer, Gisela Pohl, Ilich Ramirez Sanches („Carlos"), Souhaila Sayeh alias Soraya Ansari, Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent, Christoph Seidler, Thomas Simon, Rudolf Schindler, Sigrid Sternebeck, Sonja Suder und Inge Viett.

Als Unterstützer der RAF Gesuchter stellt sich der Polizei

Karlsruhe (Reuter)

Der zunächst als mutmaßliches Mitglied der terroristischen „Roten Armee Fraktion" gesuchte Martin Thiel hat sich am 2. Dezember den Ermittlungsbehörden in Saarbrücken gestellt. Die Bundesanwaltschaft teilte mit, der aus dem saarländischen Völklingen stammende 25jährige Thiel habe zu den 22 meistgesuchten Terroristen gehört. Der Haftbefehl sei abgeändert worden und laute nun auf „fortgesetzte Unterstützung" und nicht mehr auf Mitgliedschaft in der RAF. Thiel sagte nach Angaben eines Sprechers der Bundesanwaltschaft aus, er sei wegen privater und finanzieller Probleme untergetaucht, um zur RAF zu stoßen, für die er zuvor zivile und militärische Anschlagsziele ausgespäht habe. Dort sei er aber „nie gelandet". Nachdem er erkannt hatte, daß er „für das Leben im Untergrund nicht geschaffen" sei und daß er entgegen seinen Hoffnungen dort kein neues Leben habe anfangen können, habe er sich „desillusioniert" dem saarländischen Landeskriminalamt gestellt. Auch habe er eingesehen, daß Gewalt „nicht sein Geschäft" sei.



ZU DEM TERRORANSCHLAG AUF DEM GELÄNDE DER PX IN FRANKFURT

Am Sonntag, dem 23.11. ging um 15.30 Uhr in Frankfurt auf dem Gelände der PX, dem amerikanischen Einkaufszentrum, eine Autobombe hoch. Sonntags ist dort Hochbetrieb.
Bereits in den Nachrichten um 17.00 Uhr behauptet Generalbundesanwalt Rebmann, die Täter seien aus dem "terroristischen Umfeld". Später bringen sie dann, daß Linksextremisten als Täter in Frage kämen.
Es werden Parallelen zur Aktion von RAF und AD gegen die Rhein-Main-air-base im August '85 gezogen, und behauptet, daß es die RAF gewesen wäre.
Am gleichen Abend, fünf Stunden später, lief eine Aktion der Kripo an: Bei neun Genossen aus dem antiimperialistischen-, autonomen und Startbahnwiderstand, standen sie vor den Wohnungstüren und wollten Alibis: was die Genossen an diesem Tag gemacht haben, und wo sie gewesen sind. Sie bekamen keine Antwort und wurden weggeschickt.
Nachdem von Sonntag an der gesamte Propagandaapparat in Gang gesetzt worden war, um die beiden Linien - der antiimperialistische Widerstand oder die RAF sei für den Anschlag verantwortlich - in die Köpfe der Bevölkerung zu hämmern,

schwächen sie am Dienstag ab und gehen dazu über, palästinensische Gruppen als Täter zu bezeichnen.
Und durch alle Medien zieht sich die Hetze, die kämpfenden Gruppen hier und im Nahen Osten seien "unmenschlich", sie bomben ziellos durch die Gegend.
In FAZ-Kommentaren wird Rassismus/Antiamerikanismus auf die RAF und ausländische Gruppen projiziert und behauptet, der palästinensischen Revolution ginge es um Antisemitismus. Revolutionäre Gruppen wären dazu übergegangen, antiamerikanische Anschläge zu machen, mit möglichst vielen Toten.

Wir denken, daß der Geheimdienst den faschisitschen Anschlag auf die PX gemacht hat. Dafür sprechen die Fakten:
- die Ziellosigkeit des Anschlags - gegen eine zivile Einrichtung, bei dem auch Kinder und Zivilisten getroffen wurden;
- die ungewöhnliche Schnelligkeit, mit der die Propagandamaschine mit der Behauptung, das "terroristische Umfeld" sei der Täter, angerollt ist, deutet auf einen geplanten und mit Counterstrategen wie Rebmann abgestimmten Anschlag hin;
- am 21.11., zwei Tage vor dem Anschlag, war in der "Welt" eine Notitz mit dem Hinweis auf ein Interview mit Becker, dem Chef der Terrorismus-Abteilung im BKA, in einer Zeitschrift: die RAF und ihr "Umfeld" seien näher zusammengerückt, es sei mit weiteren Aktionen zu rechnen, die zunehmend unberechenbarer werden. "Es wird (...) befürchtet, daß sie sich demnächst mit einem weiteren sprektakulären Verbrechen meldet..." (aus: Neue Revue, 21.11.);
- gleich am Sonntag abend kam die Meldung, das Auto, mit dem die Bombe transportiert wurde, sei in Gravenbruch bei Frankfurt gekauft worden. Dort wurde angeblich auch das Auto für die Air-Base-Aktion gekauft. Damit soll ein Zusammenhang zur RAF hergestellt werden.Der BAW-Pressesprecher Rechten erklärte dann: "Derselbe Ort (Frankfut), dasselbe Objekt (US-Einrichtung), dieselbe Methode (Autobombe), und dieselben Autobeschaffungsmethoden". (TAZ-Interview vom 25.11. mit Rechten, Bundesanwaltschaft);
- bis jetzt hat sich noch keine Gruppe für den Anschlag verantwortlich erklärt. Es ist auch nicht vorstellbar, daß über eine Erklärung ein faschistischer Anschlag als revolutionäre Politik behauptet werden kann.

Aufgefallen ist uns, daß der Anschlag gegen die PX und die Entführung des ägyptischen Flugzeugs propagandistisch zusammengeschmissen wurden. Beides: unmenschlich, wahllos. Damit sollte das Blutbad der ägyptischen Soldaten und der US-Marineeinheiten in Bereitschaft bei der Erstürmung des Flugzeugs legitimiert werden. Die Wirkung, die diese Propaganda haben sollte, erinnert uns an die Hetzpropaganda und Counteranschläge während der Entführung der TWA-Maschine:
- der Anschlag auf den Zivilflughafen in Frankfurt, wo sich anfangs angeblich eine arabische Gruppe bekannte. Zitiert wurde eine Erklärung dazu, die der Geheimdienst fast in gleichem Wortlaut von der Erklärung einer revolutionären arabischen Gruppe vor ca. 5 Jahren abgeschmiert hatte;
- der Counteranschlag in Brüssel auf Bayer-Leverkusen von einer sogenannten "peace-conquerer-Gruppe", die sich in ihrer faschistoiden Erklärung u.a. mit dem Anschlag auf den Frankfurter Flughafen solidarisierte und weitere Anschläge ankündigte;
- die Bombe in einem indischen Flugzeug mit über 300 Menschen, das in irischem Gewässer abstürzte. Alle Menschen kamen ums Leben und zwei Stunden später geht auf dem Tokioer Flughafen in einem Container eine Bombe hoch.

Die Imperialististen gehen mehr und mehr dazu über, Geheimdienstaktionen als Mittel der Politik einzusetzen. So auch im März '85 der Anschlag auf ein Dortmunder Kaufhaus, bei dem mehrere Menschen schwer verletzt wurden. Es bekannte sich eine angebliche "Aktion Christian Klar" eine halbe Stunde später bei der Bild-Redaktion dazu. Dieser Anschlag war eine Reaktion auf die starke Mobilisierung während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand.

Diese Geheimdienstanschläge in Westeuropa sind Teil der weltweiten imperialistischen Offensive gegen den "internationalen Terrorismus". US-Außenminister Shultz erklärte im Oktober '84, daß die USA überall dort, wo sie angegriffen werden zu Vergeltungs- und Präventivschlägen greifen werden, ohne Rücksicht auf Verluste von eigenen Soldaten und Unbeteiligten. Genau das haben sie mit dem PX-Anschlag umgesetzt. Für solche Anschläge verfügen die USA "über Kampfeinheiten, die zum Einsatz bereit stehen, von kleinen Teams, die buchstäblich unentdeckt operieren können, bis..." (aus: Süddeutsche Zeitung, 4.2.85)
Weil den Imperialisten die Akzeptanz für ihre Kriegspolitik fehlt, führen sie den schmutzigen Krieg. Er ist ein Mittel verdeckte Aufstandsbekämpfung zu praktizieren, und durch Terroranschläge gegen die Bevölkerung ein Klima zu schaffen, in dem offene polizeiliche- und militärische Operationen und Interventionen möglich sein sollen. Gesellschaftlicher Widerstand, soziale Bewegungen, die Unterdrückten hier sollen sich nicht in den Kämpfen der Militanten und der Guerilla wiederfinden. Sie wollen einen Keil dazwischen treiben, gegen die Möglichkeit der Ausweitung und Vertiefung des revolutionären Klassenkampfes in Westeuropa. Daß sie zu immer brutaleren Mitteln greifen, in einer für Westeuropa neuen Dimension, um den revolutionären Prozeß hier zu blockieren, ist Ausdruck ihres Dilemmas: daß sich hier die Legitimität von Widerstand durchgesetzt hat.
Die Verhörversuche der Bullen nach dem PX-Anschlag, die Propaganda das "Umfeld" sei dafür verantwortlich, und daß Rebmann neuerdings nach militanten Aktionen gegen das gesamte "Umfeld" ermitteln läßt, was impliziert, daß jeder im Widerstand für alles verantwortlich ist - sollen ein Klima für Verhaftungen schaffen und gleichzeitig geht es ihnen um ein Instrumentarium, um abräumen zu können.
Nach der Aktion gegen die Air-Base haben die Bullen auch Alibifragen bei Genossen aus dem antiimperialistischen Widerstand gestellt - allerdings erst nach drei Tagen.
Die Bombe gegen eine zivile US-Einrichtung soll in die aktuellen Diskussionen über die Aktion von RAF und Action Directe gegen die Air-Base, die Erschießung des GI, und die militanten Angriffe gegen die NATO-Infrastruktur reinhauen. Bis zu diesen Aktionen war es für viele von uns so: Wir haben uns stark auf die Erfahrungen unseres Kampfes mit Bewegungen, Militanten, Guerilla und Gefangenen in den letzten fünf Jahren bezogen. Der gemeinsame Kampf - das waren politische Initiativen für die Zusammenlegung, gegen die Kriegspropaganda (Krefeld, Haig, Reagan), gegen die militärische Infrastruktur (Startbahn, Munitionstransporte und Raktetenstationierung) und so weiter - und Angriffe gegen Basen und Strategen des imperialistischen Systems.
Diese Erfahrungen entwickelten wir linear weiter - von Mobilisierung zu Mobilisierung. Den Kampf in seiner Dialektik - die Bestimmung einzelner Phasen in denen er sich auch von der Seite der Revolutionäre auseitet - begannen wir erst ansatzweise in unserer Diskussion "wie weiter?" einzubeziehen.
Die Aktion gegen die Air Base und die Erschießung des GI,konfrontierten jeden mit der Frage, wie er/sie sich im internationalen Klassenkrieg bestimmen will, wie unser Verhältnis zur Realität des Krieges ist.
Wir haben gemerkt, daß die Vorstellung, wie wir sie hatten,in vielem idealistisch ist, als könnten wir allein durch starke politische Mobilisierungen des Widerstands und Angriffe gegen Strategen und Knotenpunkte das System zu Fall bringen. Auch, wie tief bei einigen unter uns der bürgerliche Humanismus noch steckt, der die US-Soldaten hauptsächlich als Opfer begreift, nicht als das, was ihre tatsächliche Funktion ist: Kriegführender Teil in der Ausrottungs- und Ausbeutungsstrategie des US-Imperialismus.
Die Diskussion über die Legitimität, GI's anzugreifen, hat seit der Aktion breiten Raum eingenommen. Wir denken, so ist sie falsch. Unsere Legitimität, den Feind anzugreifen, ist die Möglichkeit, den revolutionären Kampf durch den Angriff und seine politische Wirkung zu stärken. So kann die Diskussion über den August nur an der politischen Bestimmung der Aktionen geführt werden: Indem wir uns selber einen politisch-praktischen Begriff schaffen, über unsere Perspektive - wo-

durch Übereinstimmung und Widerspruch entsteht.
Auf dem Boden des für uns gestärkten Kräfteverhältnisses, nach den Kämpfen im Winter 84/85, haben RAF, AD und Militante ihre Vorstellung der Entwicklung der Front praktisch angepackt. Die gemeinsame Bestimmung der Aktion, vermittelt sich in der Überschrift ihrer Erklärungen: "Die Strategen des imperialistischen Krieges in Washington, Brüssel, Bonn, Paris werden von hier aus nicht länger vom gesicherten Einsatz ihrer Militärmaschine und der ruhigen Planbarkeit ihres Krieges ausgehen." Für uns ist die Diskussion um die politischen Vorstellungen, die die Genossen in ihren Erklärungen vermitteln, ein offener Klärungsprozeß. Es ist notwendig und wichtig, daß sie angeschoben wurde. Was in der Auseinandersetzung an subjektiven Erfahrungen und politischem Bewußtsein über Strategie und Ziel des Kampfes entsteht, schafft einen neuen Boden für die weitere Entwicklung des Kampfes.

Das Kalkül des Staatsschutz' mit dem Terroranschlag auf dem Gelände der PX wird nicht aufgehen:
Sie versuchen damit, unsere politischen Unsicherheiten und Widersprüche zu den Aktionen zu benutzen. Die Diskussion "Antiamerikanismus", die sie über die Auseian dersetzung um die Legitimität der Anwendung revolutionärer Gewalt, zu stülpen versuchen, soll uns spalten: untereinander im Widerstand, und von der Guerilla. Diesen dreckigen Versuch, uns durch diese Auseinandersetzung zu schwächen, und so Schläge gegen den Widerstand im Rhein-Main-Gebiet/FfM, steht die starke Entwicklung der letzten Zeit gegenüber:

- Die Kontinuität der Kämpfe gegen die Startbahn in ihrer ganzen Vielfältigkeit, die der Staat weder durch massiven Bullenterror, noch durch Integrationsversuche verhindern konnte. Viele Menschen im Rhein-Main-Gebiet haben in diesen Kämpfen Erfahrungen mit der Gewalt des Staates gemacht - aber auch mit der Stärke und Anziehungskraft des Widerstands, die neuen Kampf erzeugt;
- die breite Mobilisierung auch hier während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im Winter 84/85;
- nach dem Mord an Günther Sare begann quer durch die BRD eine starke, spontane Mobilisierung. Trotz dem faschistischen Ausnahmezusatand: Demoverbot, Masseninternierungen, Verhaftungen und Bullenterror hat sich der Widerstand durchgesetzt. Diese Erfahrungen haben gezeigt, daß viele die in den letzten zwei Jahren vor dem Gewaltapparat des Staates zurückgewichen waren, sich in dieser Mobilisierung offensiv verhielten. Wir ließen es uns nicht nehmen, spontane Wut, Haß und unseren Widerstand in den Straßen auszudrücken. Auch die Angriffe auf Bullenreviere stehen für dieses Bewußtsein: wir können unsere Befreiung nur im Kampf gegen den Repressionsapparat des Staates durchsetzen. In der Tendenz drückte sich in den Parolen auch ein neues Verhältnis zu den Kämpfen in Westeuropa aus: Es ist ein Kampf gegen den gleichen Feind. "Frankfurt, Brixton und Transvaal - Bullen morden überall", "von Frankfurt bis Athen - die Front wird entstehn";
- am 31.1.86 findet in Frankfurt der Kongreß "antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" statt, mit Genossen aus der BRD, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal...
  Mit dem Kongreß wollen wir die Möglichkeit schaffen, uns kennezulernen, Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten aus der Vielfalt des Widerstands in der westeuropäischen Metropole zu diskutieren. Und es geht um die Auseinandersetzung mit den Genossen aus den verschiedenen Gruppen in der BRD über die Entwicklung und Möglichkeit des Zusammenkommens der vielfältigen Kämpfe.

N O   P A S A R A N !

Die Air-Base als wichtige Drehscheibe des US-Imperialismus in Westeuropa

Auf den Sprengstoffanschlag den das Kommando Georg Jackson gegen das amerikanische Headquarter auf dem US-amerikanischen Teil des Frankfurter Flughafens durchführte gab es viele kritische Reaktionen.Es ist halt eine schwierige Zeit.Einige wenige Revolutionäre wollen die drängenden Probleme der 80er Jahre anpacken,auf der anderen Seite steht eine Bewegung die schon lange den politischen Geschehnissen auf der Welt hinterherhinkt.
Manchmal glaubt man,dass es bis jetzt noch niemand mitbekommen hat,dass wir uns in einer absoluten Vorkriegszeit befinden.An den Rändern (3. Welt) hat der Kampf schon begonnen. Ueberall laufen fieberhaft von den Imperialisten Frontbegradigungen.Es wird versucht die beste Ausgangsposition für den Start in Richtung Osten zu schaffen.Hunderttausende Soldaten werden auf der Welt von den Strategen zur Zeit umgruppiert,stationiert und für die letzte Schlacht in Stellung gebracht.Für die technische Seite (Kriegsmaterial,Waffen, Raketen etc.) gilt dies auch.
Alle Amerikanischen Soldaten und deren Anhang sind nicht auf Urlaub in der BRD.Nein,sie stehen Gewehr bei Fuss und warten auf ihre aktuellen Befehle.Diese können wie schon einige Jahre zuvor gehabt halt lauten,dass man irgendwo (Libanon,Naher Osten,Afrika,Europa) Eine militärische Agression verüben soll.Aus dem freundlichen "GI" kann innerhalb kürzester Zeit ein Werkzeug imperialistischer Gewalt werden.(Anmerkung:Er ist es immer)
Aus diesem Grund war der Anschlag auf die Air-Base auch völlig richtig bestimmt.Es war genau der richtige Punkt.Die Drehscheibe,wovon hier in Europa fast alles organisiert wird.
Zeigen wir den amerikanischen GI's,dass sie sich hier nicht auf Heimaturlaub im 52. Bundesstaat befinden.Wir haben über den Anschlag auch mit Palästinensischen Genossen gesprochen. Sie fanden die konkrete Bestimmung des Angriffs richtig.Voller Freude registrieren wir die Schlangen von Autos vor amerikanischen Einrichtungen,Kasernen etc..Spätestens jetzt muss jedem amerikanischen GI klar werden wohin er gehen will.Am besten zurück in die USA,um die Revolution in der Metropole ein wenig voranzubringen.
Wir finden ein sozialarbeiterisches Verständnis gegenüber Angehörigen der US-Streitkräfte für völlig falsch am Platz.Viele vergessen wirklich zu schnell wozu diese Leute hier sind. In Mutlangen zB. haben die amerikanischen Soldaten brutal mit ihren Gewehrkolben die Leute verprügelt.Auch bei den Manöverbehinderungen im letzten Jahr gab es ähnliche Aktionen. Jeder Knecht folgt seinem Herrn.
Aus diesem Grund ist es auch gerechtfertigt,dass man für Kadavergehorsam kein Verständnis zeigt.Es gibt immer wieder viele Genossen die behaupten,dass bei diesem Angriff auch sogenannte Unschuldige ihr Leben hätten lassen können.Nachdem was wir wissen,ist es so,dass die Planung der Guerilla darauf abzielte zu einer bestimmten Zeit eine konkrete Aktion durchzuführen.
Alle Helfeshelfer des US-Imperialismus,die die Maschinerie mit am laufen halten haben letztendlich eine gewisse Mitschuld.Ein kaputtes Flugzeug kann nicht fliegen.Das heisst z.B.,dass nicht nur der Soldat gebraucht wird für den Krieg,sondern eine ganz bestimmte Infrastruktur.Nicht erst wenn geschossen wird ist Krieg.
Viele kleine,vielleicht auch unscheinbare Massnahmen (Gesetze,Verordnungen,willige Knechte etc.)geben dem imperialistischen System die Grundlage für zu verübende Agressionen.
Die einzige Kritik die gegenüber dem Angriff auf die Air-Base vielleicht noch gerechtfertigt erscheint,ist die zu geringe Wirkung.Das konkrete Objekt (Headquarter) Hätte sich auflösen müssen. Dieser Umstand wurde ja aber von den ausführenden Revolutionären selbst auch bedauert.Nun ja,mit der Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses in Westeuropa werden noch ganz andere Aufgaben anstehen.Wir gehen davon aus,dass der Anschlag, dennoch eine sehr bestimmte Auswirkung hatte.General Rogers spricht in einigen grossen europäischen Zeitungen von Demotivation.
Viele GI's machen sich zur Zeit wieder Gedanken, ob sie nicht lieber aus der Army aussteigen. Das locker verdiente Geld in einem den USA freundlich gesonnen Lnd lässt sich auch nicht mehr so einfach von den Sölnerwerbern anbringen.
Die Fronten sind einfch klarer geworden.
Wichtig ist es jetzt,dass die Revolutionäre den antiimperialistischen Kampf in die Offensive bringen.Die Kämpfenden Kommunistischen Zellen in Belgien können für uns ein positives Beispiel sein,wie man sich als Advantgarde positiv zu verstehen hat.
Wir brauchen eine Guerilla die sich nicht nur auf den US-Imperialismus beschränkt,sondern wir brauchen Revolutionäre die den Massen ein leuchtendes Beispiel für die Weiterentwicklung des Kampfes setzen.Der Angriff vom 1. Mai in Belgien auf das Hauptquartier des Kapitalistenverbandes ist ein solches,oder die konkreten Angriffe der Action Direct gegen die Fernsehsender die Le Pen eine Bühne bereiteten.Die Volksmassen müssen sich bewusst werden, welche befreienden Kräfte sie freisetzen können.
Wir haben eh nur noch eine kleine Chance.Entweder der revolutionäre Prozess wird stärker, oder wir schaffen es nicht mehr vor dem 3.Weltkrieg.Die Revolution muss den Krieg verhindern.
Den nach dem Krieg wird es nichts mehr zu revolutionieren geben.Weil die Situation so

konkret und nicht anders aussieht ist die Etappe wo man sich befindet auch richtig bestimmt.
Nur ist es heute so,dass die Imperialisten einer sehr kleinen Anzahl von Revolutionären gegenüberstehen.Dies muss sich ändern.Packen wir es an.
Die persöhnlich gestrickte Lebenslüge muss aufgeknackt werden.Die Menschen in der Metropole müssen lernen,dass die ihre eigenen Interessen und Geschicke in die Hand nehmen.
Wenn hier wieder hunderttausende mit der geballten Faust in der Tasche herumlaufen ist die Zeit reif den revolutionären Prozess in die Endphase zu bringen.Solange aber die Knechte ihre eigene Herrschaft noch wählen,gibt es keine grosse Bewegung.
Auf die Geschichte mit dem GI-Pimental lohnt sich überhaupt nicht einzugehen.Dies war unnötig und auch falsch.Nun ja,es lässt sich leicht diese Feststellung treffen,wenn man nicht konkret mitgewirkt hat.Auf jeden Fall hätte man frühzeitiger die Aktion erklären sollen.Revolutionäre brechen sich auch keinen ab,wenn sie einen Fehler gemacht haben.Im Gegenteil.Ein zugegebener Fehler schafft wieder Ver...(Anmerkung Knipselkrant Redaktion: Wort war leider nicht lesbar).Man kann sich auch hier an den kämpfenden Kommunistischen Zellen ein Beispiel nehmen.(Siehe Selbstkritik zum 1.Mai Angriff)

14.12.85 **taz**

Anschlag auf Baufirma

Stuttgart (dpa) — Bei einem Brandanschlag auf die Baufirma Züblin in Stuttgart-Zuffenhausen sind am Freitag morgen mehrere Personenwagen beschädigt worden und vier davon völlig ausgebrannt. Nach Angaben der Polizei war kurz nach 6.00 Uhr in einer Fahrzeughalle des Unternehmens ein Brandsatz hochgegangen.

Bei einer gründlichen Durchsuchung der Firma wurden vier weitere Brandsätze in Büros, einer Halle und im Heizungsraum gefunden. Züblin ist mehrheitlich an dem Rechenzentrum beteiligt, auf das ein Anschlag verübt wurde, für den Claudia Wannersdorfer letzte Woche verurteilt wurde.

Neben den S-Bahn-Gleisen zwischen Korntal und Stuttgart-Zuffenhausen sind am Freitag morgen vier Sprengsätze gefunden worden. Nach Angaben der Bundesbahnpressestelle war ein Hinweis auf die Sprengsätze kurz nach 07.00 Uhr eingegangen.





DEZEMBER - BLÄTTLE BESCHLAGNAHMT !!!

Die Herren des Morgengrauens kamen gegen Abend. Am 3. Dezember war es soweit. So schnell wie nie zuvor hatte das OLG Stuttgart einen Beschluß ausgespuckt, nach dem der Artikel "Südafrika-Erklärung der Revolutionären Zellen" einen Straftatbestand nach § 129 a StGB darstelle und somit zu beschlagnahmen sei.
Trotz vollständigen Impressums läuft ein Ermittlungsverfahren gegen "unbekannte Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der in Stuttgart erscheinenden Druckschrift 's'blättle'". In der inkriminierten Erklärung bekennt sich die RZ zu einem Anschlag auf die Stromversorgung der Zahnradfabrik Friedrichshafen sowie auf die Daimler-Benz Niederlassung in Schwäbisch Gmünd, um damit auf den Zusammenhang dieser beiden Firmen mit der Apartheidspolitik in Südafrika hinzuweisen. Die Erklärung endet mit den Parolen:

SIEG DEM VOLK IN SüDAFRIKA UND NAMIBIA !

FREIHEIT FüR NELSON MANDELA !

DEN REVOLUTIONäREN KRIEG IN DEN METROPOLEN ENTWICKELN !

SOFORTIGE FREILASSUNG VON GüNTER SONNENBERG !

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLEN KäMPFENDEN GEFANGENEN IN GROSSEN GRUPPEN !

ZUSAMMENLEGUNG DER PROZESSE VON MANUELA HAPPE; CHRISTA ECKES; INGRID JAKOBSMEIER; HELMUT POHL; STEFAN FREY; BARBARA ERNST UND VOLKER STAUB !

EINHEIT IM KAMPF FüR DIE FRONT IN WESTEUROPA !

REVOLUTIONäRE ZELLEN - KäMPFENDE EINHEIT ULRIKE MEINHOF -

KäMPFENDE EINHEIT GUDRUN ENSSLIN !

Diese Aktion des Staatsschutzes ist das erste Mal in dem nun neunjährigen Bestehen des blättle, daß der Verkauf einer Ausgabe direkt verhindert werden soll. Nach allen bisher verpufften Vorstößen, auf prozessualem Weg einzelne herauszugreifen, nach dem alljährlichen Durchsuchungsritual Mitte Oktober und dem Versuch, uns durch die Kriminalisierung der Druckerei den Boden zu entziehen, ist damit eine neue Qualität des Angriffs erreicht. Die Vorgehensweise ist direkt gegen unsere materielle Existenz gerichtet. Sie steht in einer Linie mit der Liquidierung der revolutionären französischen Zeitung L'international und der Berliner "Radikal" vor genau einem Jahr. Von L'international hatten sie gleich die ganze Redaktion gefangen genommen.

Eine Zeitung, die nicht verbreitet werden kann, ist keine Zeitung mehr!

Deshalb brauchen wir eure Solidarität. Abonniert das blättle massenhaft !

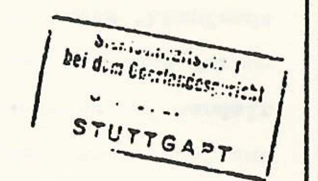
Kontonummer 24 24 60 - 703 beim Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)

Halbjahresabo: 18,-- DM, Jahresabo: 36,-- DM

Redaktion und V.i.S.d.P.: Hendrik van Straten, Böblingerstr. 59, 7000 Stuttgart 1

mer:

StA b. OLG



Oberlandesgericht Stuttgart

- Ermittlungsrichter -

Beschluß

vom 3. Dezember 1985

in dem Ermittlungsverfahren gegen

unbekannte Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der in Stuttgart erscheinenden Druckschrift "s'Blättle"

wegen Vergehens nach § 129 a StGB.

Die Beschlagnahme der bei den Vertriebsstellen zur Verbreitung vorrätig gehaltenen Exemplare der Nr. 109 des "s'Blättle"

und der Hilfsmittel, die zur Herstellung der Schrift gebraucht wurden oder bestimmt sind, wie Platten, Formen, Drucksätze, Druckstücke, Negative oder Matrizen wird

a n g e o r d n e t .

Die Beschlagnahme kann dadurch abgewendet werden, daß

die Betroffenen die Doppelseite 5/6 und 19/20 dem Druckwerk entnehmen und dadurch von der Verbreitung ausschließen.

G r ü n d e :

Die im Beschlußtenor genannten Gegenstände sind zu beschlagnahmen, da dringende Gründe für die Annahme vorhanden sind, daß die Voraussetzungen für ihre Einziehung vorliegen (§ 74 d StGB, § 111 b Abs. 1 StPO).

Die oben genannte Druckschrift hat einen solchen Inhalt, daß jede vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis ihres Inhalts den Tatbestand eines Strafgesetzes verwirklichen würde. Auf Seite 6 der Schrift ist unter der Überschrift "Südafrika Erklärung der Revolutionären Zellen" eine Bekennererklärung zu den Anschlägen auf einen Stromversorgungsmasten der Zahnradfabrik Friedrichshafen und die Niederlassung der Daimler Benz AG in Schwäbisch Gmünd in der Nacht vom 13. auf 14. Oktober 1985 abgedruckt, mit der für die terroristische Vereinigung "RAF" geworben wird. Unter anderem ist dort ausgeführt:

"Wir in den Zentren der Macht können den Klassenkrieg aufnehmen, ihnen hier die Ruhe nehmen, die sie brauchen um die Reproduktion der internationalen Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Die Entscheidung, den Befreiungskampf hier zu führen, Seite an Seite mit den kämpfenden Völkern der Welt, die Front des Befreiungskriegs auch hier in Westeuropa aufzubauen, das ist Ausdruck des Bewußtseins unserer Klasse:
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS

Denn, wie die RAF und ACTION DIRECT in der gemeinsamen Erklärung vom 2.8.85 gesagt haben, "die internationale revolutionäre Front kann die Kräfte des Imperialismus zersplittern, sie ist die konkrete Perspektive für den Sieg über die imperialistische Maschine!"
In diesem Sinne

SIEG DEM VOLK IN SÜDAFRIKA UND NAMIBIA!

FREIHEIT FÜR NELSON MANDELA!
DEN REVOLUTIONÄREN KRIEG IN DEN METROPOLEN ENTWICKELN!
SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG!
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN!
ZUSAMMENLEGUNG DER PROZESSE VON MANUELA HAPPE, CHRISTA ECKES, INGRID JAKOBSMEIER, HELMUT POHL, STEFAN FREY, BARBARA ERNST UND VOLKER STAUB!
EINHEIT IM KAMPF FÜR DIE FRONT IN WESTEUROPA!
REVOLUTIONÄRE ZELLEN
KÄMPFENDE EINHEIT ULRIKE MEINHOF
KÄMPFENDE EINHEIT GUDRUN ENSSLIN

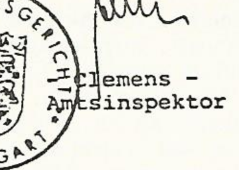
Mit der Erklärung wird der "Kampf" in der RAF propagiert und zum Widerstand im Sinne dieser terroristischen Vereinigung aufgerufen. Der Werbecharakter der Erklärung ergibt sich auch aus der Propagierung der "Zusammenlegungsforderung", die die Gefangenen aus der RAF zu ihrer Hauptforderung während ihrer Hungerstreikaktion vor rund einem Jahr erhoben hatten. Auch bei den Parolen "sofortige Freilassung von Günther Sonnenberg", "den revolutionären Krieg in den Metropolen entwickeln" und "Einheit im Kampf für die Front in Westeuropa" handelt es sich um für die Werbung für die RAF typische Formulierungen, die noch durch die Bezeichnungen "kämpfende Einheit Ulrike Meinhof" und "kämpfende Einheit Gudrun Ensslin" unterstrichen werden. Die zuletzt genannten

Personen sind Symbolfiguren der RAF, mit deren Nennung der Werbecharakter unterstrichen wird.
Bei diesem Sachverhalt steht zu erwarten, daß die Nr. 109 des "s'Blättle" gemäß § 74 d StGB im objektiven Verfahren eingezogen werden wird.
Die Beschlagnahme der Schrift und der zu ihrer Herstellung bestimmten Vorrichtungen steht nicht außer Verhältnis zu der Bedeutung der Sache.

Gemäß § 111 m Abs. 4 StPO wurde angeordnet, daß die Betroffenen die Beschlagnahme der gesamten Schrift dadurch abwenden können, daß sie den Teil der Schrift, der zur Beschlagnahme Anlaß gibt, in Anwesenheit der Polizeibeamten sofort aus der Schrift entfernen und den Polizeibeamten übergeben, wodurch die weitere Vervielfältigung oder Verbreitung der beanstandeten Stellen ausgeschlossen wird.

Frick
(Frick)
Richter am OLG

Ausgefertigt:
Stuttgart, den 3. Dezember 1985
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Oberlandesgerichts Stuttgart



Clemens -
Amtsinspektor

Ein Pappkarton als „Bombenattrappe" / Politisches Kommissariat Bremen im Gericht auf Täterjagd

4.12.85 taz

Aus Bremen Klaus Wolschner

Im Saal 551 des Bremer Amtsgerichtes geht es nun schon vier Verhandlungstage lang um einen Schuhkarton aus Pappe. Aus diesem Karton kam am 8. Mai, dem 40. Jahrestag der Kapitulation des Nazi-Regimes, ein Sirenen- oder Summ-Ton heraus, und ein Kabel, das in eine Steckdose des Kaufhauses Horten führte. Die Abteilungsleiterin, in deren phantasiereicher Erinnerung ein „Ticken" hängengeblieben war, hatte der Verkäuferin zugerufen: „Dann ziehen Sie schon mal die Strippe raus", was geschah. Ein Spezialist der Polizei holte eine kleine Sirene aus dem Pappkarton heraus.

Sich über den schwierigen Zusammenhang dieses groben Scherzes mit dem 8. Mai Gedanken zu machen, gehört sicherlich nicht zu den dienstlichen Aufgaben des 15 Kommissariats („anarchistische Gewalttäter..") der Bremer Kripo. Der 20jährigen Verkäuferin, die erst durch die Abteilungsleiterin auf das ungewöhnliche Geräusch aufmerksam gemacht worden war, wurden verschiedene Mappen von Fotos vorgelegt, und wie es der Teufel so wollte, erkannte sie in einem der Bilder den Mann, den sie beim Weggehen gesehen hatte.

Ein Teufel muß dazwischen gewesen sein, war es doch das dritte Mal innerhalb weniger Monate, daß bei dem 15. Kommissariat auf genau dieses Fotos getippt wurde: Der so identifizierte Roland E. war per Lichtbildvorlage ins Spiel gebracht worden, als ein Täter für den Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau vor einem Jahr gesucht wurde. Nach zwei Wochen akzeptierte der Generalbundesanwalt, daß der „Täter" am Tag des Anschlages gar nicht in Süddeutschland hatte sein können, da er in Bremen einen Mietvertrag unterzeichnete.

Inzwischen war Roland E. zum zweiten Male „identifiziert" worden, u.a. ein versuchter Brandanschlag auf Siemens war der Tat-Vorwurf. Monatelang ermittelte das 15. Kommissariat, stellte schließlich ein, weil der Tatverdacht nicht nachzuweisen sei. Bei ihrem Übereifer müssen die Kripo-Beamten noch übersehen haben, daß ihr „Täter" zur Tatzeit bei ihnen in U-Haft gesessen hatte...

Als am 8. Mai der Pappkarton aus dem Kaufhaus Horten entschärft wurde, schwebten beide Ermittlungsverfahren noch. Zum dritten Mal, so ist sich der Verteidiger Wesemann sicher, lenkte die Kripo den Verdacht auf Roland E., wiewohl die angebotenen „Taten" rapide an Schärfe verlieren.

Nicht nur jugendliche Zuhörer, auch ein beruflich etablierter Herr verfolgt die Verhandlung, und macht sich im Zuhörerraum Notizen. Wenn ein neuer Zuhörer den Raum betritt, wird er sorgsam beäugt, auch auf den Angeklagten hat der Herr sein Auge. Dieser, so beantragte gestern der Verteidiger des Angeklagten, sei aus dem Saal zu verweisen, er solle später als Zeuge geladen werden. Denn, so erklärte er den überraschten Prozeßbeteiligten, dieser Herr sei von der politischen Abteilung der Bremer Kripo, 15. K, und auf dienstliche Anordnung da. Aus seinen Notizen würden behördeninterne schriftliche Vermerke gefertigt, der für die politischen Prozesse zuständige Staatsanwalt von Bock und Polach habe seine Zustimmung gegeben.

Dieses Vorgehen, so erläuterte der Verteidiger, beeinträchtige die Öffentlichkeit des Verfahrens, den Angeklagten und die Unvoreingenommenheit des Zeugen Weimer. Weimer ist jener Beamte der Kripo, der der Verkäuferin damals die Lichtbilder vorgelegt hatte: Da sie den von der Kripo gestellten „Täter" im Gerichtssaal nicht mehr wiedererkannt hat, beruht das Verfahren auf seiner Aussage, sie habe ihn aber damals erkannt. Zeuge Weimar wurde übrigens eines frühen Morgens vernommen, als das Gericht nicht länger als sieben Minuten auf Verteidiger und Angeklagten warten wollte — ein bombensicherer Revisionsgrund, meint Rechtsanwalt Wesemann.

So richtig wiedererkannt hatte die Verkäuferin den „Täter" auch damals nicht, als es zu einer Gegenüberstellung kam, „nur zu 70 Prozent" glich der Kandidat des 15. Kripo-Kommissariats demjenigen, den sie gesehen hatte. So richtig gesehen hatte sie ihn aber auch nicht, bekundete sie gestern in ihrer Vernehmung, denn erst

hatte sie ihn für einen der Haus-Elektriker gehalten, und nur komisch gefunden, wie lange er irgendwie rumhantierte unten an der Säule, wo die Steckdose ist.

Der Beweisantrag, doch die Präsenz der Kripo im Gerichtssaal durch Vernehmung des anwesenden „Kollegen" aufzuhellen, überraschte auch den Richter Wulf. Gute zehn Minuten ging er mit sich zurate, bevor er verkündete: Der Beweisantrag wird abgelehnt.

„Das Messer im Rücken der RAF"

Der Spiegel 9-12-85

In der Nacht zum 9. Mai 1976 erhängte sich Ulrike Meinhof in ihrer Stammheimer Zelle. Jahre im Untergrund, Isolation im „toten Trakt" und das drohende „Lebenslänglich" hatten sie kaputtgemacht – und die Anfeindungen der Mithäftlinge Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und, vor allem, Gudrun Ensslin. Der Journalist Stefan Aust belegt den brutalen Gruppenprozeß in seinem gerade erschienenen Buch „Der Baader Meinhof Komplex", eine Studie über die frühe Phase des RAF-Terrorismus. Der SPIEGEL veröffentlicht einen Auszug*:

Fast vier Jahre waren seit der Festnahme der Angeklagten vergangen. Vier Jahre Haft, davon drei Jahre in mehr oder weniger strenger Isolation. Dann zu viert zusammengesperrt im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stammheim. Die Auseinandersetzungen in der Gruppe verschärften sich, vor allem zwischen Ulrike Meinhof und den anderen.

Gefängnisbeamte hatten manchmal beobachtet, wie Andreas Baader Texte Ulrike Meinhofs zerriß und sie ihr mit dem Wort „Scheiße" zurückgab. Im März und April 1976 eskalierte der Konflikt mit Gudrun Ensslin. Aus einigen Zellen-Kassibern, die später von BKA-Beamten beschlagnahmt wurden, kann das Zerwürfnis zwischen den beiden Frauen in Bruchstücken rekonstruiert werden.

In einem der Briefe beschrieb Gudrun Ensslin, wie der Streit zwischen ihr und Ulrike Meinhof ständig ablief. Es ging um die Akten des Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland, die Ulrike Meinhof von Rechtsanwalt Ströbele anfordern sollte. Das war im März 1976; Ruhland hatte gerade dem SPIEGEL ein Interview gegeben.

Gudrun Ensslin erhielt Ulrike Meinhofs Schreiben vor dem Abschicken zur Kontrolle: „Weil das Ding von Ulrike optisch einen verlotterten", sie korrigierte sich, „kaputten Eindruck macht, tippe ich es, bevor ich es rausgebe, noch mal ab und lasse dabei eine Schlußfloskel weg, weil sie nicht mehr unser Verhältnis zu Ströbele ausdrücken konnte. Und streiche auch zwei oder drei dieser knieweichen, ihrer Funktion nach zeitraubenden, ihrem Charakter nach luxuriösen Füllwörter wie ‚eben' weg . . ."

Ohne Ulrike Meinhof den neu getippten Brief zu zeigen, schickte Gudrun Ensslin ihn ab. Sie schrieb an Baader: „Hinterher zu Ulrike, daß ich es getippt und was weggelassen habe. Warum mache ich das? Der Zweck meines Erzählens (war), Ulrike zu quälen, indem ich ihr Quälerei zurückgebe. Auge um Auge."

In einem weiteren Brief an Baader schrieb sie über Ulrike Meinhof:

„Sie ist mißtrauisch und mehr als das: argwöhnisch. Sie bezweifelt, was ich sage beziehungsweise antworte, weil es nicht nur gelogen sein könnte, sondern ihrer Meinung nach gelogen ist."

Zu den Beziehungen in der Gruppe meinte sie:

„Der Mechanismus des Ganzen ist, daß dem Druck aus den Fehlern, der unbegriffenen Scheiße, die ich in den Jahren laufen gelassen habe (. . .), ich nicht gewachsen sein kann, nicht gewachsen bin. Und das ist der Punkt: . . . weil objektiv (. . .) dem überhaupt nur ein altes Schwein gewachsen sein kann." An den Rand kritzelte Gudrun Ensslin: „Ich habe genug."

Die Beziehungen, vor allem zwischen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, waren in diesem Frühjahr 1976 offenbar auf dem Nullpunkt. Während die Gruppe im Prozeß nach außen hin Einheit demonstrierte, bekämpften sich die beiden Frauen in der Haftanstalt voll Erbitterung.

Bei einem Besuch ihrer Schwester am 29. März hatte sich Ulrike Meinhof – nach Aufzeichnungen der für die Besuchsüberwachung zuständigen Kriminalbeamten – darüber beklagt, daß die übrigen Gruppenmitglieder ihr falsche Informationen gäben oder sie völlig davon abschnitten.

Vor allem die Kritik an ihrer Arbeit als „Stimme der RAF" und Gudrun Ensslins eigenmächtige Veränderung ihrer Briefe und Texte, die sie wohl eher als Zensur verstand, schürten den Konflikt. „Angst ist reaktionär" überschrieb Ulrike Meinhof einen ihrer Briefe an die anderen:

„Das einzige, was mich schon ziemlich lange hindert, vorzuschlagen, daß Jan statt Gudrun mein Zeug kontrolliert, ist Angst. Ich glaube nicht, daß sie sie besser aushält als ich. Ich blick' da nicht durch oder will da nicht durchblicken. Es geht mich nichts an. Aber ich halte es nicht aus."

An Gudrun Ensslin schrieb sie: „Es geht nicht. Entweder Du würgst mir, wenn ich mal Luft kriege, was rein, was tage- und wochenlang wirkt, oder, so kommt es mir vor, Du erstickst. Das ist die Struktur, in der wir nach wie vor zappeln und in der ich dauernd am Rand bin, ihr Provokateur zu sein, was ich bin, wenn ich einknicke: ein Kretin ist ein Provokateur. Das ist objektiv. So geht es auch nicht um einen Vorwurf, eben nicht um Schuld. Aber das alles schreit nach Lösung."

Gudrun Ensslin an die anderen: „Ich sehe das so: 1. gibt es die Tatsache, daß ich zu oft nicht kritisieren kann, 2. gibt es die Tatsache, daß Ulrike von mir nicht kritisiert werden will und ob überhaupt von irgendeinem Menschen außer Andreas – mal sehen."

Ulrike Meinhof antwortete ihr: „Ich weiß nicht, warum Du das machst, „Dich auf Fehler von mir zu stürzen und davon immer wieder anfangen. Ich halte das nicht aus."

* Stefan Aust: „Der Baader Meinhof Komplex". Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg; 592 Seiten; 39,80 Mark.

Gudrun Ensslin dazu: „Ich bin keine Hexe. Aber ich bin inzwischen manchmal brutal." Über Ulrike Meinhofs „Wühlen in der Scheiße" schrieb sie: „Was Du mit diesem Rattendreh vermitteln kannst, ist nur, daß Du dieses Transportmittel benutzt, weil Du kaputt sein willst."

So sah es also Gudrun Ensslin: Ulrike Meinhof *wollte* kaputt sein. Vielleicht war „Kaputtsein", war die Selbstzerstörung tatsächlich für Ulrike Meinhof der einzige Weg, aus der Kampfgemeinschaft „Rote Armee Fraktion" auszusteigen.

Zweifel, „Wühlerei in der Scheiße" konnten bei Gudrun Ensslin, die Zweifel nicht hochkommen ließ, nur „Desinteresse und Kälte", wie sie es formulierte, hervorrufen. Zweifel war persönliches Versagen, war Verrat. Oder, wie sie schon ein Jahr zuvor an Ulrike Meinhof geschrieben hatte: „Du machst den Bullen die Tür auf – das Messer im Rücken der RAF: bist Du, weil Du nicht lernst . . ."

Die weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stammheim liefen nicht einmal mehr direkt zwischen den beiden Frauen ab. In einem Brief an Baader schrieb Gudrun Ensslin über einen Streit mit Ulrike Meinhof im Prozeßgebäude: „Dann bin ich geplatzt und habe ihr erklärt, daß sie das lassen soll, mich anzufallen, elitär zu sein und mir gleichzeitig verbieten zu wollen, mich zu wehren. Da stand sie kochend auf und ging zur Tür, und ich hatte wirklich gebrüllt vor Wut. Gesagt, ob sie denn nicht merken würde, daß sie will, daß ich kippe – mit dieser Methode: Hammer, um dann die Unschuld zu spielen."

Ulrike Meinhof schrieb: „Das ist nicht mystisch, wenn ich sage, ich halte das nicht mehr aus. Was ich nicht aushalte, ist, daß ich mich nicht wehren kann. Also, es laufen einfach ein Haufen Sachen durch, ich sage nichts, aber ich knalle an die Decke, über ihre Gemeinheit und Hinterhältigkeit. Und es kommt mir so vor, als wäre das längst ein Deal, den ich aber nicht mitmache. Gudrun weiß, daß ich nichts sage, wenn sie lügt. Es bleibt auch dabei, aber ich halte es nicht aus. Wie soll ich je zu mir kommen, wenn ich gleichzeitig gezwungen bin, mit dem Schweinebild, das sie von mir im Kopf hat, zu koexistieren?"

Als Gudrun Ensslin diesen Brief gelesen hatte, schrieb sie an den Rand: „Projektion, Paranoia, Schwein."

Die Angeklagten traten zum erstenmal seit langer Zeit wieder gemeinsam auf. Um 14.09 Uhr erschienen Baader, Raspe, Ensslin und Meinhof im Prozeßsaal . . . Die Verteidiger hatten an diesem 4. Mai 1976 einen ganzen Stapel Beweisanträge mitgebracht, um, wie es die Angeklagten zuvor einmal formuliert hatten, „den Prozeß auf die politischen Füße zu bringen".

Bevor Rechtsanwalt Otto Schily und seine Kollegen mit der Verlesung der Beweisanträge begannen, verließen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof gemeinsam um 14.24 Uhr den Sitzungssaal. Nach einer halben Stunde kam Gudrun Ensslin zurück. Ulrike Meinhof betrat den Verhandlungssaal nie wieder . . .

Samstag, 8. Mai 1976, Jahrestag des Kriegsendes . . . Der folgende Sonntag war Muttertag. All diese Umstände wurden später zur Deutung dessen herangezogen, was in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim geschah.

Am Sonntagmorgen um 7.34 Uhr öffneten zwei Beamte die Zelle 719. Am Gitter ihres linken Zellenfensters, das Gesicht der Tür zugewandt, hing Ulrike Meinhof.

Sechs Minuten später war Gefängnisarzt Dr. Helmut Henck zur Stelle. Er konstatierte, daß „der Körper schon total ausgekühlt" war, auf den Armen der Toten sah er „zahlreiche Leichenflekke". Erst um 10.30 Uhr wurde der Leichnam vom Fenstergitter abgenommen. Bis dahin drängten sich mehr als ein Dutzend Polizeibeamte in der Zelle, sammelten Spuren, photographierten jeden Winkel.

Die Ermittlungsbeamten rekonstruierten, wie Ulrike Meinhof gestorben sein mußte: Sie hatte eines der blauweißen Anstaltshandtücher in Streifen gerissen, aneinandergeknotet und daraus einen Strick gedreht. Dann schob sie ihr Bett unter dem Fenster zur Seite, legte die Matratze vor das Fenster und stellte einen Schemel darauf. Sie band den Strick fest um ihren Hals, stieg auf den Schemel und schlang das Ende des Stricks durch das engmaschige Fenstergitter. Dann sprang sie.

Am Mittag wurde die amtliche Obduktion im Stuttgarter Bürgerhospital vorgenommen. Die Professoren Rauschke und Mallach entnahmen dem Schädel das Gehirn und dem Leib Organteile für die spätere feingewebliche Untersuchung. Um 17.00 Uhr stand für die Mediziner das Ergebnis fest: Suizid durch Strangulierung. Keine Fremdeinwirkung.

Am Dienstag nach Ulrike Meinhofs Tod wurde die Leiche auf Veranlassung ihrer Schwester und der Verteidiger nachobduziert. Professor Dr. Werner Janssen vom Institut für Gerichtliche Medizin und Kriminalistik der Universität Hamburg sezierte noch einmal und formulierte anschließend für das Protokoll: „Nach den verwertbaren Befunden der Nachsektion handelt es sich bei Frau Meinhof um einen Tod durch Erhängen. Nach den bisher vorliegenden Untersuchungsbefunden besteht kein Anhalt für Fremdeinwirkung."

Später versuchte eine „Internationale Untersuchungskommission" Zweifel an der Selbstmordversion zu wecken. Dazu wurden die amtlichen Ermittlungsergebnisse einer neuen kritischen Würdigung unterzogen. So habe die Stuttgarter Kriminalpolizei bei einer chemischen Untersuchung des Schlüpfers der Toten bei ihrer „Sperma-Vorprobe im Zwickelbereich" eine positive Reaktion nachgewiesen. Das wiederum wurde als Indiz für eine Vergewaltigung angesehen.

Ulrike Meinhof sexuell mißbraucht, anschließend erwürgt und dann in eine Schlinge gehängt, um Selbstmord vorzutäuschen?

Tatsächlich war die „Sperma-Probe" ein allgemein üblicher Phosphatase-Test, der dem Nachweis bestimmter Fermente dient. Von denen gibt es viele, nicht nur im Sperma, sondern in jedem Eiweiß und auch als Folge bakterieller Verunreinigung. Deshalb fällt ein solcher Test in der Mehrzahl der Fälle positiv aus. Nur wenn er negativ verläuft, erübrigen sich weitere Spezialuntersuchungen. Bei Ulrike Meinhof wurden weitere mikrochemische und mikroskopische Untersuchungen vorgenommen, die den eindeutigen Befund ergaben, daß die Eiweißspuren keine Samenfäden waren.

Weiteres wesentliches Verdachtsmoment der „Untersuchungskommission" waren Länge und Beschaffenheit des Handtuchstreifens. Er sei, so meinten die Gutachter, so dick gewesen, daß er nicht ohne Hilfsmittel durch die nur neun mal neun Millimeter große Maschendraht-Öffnung am Fenstergitter geschlungen werden konnte. Ein Hilfsinstrument, wie etwa eine Pinzette, sei aber nicht gefunden worden. Auch hätte ein schmaler Handtuchstreifen, das habe ein Experiment der anderen Stammheimer Gefangenen ergeben, nicht die Last des Körpers halten können.

Schließlich die Frage nach dem Motiv. Die „Untersuchungskommission" kam zum Ergebnis: „Das Fehlen eines Abschiedsbriefes ist ein entscheidender Faktor. Dieser spricht . . . entschieden gegen Selbstmord und steht auch im Gegensatz zu allem, was wir sonst über sie wissen. Sie hatte ihre Überzeugung nicht aufgegeben, wußte, daß sie noch Anhänger hatte, und es ist unvorstellbar, daß sie, ohne diesen ein erklärendes Wort zu hinterlassen, aus dem Leben geschieden wäre."

Am ersten Verhandlungstag nach dem Tod Ulrike Meinhofs herrschte wieder Gedränge vor dem mit Stacheldraht bewehrten Tor der Mehrzweckhalle. Im Schaukasten neben dem Eingang hing die Tagesordnung für diesen 109. Prozeßtag. Der Name der Angeklagten Ulrike Meinhof war säuberlich durchgestrichen.

„Wir setzen das Verfahren gegen die Angeklagten Baader, Ensslin und Raspe fort", erklärte der Vorsitzende. „Das Verfahren gegen Frau Meinhof ist infolge ihres Todes beendet; die Verteidigeraufträge sind damit erledigt . . ."

Rechtsanwalt Heldmann ergriff das Wort: „Ich stelle den Antrag auf Unterbrechung der Hauptverhandlung für zehn Tage. Durch den Tod von Ulrike Meinhof ist auf der Anklagebank und ist in diesem Prozeß eine völlig neue Situation entstanden. Der für jedermann unerwartete Tod Ulrike Meinhofs hat – man kann es so sagen – engste familiäre Bindungen zerrissen, nämlich die dieser vier Gefangenen hier."

„Ich denke dabei aber auch an Weiteres: Ulrike Meinhofs Todesursache ist unklar. Die Gefangenen selbst, die Verteidiger – und nicht nur wir – haben erhebliche Zweifel an der amtlichen Version, Ulrike Meinhof habe sich selbst getötet. Für keinen war auch nur der Anflug eines Signals dafür zu erkennen gewesen. Und das spricht wiederum gegen die amtliche Version der Selbsttötung. Es ist unser – der hier verbliebenen Verteidiger – dringendstes, stärkstes Interesse, Gefahren zu erkennen, die sich etwa aus diesem Ereignis auch für das Leben der noch verbliebenen drei Gefangenen abzeichnen könnten."

Jan-Carl Raspe erschien im Gerichtssaal. „Ich habe nicht viel zu sagen", setzte Raspe an. „Wir glauben, daß Ulrike hingerichtet worden ist. Wir wissen nicht wie, aber wir wissen, von wem . . . Hätte sich Ulrike entschlossen, zu sterben, weil sie das als letzte Möglichkeit sah, sich revolutionäre Identität gegen die langsame Zerstörung des Willens in der Agonie der Isolation zu behaupten, hätte sie es uns gesagt, auf jeden Fall Andreas. So war diese Beziehung . . ."

„Es war eine Beziehung, wie sie sich zwischen Geschwistern entwickeln kann, orientiert am politischen Ziel. Aus der Möglichkeit dieser Politik war diese Beziehung Funktion der Politik. Das heißt, darin war sie frei, wie Freiheit nur möglich ist im Kampf um Befreiung . . . Jetzt Spannungen, Entfremdung zwischen Ulrike und uns zu behaupten, um mit dieser primitiven und dunklen Infamie das Projekt der Hinrichtung Ulrikes der psychologischen Kriegführung verfügbar zu machen, das ist Buback, und das ist Bubacks Dummheit**."

* Arbeitnehmer aus Stade im Arbeitsamt Waiblingen.

** Generalbundesanwalt Siegfried Buback wurde am 7. April 1977 von der RAF ermordet.

4.12.85 taz

„Laßt die Leute frei!"

Aktionen der niederländischen Antimilitaristen gegen die Verhaftung ihrer Mitkämpfer / Wie das „Amok"-Archiv in Polizeigewalt geriet

Aus Utrecht Astrid Kraft

Eine Stunde lang flatterte gestern am Fahnenmast des Gerichtsgebäudes in Utrecht die schwarze Fahne der niederländischen Friedensaktivisten. Ungefähr 150 Sympathisanten von 53 festgenommenen Antimilitaristen blockierten von 9 bis 10 Uhr die Zugänge zum Justizgebäude. Anschließend zogen die Demonstranten zum Polizeipräsidium, um die Freilassung der Inhaftierten und die Zurückgabe von beschlagnahmtem Archivmaterial zu fordern, das bei einer Polizeirazzia bei dem antimilitaristischen Aktionsbüro „Amok" in Utrecht entwendet worden war.

Seit dem 19. November sitzt Roger V., Mitarbeiter des antimilitaristischen Dokumentationszentrums „Amok", in Untersuchungshaft. Weitere 53 Aktivisten, die einen Nachrichtenbunker besetzt hatten, sitzen seit dem 30. November ein.

Zwanzig Polizisten einer Sondereinheit hatten am 19. November in Begleitung eines Staatsanwalts die Wohnungstür von Roger V. eingetreten, der in demselben Haus wohnt, in dem auch das Büro der „Amok" liegt. Begründet wurde der Überfall mit dem Verdacht, bei „Amok" und/oder bei Roger V. befänden sich gestohlene Dokumente aus diversen militärischen Anlagen. Der Haftbefehl für Roger V. lautete auf „gemeinsam begangenen Einbruch und Diebstahl, Hehlerei und/oder Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen". Die Staatsanwaltschaft nahm als „Beweismaterial" 33 Kisten mit Archivunterlagen mit, das Ergebnis jahrelanger Arbeit.

Was man zu finden hofft, war jedoch nicht dabei: Material aus einem Einbruch in der Hojel-Kaserne in Utrecht, der vor einem Jahr stattgefunden hatte. Diese — inzwischen von der Gruppe „Onkruit" kopierten und publizierten — Papiere waren nicht bei „Amok". Die Staatsanwaltschaft fand hingegen die Originale der Papiere, die „Onkruit" in der Nacht vom 28. zum 29. April 83 bei Einbrüchen in Kartwijk und Noordwijk in Bunkern erbeutet hatte — „Staatsgeheimnisse", die schon vor einem Jahr publiziert wurden. Die „Onkruit"-Beute war nach ihrer Auswertung anonym in Müllsäcken bei „Amok" vor der Tür deponiert und dort ordentlich archiviert worden.

Die Beschlagnahme des Archivs trifft die legale Friedensbewegung und die radikalen. Aktionsgruppen an einer empfindlichen Stelle, eine wichtige Informationsquelle ist versiegt. Am 30. November reagierte die antimilitaristische Bewegung auf den Überfall: In einer Solidaritätsaktion besetzten ungefähr 60 Aktivisten aus mehreren Städten einen Notsenderbunker, der in „Krisensituationen" als staatlicher Radiosender eingesetzt werden soll. Aus dem Bunker sollen Dokumente und Radiobänder mitgenommen worden sein. Auf dem Rückweg wurden 53 Besetzer/innen unter dem Verdacht von Einbruch, Diebstahl und Gewalt gegen Sachen festgenommen. Mit ihrer Aktion fordern die Besetzer die Freilassung von Roger V., die Zurückgabe des „Amok"-Archivs und eine unabhängige Untersuchungskommission zum Tod des Amsterdamer Hausbesetzers Hans Kok.

OHIO 7: "OUR DEFENSE IS A CONTINUED ATTACK AGAINST IMPERIALISM."

On November 4, 1985, Ray Levasseur, Patricia Gros, Richard Williams, Barbara Curzi and Jaan Laaman were captured in Cleveland, Ohio. On April 24, 1985, Thomas and Carol Manning were seized in Norfolk, Virginia. These Northamerican revolutionaries are the Ohio 7. They were captured after one of the most intensive manhunts in history, code named BOSLUC (BOS for Boston, headquarters of the investigation; LUC for Raymond Luc Levasseur.) BOSLUC utilized the FBI, state and local police forces, the media and an unprecedented use of computerized intelligence to locate the Ohio 7.

The government has used isolation, brutality and psychological warfare to try to break the Ohio 7 since their capture. Immediately after the November arrests, the children of Pat and Ray, and Jaan and Barbara, were taken by the state and incarcerated. It took weeks of struggle to have the children released to waiting relatives. Tom and Carol Manning's children - Jeremy, 11; Tamara, 5; and Jonathan, 3 - were held in secret custody by the state of Virginia. Their parents, other family members and lawyers couldn't see them or even find out where they were. Jeremy was interrogated at least five times by the FBI and New Jersey State Police. The government of El Salvador tortures and kills the children of revolutionaries before their eyes. All of this is designed to break their parents' resistance and frighten all progressive people. Finally, after a hunger strike by Tom Manning lasting over a month, and a media and letter-writing campaign to put pressure on the judge, the children were released to the custody of their aunt.

The Ohio 7 tried to read the statement that follows at their arraignment in Brooklyn, N.Y. federal court last March. They are charged with carrying out ten bombings of US corporate and military targets in solidarity with the people of Azania/South Africa and Central America, all of which were claimed by the United Freedom Front. When they started to make their statement, they were attacked by over 20 federal Marshals, beaten and stun-gunned.

We salute the Ohio 7. All of these attacks have not dimmed their revolutionary spirit and combativity. For more information, or to make a contribution, write to the Committee to Fight Repression

There is no justice for oppressed people in Amerika. Not when killer cops murder with impunity. There is no justice as long as an occupation army of police terrorists attacks Third World communities. There is no justice in the murders of Clifford Glover, Michael Stewart and Eleanor Bumpurs by terrorists wearing the uniform of the N.Y.C. police department.

There has been no justice for revolutionaries and activists hsot dead and murdered by police agents: Mtyari Shabaka Sundiata, Angel Rodriguez Cristobal, L.D. Barkley, Sam Melville, Joe Stunz, Anna Mae Aquash, Twyman Myers, Fred Hampton, George Jackson and Zayd Malik Shakur, to name but a few of those who have made the supreme sacrifice in fighting against the ravages of national oppression and U.S. imperialism.

Oppressed people and nations not only have a right to organize with arms and defend themselves, they have a right to wage war on a government that is guilty of national oppression and trampling on human rights.

There have been many attacks on U.S. imperialism here in the U.S. Armed clandestine organizations have attacked the U.S. capitol, the south african consulate and airways, IBM, union carbide, general electric, israeli aircraft industry, the war college, military facilities, the N.Y. police department and the FBI, as well as many others.

We support these actions because they

are a direct and clear attack against U.S. imperialism and because they advance the necessity to support National Liberation Struggles and self-determination as part of a revolutionary anti-imperialist resistance movement, and because they offer a measure of support to the struggles being waged against killer cops.

We support these actions because we believe it is absolutely necessary to build armed clandestine organizations as part of a developing strategy and building

gy of building a revolutionary anti-imperialist resistance movement. If we do not develop the determination and the means to wage armed struggle, we are merely creating a support movement for a revolution others will make, but not a revolutionary movement itself. The armed clandestine organizations give concrete significance to a revolutionary strategy that can defeat U.S. imperialism. There must be a development and movement of forces at all levels, public and clandestine, to challenge U.S. imperialism in crisis.

Since the initial massacres of Native Americans, the institution of slavery and racism and executions of revolutionary workers, there has been a clandestine consciousness of one form or another. The government calls it conspiracy. We call it resistance.

We are revolutionary anti-imperialists. We are not terrorists or criminals and have committed NO crimes. For up to 10 years the government, using extensive counterinsurgency methods and operations -- including the targetting of children -- has hunted us and continues its operations against other comrades and organizations. However, during that decade, a clear example has been set of how political fugitives extensively sought, could and still, not only survive, but grow and develop revolutionary work.

We have been charged by the U.S. government with enough conspiracy counts to put us in prison kamps for 115 years each. They are trying to sentence us to a slow death in the isolation units of amerika's federal prison system. They are trying to railroad and criminalize us with their fabricated evidence and propaganda. Since our capture on November 4, 1984 in Ohio, we have upheld the principle of non-collaboration. We will continue to do so and urge others not to collaborate.

We do not look to the courts for justice because there is none there. Our defense against these government attacks is to put the real terrorists on trial: Those who order the indiscriminate bombing of innocent civilians in El Salvador; who organize the contras to carry out their atrocities against the people of Nicaragua; who support the South African fascists; whose corporate profits are extracted from imperialist war, exploitation of the working class, and whose power is built on the backs of starving and oppressed millions of Third World people.

We also want to protest our punitive treatment at the hands of government agents and functionaries which began in Cleveland with the abuse of our children, with our being locked down in isolation cells, being chained and shackled in court, the use of the stun gun -- not to extract a physical exemplar but to punish political prisoners -- physical attacks in open court -- and the continued lockdown in solitary confinement of the five of us -- a policy that has continued to this day. Upon our arrival at MCC on Wednesday, we were locked up in disciplinary cells.

We want to extend our support and solidarity to the NY 8+ Against Fascist Terrorism. The use of counterinsurgency operations, grand jury subpoenas and other acts of repression against these Black revolutionaries is a direct attack against the Black Liberation Struggle that must be resisted and opposed by all who support national liberation and socialism. The NY 8+ must be supported by all who value freedom. We consider it a priority that progressive/revolutionary organizations and the people commit themselves to the defense of the NY 8+ and "the long march for freedom and independence."

We also support and extend our solidarity to anti-imperialist resistance fighters Susan Rosenberg and Tim Blunk, who were railroaded through a mock trial in which they were denied the right to defend themselves and to expose who the real criminals are. We urge people to increase support for them and attend their upcoming sentencing.

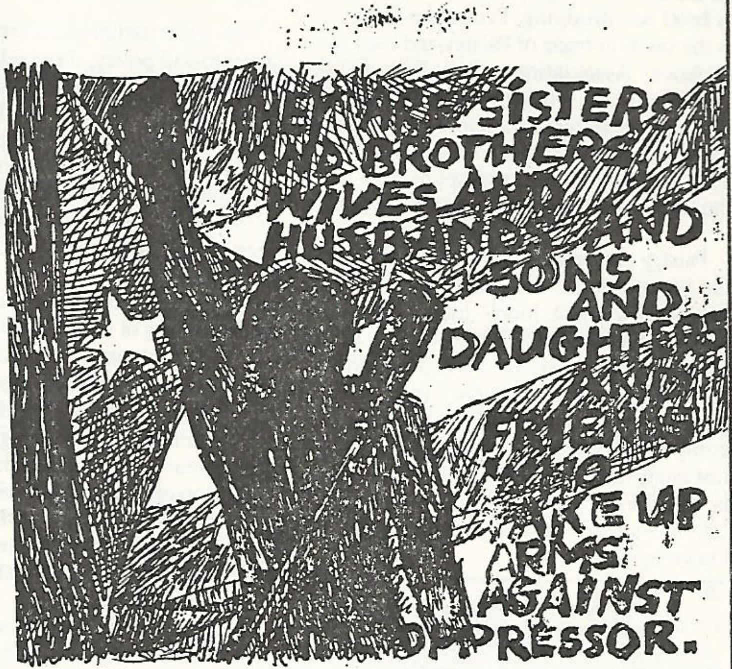
Our defense is a continuing attack against U.S. imperialism.

BUILD A REVOLUTIONARY ANTI-IMPERIALIST RESISTANCE MOVEMENT!
FREE ALL POLITICAL PRISONERS AND POWs!
VICTORY TO NATIONAL LIBERATION STRUGGLES!

We extend our support and solidarity to all those who have refused to collaborate with the grand juries and to our comrades in the field!

THE INSURGENT

Newsletter of the COMMITTEE TO FIGHT REPRESSION Vol. 1, No. 1 Summer, 1985



Subscription to THE INSURGENT!
6 issues/year 6.00

COMMITTEE TO FIGHT REPRESSION
P.O. BOX 1435
CATHEDRAL STATION
NEW YORK, NY 10025

LITERATURE AVAILABLE FROM THE COMMITTEE TO FIGHT REPRESSION:

Sentencing Statements of Resistance Fighters Susan Rosenberg and Tim Blunk	$.25
Communiques from the Armed Clandestine Movements	.50
International Law Brief from Rosenberg/Blunk Trial	1.50

NO DOOMSDAY PLANS FOR ULSTER'S DEFENDERS

Fortnight 9th September 1985

During a summer of protests against re-routing Orange parades, Unionist leaders once again invoked the spectre of loyalist paramilitary violence if any Anglo-Irish agreement infringed N. Ireland's sovereignty. JOHN DOUGLAS examines the paramilitaries' past weaknesses, present strength and future prospects.

FOR THE best part of a decade now the story of loyalist paramilitary groups has been the story of a search for relevance. Since the fall of Stormont they have been confused about their objectives; but in the early days the loyalist population in general was similarly confused, and frightened enough to tolerate the use of the gun.

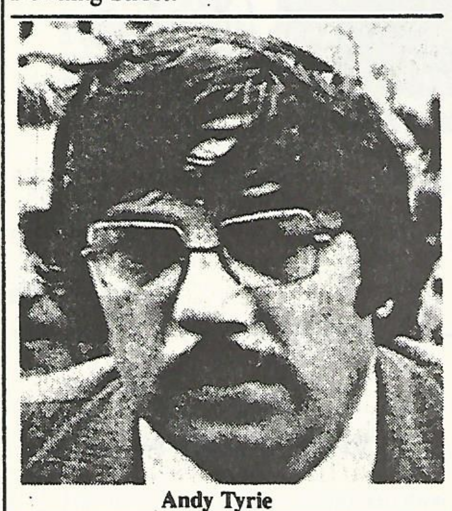
There has always been a close linke between the level of confusion and uncertainty among working-class Protestants and the strength of the paramilitaries. Their big killing days began in 1972 with the loss of Stormont, and reached a secondary peak in 1975-76 as Merlyn Rees floundered around with his constitutional convention and his IRA ceasefire.

The Ulster Workers Council strike which wrecked the Sunningdale agreement in 1974 is sometimes presented as a victory for the paramilitaries, but in truth it was a case when their attitude happened to coincide with that of the majority of Unionists. They did lead the strike — but they did so surreptitiously, calling themselves the UWC and playing down the paramilitary connection as much as possible.

It was the attempt to repeat that success, in the Action Council strike of May 1977, which virtually broke the power of the paramilitaries. They, together with Ian Paisley, pitched themselves against Roy Mason, who had ten times as much personal nerve as Rees. The demands of the Action Council were for a tougher security policy and the return of majority-rule devolution. The thing was that Mason, in his nine months in office before the strike began, had already done much to dispel the confusion and woolliness of Rees' policies. He kept repeating that a British withdrawal was simply not a possibility, and with his more militaristic approach he was clearly offering more support to the security forces.

His reassurances worked and by the time the strike came the level of Protestant insecurity had dropped markedly. It was this which ensured that the strike would fail. Interestingly, it has become clear with hindsight that some of the strike leaders launched the exercise largely *because* the insecurity level was dropping. Protestant insecurity is the stock-in-trade of Paisley and the Ulster Defence Association: they like to see loyalists in a frightened state. Mason's straightforwardness, therefore, was perceived by them as a threat to their popularity. The stoppage was an attempt to cash in on the insecurity before it died away altogether.

Paisley recovered well from that defeat but the paramilitaries did not. They have been functioning on a much lower level ever since. Mason was followed by the era of Margaret Thatcher, who has done little to reduce Protestant confidence in the British government. Britain will never of course be completely trusted by Unionists, for in the last analysis their loyalty to "the mainland" is conditional; but within those confines Unionists realise that they have a friend in Downing Street.



Andy Tyrie

After the killings

AT SOME points in 1976 loyalist paramilitaries, principally the UDA and the Ulster Volunteer Force, were bumping off Catholics at the rate of more than twenty a month. It was the time of no-warning pub bombings, of cruising cars spraying the New Lodge Road with machine-gun fire, of the UVF-led Shankill butchers. But almost all of this ceased after the May 1977 strike: the butchers, for example, cleaved their last victim to death in March of that year.

A couple of months after the strike Andy Tyrie, chairman of the UDA, said: "Let's be honest about it. As far as the loyalist paramilitary organisations are concerned, they will never be the same again until there's a crisis situation. All we can do is hold on to a good nucleus of men and build and organisation, and wait for the opportunity to ride the waves again." Tyrie has been the most cunning loyalist paramilitary leader of them all — he has been boss of the UDA for a full twelve years — and this assessment has proved to be spot on.

The Ulsterisation of the security forces the shoot-to-kill policy, the rigid reaction of the authorities to the 1981 republican hunger strike and Margaret Thatcher's "out-out-out" remarks have all played their part in whittling away support for the paramilitaries. Their activities have dropped to the extent that in some years they have been responsible for scarcely a dozen killings.

Having said that, there have been occasional flurries of violence. One came in 1979 when the assassination of Earl Mountbatten led to a spate of sectarian shootings. Another happened in 1980-81 with the UDA attacks which killed Ronnie Bunting and John Turnly and nearly killed Bernadette McAliskey.

It is too often assumed that there are deep political motives behind such actions: in fact Bunting and the others were shot following a sort of internal UDA efficiency drive, when the organisation's military commanders were pressed to produce results to justify all the money they'd been spending. Bernadette McAliskey's brush with death was part of an attempt to assure the UDA's Inner Council that it was getting value for money from the military men.

So what do paramilitary organisations do when they're not killing people? Money problems concern them a lot: membership falls off so less cash comes in from dues. Their drinking clubs are often not as lucrative as is sometimes supposed. Many aren't properly run and money is lost through dishonesty or simple incompetence. Building site protection rackets bring in a fair amount of cash for the UDA, while the UVF profits from the operations of black taxis. Robberies are much less frequent these days, although high interest money-lending is a growth area. However the organisations have to pay a great deal of money out each week in welfare payments to the families of jailed members, and this represents an unremitting drain on resources.

The UVF at the moment is embarrassingly top-heavy. It was hit particularly hard by the big supergrass trials which put many of its top men out of commission, but now most of them are back on the streets after successful appeals. The trouble is that the top positions were all filled during their absence: now there's a good deal of jockeying by men who want their old jobs back. "The UVF has three brigade staffs now," goes the current joke in paramilitary circles.

The UVF chief of staff himself was away for a time but demonstrated his strength by retaining that position even while in jail. However while he was inside the organisation sold his caravan and he's now rather disgruntled, feeling he received inadequate financial support during his imprisonment. The UVF is currently trying to reinvigorate its scattered country units, recruiting in some places and generally tidying up in others.

The organisation has taken up the idea, originally developed by the UDA, of sponsoring young 'kick the Pope' bands. Asked whether all the young bandsmen are actually in the organisation, one source smiled and explained with disarming frankness: "They're easier to recruit once you have them in the band. The old marching bit, getting the blood up, makes them easier, makes them more susceptible."

Within the organisation, Gusty Spence has become a force for moderation. His advice, freely given, is: "Grease the guns and put them away." He has been given office space, and a little money, and is hard at work developing a new political policy. The organisation did at one point recently come close to declaring a ceasefire. But Spence's chances of achieving a general disarmament are slim. His influence is not strong: he offended many UVF men with his strict discipline when he was UVF commander in Long Kesh and the Maze, and many of the younger element are bemused by this white-haired man and his odd habit of jogging around the Shankill in a track-suit.

The Red Hand Commandos, which once had a cadet relationship with the UVF, has now to all intents and purposes merged with it. Its founder and long-time leader John McKeague is dead, killed by the INLA in 1982. He was succeeded by one of his protegés but this man has since become disillusioned and dropped out. His successor was found with a gun in his car and is in prison.

As for the UDA, it remains the number one loyalist paramilitary outfit. Andy Tyrie gets bored easily and to break the monotony in the years of waiting for a new "crisis situation", he invents things. He first of all invented a new political thrust, setting up the New Ulster Political Research Group and advocating independence for Northern Ireland. This was designed to provide an alternative to the orthodox unionist political parties, offering a distinctive new policy. But where Gerry Adams succeeded, Tyrie failed.

ɪne big new venture of the past year or so has been the Ulster Defence Force (UDF). This, an attempt to create an elite commando-style nucleus of paramilitary supermen, is the inspiration of Tyrie's slightly eccentric protegé, John McMichael. Not everyone in the UDA is convinced of the worth of a scheme which has turned out to be quite expensive. 70 men have so far undergone training in skills such as map-reading, fell-walking and target-shooting.

Those who qualify are given a pair of golden wings. The ultimate value of the whole thing has yet to be proved.

Inside the UDA

IN THE old days it used to be one of Tyrie's golden rules not to interfere too much in the running of the individual UDA brigades. The men from each district — North Belfast, South & East Antrim and so on — elected their own "brigadiers" and sent them to the Newtownards Road headquarters as their representatives. Things are now changing. When the South Belfast brigadier stepped down, Tyrie was able to place his own man — John McMichael — in the post. But he was thwarted in West Belfast when the local brigade refused to accept his nominee for the post on the grounds of alleged dishonesty. In North Belfast however the brigadier was recently sacked for incompetence and Tyrie successfully nominated his replacement.

That replacement is Davy Payne. In the early seventies Payne was one of the UDA's most prominent leaders in West Belfast. He was a member of the Inner Council before being interned following a series of sadistic killings in West Belfast, including the stabbing of SDLP Senator Paddy Wilson and his friend, Irene Andrews, in 1973. Payne became North Belfast brigadier on his release in 1974 but later broke with the organisation. A few years later he took up with the Peace People, making a widely-publicised speech in which he criticised paramilitary organisations, including the UDA. A little while later he was blasted with a shotgun. He recovered and for a time worked with a couple of community workshop projects.

Not all the hard men in North Belfast are happy with Payne's re-appointment, for he made many enemies in the course of a long career. The important Ballysillan group refuses to accept his orders and the York Road-Tiger's Bay unit also wants him replaced. There's trouble too in Londonderry, where the Limavady and Coleraine people have split away from those in Derry city. But in truth it should not be thought that the organisation is falling apart: such disagreements and squabbles go on practically all the time. They are the stuff of life in the loyalist underworld.

On other fronts, the UDA has bought a computer to help straighten out its finances and its "intelligence". The organisation virtually escaped the supergrass epidemic which hit the UVF so hard, but both the UDA and UVF have had to come to terms with the fact that they now have very few secrets from the police. The UVF grasses have told virtually all there is to tell about the organisation.

As for the UDA, a former West Belfast brigadier, Sammy "Spud" Murphy, almost went supergrass but reneged at the last minute. Spud spilt every bean there was to spill about the UDA; he's now in jail serving life. One of the things he told Tennent Street detectives about was UDA involvement in the murder of the chief Shankill butcher, Lenny Murphy. Murphy was gunned down by the Provos, but the information on where to find him came from UDA men: Murphy had attempted to muscle in on their building site racketeering. This remains an item of unsettled business for some elements of the UVF.

There's still the odd shooting going on. The UVF killed a Catholic cafe-owner in Millfield, near Belfast city centre, recently: no clear motive has been established, though the police are following up rumours that money was somehow involved. The UDA killed a member of Sinn Fein on the Boucher Road in Belfast, and wounded another in a shooting in Lisburn. But no big push in any real sense is being planned by either organisation; no plans are being laid for doomsday; the Paisley-Molyneaux warnings that disaster is looming have fallen on deaf paramilitary ears.

The Anglo-Irish process has not stirred them up; nor has the rise of Sinn Fein, or Provo successes such as last February's mortar-bomb attack on Newry RUC station. The UDA has sought to become involved in the controversy which has followed the Portadown Orange parade troubles, but it is very much a Belfast-centred organisation and its members in the city have shown no great interest in the affair.

One middle-ranking paramilitary officer told me morosely: "A lot of us have just stopped bothering. It used to be that we were pressing the leadership for action; now it's them that wants us to get stirred up. But a lot of people have lost faith in them — they feather their own nest and take holidays in Spain all the time." The paramilitary leaders, for their part, are frustrated by the apathy of their men and of the loyalist population in general. Andy Tyrie has been waiting since May 1977 for the next real "crisis situation" to arrive, but it hasn't arrived yet.

WAR NEWS WAR NEWS WAR NEWS

IRA ATTACKS in the last seven days commenced early on Thursday, November 14th, when an RUC man was shot and seriously injured while travelling along the Augher Road on his way to Aughnacloy RUC Barracks. The ambush occurred around 8am when an IRA active service unit from the South Tyrone Brigade opened fire on the green Cortina containing the RUC man. In a statement claiming the attack, the IRA said:

"Several Volunteers using high-velocity weapons fired over 50 shots into the car, hitting the RUC man many times in the body and head."

CROSSMAGLEN

Just over 24 hours later, the first crown forces fatality occurred during an IRA landmine attack in South Armagh. The IRA statement said:

"A 300lb anti-personnel mine was placed on a road just outside Crossmaglen in South Armagh. On Friday morning around 10am an eight-man patrol containing six Brits and two RUC men were dropped by Brit helicopter to patrol part of the area.

"While the two RUC men walked along the road, the Brits patrolled the adjacent fields. At approximately 10.30am the landmine was detonated, killing one RUC man instantly and seriously injuring the other. The six Brits were blown off their feet."

In their statement, the IRA also said that they believed that the presence of journalists close to the scene of the ambush, and the disposition of this particular patrol, with the Brits out of sight of the road, was intended to be used as a propaganda exercise by the British on the day of the signing of the Hillsborough agreement to demonstrate the 'primacy' of the RUC.

This plan was thwarted, however, when the IRA carried out their successful ambush.

DERRY

On Saturday, November 16th, IRA Volunteers in Derry placed a booby-trap bomb in Butcher Street, close to the city centre. The IRA's Derry Brigade, in a statement, said:

"The bomb, which was made up of 10lbs of gelignite, was hidden in a road traffic sign before Butcher Gate. The operation was directed at crown forces called into the area to check out a car commandeered earlier in the Bogside and left nearby with a suspect bomb aboard.

"However, the booby-trap unfortunately was spotted and in a lengthy operation defused by the British."

UDR SERGEANT

Within 48 hours however, Derry Brigade had claimed the second of the crown force fatalities, a UDR sergeant.

The soldier who was the 150th member of the UDR to be killed since its formation, was returning to his home in Prehen Park in the Waterside area on Monday evening, November 18th, from Ballykelly British army base.

An IRA Volunteer using an automatic rifle walked up to him

and opened fire. The IRA Volunteer then made his escape in a nearby car.

In a statement claiming responsibility, the IRA said:

"This man was a founding member 15 years ago of a paramilitary force recognised by the nationalist community of the North as sectarian and oppressive. By maintaining his membership of this force, he placed himself in the front line of those who seek to defend British colonial interests and loyalist supremacy."

AP/RN 14-11-85

DETERMINED IRA ATTACKS on crown forces have in recent days narrowly missed inflicting serious casualties on the enemy. An example of this occurred in Newry last week on Thursday, November 7th, when an IRA mortar bomb scored a direct hit on a changing room within the heavily-fortified Downshire Road base.

With memories still vivid of last February's mortar attack on the Edward Street Barracks, when nine RUC personnel were killed, the sheer panic which last Thursday night's attack caused within their ranks was evident in interviews with RUC press and publicity people who spoke of *"fearing the worst"* and expecting *"massive casualties"* when first reports came through.

The attack was carried out with the ingenuity and innovation that the IRA units in South Down have become famous for. In a statement, the IRA in South Down said:

"Knowing that the crown forces were checking out lorries and vans left near their fortresses, the ASU chose an inconspicuous Ford Cortina estate car which could be adapted as a launching pad for mortars and arouse no suspicion.

"In the days before the attack, a team of IRA engineers worked at cutting away a section of the metal roof of the car, which they then covered by placing a rough black material over the whole roof.

"In the back of the car they fitted two collapsible mortar tubes and baseplates which could be folded away out of sight.

"On Thursday night, the ASU took the car to a firing position just 100 yards from the Downshire Road base. While armed Volunteers stood guard, IRA engineers sighted and primed the firing mechanism.

"At 7.30am, the mortars fired as programmed. One landed in the base, scoring a direct hit on the changing room, totally demolishing the light structured building. The other landed close to the perimeter."



COUNTY TYRONE

In Cookstown, County Tyrone, on Tuesday, November 12th, the IRA placed a 200lb car-bomb in William Street in the centre of the town, but it failed to explode. The crown forces then spent over two hours working on the bomb, during which a large part of the commercial centre of the town was cleared.

On Wednesday, November 13th, members of a UDR foot-patrol in Pomeroy, County Tyrone, narrowly escaped death or serious injury when an IRA Volunteer detonated a 70lb anti-personnel mine as they passed by. Part of the mine failed to detonate.

betr. : Jahresversammlung 1985 von Sinn Fein

Anmerkung des Knipselkrant

Wenn wir diese Dokument veröffentlichen, dann nur um klar zu machen, was die heutige offizielle Politik von Sinn Fein und damit auch der IRA ist: Arbeiter- und Frauenfeindlich (Absatz 23 u. 55 d), nicht zurückschreckend vor übler Distanzierung von bewaffnet kämpfenden Gruppen in anderen europäischen Ländern .

Wenn wir trotzdem künftig über Irland Texte bringen werden, dann sicherlich nicht, weil wir in irgendeinerweise diese miese Politik unterstützen wollen.

Wir wissen aber, dass es innerhalb von Sinn Fein progressive Kräfte gibt, die diese offizielle Linie der Sinn Fein - Führung nicht mittragen (es gibt also noch Hoffnung).

Ausserdem denken wir,dass Erfahrungen aus Nordirland, die auf militärischem Gebiet , oder mit der Counterinsurgency gemacht werden, auch für hier lehrreich sind.

Das Redaktionskollektiv



Social & Economic

23. The national minimum wage be no less than 20% below the national average. The national maximum wage be no more than ten times the national average.

Clarke/Smith Cumann, Finglas, Baile Atha Cliath

55. That this Ard-Fheis reaffirms support for those struggling for liberation and an end to exploitation throughout the world.

a. That we condemn American imperialist backing of repressive regimes in Central America; in particular El Salvador and Chile. That we condemn the US arming and financing of the *contras* who are attempting to destabilise and overthrow the democratically-elected government of Nicaragua.

b. That we condemn the regimes of South Africa, Namibia and Ethiopia. That we recognise the legitimate struggles of those attempting to overthrow these repressive systems.

c. That we condemn the fascist Israeli regime in occupied Palestine. We reaffirm our support for the PLO, the Palestinian people's right to a homeland, and the formation of a democratic Palestine.

d. That we recognise also the legitimate struggle of those peoples in Europe who strive for autonomy and self-determination. That we also take this opportunity to again disassociate ourselves from such groups as the Red Army Faction, Direct Action and the Red Brigades.

Ard-Chomhairle
P..... L..... R.....

Milipol 85 shows the best in anti-terrorist equipment

MILIPOL 85, to be held at the Le Bourget complex outside Paris, falls at the close of a year in which the problem of armed terrorism has once again threatened West European governments, heightening interest in the measures that can be taken to combat armed insurrection.

Among the exhibits will be armoured passenger cars produced by the Parigot company aimed at the foreign head-of-state or diplomatic market. Features of such vehicles are run-flat tyres, a combination of steel and ceramic armour to enclose the entire passenger compartment and cellular fuel tanks to avoid spontaneous explosion if struck by a bullet or by fragments.

Parigot offers a standard conversion to Mercedes, Rolls-Royce and Cadillac limousines as well as armoured transport vehicles for cash and prisoners.

Alsetex is to demonstrate a range of grenades, primarily designed to stun, either for use in anti-terrorist assaults or against rioters. Three types of grenade are offered, a persistent CS gas grenade, a flash and stun version and a fragmentless percussion grenade.

In the maritime sphere, the Facra fast attack and patrol craft will be exhibited. The craft is advertised as an unsinkable, ballistically-protected hull, armoured against splinter damage. The craft is 7·57 m in length and has a speed of 42 kt. Armament consists of a 12·7 mm heavy machine gun and twin 7·62 mm general purpose machine gun. The Facra is intended to be used as a coastal patrol vessel.

The American CCS company will also exhibit a wide range of products including the Bomb Ranger. Designed as a fitment either for a VIP limousine or for an internal security vehicle, it is a frequency-hopping mechanism designed to detect the presence of a radio-controlled bomb out to a claimed range of 1 km.

If a bomb is detected, the system automatically detonates it by imitating the signal transmitted to the detonator by the bomber's own radio mechanism.

The company will also demonstrate a comprehensive range of body armour at Milipol 85, ranging from covert vests for use under a business suit to the more paramilitary-orientated garments.

Hand-held thermal imagers are finding increasing usage both within the purely military field and in the paramilitary and counter-terrorist role. For such employment, TRT will exhibit the Caliope portable thermal imager which works in conjunction with a video camera to provide real-time observation via a television screen.

Primarily developed as a military thermal imager, the Caliope is seen by the manufacturers as ideal for prolonged surveillance of installations and suspects. TRT will also demonstrate the OB-41 night vision goggles.

A passive equipment, the OB-41 is powered by two mercury 2·7V batteries and is primarily designed for use as a night driving aid. However, it is equally useful as an aid to police or paramilitary units for riot or crowd control at night.

JANE'S DEFENCE WEEKLY 23 NOVEMBER 1985



Published 1985 by Arms and Armour Press, 2-6 Hampstead High Street, London NW3 1QQ.

Distributed in the USA by Sterling Publishing Co. Inc., 2 Park Avenue, New York, N.Y. 10016.

British Library Cataloguing in Publication Data:
Dewar, Michael
The British Army in Northern Ireland
1. Northern Ireland – History – 1969–
2. Northern Ireland – History, Military
I. Title
941.60824 DA990.U46

ISBN 0-85368-716-1

Designed by David Gibbons; maps by Anthony A. Evans; edited by Michael Boxall; typeset by Typesetters (Birmingham) Limited; printed and bound by R. J. Acford, Chichester, England.

CONTENTS

LIST OF MAPS



Throughout the story, the author describes the tactics, methods and equipment evolved by the Army to meet the ever-changing challenge of the IRA, their sympathizers and their opponents – from howling mobs and decoy children to car bombs and mobile mortars. Accounts of specific incidents as experienced by some of the regiments that have served 'tours' in the province, including the Paras, the Green Jackets, the Royal Artillery and the Royal Marines, convey vividly the feel of being out on patrol in Belfast and Londonderry – where at every street corner there might be a high-velocity rifle pointing directly at your back.

Lieutenant-Colonel Michael K. O'M. Dewar was born in Buckinghamshire in 1941. He read History at Pembroke College, Oxford, and was commissioned into the 3rd Green Jackets (The Rifle Brigade) in 1962.

He has served in Cyprus, Borneo, Malaya, Singapore, Libya, Australia, Germany, Berlin and Northern Ireland. He has instructed at the Royal Military Academy, Sandhurst, worked as a staff officer in the Ministry of Defence and attended the Army Staff College. In 1980, he led the 2nd Royal Green Jackets to the USA on a major exchange exercise, and then worked as Chief of Operations in the 1st British Corps Headquarters in Germany.

He is married, with four children, and his interests include game shooting, fishing, tennis and squash. His previous publications were *Internal Security Weapons of the World* and *Brushfire Wars*.

MILITARY CONCLUSIONS AND THE FUTURE

The emergency in Ulster is now in its seventeenth year. There have been seven military phases since the beginning of the current troubles:

1. Civil Rights and communal violence, 1967–69.
2. The Army's intervention and temporary peace, 1969–70.
3. PIRA opens its campaign against the Security Forces and the Protestants, 1970–71.
4. The failure of the Whitehall initiatives. The conflict deepens, 1972–75.
5. Sectarian violence and the Peace Movement, 1975–76.
6. PIRA reorganizes for a long war, 1977–81.
7. Full implementation of the 'Way Ahead' policy; Army takes low profile, 1981–85.

The Northern Ireland emergency has produced a greater variety of threats and challenges across the whole spectrum of unrest and violence in the towns and the countryside than any other internal security situation that the British Army has faced in recent times. The response and tactics of the Army have changed constantly to meet new situations while trying to anticipate the next development. During the early years the Army's primary role was to provide a deterrent to the escalation of violence and to keep the peace between the more extreme elements of both communities. As popular support for PIRA waned and law and order were gradually restored in the main cities and towns and in the majority of the rural areas, it was possible to move to a more active policy with the aim of eliminating the terrorist threat.

With the growing success of the Security Forces, and the heyday of the Peace Movement in the winter of 1976–77, the character of the struggle changed. Despairing of winning popular support among the Catholics, PIRA reorganized on a smaller and more closely-knit cellular structure for a long war. The situation facing the Security Forces at present is that of a more elusive and still potentially dangerous guerilla force operating in a more polarized environment. Today the Province is more peaceful than it has been for years. The process of transferring more of the responsibility for maintaining law and order back to the RUC has been continuing steadily.

As the situation in Northern Ireland escalated from rioting to bomb-throwing and so through the whole gamut of sniping, ambushes, car bombs, radio-controlled explosions, kidnapping, hijacking and assassination, the battalions and regiments of the Army have come and gone. Virtually no Army organization or individual has remained untouched by the Northern Ireland experience, the challenge offered being an entirely new one. The parameters of an internal security operation far away from home, of the sort that the Army had been dealing with during the retreat from Empire in various parts of the world, were fairly easy to understand. An internal security situation within the confines of the United Kingdom in which the exact legal position and role of the soldier was not initially precisely established was a different matter altogether. Moreover, it was closer to home. Citizens of the United Kingdom could not be shot.

In a colonial situation it was acceptable to impose curfews, to issue identity cards, to control food supplies and even to move the entire population of a village to a fortified government location to protect it from terrorist intimidation. Well-tried riot-control methods involved platoons adopting a box formation, advancing towards a crowd and laying a white tape on the ground which the crowd were warned not to cross. The crowd were then warned by loud hailer that the assembly was illegal and that they must disperse or fire would be opened. Also, a banner was hoisted which stated, 'Disperse or We Fire'. If the riot persisted, fire was opened at a selected individual. This usually had the desired effect.

In the United States and most Western European countries it is traditional for the police or gendarmerie to use a much greater degree of force to disperse a riot. In the USA the police used tear-gas and shotguns to disperse the Civil Rights riots of the 1960s. The French CRS, the West German police, the Belgian Riot Police, even the Swiss police have consistently used tear-gas, shotguns, water cannon and mounted police to disperse rioters, with little quarter given. But cracking heads with batons or even using tear-gas has never been traditional police practice in the United Kingdom. Even though the RUC were more prepared to use force than their English counterparts, in the main, traditional British police tactics governed the reaction to events. Arguably, if a greater degree of force had been used earlier the problem might not have got out of control. On the other hand, if force had not been resorted to so easily over two decades by the RUC and B Specials, there might have been an easier acceptance of authority by the minority.

Thus outdated riot-control techniques used in far-flung corners of the Empire were tried initially, but found to be inadequate and unsuitable. The main difficulty encountered by troops trying to contain a riot was that of making an arrest. An automatic gap is created between rioters and troops by the range of the missiles used by both contenders, whether it be CS grenade or brick. Alley-ways, side-streets and other avenues of escape are open to rioters. Soldiers are encumbered with heavy equipment. Because of all these in-built disadvantages the methods of riot control inherited from Colonial days were refined and improved. Non-violent methods of persuasion to disperse mobs were attempted first, often with the help of community leaders. Internal security weapons were resorted to if necessary in order to effect the maximum arrests. Rifles were fired only if troops were themselves fired at, and after a riot the area was dominated to prevent any recurrence of disorder. Snatch squads were an early development. Lightly clad, fleet-of-foot soldiers were held in reserve to dart into crowds and arrest rioters.

It was the rules for opening fire which posed the greatest problem. Responsibility for the decision to open fire normally rests with the commander on the spot. In the case of a lone sentry the responsibility can therefore rest with the sentry himself. Soldiers may open fire only in certain carefully laid down circumstances. These are summarized on a yellow card, carried by all soldiers in Northern Ireland, giving the

Instructions by the Director of Operations for opening fire in Northern Ireland. These orders are clear and comprehensive. The only circumstances in which fire may be opened are if a person is seen carrying what can be positively identified as a firearm and is about to use it for offensive purposes, and refuses to halt and desist from using the weapon when called upon to do so. Fire may also be opened at petrol bombers after due warning if life is in danger. Fire may be opened without warning in self-defence, that is if there is no other way that a soldier can prevent himself being killed or seriously injured. There are, therefore, very strict rules which must be scrupulously adhered to.

Although it is not possible to comment in detail, it being *sub judice* at the time of writing, the case of Private Ian Thain of 1st Battalion The Light Infantry demonstrates the tightrope which soldiers must walk in Northern Ireland. Thain was involved in a shooting incident in which a civilian died and for which Thain was charged with and found guilty of murder. The case is now pending appeal. The incident occurred on the streets of Belfast during a riotous situation. It is not possible to elaborate at this stage, but the incident shows how, if a soldier is judged in a court of law to have broken the very strict rules on opening fire, he can be found guilty of murder. This is a frightening responsibility for an 18-year-old soldier who may have to make up his mind and take a decision on his own in certain circumstances. In a situation such as in Northern Ireland, if the Army is to be able to operate effectively in support of the Civil Power, soldiers will require extraordinary powers to stop people and vehicles, to search and to make arrests. When the Army first went to Ulster in 1969, its members had no more legal power than the ordinary citizen. It was soon necessary to introduce the Special Powers Act. This Act, the target of widespread criticism and political protest, was replaced on 8 August 1973 by the Northern Ireland (Emergency Provisions) Act. The 1973 Act has largely been replaced by the Northern Ireland (Emergency Provisions) Act 1978 which became effective in June 1980. Under this Act members of the Armed Forces on duty may:

- ▷ Stop and question any person about his identity or movements or his knowledge of any recent terrorist incident.
- ▷ Stop and search any person suspected of unlawful possession of munitions or illegal radio-transmitters.
- ▷ Arrest without warrant, and detain for up to four hours, anyone suspected of committing any offence. The suspect must be released unless re-arrested by the RMP or RUC within four hours of the original arrest.
- ▷ Enter premises, under certain conditions, for the purpose of arresting suspect persons.
- ▷ Enter premises if necessary, in the course of operations, for the preservation of peace or the maintenance of order (such as in hot pursuit).
- ▷ Enter premises to search for and seize unlawfully held munitions or radio-transmitters. In the case of dwelling-houses (but not other premises) the specific authority of a commissioned officer is required to enter for this purpose.
- ▷ Enter premises to search for unlawfully held persons whose lives might be in danger. In the case of dwelling-houses (but not other premises) the specific authority of a commissioned officer is required to enter for this purpose.
- ▷ Control and restrict highways, rights of way and access to buildings.
- ▷ Stop, and if necessary move, vehicles and vessels to search for munitions and illegal radio equipment.

The art of patrolling, particularly in an urban environment, has developed according to the threat. In the early days patrols tended to go out alone and be up to eight or ten men strong. Section-strength patrols were the traditional method of patrolling for many years. In an urban environment, where fields of view and arcs of fire were limited, and where the enemy was often only one or two gunmen, some members of a large patrol were redundant. It was soon realized that a more efficient way of covering the ground was by multiple and smaller patrols which in time became known as 'bricks'. The four-man 'brick' is now the standard unit of patrol. Any number of 'bricks' can be used to cover an area, the idea being that each provides a measure of mutual support for at least one other, cutting off avenues of escape and, it is to be hoped, preventing ambushes. The art of mobile patrolling in Macrilon Land Rovers and/or Humber 1-ton Armoured Vehicles, commonly known as 'Pigs', was also developed and became a way of covering larger areas quickly.

In the early days, patrols stalked warily around the streets, usually at walking pace. When the shooting started they darted from doorway to doorway, dodging and weaving between each point of cover. This became known as 'hard targeting'. In short, a whole new method of urban patrolling has been developed by the Army over the years. In rural areas, patrolling in some respects has remained traditional. Patrols go out sometimes for days on end to act as observation posts on likely border crossing-points or other similar targets. Platoons are trained in the painstaking and frustrating business of surveillance. A whole new area of expertise has been developed using helicopters. 'Eagle' patrols, using Scout or Lynx helicopters, drop down on country roads to mount instant vehicle check-points or to react to an incident. 'Duet' patrols, employing large RAF Wessex or Puma helicopters and a Command helicopter, usually a Gazelle, are used for more complex operations.

Search techniques have also developed over the years. In 1969 they tended to be haphazard and no special equipment existed. Now, special Royal Engineer Search Teams use dogs and equipment to search both urban and rural areas. But methods have also changed; one, perfected by a young RRF officer called Winthrop in the early 1970s, and which became known as the 'Winthrop Method', provided, when it was first used, several breakthroughs. Teams would look at a house or piece of countryside and attempt to put themselves in the mind of the terrorist. If, looking at a field from a road junction, there was one lone tree along a hedgerow, then it was worth looking underneath it. The method was used by, among others, the QDG with great success in 1976. Equipment has also developed over the years and the Army has learned many lessons.* Special communications, surveillance, riot equipment, body armour, vehicles, weapon sights, bomb-disposal equipment, perimeter protection equipment and much else has been developed

particularly by US and British companies.

Command and control of internal security situations has become increasingly more sophisticated. In the July 1969 Belfast riots, when Brigadier Peter Hudson's helicopter was forced to land, command and control of the troops on the ground became strained. Today radio links are secure and simple to operate, and incorporate sufficient redundancy in the system to ensure that a radio net will continue to function despite the failure of some of its constituent parts. ADP systems also provide support in many areas.

The Army had to learn – often painfully – the complications and subtleties of operating in support of the Civil Power with (quite rightly) relatively limited power itself in what has at times amounted to a state of war. During the sixteen years of the Emergency, the Security Forces have reduced violence and the potential of the IRA to achieve damage, disruption and destruction, to a degree that in the dark days of the early 1970s often seemed impossible. Within the current constraints of the law it would be difficult for the Army and RUC to reduce the level of violence much further than has already been achieved. Unless the conditions of a police state are imposed, the terrorist can operate with relative ease; there is a limit to what can be achieved by military means alone. The Security Forces' role is, undeniably, to a certain extent reactive. A purely military victory in Northern Ireland is therefore most unlikely. The Security Forces must continue, however, to keep the level of violence as low as possible in order that other influences can work.

The only permanent solution to the Irish problem must be a political one. The alternatives available have been rehearsed many times, but are worth repeating. The methods of government available for Northern Ireland range from total integration into the United Kingdom through various forms of self-government to total absorption into the Irish Republic. Integration of Ulster into the United Kingdom would result in an increased number of MPs for Ulster possibly holding the balance of power between the two major parties. This possible domination of Westminster politics by Ulster politicians would almost certainly not be accepted either by Parliament or the people of the United Kingdom. Perhaps more important it would be quite unacceptable to the Irish Republic.

Devolution is the second alternative. This would involve an elected regional assembly and government operating within the political and legal framework of the United Kingdom. This has always been the chosen option of HM Government but it does, of course, depend on internal consensus and this has eluded successive governments.

Federation would differ from devolution in that, rather than grant Northern Ireland a measure of devolution which can always be taken back at a stroke, Northern Ireland would be a State, with powers and duties vested permanently and inalienably in it, and it would enjoy a statutory relationship with the United Kingdom as the Federal authority, as, for instance, Ontario is to Canada or New South Wales is to Australia. The disadvantage of this option is that it would set a precedent for the rest of the United Kingdom and the Republic would be unlikely to accept it, granting as it does a degree of permanency to the measure of independence.

Another option would be to give Ulster Commonwealth Status; that is to say, the Province would become independent, but the Queen would remain Queen of Ulster. This would solve the problem of the loyalty of many Ulstermen to the Crown, but not to HM Government. Again, however, this would not be acceptable to the Republic granting, as it does, independence to Ulster. The link with the Crown could subsequently be broken. Independence is a further option and indeed it was once fashionable among extremist Protestants. This could be imposed or negotiated independence or take the form of UDI. There is no doubt that, even among the Protestant majority, there is a certain anti-English attitude in Ulster. However, it is unlikely that an independent Ulster could survive economically. More important, independence is not acceptable to the Republic.

Redrawing the border has some attractions. This could be done so as to exclude from Ulster Newry, South Armagh, Strabane and the western parts of Londonderry (the Creggan and the Bogside) so as to leave a smaller but more homogeneous Protestant Ulster. However, these areas account for only 70–80,000 out of 500,000 Catholics. Where would the 100,000 Catholics in West Belfast go? They might not wish to be resettled in the Irish Republic and anyway would the Republic want them?

Cantonization has also been suggested as a possible solution. This would involve dividing Ulster into three to five self-governing areas, each with the maximum degree of devolved authority. In this way Catholics could achieve a degree of self-government and of self-respect. But the religious groups are intermingled. It just could not be made to work. More importantly, the total area is too small to be further subdivided. Unification with the Republic of Ireland is, of course, an option. A new Republic of all Ireland could be formed, or a Federal Republic of, say, four provinces. There are, however, as is well known, overwhelming Protestant objections to such a plan.

The last two possible options are Condominium and Confederation. Condominiums have been tried in a few instances and in each have been found to be disastrous. In the case of the Republic and the United Kingdom and involving such a sensitive province as Ulster it is unlikely that it would ever be successful. Finally, the Confederation of the Irish Republic and of the United Kingdom would in many ways be the real solution. There could be one monetary policy, full extradition, the same post office and telephone service, one broadcasting service and so on. The Isle of Man and the Channel Islands could be invited to join too. However, history is against such an idealistic solution. The Republic of Ireland has spent hundreds of years fighting to free itself of British domination – it would be unlikely to overturn the gains of 1921.

The British Government has set its sights on devolution and power-sharing as this seems to offer the most hope. There have been some notable recent political developments in Northern Ireland. HMG's initiative on 'rolling devolution' has led to the Northern Ireland

* The author's *Internal Security Weapons and Equipment of the World* (1978) summarizes all British Army Internal Security equipment.

Assembly; the SDLP has joined parties from the Republic in the New Ireland Forum; and Sinn Fein has made a dramatic entry into electoral politics. However the same polarized arguments persist.

The Act of 1982 allowed elections to a new 78-seat one-chamber Assembly whose functions, pending devolution of legislative powers to the Assembly and executive power to a local administration, are to be *consultative*. It can make recommendations for the Secretary of State to present in Parliament. The unique feature is the concept of

Result of elections to Northern Ireland Assembly held on 20 August 1982.

Party	Percentage of First Preference Vote	Seats	Remarks
Official Unionist Party (OUP)	29.7	26	Supports Assembly, but anti-devolution.
Democratic Unionist Party (DUP) – Ian Paisley	23.0	21	Supports Assembly, but uses power to block any initiatives leading to devolution.
Social Democratic and Labour Party (SDLP)	18.8	14	Abstains from taking seats – in effect a veto.
Alliance	9.3	10	Supports Assembly.
Sinn Fein	10.1	5	
Workers' Party	2.7	0	
United Ulster Unionist Party (UUUP)	1.7	0	
Others	4.7	2	

In the last General Election (first past the post) results were:

Party	Percentage of votes	Seats
UUP	34	11
DUP	20	3
UUUP	3	1
SDLP	17.9	1
Sinn Fein	13.4	1
Alliance	8	0
Others	3.7	0

'rolling devolution'. The idea is that the Assembly can recommend that responsibility for matters in which there is cross-community agreement should be devolved to the Assembly while leaving areas on which there is division in the hands of the Secretary of State. The aim is to encourage and reward what amounts to power-sharing across the sectarian divide. Decisions require the support of 70 per cent of the members of the Assembly. In a further attempt to reduce polarization, elections to the Assembly are by proportional representation.

Elections to the Assembly were held on 20 August 1982 with the results shown in the table. These figures show very clearly that, in Ulster's case, proportional representation would appear to be the best way of securing fair representation for the Catholic minority. It is for this reason that elections to the Assembly are by this method. It is to be hoped that the concept of 'rolling devolution' will bring a gradual shift of power to a locally elected Assembly. This can only happen if there is a shift in attitudes among the Unionist community and if all concerned are prepared to work towards that end. There is evidence that there is considerable support for power-sharing in the Province itself. A *Sunday Times* opinion poll in June 1981 revealed that a majority of Protestants (53 per cent) and Catholics (77 per cent) favoured power-sharing. But while a majority will assert to the general principle, the political parties are deeply divided on its practical implementation. Here is the only chink of light for the future. A gradual move towards power-sharing could, if both communities are willing, lead to a compromise political solution. If power-sharing devolved government were established, it could be the beginning of the end for the men of violence.

The basic causes of the fundamental difference between the two communities are perhaps a little clearer now. There is evidence (particularly the Moxon-Browne poll of July–September 1978) to show that Protestant attitudes towards Catholics are essentially religious in nature. They are maintained by misconceptions and fear about the Catholic Church, its organization and its power. Protestantism *per se* is not a serious issue among Catholics, rather Catholic objections centre around Protestant attitudes towards religion. Most Catholics are disillusioned about violence and understand the economic advantages of remaining in the United Kingdom. Theirs is a very pragmatic approach. In a nutshell, Protestants object to Catholics as Catholics but not as people. To some extent Catholics object to Protestants as people and not as Protestants. Perhaps in time the Protestant majority will appreciate that the Catholic minority is not the threat they imagine it to be. If this comes about the Catholic minority will feel less threatened and withdraw its support, tacit or otherwise, from the men of violence. Only then would the circumstances be created for the defeat of the IRA.

If and until this happens, the Security Forces can only continue the battle to control terrorism. While they have succeeded in reducing the level of violence from the bad years of 1972–74, the authorities have not been able to bring it under total control. There have been major security successes and terrorism is not the potent force of a decade ago. The Security Forces have become much more professional, have received much more information from people weary of yet more atrocities, and have perfected a much more sophisticated Intelligence-gathering machine. On the other hand, the Army has had to learn to come to terms with the tenacity and ingenuity of the terrorist; the UWC strike demonstrated that the Army is not equipped to control a high-technology society at the point of breakdown. The Army has learned that it is the terrorist who often has the initiative. There have been several occasions when terrorism has seemed to be nearly defeated but it has bounced back. The IRA can afford not to be too concerned about temporary setbacks. They believe themselves to be engaged in a war that is 800 years old. Unfortunately it is very difficult to defeat an idea.

The Army has learned many practical lessons in Ulster. It will continue to fight terrorism but it is unlikely, within the context of a liberal democracy, to be able to defeat it entirely. In the final analysis, all the people of Ulster must want an end to the violence themselves and the politicians must then perpetuate that new-found peace in a

framework acceptable to all the people of Ulster of both communities.

Until people of goodwill succeed in constructing peace in Northern Ireland, the Security Forces remain the ultimate bulwark against the breakdown of society. Trying to keep the peace between the two communities is no enviable task, particularly when both these communities are apt to turn against the peacemaker. It is doubtful whether any other Army could have coped without resorting to massive retaliation. The United Kingdom owes an immense debt of gratitude to all those who have served in Northern Ireland, to the Army, to the UDR and to the RUC. One can only hope that the sacrifices they have made will not have been made in vain.

What of the future? It would be a foolish man who tried to predict an end to the emergency. All that can safely be said is that conditions are more propitious today than at any time since 1969 for an end to the terror. The people of both communities in Ulster are weary of the violence; the primacy of the RUC has been restored; the violence has been drastically reduced; the Ulster economy is picking up; tourism is enjoying something of a boom again in Ulster; relations with the Republic are much improved; troop levels are lower; more convictions are being secured; large numbers of IRA men are safely locked away; there is a growing realization among some IRA sympathizers in the USA that their financial support is counter-productive; cross-border co-operation between the RUC and Garda has never been so good – and much else has improved or is improving. Given all this, perhaps the end is in sight.

If this is so, no one will be more pleased than Tommy Atkins.

SELECT BIBLIOGRAPHY

Military aspects

BARZILAY, DAVID. *The British Army in Ulster* (4 vols.). Belfast: Century Services, vol. I 1973, vol. II 1975, vol. III 1978, vol. IV 1981

CLARKE, A. F. N. *Contact*.London: Secker & Warburg, 1983

DEWAR, MICHAEL. *Brush Fire Wars: Campaigns of the British Army Since 1945*. London: Robert Hale, 1984

DEWAR, MICHAEL. *Internal Security Weapons and Equipment of the World*. London: Ian Allen, 1979

ELLIOT, R. J. 'Countering Urban Terrorism', in *British Army Review* (April 1980), pp. 16–24

EVELEGH, ROBIN. *Peacekeeping in a Democratic Society*, The Lessons of Northern Ireland. Hurst & Co., 1978

HAMILL, DESMOND. *Pig In The Middle*, The Army in Northern Ireland 1969–1984. London: Methuen, 1985

Pegasus (Journal of the Parachute Regiment), 1969–85

The Globe and Laurel (Journal of the Royal Marines), 1969–85

The Gunner (Journal of the Royal Regiment of Artillery), 1969–85

The Royal Green Jacket Chronicle, 1969–85

IRA warn contractors

AP/RN 28-11-85

IN AUGUST of this year, the IRA issued a stern and unequivocal warning to contractors, builders and suppliers who worked in a variety of ways for the crown forces in the North that, *"failure to desist from present activities will mean that our Volunteers will be directed to take extreme action"*.

Since that statement was issued, and *"extreme action"* taken in several cases, the British colonial establishment in the North has been presented with a massive problem in their counter-insurgency strategy.

In parts of the occupied six counties, RUC barracks blasted by huge IRA bombs now lie derelict. Other newly-started barracks or buildings in the process of being refurbished remain unfinished because the contractors have withdrawn their labour. Today the Brits are faced with a major dilemma: either they use their own resources to carry out this work or they retreat from large parts of the countryside.

It is clear from recent IRA statements that considerable thought has been given to this tactic and the potential it has of tying down large numbers of crown forces and finance.

The latest developments in this IRA tactic occurred on Thursday, November 21st, with the execution of Derry catering contractor Kurt Konig and the issuing on Monday, November 25th, of a further IRA warning to contractors in which several are specifically identified.



KONIG

The execution of Kurt Konig, head of a private catering company servicing RUC barracks from Derry to Enniskillen took place on Thursday, November 21st.

In a statement, the IRA said:

"IRA Volunteers commandeered a neighbour's house in the exclusive and wealthy Gleneagles housing development on Wednesday evening and waited throughout the night for their target to appear.

"Shortly before 8am, Konig left his house for work and, as he was about to get into his car, two IRA Volunteers carrying automatic weapons opened fire, killing him instantly. The IRA Volunteers then withdrew from the area."

Konig was a German who had worked for the RUC from 1974 and was based in Strand Road Barracks in Derry. The IRA said that *"Konig had made a fortune working as a caterer for the RUC. With the money he had earned supplying the RUC torture centres he lived in luxury"*.

The IRA also rejected RUC claims that he no longer worked for them:

"Contrary to RUC claims, he was still working for them. Some time ago, in line with the decision to privatise catering facilities in the RUC's Northern and Western areas, Mr Konig, with RUC approval, set up his own catering company and was duly awarded the franchise. Since then, he has serviced RUC barracks from Derry to Enniskillen."

In the same statement the IRA disclosed that they knew that a company based in the North West has been considering taking up the tender for building the RUC fortress at Lisnagelvin. Work stopped in July at the Lisnagelvin site following earlier IRA warnings to contractors. The IRA warned that they would *"take action against the board of directors and senior management of this company should they go ahead"*.

SEVEN DAYS

IRA determination to prevent private firms from assisting the crown forces in the North was reinforced on Monday, November 25th, when, in a hard-hitting statement from the Irish Republican Publicity Bureau in Dublin, the IRA gave those still involved in contractual work with the RUC seven days to stop their collaboration. The IRA statement continued:

"In recent months, IRA intelligence units have continued to concentrate on building up dossiers on the mercenary elements who, by contracting for the British government to build enemy fortresses and supply them, make the British occupation of the six counties possible.

"Subsequent to this work, IRA active service units have been able to deal with these people and have closed down building work in many areas of the war zone.

"The latest action we took was against Kurt Konig, the head of a private catering company which supplied RUC bases west of the Bann.

"We have also positively identified a number of others involved and we take this opportunity to warn them that our Volunteers have been directed to take action against the owners, boards of directors and senior management of these companies unless they

desist from their activities within the next seven days. They should inform us when they do."

The statement went on to name three building firms against whom specific warnings were issued. The statement ended:

"Our position is clear: the British cannot rule without collaboration and those who collaborate for personal profit must accept the consequences – execution."

SOLIDARITÄT MIT ALLEN REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN!

Nach ihrer Verlegung nach Carabanchel verschlechert sich die Haftsituation für die weiblichen baskischen Gefangenen

Die Lebensbedingungen der weiblichen politischen Gefangenen die im Gefängnis von Yeserías in Madrid interniert waren haben sich durch eine Verlegung in eine Spezialabteilung innerhalb des Gefängniskomplexes von Carabanchel beträchtlich verschlechtert.
Koro Egibar, Itziar Galardi und Marga Bilbao erklärten Begoña Lalana, einer Anwältin aus der Haftkomission der Gruppe Junger Anwälte aus Madrid, wie diese ersten Tage - voll von Zwischenfällen und Sankzionsdrohungen - verlaufen sind.
Die Verlegung der 42 politischen Gefangenen (die ETA-m, den polimilis (ETA-pm, Anm.d.Ü.), den CAA (Comandos Autónomos, Anm.d.Ü.) und den GRAPO angehören) fand vergangenen Montag statt. Zuerst wurden die Baskinnen verlegt und danach die Frauen aus den GRAPO. Es wurde ihnen erlaubt, Gepäckstücke mitzunehmen, unter der Bedingung, daß sie selbst die LKWs beladen. Die Fahrt vollzog sich unter den üblichen Drohungen, ? (acelerones)... Sie kamen um zwei Uhr nachmittags an und wurden sofort "einquartiert". Um vier gab man ihnen ein Bocadillo (= belegtes Brözchen, Anm.d.Ü.) und es gab kein weiteres Essen mehr. Die Direktorin, eine Psychologin die als solche im Gefängnis von Almería gearbeitet hatte, empfing sie gegen sieben Uhr abends und antwortete auf die Probleme und Beschwerden die von den Gefangenen formuliert wurden mit Ablehnungen und Ausreden. Andererseits wollte sie die aufgestellten Forderungen gar nicht erst untersuchen. Sie verwies die Frauen darauf, sich direkt an die Strafbehörden (Instituciones Penitenciarias) zu richten.
Am Dienstag den 26. wurden sie paarweise in den Speiseraum hinuntergebracht, wobei es schon einige Spannungen gab. Das Essen kam an diesem Tag spät, weshalb es länger dauerte als normalerweise. Trotzdem wollten die Schliesserinnen sie zur vorgesehenen Uhrzeit "einquartieren", noch bevor sie es beendet oder entgegengenommen hatten. Von neuem in die Abteilung zurückgeführt wurden sie eingeschlossen, ohne daß ihnen jemand auch nur die geringste Erklärung gab, außer einer Beamtin die sagte, daß sie gerade "beraten". Es kam der Inspektor der Strafbehörden Máximo Herrero. Die Gefangenen teilten ihm mit, daß sie alle zusammen abendessen wollten, daß man sie nicht vor der dafür vorgesehenen Uhrzeit, um zehn, einschließen soll, und daß sie abendessen würden, auch wenn es im Gang sei. Der Inspektor sagte, daß man das Abendesssen in den Zellen zu sich nehme, daß keine einzige Vorstellung der Gefangenen akzeptiert würde, und daß er seine Maßnahmen ergreifen würde, welche "Zwangsmaßnahmen" seien. Er gab den Frauen fünf Minuten zur Beratung und noch bevor sie einen Beschluß gefaßt hatten kam die Nationalpolizei und shloß sie in den Zellen ein.

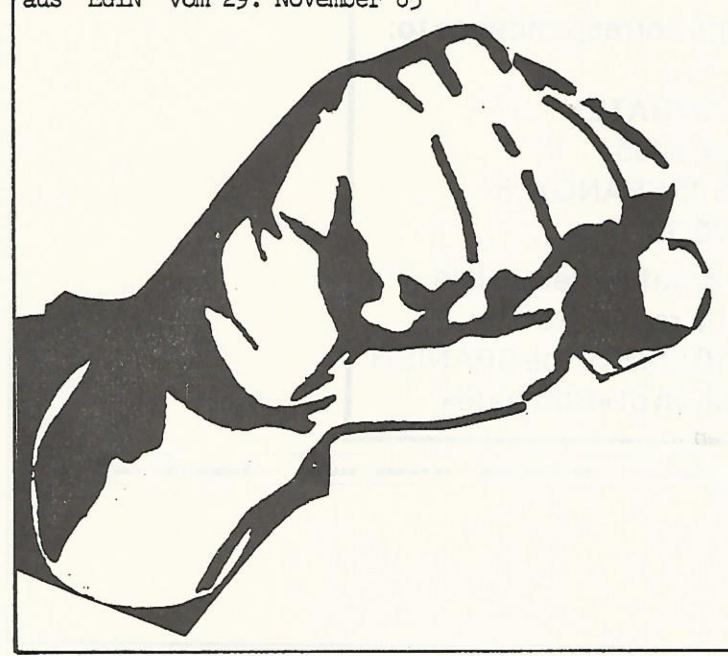
"Spechtgrüne" Farbe

Alles im Gefängnis ist grün gestrichen, Wände, Decken... ein Grünton, den eine Frau als "spechtgrün" beschrieb. Und alles ist voller Glas, das heißt, daß man von allen Seiten alles sieht. Die gefangenen Frauen kennen die Räumlichkeiten noch nicht, in denen sie zwangsweise ihr Leben verbringen müssen: niemand hat sich die Umstände gemacht ihnen irgendetwas zu zeigen, und was sie erzählen konnten ist, was ihnen gelang zu sehen, als sie auf Stühle stiegen und sich umsahen so gut sie konnten. Sie haben eine kleine Bibliothek mit elf Lesepulten in "Babygrößen" gesehen. Neben diesem Studienraum ist die Beamtin in einem "enormen Zimmer". Sie wissen nicht, ob es in der Bibliothek Bücher gibt, oder nichts.
In den Zellen gibt es, trotz der offiziellen Verlautbarung, daß sie voll mit jeder Art von Bequemlichkeit sind, nicht ein jämmerliches Regal für Bücher oder Papiere. Nur den Tisch, das Bett, den Stuhl... Zwar gibt es eine Einzeldusche, aber sie hat keinen Vorhang und der Abfluß ist mitten im Raum, wodurch man jedesmal wenn man sich duscht, alles was in der Nähe liegt wegtun muß, damit es nicht naß wird. Andererseits gibt es auch keine Vorhänge oder Rolläden an den Fenstern, wodurch die Guardias Civiles die dort patrouillieren in den Zellen die zum Friedhof von Carabanchel unweit des Knastbereiches hin liegen absolut alles sehen, und so die Frauen sehen, wenn sie sich duschen oder sich zurechtmachen oder einfach nur da sind. Es gab auch schon Zwischenfälle: nach den letzten bewaffneten Aktionen in Guipúzcoa beschimpften und bedrohten die Wächter die gefangenen Frauen.

Eine andere, zumindest merkwürdige Angabe ist, daß die Toiletten im Bereich der Essens- und Gemeinschaftsräume Männertoiletten sind, diese alten Modelle zum Stehen...

Forderungskatalog
1.- Der Tagesplan: daß während der Mittagszeit - obligatorisches Schließen von 15 bis 16.30 Uhr - die Zellen geöffnet werden, auch wenn die Abteilung insgesamt geschlossen ist. Daß vormittags und nachmittags (Studienzeit, etc.) von den Zellen zu den Gemeinschaftsräumen rauf- und runtergegangen werden kann, daß der Zellenteil nicht geschlossen bleibt. Daß man sie zwischen 8.15 und 9 Uhr (Zählung) Gymnastik machen und sich anschließend duschen läßt.
2.- Zuweisung: (für Küche, Wäsche, Verwaltung beauftragte Personen). Einverständnis darüber, daß es immer eine namentlich beauftragte Person gibt (das ist etwas ablösbares), aber daß die Organisierung unter Aufsicht aller sei, da sie in einer Gruppe leben und sich die Zeit so für alle besser organisieren läßt.
3.- Besuche: die Besuchsräume sind kleiner und schlechter als die in Yeserías. Es gibt nur eine für Anwälte; für Familien gibt es drei, aber getrennt durch eine Scheibe die zwischen den Gefangenen und den Angehörigen verläuft, was eine ruhige Kommunikation praktisch unmöglich macht, da man alles hört was von allen gesprochen wird. Daß das alles geregelt wird. Einschreibung für Besuche bis um 12 Uhr des jeweiligen Tages wie zuvor, aber daß jeder eingeschriebene Besucher gesehen werden kann. Daß der "vis-a-vis"-Besuchsraum (für Besuche ohne Trennscheibe, Anm.d.Ü.) - es gibt nur einen - vormittags und nachmittags benützt werden kann, ohne zeitliche Eingrenzung. Daß die Kinder unter vierzehn Jahren nicht als Besucher gezählt werden, und daß die Söhne und Töchter zweimal im Monat zu ihren Müttern nach drinnen können. (war in Yeserías möglich, jeweils einen ganzen Tag, Anm.d.Ü.)
4.- Telefongespräche: daß sie in baskisch, katalanisch und gallizisch geführt werden können. Anfangs wurde den Gefangenen gesagt, daß sie das nach draußen zwar dürften, in andere Knäste aber nicht. Die Frauen fordern, daß die Beamtinnen während des Gesprächs nicht anwesend sind. (Anm.d.Ü.: in Yeserías waren jederzeit beliebig viele Telefonate mit den Rechtsanwälten möglich, unter bestimmten Bedingungen auch mit den Angehörigen).
5.- (Hand)Arbeitsräume: es gibt keine im Gefängnis. Das einzige was es gibt ist Material zum Stricken, aber nicht einmal das einfachste Nähzeug. Es gibt keinen adäquaten Raum um, zum Beispiel, Keramiken zu machen - etwas das von zahlreichen Frauen praktiziert wird. Die Direktorin hat mitgeteilt, daß alle Tätigkeiten möglich sind, aber seither noch keine Mittel zur Verfügung gestellt. (Anm.d.Ü.: das Herstellen von Handarbeiten ist zumindest für die Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO eine wichtige Tätigkeit, da diese draußen verkauft werden und die Gruppe sich so finanziert.)
6.- Daß es für die Vorfälle am Dienstag keine Sanktionen gibt. Anscheinend gab es schon Indizien dafür, daß welche verhängt werden könnten, und zwar in "selektiver" Form.

aus "EGIN" vom 29. November 85



COMBATE

PERIODICAL OF THE
COMBATE ORGANIZATION
ENGLISH EDITION
ISSUE NR. 8

«COMBATE» AND THIS JOINT PUBLICATION

«Combate» is a monthly publication which deals with Latin American reality and aims to be one more tool at the service of the interests of the peoples of Latin America in their struggle for liberation.

Our periodical has appeared regularly in Spanish since February of 1974 and has also appeared in English every three months since the month of October, 1983. It was begun in Sweden through the efforts of Latin American political exiles after thousands of such political exiles had arrived following the criminal coup d'état in Chile in September of 1973.

Throughout almost twelve years of uninterrupted activity, «Combate» has been at the service of the struggle of the peoples of the Continent in all of their expressions. It has been one more spokesman for the solidarity which is so necessary for this struggle, and within a framework of pluralism has divulged the different opinions and positions which have arisen in this long battle of the peoples for their liberation.

«Combate» places itself at the service of the popular struggle in all of its forms and expressions, and therefore also its modes of organization and political expression. We consider the struggle of the Latin American peoples to put an end to imperialist oppression and to end exploitation in order to obtain a dignified life and true liberty, to be a single struggle. It is the same struggle, over and above the rhythms and levels which the concrete situation in each country determines. We believe in the unity of the peoples of the Continent. This unity has been born of the aspiration for liberty which has moved the battles of the past and serves at a guiding star for the present ones.

PLEASE ADDRESS COMMENTS, SUGGESTIONS AND ENQUIRIES ABOUT «THE COMBATANT» TO:

«THE COMBATANT»
Box 5079
163 05 Spånga
SWEDEN

COMBATE

ENGLISH EDITION

Subscription costs are $5 US for 6 issues or $10 US for 12 issues. A support subscription costs twice that of a regular subscription.

Make payments to:

Sweden and the rest of Scandinavia:
«COMBATE»
POSTGIRO 55 55 93-3
STOCKHOLM-SVERIGE

The Rest of the World:
«COMBATE»
SVENSKA HANDELSBANKEN
BANK ACCOUNT Nro.223652342

ANSVARIG UTGIVARE:
HENRIK JANBELL

NORRTELJE TIDNING
BOKTRYCKERI AB

TRYCK ORT: NORRTELJE

UTGIVNINGSBEVIS
(Ub) 9952-6/9/76

TRYCKNINGSÅR 1985

ISSN 0347-6499

Send correspondence to:

«COMBATE»
BOX 5035
163 05 SPÅNGA 5
SWEDEN

and state whether it is with regard to the ENGLISH or the SPANISH edition of «Combate»

THE PROTEST WON IN CHILE

SPEECH BY DANIEL ORTEGA



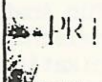
LUMIERE

M.W.A.M.KO.

MUUNGANO WA WANANCHI WANAMAPINDUZI WA KONGO-KINSHASA

INTERVIEW WITH THE LIBERATION MOVEMENT OF ZAIRE (MWAMKO)

THE COMBATANT



REVOLUTIONARY WORKERS PARTY (P.R.T.) OF COLOMBIA

CAMILO TORRES LIVES ON IN THE PEOPLE'S STRUGGLE

THE POPULAR MOVEMENT UNITED IN THE STRUGGLE



PAN-AFRICAN ASSOCIATION OF PROGRESSIVE STUDENTS AND WORKERS IN SWEDEN (PANAS)

L'AFRIQUE DU SUD AU CENTRE DE L'ACTUALITE

INTERVIEW WITH THE PAN-AFRICAN ASSOCIATION

M.B.P.M. BULLETIN

MAURICE BISHOP PATRIOTIC MOVEMENT GRENADA, W.I.

GRENADA SINCE THE INVASION

SPEECH BY M.B.P.M. AT THE HAVANA CONFERENCE ON THE FOREIGN DEBT

NOVEMBER 1985 ISSUE NR. 2/85 16 PAGES $1 US ENGLISH EDITION





ORGAN OF THE ARMENIAN SECRET ARMY FOR THE LIBERATION OF ARMENIA

It is often asked: Should class struggle accompany our national liberational struggle?

To answer this question one should first analyse the class structure of Armenians in the Diaspora.

DIALECTICS OF NATIONAL LIBERATIONAL AND CLASS STRUGGLES

A striking characteristic of the Armenian Diaspora is the absence of centralized, or rather crystalized classes. Being dispersed all over the world, Armenians in the Diaspora do not have class struggle in the sense that peoples who have national governments have.

In the Diaspora, in every Armenian community there exists both, masses of Armenian workers and bourgeois classes. In the masses of Armenians living in the Diaspora, there are no peasants except in Kessab, Anjar, Kamishli and some areas in California. Generally speaking peasantary is non-existent in the Armenian Diaspora.

Armenian workers are part of the proletariat of the country in which they live. The Armenian bourgeoisie are part of the given country's bourgeoisie. In other words, there is neither Armenian proletariat per se nor Armenian bourgeoisie. Consequently, «CLASS STRUGGLE WITHIN THE ARMENIAN DIASPORA» DOES NOT EXIST AS SUCH. Thus, class struggle inbetween different classes of the Armnenian Diaspora is entirely encompassed within the limits of a given country's struggle.

Another characteristic of the Armenian Diaspora is that liberational struggle is differently understood by each of its classes. This is due to the economic differences existing between different classes.

The Armenian GRANDE BOURGEOISIE - which is inconsiderable in number in the Diaspora - is assimilated into the local grande bourgeoisie and has no national consciousness. Having secured its economic interests in a given country, IT IS INDIFFERENT ABOUT THE LIBERATION OF ARMENIA.

The petty and middle bourgeoisie are always open to the attacks of the grande bourgeoisie. The developments occurring in internationall economics show that parallel to the developments of Capitalism, economy becomes more and more centralized in a few monopolies namely, in the hands of the grande bourgeoisie. Being too weak to join into the capitalist economic competition, the petty and middle bourgeoisie gradually disintegrate and their members move into the working class. However, a very small number of the middle bouregeoisie turns up to be successful in the competition and eventually gains access to the grande bourgeoisie ranks.

Among the masses of Armenians living in the Diaspora, there is a great number of petty and middle bourgeoisie who are exposed to the abuses of both local and external monopolies. Horrified of the danger of being crushed, the petty and middle bourgeoisie hold on to the national liberational struggle as for them economic oppression takes the form of national oppression. Thus, THE PETTY AND MIDDLE BOURGEOIS CLASSES ARE NOT COMPLETELY INDIFFERENT ABOUT THE NATIONAL LIBERATIONAL STRUGGLE.

There remains the masses of Armenian workers that are subjected to oppressions on a double level namely, national and economic. The local bourgeoisie, including the Armenian bourgeoisie, exploits the Armenian workers. Workers have no private property and consequently, they have no fear of losing it. The Armenian worker believes that his miserable condition may change only if this national-economic oppression is abolished, which can be achieved in his liberated homeland. Thus, THE ARMENIAN WORKING CLASS IS THE SOLE CLASS IN THE DIASPORA WHICH IS GENUINELY INTERESTED IN THE LIBERATION OF ARMENIA.

Throughout the History of Human experience it has been proved that each liberational struggle has two phases; a bourgeois-democratic phase and a socialist phase. During the first phase the influence of the bourgeoisie is powerful and often it is the bourgeoisie that organizes the struggle. Consequently, IT IS A BIG MISTAKE TO CONJOIN CLASS STRUGGLE WITH LIBERATIONAL STRUGGLE IN THE BEGINNING AND YET TO IGNORE THE ROLE OF THE BOURGEOISIE IN THE LATTER.At its start, the struggle is weak, so it is necessary to bring together all possible means and forces. As the persistence of the bourgeoisie is weakened, the class struggle within the liberational struggle gradually intensifies.

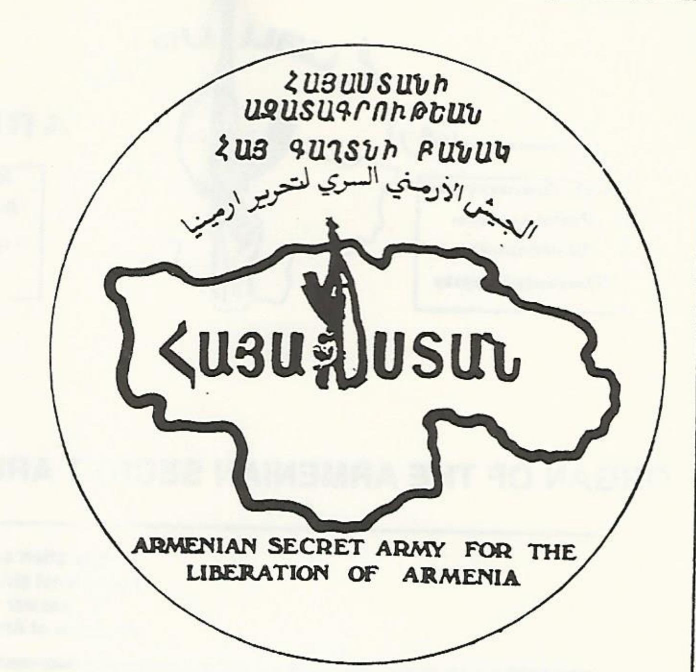
The bourgeoisie is not interested in carrying through the revolutionary

process. It adopts a reconciliatory policy with the enemy, to find a «happy medium». An example of this is nowadays found in the Palestinian Revolution. the Palestinian Bourgeoisie, denying the indispensability of armed struggle, started to launch a reconciliatory policy, to come to terms with the enemy.

At this point, the second phase of the revolutionary process (socialist phase) begins. Here, the masses of the workers who are the sole class interested in keeping up the struggle till its end lead the revolution unitedly. Thus, parallel with the course of the revolution, class struggle intensifies and ULTIMATELY THE NATIONAL LIBERATIONAL STRUGGLE ASSUMES AN ANTI-BOURGEOISIE NATURE. After the liberation of the homeland, Socialism is established. Here, the national liberational struggle comes to its close and a new era of creating a socialist country begins.

Even though each national-liberational struggle has its own characteristics, the above mentioned criteria are common to all of them. History shows that sometimes, due to the defeat of the bourgeoisie, national-liberational struggles have been crushed. Victory has been achieved only by those revolutionary movements, the leadership of which has not been entrusted to the bourgeoisie. The essential issue is to embrace all the capabilities of the bourgeoisie within the national liberational struggle. The struggling working class should closely observe the bourgeoisie and should take over the leadership of the liberational movement as soon as it detects reconciliatory tendencies.

To conclude, we stress that as it is wrong to conjoin class struggle with the national-liberational struggle in its first stage, it is also wrong to ignore class struggle. Class struggle emerges and develops during the course of liberational struggle and is intermingled with it at the final stage of the struggle.



QUI NIMIUM PROBAT NIHIL PRO BAT	***«That who tries to prove a lot proves nothing». (Latin proverb)***

LE MATIN



QUI NIMIUM PROBAT NIHIL PRO BAT*

Name: LE MATIN
Age: 7 years old.
Birth place: France
Family Members: French Socialist Party, American Imperialism, International Zionism.
Characteristics: A well organized institution which places all its capabilities at the disposal of the political authorities of International Imperialism, military expansionism, economic exploitation and cultural corruption.
Health: Healthy; thanks to the financial aid it gets from Imperialism and Zionism.
Ideological Background: A devout defender of Imperialism and Zionism. Worships the speculative aims of a fake socialism.
Extent of Danger: Fatally dangerous as it is talented in distorting historical realities with absolute peace of mind and no guilt feeling whatsoever.

January 10, 1985. Thursday.

Frightful rolls of printing machines sprinkle black ink on white paper and give birth to the first copies of the same day's «LE MATIN».

That day, on the pages of «LE MATIN», a scenario which was being prepared days, months, even years ago, would be staged with the pretension of being a sensational novelty in the History of Journalism.

Topic: «The Portrait and Story of an Armenian Leader of Terrorism», which, in the allegorical dictionaries of the Western press in general and the French press in particular, is explained as «Hagop Hagopian».

Announced Directors:
- The editorial stuff of «LE MATIN».
- A Mr. Frédéric Dupré from Paris.
- A Mr. A. de Paoli, from Athens.
- French Secret Police.

Director in chief, not announced because of technical reasons: An endless string of Armenian-named traitors, agents, ungrateful and mean conspirators, which extends from Lebanon to France, Canada and USA.

Actors who have been given roles in this scenario without their own knowledge:

Leading Role: Martyr-commrade Hagop Hagopian.

Other actors in alphabetical order:
Antranig
Abu-George
Rev. Helvadjian.
Raffy Peshdimaldjian, (lawyer).
An undefined number of female commrades.

It is not the first time that as a man, as a symbol of struggle and as an audacious warrior in the anti-reactionary struggle, the martyr-leader Hagop Hagopian is made the target of slanders and sluts, unfounded rumours and unending insults.

For a certain time, especially since the 1983 July treason (which caused the martyrdom of Khatshig Havarian and Vicken Ayvazian, two members of **ASALA's** Central Committee) the Race to damage **ASALA's** image has assumed unprecedented dimensions. We call those mean endeavours which set up snares and plot machinations a «Race» because both Armenian and non-Armenian agents of Imperialism and Zionism have embarked upon

a race to humiliate and degrade **ASALA** and the martyr-commrade Hagop Hagopian, one of its immortal founders. With the intention of gaining the confidence of their Imperialist and Zionist masters, including the fascist government of Turkey, these agents have also embarked on a race to blemish and distort the new national liberational struggle of the Armenian people, its legacy and its heritage which has taken roots only after great sacrifice and bloodshed. The martyrs of the Armenian liberational struggle, who have become the symbol of resisting injustice, get their share of humiliantion and degradation, as the extent of their sacrifice is put into doubt in order to demean their message which is an invitation to unyielding struggle.

The campaign of slander against **ASALA** continued without any interruption for two years. There remains not even one droplet of poison which has not been injected by hired, Armenian-named agents, into the legacy of the martyr-leader Hagop Hagopian's struggle. Webs of slanders and sluts which throw into the shade the most crafty and ingenious Machiavellian inventions were woven around the martyr-commrade Hagop Hagopian's name. the Turkish Fascist State which dominates our lands and which has coused the dispersion of Armenians was forgotten. They also forgot the American Imperialism which has settled military bases on our lands. The Western governments who subject the landless masses of our people to Cultural Genocide were neglected. All these were put aside and the messages of the martyr-leader Hagop Hagopian, his political legacy and crystallized principles of struggle were considered to be the root of all evil.

Enjoying the blessings and the support of Imperialism and of the Turkish State, the chain of slanders and slurs did not repeat itself. On the contrary it developed, it grew and it spread. «New givens» came «to unfold» the so called «realities» which remained veiled and obscure, and the number of participants in the above mentioned race increased. It is only natural that this should happen as **ASALA**, by virtue of its existence, is in conflict with all kinds of retreats and bargains to which the Armenian liberational struggle and the unyielding revolutionary march of the Armenian people may be subjected. Therefore, it was a must to attack **ASALA** and to wear it out. It was a must to bedim its bright radiations which were invitations to consciousness for the Armenian people. Most important, however, was to exhaust **ASALA** through organizing political and military assaults. The saddest part of it all is that in the course of realization of these anti-Armenian, loathsome aims, there were found Armenians who not only gave their blessings to these plans but also directly participated in and contributed to this distortion campaign which they consider to be «in favour of the Armenians».

This defamatory campaign went on for months. It distorted realities, smeared values and threw mud on our political heirs.When the Armenian-named puppets and mud-slingers ran out of mud, a strong necessity was felt for the help of the Western Press, controlled by Imperialism. One by one, «Middle East», «Le Monde» and others rushed into the scene with the haste of someone who is eager not to let an invaluable riches get out of hands. However, what they offered would not enrich the mud-stock which was going to be used against **ASALA**. So, naturally, «LE MATIN» and the French intelligence agency came to offer the needed supply.

What is the novelty which characterizes the article which has taken up three «expensive» pages in «Le Matin»?

First of all it is a striking fact that skilful journalists are present there and the article is a successful attempt in exciting the curiosity of the reader by unfolding the thread of «secrets» one by one. So, if the reader is ignorant about the matter, his attention is engaged by the ups and downs of the story and he becomes a fervent believer of the newspaper's version which is nothing but a concoction of distorted characters and events.

Thus, in its first line the article uncovers the secret of «centuries». Bedros Ohanessian -this is the name of the martyr-leader Hagop Hagopian according to «Le Matin». The reader is spellbound. Who has been able to make this discovery? Even the Turkish State and its intelligence agencies had not succeeded in exposing this secret of secrets, and now it appears as clear as daylight on the large pages of «Le Matin»; what an unprecedented, unmatched success!

The unwinding of the thread of secrects starts; the family, the birthplace, the age, the characteristic lines of his personality... But here comes an important line where we must stop, as it should not escape our attention because this line is the summary of pretexts under which the defamatory campaign directed against the **ASALA** and its martyr-leader Hagop Hagopian's person and work is carried on.

About Hagopian's political beliefs, «Le Matin» wirtes:

«Opinions: anti-impérialistes, anti-occidentales; pro-soviétisme affiché: nie tout probléme arménien en Union soviétique».

Here, «Le Matin» makes its first and basic gaffe. In its three «expensive» pages «LE MATIN» strives to degrade and humiliate **ASALA** and its martyr leader, but in a few lines it unconsciously renders us a great service as each true revolutionary and every revolutionary organization would love to be defined by the above mentioned formulation.

For may be the first time in the History of the Diaspora the Western Press, controlled by Imperialism and Zionism, states the reality without twisting it. It announces the «secret» behind the frightful torrent of intrigues directed against us as an accusation. However, this accusation is transfigured into an honorary medal for idealism and decorates the chest of each **ASALA** Commando, of each **ASALA** commrade and of each supporter of our movement.

«Le Matin's» contribution in this mud-slingering race is also characterized by an important novelty. It is in this article that, for the first time, in addition to the martyr leader, a number of commrades and patriots become the target of mud-slingering. Although some of these commrades and patriots are imaginative characters, there are also some truly patriotic personalities who shed great efforts to counteract the defamatory propaganda, which is a hard but essentially important task. It seems that the Western propaganda-machine which, day and night, plots new intrigues against **ASALA's** unyielding anti-Turk and anti-Imperialist struggle, has widened the scope of its mud-slingering and has encompassed new targets.

Another example of loathsome slander in «Le Matin's» version is the statement: «each newly enlisted female commrade shoiuld pass from Hagopian's bed». Here, «Le Matin» makes it more than clear that the mean and immoral aims of its anti-ASALA propaganda are not confined to humiliating one or more commrades or devoted patriotic Armenians but extend to treading upon all moral values. «LE MATIN» shows great willingness in degrading the entire female masses of the armenian people or, to be more precise, it, before the very eyes of the Armenian people, accuses of immorality the female commrades enlisted in our liberational struggle.

Here, it is important to open a bracket.

(Unfortunately, not one of those Armenians who brag about their being moral and claim to be leading a «respectable and honourable life» sent a letter of protest to the editor of «LE MATIN». Not one of those virtuous, decent Armenians bothered to reproach or condemn at least that one statement in «LE MATIN'S» version).

Apart from these, concerning the details about the characters and events spread at the length and breadth of the article, we only conclude that they are more suitable to be the core of a police romance than the analysis of the phases of a liberational struggle.

«Birds of a feather flock together». Through its above mentioned article, «LE MATIN» finds his like-minded companions who present to the people their concoctions cooked in Zionist, Imperialist and reactionary Kitchens.



des éléments chiites ira-
islamique d'Irak et du
ıua, installés à Téhéran.
janvier, le Djihad isla-
un renfort précieux : la
de l'Asala. Des Armé-
ıés et entraînés dans les
stiniens de Georges
r chef est Agop Agopian,
ıgnon d'armes de Carlos.

Asala :
ımande du client

nenace la France. De son
ihad islamique, et ce qu'il
enace la France, l'Europe et
nis : c'est un point de ren-
e les deux groupes.
l'explosion de l'immeuble
:s soldats français à Beyrouth
, et l'évacuation de la ville,
ait à la recherche de son
souffle. Pour le trouver, il lui
financier. Elle a donc accepté
s conditionnels proposés par
es secrets du colonel Kadhafi,
ıge d'un contrat à honorer :
ıdre, directement ou indirecte-
la France, dont la politique
et arabe déplaît au gouverne-
yen.
à la fin du mois de septembre
Tripoli, qu'a lieu la signature
rat. Agop Agopian, 35 ans, que
ɔyait mort sous les bombarde-
ısraéliens le 31 juillet précédent,

LA SEULE PHOTO EXISTANTE D'AGOP AGOPIAN,DE L'ASALA

le lieutenant-colonel Claude Cu
vateurs frar
Le Djihad

ORGANS OF THE ARMENIAN POPULAR MOVEMENT

- POPULAR STRUGGLE	Armenian	Bi-Weekly
- HAY FEDAYEE	Greek	Monthly
- APRIL	Persian	Montly
- VAN	French	Monthly
- MOUSH	English	Bi-Monthly
- GARIN	Turkish	Bi-Monthly

THE ORGAN OF THE ARMENIAN POPULAR MOVEMENT IN LEBANON

- LADLE OF IRON	Armenian-Arabic	Monthly

THE ARMENIAN POPULAR MOVEMENT'S PERIODICAL FOR THEORETICAL ISSUES

NAME	NUMBER	TOPIC
- MARDGOTS	1	«The Mystery» of the National Question and the Answer of Socialism-obscurity and clarifications.

THE BOOKS OF THE ARMENIAN POPULAR MOVEMENT

NAME	DATE	LANGUAGE
- Armenian Secret Army for the Liberation of Armenian.	1983	Greek
- Ode to the Martyrs of the New Armenian Liberational Struggle.	1984	Greek
- Documents About a Genocide.	1985	Greek
- The Turks Recognize the Armenian Genocide.	1985	Greek

BOOKS

Recently, ASALA published a book of 550 pages, dedicated to the Armenian martyr-heroes and the imprisoned freedom fighters.

Under the eloquent title «A DECADE OF STRUGGLE», this book is a summary of the new generation's psychology and history which is a personification of the Armenian armed liberational struggle.

*****

Recently, ASALA published two booklets, one in English and one in French entitled «THE BASES OF A REVOLUTIONARY ORGANIZATION», in which essential issues which interest vanguard organizations are clearly analysed.

*****

Lately, ASALA's Imformation Department Published two booklets entitled «The Geo-Historical Importance of Soviet Armenia Today», in English and in French. This topic had been previously published in Armenian and in Arabic, and had created serious interest among the masses of the people. With these two lately published booklets, ASALA Information Department aims at presenting this extremely significant topic to the English-speaking and French-speaking Armenian masses and naturally, also to the non-Armenian public.

*****

The Information Department of ASALA also published two booklets in French entitled «The Role of Zionism in the Armenian Question» and «The Different Aspects of Dashnag Policy».

Armenier verhaftet

ASALA-MR: Untergrundkämpfer in Paris angeklagt

Paris (afp) — Monte Melkonian, Gründer der ASALA (Revolutionäre Bewegung/ASALA-MR), die nach einer Spaltung mit der Untergrund-Bewegung ASALA (Armenische Geheimarmee für die Befreiung Armeniens) hervorging, ist am Donnerstag in Paris verhaftet worden und wurde am Samstag wegen illegalen Waffenbesitzes und falscher Ausweispapiere angeklagt. Die ASALA hat in den letzten Jahren vor allem in Frankreich zahlreiche Attentate verübt.

Melkonian, der nach Angaben unterrichteter Kreise vor zwei Monaten nach Frankreich eingereist war, um als Entlastungszeuge in einem Prozeß gegen einen Armenier der MNA (Armenische Nationalbewegung) auszusagen, wurde am Donnerstagnachmittag im 14. Pariser Stadtbezirk von Agenten der französischen Gegenspionage (Direction de la surveillance du Territoire) zusammen mit einem anderen Armenier und Mitglied der MNA, Beniamin Kechichian, verhaftet. In dessen Wohnung im 12. Bezirk wurden u.a. Waffen, Munition und falsche Ausweispapiere gefunden.

Der Chef der ASALA-MR war jahrelang der „zweite Mann" der ASALA, der radikalsten Organisation junger Armenier, die sich der Rache für den Völkermord der Türken an ihrem Volk in den Jahren 1915-16 verschworen haben.

Nach einer Welle von Attentaten der ASALA in Frankreich hatte Melkonian 1983 mit dem ASALA-Gründer, Agop Agopian, gebrochen. Er lehnte Attentate auf nicht-türkische Ziele als eine Abweichung von der Strategie der ASALA ab, klagte Agopian als „Diktator und Gangster" im Stil von 'Carlos' und Abu Nidal öffentlich an und gründete im Juli '83 die ASALA-MR. Die Spaltung führte zu blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation.

Wegen Melkonian, der u.a. im August '81 auf dem Flughafen Orly im Zusammenhang mit einem Attentat verhaftet worden war, hatte die ASALA seinerzeit eine besondere Abteilung, die 'Gruppe Orly' gebildet, die mit Attentaten in Beirut und Paris versuchte, die Entlassung ihres Mitglieds aus der Haft zu erreichen. Er war im Dezember '83 entlassen und nach Beirut abgeschoben worden.

2.12.85 taz

Mogadishu-Tel Aviv-Pretoria Axis

Recently, the President of the Somali National Movement, Ahmed Mohammad Selanyo, published an extensive memorandum on the prevailing political conditions in Somalia, and the political and military accomplishments of the SNM in the armed struggle against the regime. Below we print one section of this memorandum which details the recently established connections between Siad Barre's regime, Pretoria and Tel Aviv:

Alliance with the racist regimes of South Africa and Israel

After failing in the face of the armed struggle waged by our people and having lost the sympathy of most peace-loving forces of the world, the regime proceeded to establish a desparate alliance with the racist regimes of South Africa and Israel that are hostile to all human values. Barre entered into these notorious alliances at a time when the mass struggle led by the ANC and SWAPO is escalating in South Africa and Namibia against white minority rule, and international support is forthcoming to the people of southern Africa.

Indirect contacts between Barre's regime and Pretoria started in 1979, through a Somalian businessman. Direct contact started on February 12, 1984, when an ATAIR plane arrived in Mogadishu. Onboard was a South African delegation consisting of officials from the Foreign, Defense and Commerce Ministries, in addition to civil servants of the South Africa airlines. According to reliable sources, the South African delegation met with Barre's deputy and the Defense Minister, and discussed matters pertaining to South Africa's aircraft using Somali's airports and air space, in return for economic and military assistance to Barre's regime. These preliminary negotiations were followed by a visit paid by the Somali Defense Minister to Pretoria, May 16-19, 1984. The Somali Defense Minister met with his South African counterpart, and visited some military installations and factories which produce military hardware.

In September 1984, a South African delegation, made up of five officials, visited Mogadishu and met with the Somali Defense Minister, Mohammad Ali Sametar. Contacts were furthered when the South African Foreign Minister Pik Botha visited Mogadishu on December 17, 1984, and met with Barre. Later it was confirmed in South Africa that the final touches were put on the accord that permits the racist regime of South Africa to use Somali territory and air space. It seems that there is an economic and military treaty between the two regimes. According to this accord, South Africa would grant loans to Somali within two years, repayable after 12 years, in addition to economic assistance to the regime.

In a meeting between South Africa s Foreign Minister and Barre, the issue of selling to South Africa the oil now given to Somalia by Saudi Arabia, was discussed. Reports indicate that Barre granted the South African regime the right to have its air and naval forces visit the Somali port at Casmayo.

South Africa provided Barre with seven counterinsurgency experts. These mercenaries remained in Somalia for three weeks. They visited the Somali air base located 20 miles northwest of Mogadishu. There they met ten Rhodesian pilots who fly eight Hooker-Hunter planes and three training aircraft given to Barre by Abu Dhabi in 1983. The Rhodesian training group is led by a South African citizen. Some Somali officials have acknowledged the presence of these mercenaries in Somali, under the cover of being experts. Reports indicate that the leader of the mercenaries is in the process of buying eight MIG-21 aircraft for South Africa. These planes have been grounded at Somali airports due to lack of spare parts.

It seems that the accord between Barre and the racist regime of South Africa includes repair of Barre's military vehicles and equipment. In addition, it covers things such as extending Casmayo's airport runway and training military intelligence officers. Reliable sources confirm that the delivery of weaponry to Barre started in March this year. Planes packed with weapons arrived in Mogadishu after nightfall. From there, the cargo is transferred by truck. Other sources in Mogadishu add that Barre's regime has granted South African ships anchoring rights in the port of Casmayo.

It seems that the racist regime of South Africa assumed the role of middleman between Barre and the Zionist state. Reports from Somali indicate that General Abdel Rahman Hussein, chief of the militia forces and Barre's son-in-law, secretly visited Israel in February 1985.

The road between Tel Aviv and Pretoria now passes through Mogadishu. This road is crucial since the weaponry imported by South Africa from the US secretly finds its way to South Africa via Israel. It is known that the Israeli role is not limited to providing weapons to South Africa. Israel also participates in military operations launched by the South African regime against African national liberation forces. Also the South African airlines transfers raw materials, as well as finished and semi-finished products, from South Africa to Israel. These products are then re-exported to Western European markets.

The unholy alliance between the dictatorship of Siad Barre, and the fascist regimes based on apartheid and Zionist racism, not only poses a great danger to the liberation struggle of our people. It is also a serious threat to the peoples of the Horn of Africa, Red Sea, Middle East and all Africa. This is particularly so as it threatens the struggle of the people of South Africa and Namibia led by the ANC and SWAPO. The unholy alliance is also dangerous because it threatens the heroic struggle waged by the Palestinian Arab people, to return to their land and establish an independent national state, under their united leadership in the framework of the PLO. This malicious alliance also threatens the nationalist states and the forces of national liberation and social progress throughout the Arab world and Africa, and all the forces struggling for freedom, progress, and peace throughout the world. For all these reasons, we call upon our brothers of the Arab and world liberation forces to exert all efforts to foil this malicious conspiracy.

Democratic Palestine nr.11/85

ISRAEL & INTELLIGENCE. The two Israeli sailors assassinated recently in Barcelona are believed to have been MOSSAD agents (Le Soir, Brussels, 11 X 85). They may have been involved in assistance to Spanish intelligence in its anti-Basque operations and, though their assassination was claimed by a Palestinian PLO group, may have been shot by Basques. Israel has recently unveiled a monument to 336 intelligence agents killed on active duty. The monument was largely financed by Philadelphia businessman and manufacturer of military electronics, Dr. Leon Riebaum (FILS, address supra., VI 85, p. 3). There is also an open debate in Israel on the use, the misuse or the over-use of important MOSSAD agent Eli Cohen in Syria in the early 1960s. Requirying too much of Cohen may have resulted in his capture and subsequent execution (ibid.). See our article on VII 85, p. 2).

Intel/PP, XI 85.

Israeli Nuclear Strategy

Stealing Uranium

Another in a series of uranium thefts occurred recently, stunning intelligence and political circles. According to the International Nuclear Energy Agency, 'Israel' illegally acquired 40 tons of nuclear grade uranium, produced by Great Britain, via Luxembourg. («International Herald Tribune», July 11, 1985). As an isolated case, this incident may not appear significant, but taken in the context of the Israeli strategic nuclear program, the issue demands the attention of all anti-nuclear, peace forces.



During the Eisenhower Administration, an Israeli agent, Zalman Shapiro, was assigned by the Israeli government to build a nuclear factory in the city of Apollo, Pennsylvania. Shapiro and his factory, called Numec, were responsible for secretly providing 'Israel' with numerous shipments of saturated uranium under various seemingly ordinary trade agreements. Shapiro's role in this conspiracy was significantly advanced when then President Eisenhower decided, under the slogan, «Atoms in the Service of Peace», to allow Numec to cooperate with the Westinghouse Corporation in the production of uranium oxide, an essential substance for the activation of nuclear reactors, for US nuclear submarines. It was this cover which allowed Shapiro to produce this rare substance and deliver it, secretly and illegally, to 'Israel'.

Shapiro's operations soon became public with the announcement that a subsidiary of Numec, the Israeli Radioactive Isotope Company Ltd., would begin operations in 'Israel' in partnership with the Israeli Energy Committee, a government agency. The openness of Shapiro's dealings attracted attention and suspicion. US political opposition figures forced the American Nuclear Energy Agency to investigate, and the results were hardly surprising. It was discovered that 361 pounds (164 kgs) of nuclear grade uranium, supplied by the United States Government, were missing. Their eventual destiny, as then claimed, was unknown. Shapiro rationalized the disappearance, insisting that the uranium was disposed of with radioactive waste. However, test samples of the waste found no traces of saturated uranium.

The investigation continued with the suspicion that the uranium had reached 'Israel'. After it was discovered that another 190 pounds (86 kgs) of uranium had disappeared, President Johnson ordered the Nuclear Energy Agency to stop its investigation so as to avoid «further complications». Soon afterwards, Shapiro sold Numec to avoid an international scandal, especially in light of his illegal employment of non-Americans, i.e. Israeli citizens who were actually agents of Mossad (the Israeli intelligence network).

US-Israeli nuclear cooperation reached its climax in 1968, when 200 tons of nuclear grade uranium were smuggled from Belgium to 'Israel'. According to Ellen Davenport, Paul Eddy, and Peter Gilman, authors of *The Plumbat Affair: The Explosive Barrel*, the seacraft «Scheerberg» left port from Belgium, destined for Venice, Italy, with a cargo of 560 barrels of saturated uranium. Fifteen days after departure, the «Scheerberg» ported in Iskenderun, Turkey, but under a new name. It then continued its journey to Sicily, Italy, where its crew and captain disappeared. In addition, the «Scheerberg» ported in Sicily without its uranium cargo on board. The incident caused extreme confusion among the intelligence agencies of Europe. It was not until 1973 that these agencies came to the conclusion that the nuclear grade uranium was stolen by 'Israel', when Dan Art, an agent for Mossad, confessed to purchasing the «Scheerberg» so as to perform such operations for the Mossad.

The results of the investigation were not published until May, 1977,

when Paul Lennontal, a nuclear energy expert for the United States Senate, stated in front of the Conference for a Non-Nuclear Future in Salzburg, that the 200 tons of uranium had in fact been stolen by 'Israel', and that this quantity was enough to produce 42 atomic bombs and still allow the Israeli Dimona nuclear reactor to operate at full capacity for 40 years.

Nuclear missiles

Political observers of Middle East affairs have noticed that since the creation of 'Israel' in 1948, its cooperation with France to develop conventional medium-range missiles went side by side with its own nuclear technology development.

The Institute for Strategic Studies has stated that 'Israel' has now fully developed two types of medium-range missiles. The first is the MD600, with a range of 450 kilometers, equipped on stationary or mobile launchers; it can carry either conventional or nuclear warheads. The second type is the MD620, which has a range of 1000 kilometers, and can be equipped with nuclear warheads. 'Israel' now has built 40 missiles of this type. In addition, *Foreign Report* has uncovered that 'Israel' is now developing a type of cruise missile, with a range of 3000 kilometers, also capable of carrying nuclear warheads.

Before going into the political consequences of the Israeli strategical nuclear program, it should be noted that 'Israel' is not a signatory to the Nuclear Non-Proliferation Treaty, thus avoiding any obligatory investigations of its use of nuclear materials or of its nuclear facilities.

Israeli role in US strategy

Possession of nuclear weapons gives 'Israel' military superiority over the Arab countries, particularly the nationalist and progressive states. The tacit US support and encouragement given to the Israel nuclear program cannot be understood outside of the context of US strategical interests in the region and the world. 'Israel' is a partner of the US-Zionist-South African alliance. The United States aims, through this tripartite alliance, to achieve hegemony in the Middle East and Africa. Thus, Israeli possession of nuclear weapons is not incidental, nor a result of its own unique brilliance. The same applies to South Africa. The United States' understanding of the contemporary political world and its realities, particularly after its defeat in Vietnam, forces it to resort to such indirect methods of domination and exploitation. Israeli nuclear blackmail allows for the continued exploitation of the natural and human resources of the region by US imperialism and itself, in addition to further strengthening its existence as a colonial-settler state in Palestine.

Another aspect of Israeli nuclear capabilities is international. 'Israel', as a possessor of nuclear weapons, poses itself as another military front, in the ranks of imperialism, against the socialist community, mainly the Soviet Union. Its new cruise-type nuclear missile, with 3000 kilometer range, can easily reach the territory of the Soviet Union and other socialist countries. Imperialism's attempts to militarily isolate and besiege the socialist countries do not end in Afghanistan.

The Middle East is the most explosive region in the world, given the complexity of interacting factors and forces, the history of colonialism and exploitation, its conflicts, first and foremost the Arab-Zionist conflict and the Palestinian issue, and the political, economic and military importance attached to it by imperialism. These factors, coupled with the Israeli and imperialist nuclear strategy, make it the prime candidate as the potential area for the first nuclear war in the history of mankind. Zionism's development of nuclear weapons precludes the achievement of a just, comprehensive peace based on military balance, the solution proposed by liberal sophists, or on any basis for that matter.

The danger is real. The red line has already been drawn; Menachem Begin stated that any perceived threat to the existence of 'Israel' would force it to use its nuclear missiles. This spring 'Israel' stationed nuclear-tipped Jericho missiles in the Naqab (South Palestine) and the Golan Heights. Altogether, the regional and international conditions demand that Israeli nuclear potential be squarely confronted by all democratic, peace-loving and anti-nuclear forces. The Israeli nuclear capacity is an essential component of imperialism's nuclear strategy, and should be confronted as such in the context of anti-war and anti-nuclear struggle. ●

The Krytrons Case

Another Israeli transaction related to nuclear weaponry power came to light in mid-May this year. The Israeli embassy in Washington D.C. admitted that a «certain quantity» of Krytron switches had been transferred to 'Israel' over the years 1979-1983. The Krytrons are detonators, timing devices that can be used for triggering nuclear bombs. It was later known that 800 Krytrons had been bought by Israeli businessman Arnon Milchen, who allegedly worked for Milco International, from the US company, EG&G Incorporated.

General Director of the Israeli Defense Ministry, Menachem Miron, has said that 'Israel' is ready to send back these detonators if the US so requests. Speaking to Israeli broadcasting on May 16th, he said that 'Israel' had not yet received such a demand. He clarified that 'Israel' would return the 800 Krytron detonators, valued at $ 50-60 per unit, on condition that the US pay for them, for 'Israel' had imported them. Miron further stated that 'Israel' had no connection with the investigation which began two days before in the US, where a US businessman, Richard Smith, is accused of exporting the detonators.

In a telephone interview with Associated Press, Israeli Defense Ministry spokesman, Nashman Shai, made an interesting revelation: He said that some of the Krytron units now in 'Israel' had been employed in extensive research, and it could be difficult to return them as they were worn out.

Bright Star 1985

Democratic palestine nr.11/85

Since the beginning of the eighties, the US has been conducting military maneuvers in the Arab homeland under different names (Bright Star and Wind of the Sea) and in different locations. These maneuvers have been carried out by the Rapid Deployment Forces, in conjunction with troops from the participating Arab countries.

The striking feature of these year's maneuvers, which started in Egypt on August 3rd, is their scale in terms of the number of troops and countries involved, and their timing. The Bright Star 85 maneuvers have been conducted simultaneously in Egypt, Somalia, Jordan, 'Israel' and the Sultanate of Oman. Oman's participation was however kept under the rug in order not to anger its neighbors and stir their objections to US military presence in the area. Sudan, four months after Numeiri's overthrow, decided not to participate to ward off domestic protest and out of consideration for its neighbors, Ethiopia and Libya. Thus, the Egyptian regime lost a strategic ally.

In Egypt, the number of participating US troops reached the unprecedented level of nine thousand soldiers. This surpasses the total number of US troops that participated in Bright Star 81, Bright Star 82 and the Wind of the Sea maneuvers, added together. For the first time in the history of US maneuvers in the area, there were drills and operations in amphibious landing, employment of offensive weaponry and chemical warfare. It is noteworthy that the very same US troops that took part in Bright Star 85 in Egypt, carried out similar maneuvers in 'Israel' under the same name.

The timing of Bright Star 85

Judging from the magnitude of these maneuvers, they were intended to carry special weight. Obviously, Washington wants to send an unequivocal message to the parties involved in the Arab-Zionist conflict, as well as to the Soviet Union. The timing of the maneuvers coincides with accelerated moves to broaden the base of the Camp David process. On the Arab level, this much talked about «peace» process is being promoted via the Amman accord and Mubarak's initiative. Although the facade of this scenario is Arab, the theme is American - joining US solutions for the area. Holding the emergency Arab summit on August 7th, in Casablanca, was intended to confer the blessing of Arab reactionary consensus on the Amman accord, as a preface to implementing it. Hence, the extensive US muscle-flexing in the form of military maneuvers aimed at bringing pressure to bear on the Arab summiteers, to have them go along with the US «peace» plans. The Bright Star 85 maneuvers also coincide with the visits of Murphy and Whitehead to the Middle East. These political and military moves stand as a new reminder that Camp David was never, as purported, a peace plan, but designed to insure imperialist dominance in the area.

In relation to the international arena, Bright Star 85 aimed to threaten the Soviet Union, being conducted not far from its southern borders. This is part of Reagan's overall anti-communist crusade, and moreover intends to target the social community's principled and substantial aid to the Palestinian and Arab liberation movement. The maneuvers were conducted prior to the Reagan-Gorbachev summit scheduled for Geneva in the autumn. In this content, they were designed to give the impression that the US has a free hand in the Middle East and holds the key to solving its problems. The maneuvers were intended as concrete evidence that, in the last analysis, the area is a US sphere of influence. On this basis, the US will continue trying to block the Soviet Union from any meaningful role, for this would strengthen the Arab/Palestinian side, and prevent the US and 'Israel' from imposing their views unilaterally. In line with this, the US may try to avoid discussion of the Middle East at the Geneva summit or disarmament talks.

Message for the Arab summiteers

The fact that the biggest maneuvers were conducted on Egyptian soil shows that, among the Arab states, the US attaches greatest importance to Egypt. The Egyptian regime being the only one to have signed an accord with 'Israel', the US views its role as pivotal in furthering the Camp David process to include other Arab partners. The message for the Casablanca summiteers was that they should pay equal attention to the Camp David regime, by restoring official ties with it. It is evident that despite Washington's spurious reservations vis-a-vis Mubarak's initiative and the joint Jordanian-Palestinian moves, the US is in fact quite interested in such moves and encourages their continuation.

Boosting the morale of Arab reactionary regimes

Another reason for the Bright Star 85 maneuvers is to reaffirm to the Arab reactionary regimes that they can count on US military might to protect them from the anger of the masses, and that the US will not leave them to their fate if they enter into direct negotiations with 'Israel'. Of course, the Shah of Iran, Sadat of Egypt and Numeiri of Sudan counted on US aid too, and they all experienced a letdown.

The maneuvers are in line with the US and Israeli policy since the early fifties, of pitting one Arab state or policy against another, i.e. divide and rule. Specifically this means strengthening the reactionary, pro-US regimes so that they can threaten or contain any popular movement or nationalist regime attempting to pursue an independent policy. The basic concept of Bright Star is involving the forces of the reactionary regimes in joint action with the US Rapid Deployment Force, to be ready to strike any anti-imperialist regime or movement.

Such muscle-flexing is a basic element in US foreign policy. The training of the Rapid Deployment Force in the tactics of military intervention reveals to what degree the US counts on military and political blackmail in its foreign policy. This is not a new orientation; it was the case under Presidents Truman and Eisenhower; it was seen in the Baghdad Alliance, and more recently in the policy of Haig, Reagan and Schultz.

On the other hand, the question of direct military intervention involves certain dilemmas and risks. The two most recent occasions on which US troops have been directly interjected in the Middle East, met with dismal failure. The mission to retrieve US hostages from Iran aborted totally. The Marines, who came to Lebanon to bolster fascist rule and the May 17th accord, were forced to withdraw after many losses and failure to impose US goals. In this context, Bright Star 85 is another step in the US aggressive policies, designed to fill the gaps that were exposed by previous failures, in order to assert hegemony by force if necessary.

Der Spiegel 12-12-85

Im Dunkeln

Informationskungelei unter Geheimdiensten: Nahöstliche Sicherheitsbehörden erhalten amtliche Erkenntnisse über die Palästinenser-Szene in Berlin.

Als die Berliner „taz"-Redakteurin Beate Seel bei einem Israel-Besuch Ende Oktober einen Tag lang im Polizeipräsidium von Jerusalem festgehalten und verhört wurde, hatte sie es mit einem besonders gut informierten Gesprächspartner zu tun.

Der Mann las Zettel ab, die von links nach rechts, also nicht auf hebräisch, beschriftet waren. Er berief sich auf „Verhöre von anderen Personen aus Berlin" und fragte nach einem geplanten Interview mit dem Palästinenser-Führer Georges Habasch. Über das Habasch-Projekt aber hatte die „taz"-Frau bis dahin nur ein einziges Mal zu anderen gesprochen – letzten Sommer telephonisch mit einem arabischen Bekannten.

Seither glaubt Beate Seel an „abgehörte Telephongespräche in Berlin und Weitergabe der Informationen an den israelischen Geheimdienst", und so abwegig ist das nicht: Eine ganze Reihe von Fällen belegt die gut funktionierende Zusammenarbeit von West-Berliner Sicherheitsstellen und nahöstlichen Diensten bei der Durchdringung der Palästinenser-Szene.

Was immer Israel und Jordanien trennt – an dem, was sich in der palästinensischen Befreiungsfront PLO tut, ist der eine Staat interessiert wie der andere. Das rückt Berlin, wo rund 10 000 Araber leben, automatisch in den Blickpunkt von Geheimdiensten wie Polizeien und erklärt, warum deutsche und ausländische West-Berlin-Bewohner auf Nahost-Reisen mit – tatsächlichem oder vermeintlichem – Belastungsmaterial aus West-Berlin konfrontiert werden. Beispiele:

- ▷ Dem Palästinenser Feisal Ramadan* kündigte vor einigen Wochen die jordanische Polizei den Paßentzug an, weil er Aktivist im Berliner „Arabischen Studentenverein" sei. Die Polizisten hielten ihm wortgetreu vor, was er im Studentenzentrum Sigmundshof geäußert hatte, und präsentierten ein Photo, das ihn beim Flugblattverteilen in der City zeigt.
- ▷ Der Palästinenser Mohammed Bihad* wurde im Sommer 1984 in die jordanische Geheimpolizeizentrale in Amman verbracht und dort mit dem Bemerken „Die Sache kommt aus Deutschland" tagelang zu einem Dossier über Berliner Palästinenser befragt. Auch hielten ihm die Landsleute ein Vernehmungsprotokoll des Bundeskriminalamtes (BKA) aus dem Jahre 1974 vor.
- ▷ Die 31jährige Berlinerin Ulrike Haupt wurde im vergangenen Jahr bei einem Israel-Besuch verhaftet und mußte eine Woche beim Geheimdienst Mossad in Einzelhaft verbringen. Ihr Vernehmer war bestens über ihre privaten Verhältnisse informiert und begrüßte sie mit den Worten: „Uli, wir haben schon lange auf dich gewartet."

Daß es Querverbindungen zwischen arabischen Untergründlern und diversen deutschen Terrorzirkeln auch in Berlin gibt, ist den Fahndern seit langem geläufig. Mehrfach wurden in West-Berlin arabische Sprengstoffunternehmen aufgedeckt. 1980 gewann der irakische Geheimdienst zwei Berliner für das mißglückte Attentat gegen eine El-Al-Maschine auf dem Züricher Flughafen; beim Anschlag auf das Maison de France am Kurfürstendamm, für den 1983 Oberterrorist Carlos die Verantwortung beanspruchte, gab es Verletzte und ein Todesopfer.

Durch die für ausländische Reisende nach Osten weitgehend durchlässige Grenze können Drahtzieher und Terrorkuriere die Halbstadt nach Belieben als Aktions- und Transit-B-Raum nutzen. Vor allem „der lange Arm des Ost-Berliner PLO-Büros" reicht hierher, erklärt West-Berlins Staatsschutzchef Manfred Ganschow, nach dessen Unterlagen die PLO unter West-Berlins Palästinensern gelegentlich auch schon Libanon-Kämpfer rekrutierte.

Staatsschutzchef Ganschow bestreitet allerdings, daß seine Behörde Nahost-Tips herausläßt. Der Verfassungsschutz hüllt sich dazu in Schweigen. Ex-Staatsanwalt Wolfgang Müllenbrock, jetzt für das Landesamt verantwortlicher Senatsdirektor aus der Innenbehörde: „Hier verbieten sich Auskünfte aus einsichtigen Gründen." Einschlägiges Material könnte aber auch von den Alliierten kommen, die – das macht der Sonderstatus der Stadt – jederzeit Zugriff auf Polizeikenntnisse haben.

Wie genau jedenfalls die V-Leute der Berliner Ämter im Bilde sind, bekam der libanesische Elektronik-Spezialist Saïd Seifi* zu verspüren. Innenbeamte hielten ihm kürzlich seine Redebeiträge auf politischen Palästinenser-Versammlungen, bei denen teils nur arabisch gesprochen worden war, in aller Ausführlichkeit vor. Moniert wurde beispielsweise, daß Saifi einmal zum Thema „Kampf – bis der letzte Besatzer aus dem Südlibanon vertrieben ist" das Wort ergriffen hatte. Er habe, rechnete die Behörde dem Mann vor, „an etwa 35 Veranstaltungen terroristischer und extremistischer Palästinenser-Organisationen" teilgenommen.

Vor allem israelische Stellen sind interessiert, vom amtlichen Durchblick der West-Berliner zu profitieren. Gelegentlich greifen sie offenbar selbst ein und können dabei auf die Unterstützung deutscher Behörden rechnen. Darauf deutet ein Strafverfahren aus dem Jahre 1980, das auf Anordnung des Bundesgerichtshofs wegen unzureichender Beweisführung gegenwärtig vor dem Berliner Landgericht wiederholt werden muß.

Es richtet sich gegen einen Palästinenser, der zusammen mit Landsleuten einen Sprengstoffanschlag auf ein Berliner Mineralöllager geplant haben soll. Hauptbelastungszeuge im ersten Verfahren war ein Mitbeschuldigter namens Hassan el-Harti, der dem Gericht „im Dunkeln und im Zwielicht" erschien.

Daß el-Harti „möglicherweise ein Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes" sei, räumte sogar die Staatsanwaltschaft ein, die freilich zuvor unter maßgeblicher Mitwirkung des jetzigen Senatsdirektors Müllenbrock dem Agenten zu Haftverschonung verholfen hatte – el-Harti floh und wurde nie wieder gesehen. Zwei rätselhafte „Dolmetscher" namens „Reimann" und „Höfer", die ungefragt bei den arabischen Angeklagten vorsprachen, blieben später ebenso verschwunden. So ließ sich im Prozeß der Verdacht nicht klären, auch sie seien israelische Emissäre gewesen. Es kam lediglich heraus, daß die Besucher Bescheinigungen des Innensenats vorgewiesen hatten.

Leidige Erfahrungen mit dem deutsch-israelischen Datenfluß machte auch Ulrike Haupt, Mitarbeiterin der Flüchtlingsberatungsstelle der Berliner Arbeiterwohlfahrt (AW). Sie wollte einen Zypern-Urlaub durch einen Abstecher nach Israel unterbrechen, um Freunde zu besuchen, und war am 4. Oktober des Vorjahres auf dem Flughafen von Tel-Aviv festgenommen worden.

Während ihrer einwöchigen Isolationshaft im Kischon-Gefängnis bei Haifa – auf knapp vier Quadratmetern, ohne Fenster, WC und Waschgelegenheit – wurde die Deutsche „fortgesetzt mit Folter bedroht und massiv unter Druck gesetzt, für den israelischen Geheimdienst zu arbeiten", wie Ulrike Haupt später in einer eidesstattlichen Versicherung erklärte.

Die Vernehmer stützten ihre Vorhalte vornehmlich auf ein Telex der Bonner Israel-Botschaft und befragten die Gefangene nach rund 40 Namen von Personen aus ihrem Bekanntenkreis. Daß Ulrike Haupt am Lausitzer Platz in Kreuzberg bei einem „Projekt für palästinensische und libanesische Flüchtlinge" arbeitete, war den Beamten ebenso be-

* Name von der Redaktion geändert.

kannt wie deren Libanon-Reise von 1978.

Die Beamten wußten von Kontakten zu PLO-Mitgliedern, die Ulrike Haupt durch gelegentliche Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingskommissar hatte. Sie zählten der Gefangenen ihre sämtlichen Berliner Wohnadressen seit 1977 auf und auch ihre Gesprächspartner bei nächtlichen Kneipensitzungen.

Wie komplett die aus Deutschland übermittelten Erkenntnisse waren, belegten die Geheimdienstler unter anderem durch die Kopie eines Schecks der Bank für Gemeinwirtschaft über 1300 Mark, den das Bonner Büro der PLO für das Kreuzberger Palästinenser-Projekt ausgeschrieben hatte.

Ulrike Haupt über ihre Haft:

U. a. wurde behauptet, die AW sei eine „Tarnorganisation der PLO". Ich wurde über Mitarbeiter, Vorgesetzte und Flüchtlinge (palästinensische und libanesische) ausgefragt. Meine Kontakte mit PLO-Vertretern im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit (z. B. gemeinsame Teilnahme an einer UNRWA*-Konferenz) wurden mir als „Kontakt mit dem Feind" und damit strafbare Handlung ausgelegt. Ich wurde unter Druck gesetzt, auf hebräisch vorbereitete Geständnisse zu unterschreiben.

Ich wurde zweimal einem Richter vorgeführt. Am Freitag, dem 5. 10. 84, um die Mittagszeit in Netanja und am Montag, dem 8. 10. 84, ebenfalls um die Mittagszeit in Haifa. Es wurden 4 bzw. 15 Tage Untersuchungshaft angeordnet. Beiden Richtern erklärte ich, daß mir weder mit der Deutschen Botschaft noch mit einem Rechtsanwalt Kontakt aufzunehmen ermöglicht werde. Beide Male wurde ich belehrt, daß ich rechtmäßig bis zu 2 Wochen ohne diese Kontakte in Haft gehalten werden dürfe. Dem Richter in Haifa erklärte ich, daß ich vom Geheimdienst unter Druck gesetzt und bedroht würde. Daraufhin sagte mir der Richter, dies interessiere ihn nicht.

Am Mittwoch, dem 10. 10. 84, wurde ich einem Lügendetektor-Test unterzogen. Dabei stellte sich für die Geheimdienst-Mitarbeiter heraus, daß ich mich nicht auf einer „PLO-Mission" befand. Anschließend wurde mir mitgeteilt, ich könne am 11. 10. 84 nach Zypern zurückfliegen.

Der Justiz-Übergriff hatte ein Nachspiel, das sich freilich in Grenzen hielt: Hermann Buschfort, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, verlangte von Außenminister Genscher, „gegen das Vorgehen der israelischen Stellen nachdrücklich zu intervenieren".

Bonns Diplomaten faßten auch vor Ort nach. Jerusalems Außenministerium entschuldigte sich, hatte für die Hintergründe der Affäre aber nur eine milde Erklärung: „Technisches Versagen". ◆

* Uno-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge.

BVD-er mogelijk hoofd veiligheidsdienst van de EG

Algemeen Dagblad d.d.1985

Van onze Haagse redactie

DEN HAAG — Het hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst, mr. P. de Haan (51), is door de Europese commissie gevraagd voor de functie van hoofd veiligheidsdienst van de EG.

De Haan die tien jaar directeur van de BVD is, heeft nog geen beslissing genomen, maar voert wel oriënterende gesprekken. De Haan zou in Brussel opvolger worden van de Nederlander T. Noyon. De eventuele benoeming van De Haan wordt gezien als een bevestiging van de goede naam die de BVD in het buitenland heeft.

Voordracht

Een voordracht voor een zo hoge benoeming wordt door de Europese Commissie zelf beoordeeld. De veiligheidsdienst van de EG is belast met de beveiliging van alle gebouwen van de commissie. Ook de veiligheid van de leden van de Europese Commissie valt er onder.

Ook ziet de dienst toe op het houden van veiligheidsonderzoeken voor ambtenaren met een bepaalde rang of veiligheidsclassificatie. Die onderzoeken worden overigens verricht door de nationale veiligheidsdiensten.

Het bureau van de dienst in Brussel omvat enkele tientallen personen. Het salaris ligt in de orde van 13.000 gulden netto per maand.

GSG 9 und Grenzschutz probten den Ernstfall: Von Terroristenbekämpfung bis Schutz von Staatsgästen

VON JENS P. DORNER

Hätte der Terrorist über das Geländer gesehen, wäre ihm die Veränderung neben der Treppe aufgefallen: Das trübe Halbdunkel ist tiefschwarz geworden. Wo bisher eine kahle Mauer war, liegt jetzt ein kompakter Klumpen. Fünf total vermummte Gestalten haben sich wie Insekten zwischen Wand und Boden gesaugt. Seit mindestens zehn Minuten rühren sie sich nicht mehr. Warten reglos. Wie einbetoniert.

Der Terrorist hatte keine Zeit. Aus der oberen Etage ist er zu seinen Komplizen geeilt, um sie über das jüngste Telefongespräch zu informieren. Zu dritt wird nun das weitere Verhalten beraten. Lässig sind Gewehre und Pistolen auf zwei Geiseln gerichtet. Auf dem Tisch liegen zwei Granaten ...

Beklemmend

Was während der vorletzten Nacht in einem Depot des Bundesgrenzschutzes (BGS) ablief — irgendwo in Deutschland —, war ein Spiel. Beklemmend echt üben die Paradepferde der weltweiten Terroristenbekämpfung, die Männer der GSG 9, den Ernstfall: Seit gut zwölf Stunden halten drei Mitglieder der Rote-Armee-Fraktion zwei Angestellte gefangen. Ursprünglich wollten sich die Gewalttäter nur mit Nachschub aus den BGS-Beständen versorgen. Doch dabei überrascht, warfen sie den Plan über den Haufen. Nun verlangen sie im Austausch für ihre Gefangenen freien Abzug. Die Frist, in der ein Opfer erschossen werden sollte, ist bereits abgelaufen ...

Zwei Terroristen steigen die Treppe hinauf, um weiterzuverhandeln. Der dritte Mann fingert nach einer Zigarette — da bricht die Hölle los: Urplötzlich sind die Insekten von der Wand gesprungen, haben sich in waffenstarrende Ungeheuer verwandelt, stehen riesengroß im Raum. Zeitgleich brechen zwei weitere Kommandogruppen durch Tor und Tür. Die Lagerhalle ist grellhell ausgeleuchtet. Knappe Befehle durchschnei-

den die Luft: „Hände hoch! Waffen weg! Fallen lassen!" Wie von einer augenblicklichen Lähmung befallen, erstarren Täter und Opfer. Kurz darauf beginnen sie zu zittern, sinken mit offenen Augen und Mündern zu Boden.

Der Rest ist spiegelglatt geschliffene Routine. Während einige der bis auf schmale Augenschlitze dunkelgrünen Beamten vortreten und die am Boden liegenden Gestalten mit Handschellen fesseln — sicherheitshalber auch die Geiseln —, zielen ihre Kameraden auf Raum und Gegner. Hinter ihnen tauchen immer mehr Uniformierte auf, vor dem Gebäude bremsen Fahrzeuge, allerhand Sicherungs- und Suchgeräte werden angeschleppt. Die Gefesselten kommen heraus, die Kriminalpolizei übernimmt den Tatort. Hier endet das eigentliche Spiel, das für die Beteiligten ein Übungseinsatz, für jeden Außenstehenden schockierende Wirklichkeit war.

Im entfernten Lagezentrum — zwei besetzten Wohnungen — dauert der Einsatz noch an. In einer Lagebesprechung wird erkennbar, welcher Aufwand den sekundenlangen Schock ermöglichte. Neben den Kommandos unmittelbar vor Ort agierten Hunderte von Grenzschützern als Krisenstab, Verhandlungsführer, Ordonnanzen, Sperrtrupps, Fernmeldetechniker, Reserveeinheiten. Ein Kontingent von Spezialfahrzeugen, höchstempfindlichen Mitteln zur Geräusch-, Sicht- und Wärmemessung wurde eingesetzt.

Bei der Berichterstattung wird ebenfalls klar, an welchen Maßstäben sich die GSG 9 mißt. Ihre Vordenker ließen eine Geisel mit einem Herzanfall zusammenbrechen, kappten Funkverbindungen und sorgten auch sonst für eine Menge unvorhergesehener Schwierigkeiten.

Unterdessen hat sich der unmittelbare Einsatzleiter weitgehend entkleidet. Unter Schutzhelm, Wollmaske, kugelsicherer Weste, Gegensprechanlage sowie dem Waffenarsenal kommt ein 25jähriger Kommissar zum Vorschein.

Wie erlebt man unbegrenzte Reglosigkeit? „Körper und Verstand sind eine Einheit, die ständig arbeitet. Bei der Aufgabenlast, die wir im Einsatz zu verarbeiten haben, bleibt für Gefühle keine Zeit." Ist er auf Töten und Getötetwerden eingestellt? „Sicher, aber das sind ja nur die letzten aller Möglichkeiten."

Und dann ein befreiendes Lächeln: „Bisher hat immer der Anblick unserer Waffen gereicht."

Die GSG 9 verschwindet in der Nacht, der BGS übt weiter. Zwei Tage lang — von Dienstag früh um drei bis gestern abend um neun — probte das in Bonn und Hangelar stationierte Grenzschutzkommando West eine Kette von Ernstfällen. Unter ihrem Kommandeur Ulrich Wegener erfüllten gut dreitausend Beamte ihren Auftrag mit Leben:

Da mußte ein fiktiver Staatsgast vor Attentaten geschützt werden. Ministerpräsidenten waren gefährdet. Sprengsätze und Giftfässer wurden in Seen und Talsperren vermutet. Der Strom fiel aus. Ein Nukleartransport blieb liegen. Kalkar und Wackersdorf erlebten Demonstranten-Anstürme. Und, und, und ...

Höhepunkt der geübten Katastrophenserie war vielleicht die Belagerung des Regierungsbunkers bei Marienthal/Ahr: Wenige Stunden nach dem Nachteinsatz der GSG 9 haben weitgehend friedliche Demonstranten die Eingänge blokkiert. Aus dem Tal naht der gedoubelte Bundesinnenminister, aus dem Wald brechen Gewalttäter. Farbbeutel, Stinkbomben und BGS-Hubschrauber fliegen durch die Luft.

Dramatisch

Durch zwei zu Störenfrieden befohlene BGS-Hundertschaften kommt es zu einem dramatischen Szenarium.

Dank des umsichtigen Verhaltens der Einsatzleiter erreichen Innenminister und Übung ihre Ziele. Wozu auch das Erleben von Demonstrationen auf der Gegenseite gehört.

Kommandeur Wegener inmitten der Tumulte vor dem Bunker: „Für Einsätze wie diese brauchen wir die GSG 9 nicht." Insekten handeln stiller: Regungslos lauern und blitzschnell zustoßen.

Newman's Final Warning

Troops Out nov.85

The British public has now been officially warned by the London Police Chief, Kenneth Newman, backed up by the Home Secretary, that the police will resort to the use of plastic bullets and CS gas to quell community uprisings. CS gas has been used before 'but to date plastic bullets have not been fired in Britain. A number of police forces have had stocks of them for over a year.

The recent events in Brixton and Tottenham sparked off by two cruel deaths during police operations bear all the hallmarks of events in the North of Ireland. The anger and frustration of oppressed people erupting into riots. The response of the authorities is the use of increased force and defining the political conflict as a problem of 'law and order'.

BELFAST TO LONDON

Newman had predicted such a course many years before. On taking up the position of Chief Constable of the Royal Ulster Constabulary in 1976 he told the Irish Times that he viewed N. Ireland as a 'laboratory situation' in which many of the fundamental problems facing British police could be examined. "*I do have it in mind that British police forces would be faced with similar problems in the years ahead. Not just from the Provisional IRA but from certain obvious developments in the demographic areas and urban developments. This would have the effect of facing the police and security forces in Great Britain with many of the same problems.*" Three years earlier, as Assistant Chief Constable, he had begun re-arming the RUC with a wide range of weapons from handguns to machine guns to 'riot guns' for firing plastic bullets.

Having re-armed the RUC he then set up special interrogation squads, these squads were later condemned in March 1979 by a government commission under Judge Bennett for the systematic torture of detainees. Newman strongly denied these allegations and continued to dismiss critics of police tactics on his promotion to Commissioner of the London Metropolitan Police. Minorities were described as having an unfortunate tendency to feel unjustly persecuted by police. In 1983 he was further preparing the ground claiming that youths in certain areas of London were being manipulated by political activists. "*Activist groups trawl for issues which provide a cloak for drug trading and movement of stolen goods*" (*Guardian* 30.6.83). Proponents of police accountability became 'a destabilising influence and a threat to public order.'

WHY A PUBLIC WARNING

Why did the police refrain from firing plastic bullets during the conflict at Tottenham? They were being badly beaten and members of the highly trained D11 Tactical Unit armed with plastic bullets had been deployed. The police would not have hesitated in the North of Ireland

and indeed they are fired quite regularly during much less violent confrontations.

The subsequent warnings in the media were not aimed at those confronting the police but rather the British public as a whole. The use of such weaponry is justified in N. Ireland in imperialistic terms – state of emergency, combating terrorism and dealing with a situation which is somehow peculiar to that particular area. Bring that type of control closer to home and the realities of Ireland come too close for comfort.

The ground has to be prepared first. Those most affected by this government's rule have to be isolated and portrayed as 'mindless criminals'. People have to be educated into believing that society is threatened. Once that education is completed the use of such weapons can be justified within the whole context of policing. The inevitable deaths and injuries which follow will not create the kind of outrage one might have expected had they been used on, for example, the striking miners.

The state's response to those involved in such eruptions is to try and batter them into submission using whatever means are available.

Die GSG-9 ist bereit zum Einsatz

Bonner Rundschau 9-10-85

cas Bonn. Werden die „Helden von Mogadischu", die Männer der Antiterrorgruppe GSG-9, gegen die palästinensischen Terroristen eingesetzt? In Bonn wurde gestern darauf aufmerksam gemacht, daß die Spezialisten des Bundesgrenzschutzes (BGS) erst vor kurzem in der Nordsee darauf gedrillt worden seien, bei Terrorakten auf See sofort eingreifen zu können.

Eines der Übungsobjekte war die deutsche Forschungsplattform im Nordwesten vor Helgoland. Im Mittelpunkt der Übung: Schutz von Ölbohrinseln, Pipelines — und Aktionen gegen Geiselnehmer auf gekaperten Schiffen, etwa Supertankern.

Ein BGS-Sprecher erklärte bereits im Juni: „Wir üben für den Fall des Falles." Der Fall ist jetzt da. Allerdings muß die GSG-9 von einem „befreundeten Land" angefordert werden und die Bundesregierung dem Einsatz zustimmen.

Die Elite-Truppe setzt sich aus 24 „Spezial-Einsatz-Teams" von jeweils fünf Mann zusammen. Unter ihnen sind Fallschirmspringer, Kampfschwimmer, Waffentechniker, Elektroniker, Spengstoffspezialisten. Ihre praktische Ausbildung umfaßt unter anderem das Abseilen von Helikoptern, Minensuche unter Wasser, Präzisionsschießen mit Revolver und Maschinenpistole.

Kommandeur Uwe Dee nennt Überraschungseffekt und Schnelligkeit das „A und O". Ziel ist die Festnahme des Gegners, die Rettung von Geiseln. Als letztes Mittel ist aber auch der Todesschuß eingeplant.

Welch gutes Ansehen die GSG-9 genießt, zeigen die Anfragen von mehr als 60 Staaten, ob die deutschen „Super-Polizisten" nicht bei der Ausbildung behilflich sein könnten.

Schiffsentführung für Experten keine Überraschung

Israelis informierten über Pläne – Wegener forderte vor drei Jahren Sondertruppe

Bonn. (Reuter) Die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro" hat bei Sicherheitsexperten in der Bundesrepublik Deutschland offenbar nur geringe Überraschung ausgelöst. Nach Experten-Angaben sind Bundesbehörden seit langem von den Israelis darüber informiert, daß Palästinenser sich mit der Möglichkeit solcher Anschläge beschäftigen und spezielle Kommandos ausbilden.

Zudem verweisen sie darauf, daß von palästinensischer Seite schon vor drei Jahren entsprechende Drohungen ausgesprochen worden seien. Dennoch, so hieß es gestern, liefen in der Bundesrepublik die Vorkehrungen für Entführungen auf See nur schleppend an.

Mit der Terror-Abwehr vertraute Experten erinnern daran, daß der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West und ehemalige Chef der Spezialeinheit GSG 9, Ulrich Wegener, bereits vor drei Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, eine Sondertruppe für Anschläge auf See aufzustellen. Bis heute jedoch habe der Haushaltsausschuß des Bundestages trotz erheblichen Drucks nicht die nötigen Mittel genehmigt, die auf einige Millionen Mark geschätzt würden.

Ungeachtet dieser finanziellen Probleme, die sich auf die Anschaffung besonderer Gerätschaften auswirke, habe die GSG 9 vor zwei Jahren begonnen, im Rahmen ihrer 200 Mann starken Truppe eine Sondereinheit für den Einsatz auf dem Meer auszubilden, berichten Sicherheitsexperten.

Zurückgreifen könne man dabei auf Erfahrungen in den USA und in Großbritannien, die bereits über Experten-Teams verfügten. Auch in der italienischen Marine, die wegen der Entführung der "Achille Lauro" Kriegsschiffe vor die ägyptische Küste entsandt habe, gebe es Spezialisten.

Als größtes Problem der Terroristen-Bekämpfung auf See schildern Experten die unbemerkte Annäherung an das gekaperte Schiff. Am leichtesten gelinge dies natürlich im Hafen oder in unmittelbarer Küstennähe, aber auch auf dem offenen Meer gebe es zahlreiche Möglichkeiten zum Beispiel mit Hilfe kleiner Untersee-Boote.

Weitgehend ausgeschlossen sei ein Frontal-Angriff auf die Entführer, was nicht nur für die „Achille Lauro" gelte. Während hier ein solcher Angriff angesichts entschlossener Palästinenser zu einem Blutbad zu werden drohe, müsse bei anderen Schiffen wie Tankern die Explosionsgefahr berücksichtigt werden.

Aber nicht nur die Anti-Terror-Einheiten haben bei Schiffsentführungen mit Schwierigkeiten zu kämpfen, auch für die Terroristen selbst entstehen nach Ansicht von Sicherheitsexperten Probleme. Sie lägen vor allem in der Bewachung der in der Regel großen Zahl von Besatzungsmitgliedern. Hinzu komme die im Vergleich zu Flugzeugen geringe Mobilität der Schiffe.

Die in der GSG 9 ausgebildeten Spezialisten sind nach Experten-Angaben derzeit „noch nicht völlig einsatzbereit", da noch immer nötige Ausrüstungsgegenstände fehlten.

General Anzeiger 9-10-85

Terror gemeinsam bekämpfen



Ulrich Wegener

Ulrich Wegener war bis 1979 Leiter der Sondereinsatzgruppe GSG 9, anschließend Inspekteursvertreter im Bundesinnenministerium und ist seit 1981 Kommandeur des Grenzschutzkommandos West. Wegener erhielt vor wenigen Tagen in Anerkenntnis seiner „Verdienste im Kampf gegen den internationalen Terrorismus" das „Offizier-Großkreuz des weißen Elefanten des Königs von Thailand".

DAS aktuelle INTERVIEW

Frage: Herr Wegener, welchen Eindruck haben Sie von der weitgehend mißglückten Befreiungsaktion auf dem Flugplatz von Malta?

Wegener: Konkret möchte ich zu dieser Aktion nichts sagen, da die Umstände zu speziell und auch noch nicht restlos ausgewertet worden sind. Nur soviel: Wir hätten es sicher anders gemacht. Wichtiger ist mir der Vorfall aber als weiterer Beleg für meine langjährige Forderung nach einer internationalen Eingreif-Truppe beziehungsweise der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Frage: Wie sollte diese Truppe aussehen und vorgehen?

Wegener: Die Spezialisten aus verschiedenen Ländern könnten sich im Einzelfall gegenseitig ergänzen.

Frage: Geht es dabei in erster Linie um eine schnelle Reaktion bei Gewaltakten?

Wegener: Die Reaktionen würden nicht unbedingt schneller, aber auf jeden Fall konkreter. Man könnte dann eine hochspezialisierte „strike-force" — oder wie man diese Einheit nennen will — in entsprechenden Fällen tatsächlich auch weltweit zusammenstellen. Was aber nicht heißen soll, daß künftig eine multinationale Truppe in Bonn oder Hangelar stationiert würde. Der Standort ist weniger wichtig. Grundvoraussetzung jedoch müßte eine gemeinsame Ausbildung in speziellen Trainings-Camps oder wenigstens das gemeinsame, regelmäßige und intensive Üben von Sondereinsätzen sein. Was natürlich vorgefertigte Pläne für verschiedene Einsatzarten mit einschließt.

Frage: Sind Sie schon auf Zustimmung für diesen Vorschlag gestoßen?

Wegener: Besonders die Amerikaner denken in ähnlicher Richtung. Woanders herrscht noch Zurückhaltung...

Frage: Wäre nicht auch eine UN-Initiative denkbar?

Wegener: Der Rahmen der Vereinten Nationen wäre in dieser Hinsicht wohl zu weit. Ich denke als erstes an ein gemeinsames Vorgehen der Europäer. Hier hätten sie Gelegenheit, die europäische Zusammenarbeit zu beweisen.

Frage: Hängt bei Franzosen und Engländern der Nationalstolz nicht doch ein bißchen höher?

Wegener: Ich glaube fest daran, daß wir einen Schritt weiterkommen. Vor allem, weil uns die andere Seite die internationale Zusammenarbeit negativ vormacht: Terroristen operieren heute über alle Grenzen hinweg. Die Beweise liegen vor allem in Westeuropa seit mindestens einem Jahr klar auf der Hand.

Frage: Demnach wäre es für den internationalen Anti-Terrorismus inzwischen höchste Zeit?

Wegener: Gar keine Frage. Nach meiner Meinung hätte das schon vor einiger Zeit geschehen müssen.

Frage: Müßte im Endstadium einer internationalen Eingreif-Truppe, eines multilateralen Krisenstabes oder wenigstens bilateraler politischer Absprachen nicht auch der Einschluß östlicher Staaten in ein weltweites Anti-Terror-Konzept stehen?

Wegener: Sicher, aber das kann ich mir kaum vorstellen. Für ein Ost-West-Anti-Terror-Konzept sehe ich derzeit keine wirkliche Chance.

Jens P. Dorner

Bonner Rundschau 28-11-85

Drastische versterking van de rijkswacht, 750 para's ingeschakeld bij de ordehandhaving, een reeks nieuwe anti-demokratische wetten. Strijd tegen het terrorisme of voorbereiding op grote sociale konflikten?

Rijkswachtstrategen krijgen wat ze vragen

Solidair nr. 47 – 4 december 1985

29 mei, het Heizeldrama. Fascisten, die het bloedbad hebben aangericht, gaan vrijuit. De CCC is inmiddels 25 aanslagen verder. De bommenleggers zijn ongrijpbaar. De Bende van Nijvel zaait dood en terreur. Ze doet dat volkomen straffeloos. De rijkswacht faalt glansrijk over de hele lijn. Na het bloedbad van Aalst schrijft de kommentator van de Libre Belgique op 12 november: "de rijkswacht voorziet niets, ontdekt niets, belet niets, verdedigt of beschermt niemand..."

Dankzij dit stelselmatige blunderen en dankzij het handig uitbuiten van het angstklimaat dat onder de bevolking heerst, slagen de rijkswachtstrategen en politieke haviken als een Jean Gol erin een nooit gezien repressieprogramma door te drukken. Een forse versterking van de rijkswacht en een batterij anti-demokratische wetten.

Met dit indrukwekkende repressieprogramma heeft de regering niet zozeer de bedoeling de bevolking meer veiligheid en een betere bescherming te bieden of een handvol terroristen onschadelijk te maken. Waar het om gaat is wat de in NATO-kringen erg gewaardeerde Britse generaal Kitson predikt: elke toekomstige sociale strijdbeweging of volksopstand in de kiem smoren.

Drastische uitbreiding van de rijkswacht

Na de aanslag tijdens de Olympische Spelen in Munchen (1972) werd binnen de Brusselse rijkswacht het Speciaal Interventie-eskadron opgericht om het terrorisme te bestrijden. Dit eskadron is beter bekend als de "brigade Dyane". De heldendaden van dit groepje van 130 superrijkswachters beperken zich grotendeels tot het overmeesteren van de 17-jarige werkloze Michel Strée, die een bus had gekaapt en het halfdood ranselen van de Tunesische gastarbeider Selini Béchir, na een banale identiteitskontrole. Het is een publiek geheim dat de brigade Dyane zich in Limburg ophield, bij de stakende mijnwerkers, toen op een bepaald ogenblik groot alarm werd geslagen omtrent een dreigende aanslag op premier Wilfried Martens. De brigade Dyane is uitgerust met de modernste, maar uiterst geheime snufjes op het vlak van bewapening, bespieding en afluistering. Eind 1984 besliste de regering onmiddellijk 180 leden aan te werven voor de uitbreiding van Dyane. Bij elke mobiele eenheid (Antwerpen, Gent, Luik en Charleroi), die belast is met de ordehandhaving (stakingen en betogingen) werd een POSA-peloton opgericht, in feite een mini-Dyane. De gerechtelijke politie kreeg een Nationaal Observatieteam (NOT) van 15 inspekteurs om "verdachte personen" te schaduwen. De staatsveiligheid werd uitgebreid met 20 agenten. Na het Heizeldrama besliste de regering ook jaarlijks 290 soldaten naar de rijkswacht over te hevelen voor administratief werk. Op die manier kunnen in de komende vijf jaar 1450 rijkswachters zich volop wijden aan hun echte werk: de "orde"-handhaving. De begroting van de rijkswacht voor 1985 bedraagt 16,6 miljard frank. Als het van Jean Gol afhangt, zal in de komende vier jaar 20 miljard extra worden uitgetrokken voor de uitbouw van het repressieapparaat.

Uitzonderingswetten

Na de CCC-aanslag van 1 mei op de VBO-zetel te Brussel, loodste Gol op een drafje het "Europees Verdrag ter bestrijding van het terrorisme" door het parlement. Het verdrag dateert van 1977 en maakt een einde aan het politiek asielrecht en schrapt bovendien het begrip "politiek misdrijf". Een land als België, dat dit verdrag heeft goed gekeurd, is bijvoorbeeld verplicht een vakbondsmilitant, die in Turkije als "terrorist" bestempeld wordt, aan de Turkse militairen uit te leveren. Gol is voorstander van een feitelijke afschaffing van de wet op de voorwaardelijke invrijheidstelling voor "geweldmisdrijven". Wat hem inmiddels niet heeft belet beruchte fascisten als Dossogne, chef van het Front de la Jeunesse, en Luk Onbekent, dader van een racistische moordpoging, na één derde van hun straftijd weer op vrije voeten te stellen. Gol heeft ook haast om twee wetsontwerpen door het parlement te jagen, die de politiediensten al lang nauw aan het hart liggen. Het wetsontwerp op de privacy, dat al van 1973 dateert, geeft via de regering de politiediensten de volledige vrijheid om op grote schaal telefoons af te tappen en linkse militanten en syndikalisten te bespieden, door het aanbrengen van geheime afluisterapparatuur. Het afluisterproces van ABVV-delegee en PVDA-lid Gaston Van Dijck uit Turnhout maakte duidelijk dat na de invoering van deze wet de telefoon van geen enkele strijdsyndikalist of revolutionaire militant nog veilig is. Geen zinnig mens kan volhouden dat het aftappen van telefoons onontbeerlijk is voor de bestrijding van het terrorisme. Wie kan zich inbeelden dat terroristen hun afspraakjes telefonisch regelen?

En dan is er de herziening van de wet op de wettige zelfverdediging. In 1969 kwam de socialistische minister van Justitie, Alfons Vranckx, hiermee op de proppen, nadat de rijkswacht in Zwartberg drie mijnwerkers had vermoord. Deze wetswijziging moet rijkswacht en politie toelaten met gerust gemoed te schieten, ook al is er geen sprake van levensgevaar of van wettige zelfverdediging.

Politie onder de hoede van de rijkswacht

Alle burgerlijke partijen, zonder uitzondering, smeken om een nauwere samenwerking van de rijkswacht (15.600 manschappen) met de gemeentepolitie (15.300 agenten) en de gerechtelijke politie (ruim 1000 leden). Deze politiekoördinatie leidt in feite tot een drastische versterking van de rijkswacht. Een voorbeeld is de Anti-terroristische Gemengde Groep (AGG), die door Jean Gol in september 1984 in het leven werd geroepen.

De AGG bundelt de vertegenwoordigers van alle diensten, die inlichtingen verzamelen over terrorisme (de gerechtelijke politie, de algemene rijkspolitie, de staatsveiligheid, de militaire veiligheidsdienst en de rijkswacht) in één cel. Aan het hoofd van de AGG staat een rijkswachtofficier en de diensten van de AGG zijn gevestigd in de gebouwen van de rijkswacht te Brussel. De informatie van al deze diensten stroomt dan ook regelrecht naar de rijkswacht... en haar computers (1). Aangezien de rijkswacht doelbewust elke nauwkeurige omschrijving van het begrip "terrorisme" schuwt, kan elke linkse oppo-

sant of syndikalist bij de rijkswacht als mogelijke terrorist geboekt staan. Cynisch genoeg was het de kommandant van de rijkswacht zelf, generaal Beernaert, die na het Heizeldrama het luidruchtigst pleitte voor de oprichting van een "éérgemaakt kommando" bij grote ordehandhavingsopdrachten. Volgens de generaal moet de gemeentepolitie onder het kommando van de rijkswacht worden geplaatst. De regering gaf Beernaert voldoening. Ook op het vlak van de terreurbestrijding bestaat er sinds de moordpartij in Aalst een ééngemaakt kommando: de gerechtelijke politie komt onder het gezag van de rijkswacht. De bevoegdheid om een algemeen politiealarm af te kondigen wordt overgedragen van het parket naar de staf van de rijkswacht. Door zo'n nationaal alarm kunnen overal wegversperringen worden opgeworpen en kan het land als het ware in een soort staat van beleg worden omgetoverd. Geen klein bier in geval van een nieuw '60-'61... Het is ook de rijkswacht, die de samenwerking behartigt met de Europese politiediensten, in het kader van de zogenaamde TREVI-werkgroep. Gevolg daarvan is ondermeer dat de rijkswacht rechtstreeks is verbonden met het Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden en met het Home Office in Londen (2). In het BKA-hoofdkwartier in Wiesbaden werken 2500 personeelsleden. De BKA-computer bevat gegevens over ettelijke miljoenen Westduitse burgers. In het BKA-archief zitten maar liefst 3,5 miljoen foto's. Dit illustreert hoe onder het mom van de strijd tegen een handvol terroristen een enorme politiekontrole wordt ingesteld over de bevolking.

Het leger ingezet bij de ordehandhaving

Naar aanleiding van het bezoek van Ronald Reagan aan het NATO-hoofdkwartier in Evere, op 21 november, besliste de regering voor onbepaalde tijd in het hele land para's in te zetten voor de ordehandhaving. De 750 para's staan onder het gezag van de rijkswacht. Ze patrouilleren samen met de rijkswacht. Zij beschikken daarbij over dezelfde bevoegdheden als de rijkswacht om ondermeer wegversperringen op te werpen en arrestaties te verrichten. Het inzetten van het leger onder het bevel van de rijkswacht gebeurt krachtens de wet van 1957. Een wet op de rijkswacht, die onder het bewind van de socialistische minister Spinoy tot stand kwam, om de rijkswacht te belonen voor haar doortastend optreden tijdens de koningskwestie. Tot nog toe werd het leger alleen ingezet tijdens de koningskwestie, de staking in '60-'61 en de mijnstaking tegen de sluiting van Zwartberg in 1966. Tijdens de algemene staking van '60-'61, vlak voor kerstmis in 1960, besliste het ministerieel veiligheidskomitee het leger te mobiliseren. Tijdens de staking bezetten 20.000 soldaten 232 strategische punten zoals stations, elektriciteitscentrales, de FN-fabrieken in Herstal...
Als de regering vandaag een beroep doet op het leger, heeft dat niets te maken met de strijd tegen een handvol terroristen. De 30.000 bestaande politieagenten en rijkswachters volstaan hier ruimschoots voor. Het gaat hier om een grootscheeps maneuver ter voorbereiding van nieuwe en grote sociale konflikten, zoals de algemene staking van '60-'61, toen honderdduizenden arbeiders meer dan een maand standhielden tegen rijkswacht, politie en leger.

(1)Panopticon 1985, blz. 455.
(2)Parlementaire stukken senaat, 1981-1982,5,X,nr.2.

WoZ Nr. 46, 15. November 1985

Foltern wird salonfähig

Zentralamerika: Wiederaufnahme der Polizeiausbildung durch US-Spezialisten

Counterinsurgency steht in den Vereinigten Staaten wieder auf der Traktandenliste. Wenn der US-Kongress in den nächsten Wochen die «Counterinsurgency-Vorlage für Mittelamerika» verabschieden wird, dürfen US-Experten zum ersten Mal seit 1973 wieder ausländische Polizeikräfte ausbilden. Mit dieser Vorlage sollen 53 Mio. Dollar bereitgestellt werden, um amerikanische Polizeiberater zur «Anti-Terrorismus-Ausbildung» nach Zentralamerika zu schicken sowie die dortigen Ordnungskräfte auszurüsten.

Von Konrad Ege, Washington

In einem der WoZ zugespielten vertraulichen Bericht des Aussenministeriums, welcher als Grundlage für die Counterinsurgency-Vorlage diente, heisst es, der *«terroristische Angriff»* auf US-Marineinfanteristen in einer Bar in San Salvador am 19. Juni habe *«eine nochmalige Überprüfung der Fähigkeiten unserer Verbündeten in Mittelamerika zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung erfordert»*. Dabei sei man zum Schluss gekommen, dass *«zunehmende terroristische Aktionen»* die grösste Bedrohung für die *«Demokratisierung»* El Salvadors, Guatemalas und Honduras darstellten. Ausserdem bedrohe der Terrorismus ausländische Investitionen in Mittelamerika und trage zur Kapitalflucht bei.

«Von Marxisten angeführte Guerillagruppen», schrieb State Department-Ministerialdirektor *William L. Ball* Ende September an den Sprecher des US-Kongresses, stellten sich der Rückkehr zu Zivilregierungen in Zentralamerika *«mit einem taktischen Übergang von Aufständen zu Terrorismus entgegen»*. Dem will man in Washington nicht tatenlos zusehen.

53 Mio. für Counterinsurgency

Die Counterinsurgency-Vorlage sieht vor, dass El Salvador den Löwenanteil der Hilfsgelder für Ausbildung und Ausrüstung seiner Polizei erhalten soll, – nämlich 12 Mio. Dollar. Dazu kämen 10 Mio. für die Ausrüstung der *«Anti-Terror-Spezialeinheiten»* der Armee mit M-16-Gewehren, Sprechfunkgeräten und Kleinflugzeugen, die sich in Counterinsurgency-Operationen als *«aus-*

serst erfolgreich» erwiesen hätten. In Guatemala, heisst es in dem geheimen State Department-Papier, sollen u.a. Sprengstoffexperten und Computerfachleute ausgebildet werden. Das guatemaltekische Militär besitzt bereits ein von den Israeli installiertes Computersystem zur Erfassung von *«Subversiven»*.
In Honduras will das State Department Ausbildungskurse für *«Anti-Terrorismus-Spezialisten»* an den drei Polizeischulen des Landes und an der Offiziersschule einführen, ein Labor für Kriminologie bauen lassen sowie Sprechfunkgeräte und Videoüberwachungsgeräte anschaffen.
Die Polizei in Costa Rica soll für Demonstrationseinsätze und in Datenerfassung und -verwaltung ausgebildet werden. Das *«grösstmögliche Potential»* für Anschläge auf *«nationale US-Interessen»* in Zentralamerika bestehe in Panama, so das nämliche Papier, wo über 40'000 nordamerikanische Militärs mit ihren Angehörigen und weiteren US-BürgerInnen leben. Die panamesischen Sicherheitskräfte sollen mit Waffen, Munition, Sprengstoff und Fahrzeugen versorgt und für *«schnelle Sondereinsätze»* trainiert werden.

Folter: «praktisch und notwendig»

Der Kongress zeigte sich nach erster Einsicht von der Counterinsurgency-Vorlage begeistert. Vor allem seit der Abfang-Aktion des ägyptischen Flugzeuges mit vier PLO-Entführern an Bord ist der Kongress mehr denn je bereit, es *«den Terroristen»* zu zeigen. Die Lektionen der sechziger und siebziger Jahre sind vergessen. Es ist nämlich erst zwölf Jahre her, dass der Kongress ein generelles Verbot für die US-Ausbildung von ausländischen Polizeikräften erliess. Damals war bekannt geworden, dass die Polizei- und CIA-Experten, welche Zehntausende von Polizeioffizieren aus der Dritten Welt ausgebildet hatten, den Beamten auch Foltertechniken lehrten. In den Schlussberichten der Ausgebildeten war Entsprechendes zu lesen gewesen: Ein Polizeibeamter aus Zaïre stellte beispielsweise fest, dass *«die Anwendung von Gewalt»* während des Verhörs als *«eine Taktik der Polizei»* betrachtet werden könne, die *«unsere Arbeit beschleunigt»*. Allerdings sollte *«unter keinen Umständen die Presse informiert werden»*. Ein nepalesischer Beamter schrieb, die Folterung von Verdächtigen sei *«als letzte Zufluchtsmassnahme praktisch und notwendig»*.

Zahlreiche kirchliche Organisationen und Menschenrechtsgruppen haben jetzt scharf gegen die Wiederaufnahme der Polizeiausbildung protestiert. In ihrem Brief an den Kongress heisst es, die *«Sicherheitskräfte»* in El Salvador und Guatemala hätten *«Tausende von Menschenrechtsverletzungen»* begangen, einschliesslich Folterungen und auch die Todesschwadrone in ihren Ländern unterstützt.

Wie die Polizeiausbildung verwendet werden kann, wurde bereits letztes Jahr deutlich, als amerikanische Militärs – vollkommen gesetzwidrig – ein Sonderkommando der salvadorianischen Polizei ausbildeten. Unter all den *«Sicherheitskräften»* in El Salvador ist dies das Kommando, das enge Verbindungen zur rechten Terrororganisation ORDEN unterhält. Im Juni dieses Jahres schlug die US-trainierte Einheit einen Streik in einem Krankenhaus in San Salvador nieder. Während des Einsatzes wurden die ÄrztInnen und PflegerInnen gefesselt auf dem Boden liegengelassen: eine Patientin starb, weil ihr das Personal nicht helfen durfte. Vier weitere Personen wurden erschossen.

Derartige Aktionen sind offensichtlich in der Counterinsurgency-Vorlage eingeplant. In dem vertraulichen State Department-Bericht heisst es, das Polizeitraining solle grundsätzlich dem Kampf gegen die bedrohte *«neue Demokratie in El Salvador»* dienen – gegen den *«Terrorismus»* also, aber, so das Aussenministerium, auch gegen die *«von den Linken inszenierten Gewerkschafts- und Studentenunruhen»*.

U.S. Weighs Basing Anti-Hijacking Team Abroad

IHT 6-12-85

By Bernard Gwertzman
New York Times Service

WASHINGTON — The United States is considering stationing military anti-hijacking specialists overseas because of their failure to get to the scene quickly enough in the hijacking of an Egyptian airliner to Malta and of the Achille Lauro cruise ship.

Reagan administration officials said Wednesday that a debate had arisen within the government over the policy of the Joint Chiefs of Staff to keep the anti-terrorist units at Fort Bragg, North Carolina, and not send them overseas except during emergencies.

Based at Fort Bragg are the Delta force commando unit, which specializes in rescue operations, and technicians and advisers who operate equipment for the storming of hijacked planes.

They were instrumental in helping Venezuelan troops storm a hijacked airliner in Curacao in August 1984. In that incident, the two hijackers were killed and all 70 passengers and crew were rescued.

The administration is now considering stationing anti-hijacking experts in West Germany or Italy, to be on call for emergencies in Western Europe or the Middle East, a State Department official said.

In the Nov. 23 hijacking of the EgyptAir jet, the Egyptians asked for American support after deciding to send a commando team to Malta. They were dismayed to learn that the anti-terrorist specialists were in North Carolina.

As a result, the Egyptians asked Brigadier General Robert Wiegand, who oversees U.S. military programs in Egypt, and two aides to accompany them to Malta to serve as liaisons.

The Egyptians wanted to demonstrate U.S. involvement to Libya, which they believed was behind the hijacking.

In addition, the Egyptians asked for U.S. Navy air cover to protect the two Egyptian C-130s carrying the commandos to Malta. Three jets from the U.S. aircraft carrier Coral Sea escorted the Egyptian planes to Malta, the State Department official said.

The Maltese government allowed the Egyptians to send forces and said it would permit Americans to assist the Egyptians, so long as they did not appear to be part of a separate U.S. action.

Malta did not want Americans in uniform to be seen at the airport, so General Wiegand changed to civilian clothes and was able to work in

the airport control tower with Egyptian and Maltese officials.

The two other officers in uniform remained at the U.S. Embassy because they had no special mission to perform.

Washington had ordered the Americans not to storm the plane.

The experts from Fort Bragg, carrying explosives and listening devices, got as far as the North Atlantic Treaty Organization base in Sigonella, Sicily. But because the Maltese did not want them to enter Malta on military aircraft, they were too late to aid the Egyptians.

A State Department official said the Americans' expertise might have limited the death toll. Sixty of the 98 persons aboard the airliner were killed during the hijacking and rescue attempt.

U.S. officials said the Delta force also was sent to the region during the Achille Lauro takeover in October, but arrived too late to aid in any rescue operation. One American was killed in that incident.

Baskenland und Freiheit

Betr.: „Spanien: Ein Zivilgardist packt aus", taz vom 27.11.85

Die Politik der spanischen Regierung, zumal die einer sozialdemokratischen, ist differenziert-vielschichtig zu betrachten... Die Politik der PSOE variiert zwischen dem Angebot von „sozialer Wiedereingliederung" und dem Terror. Dem Terror der Killerkommandos der Guardia Civil, deren Macht seit dem Regierungsantritt der PSOE ständig gewachsen ist.

Ergebnis eines Paktes der PSOE mit der baskischen Regierung, ist die Tätigkeit einer „Expertenkommission" über die Gewalt". „Unsere Sache interessiert die CIA", kommentierte dies die baskische Zeitung 'Enbata'. Drei dieser fünf Experten (Peter Janke, Horchem, Ferracuti, Clive Rose und Leauté) arbeiten für das „Institute for the Study of Conflict", das von der Shell and Ford-Foundation finanziert wird. Der Gründer dieses Instituts, Brian Crozier, hat über seine Präsidentschaft im Congress for Cultural Freedom direkten Kontakt zur CIA. Peter Janke leitet die Sektion „Terrorismus" der Rand Corporation, deren bester „Kunde" die US-Army ist.

Horchem, ex-Hamburger Verfassungsschutz-Leiter, der bereits 1982 mit einem der „für die Killertruppen der GAL verantwortlichen...General der Guardia Civile, Casinello" (taz vom 27.11.) zusammentraf, befürchtet vor allem, daß „Euskadi ein Cuba Europas wird und die Interessen der NATO bedroht" (Enbata Nr.896). Horchem erklärte am 26.9.85, einen Tag, nachdem die GAL vier baskische Flüchtlinge ermordet hatte, im ZDF, die ETA fürchte nur die GAL und den Terror könne man nur besiegen, wenn man „ihre Mitglieder festsetzt oder tötet".

Die Zahl der ermordeten baskischen Flüchtlinge in Nord-Euskadi (Frankreich) steigt. In diesem Zusammenhang erscheint das „Auffliegen" eines Kommandos des DGSE (frz. *Auslands*geheimdienstes) diesmal nicht im Pazifik, sondern in Bayonne (Nord-Euskadi) interessant. 'Enbata' fragt: „Ist die DGSE Komplize der Ermordung unserer Flüchtlinge?"

Kann einem dies alles, wie Euer Korrespondent meint, „nur spanisch vorkommen"? *Euskadi Info, Frankfurt*

Spy-post discovered in Drumintee

BY MAEVE ARMSTRONG AP/RN 14-11-85

● The empty house in Drumintee used as a Brit spy-post; *(Arrowed)* Hole made in the roof to facilitate surveillance

RESIDENTS in the South Armagh village of Drumintee have accused the British army of conducting a large-scale military operation on November 7th as a smokescreen to disguise the deployment of undercover soldiers.

On that occasion over 100 British soldiers and 40 RUC men swamped Forest Park estate but, as *AP/RN* reported last week, for such an intensive operation suspiciously few raids took place.

Eleven days later on Monday, November 18th, the accidental discovery by a local man of more than 20 British soldiers, loaded down with video and sound recording equipment, infra-red and other hi-tech surveillance paraphernalia, has convinced locals that the raids were merely a cover-up for a much more sinister operation.

ROUTED

Jimmy Matthews (41) from the Dublin Road unsuspectingly routed the Brits when he arrived on Monday morning to carry out repairs to the one-storey home of a recently deceased relative, Rose McDonald. The house had been empty since her death three months ago and, while local people noticed British soldiers searching the building on November 7th, it was assumed they had left the premises shortly afterwards.

Matthews told *AP/RN*: *"I was hammering on the front door for a few minutes when about 20 Brits landed on top of me"*. Surprised and shaken, he was pinned against the wall while the Brits hastily gathered their equipment and radioed for immediate helicopter transport. Several heavy boxes were dragged from the building and it took an hour for the Brits and their equipment to be air-lifted out.

BLATANT INFRINGEMENT

When local people got into the house they found that the entire roofspace had been opened up and a number of slates removed. The Brits were thus able to spy on the residents of the village and the surrounding area.

Local Sinn Fein Councillor Eamon Larkin condemned the Brits' actions calling them *"a blatant infringement on the rights and privacy of an entire community. Mr Matthews, innocently going about his business, or for that matter children or anyone from the village, could have been shot dead."*

On the way back from Drumintee on Tuesday, *AP/RN's* reporter and driver were followed and stopped by three members of a RUC DMSU patrol from, they claimed, Newry Barracks. After refusing to answer aggressive questioning about their activities, a tape-recorded interview and film were confiscated by the RUC who refused to issue a receipt.

Kriminalistik 11/85

Harald Hahn, LPD (Raubdezernat) Stuttgart II

Mehr Zufall als Konzept: Ringalarmfahndung

Über Sinn und Unsinn von Ringalarmfahndungen kann man trefflich streiten. Nur nicht in Stuttgart. Denn dort sind sie sinnlos. In genau zehn Jahren hat es nicht einen einzigen Fall gegeben, in dem ein Räuber über die Kontrollstellen des Ringalarms gefaßt worden wäre. Woran das lag? In einem Fall sogar daran, daß der Beamte an einer Kontrollstelle in seinem Protokoll vermerkte: „Die Kennzeichen schnell fahrender Fahrzeuge wurden nicht notiert."

Im Jahre 1975 wurde die Ringalarmfahndung bundesweit als Sonderform der Alarmfahndung bei der Polizei eingeführt. Kenner der Materie hatten bereits damals erhebliche Zweifel, ob die Ablösung des bis dato gültigen „Alarm Dynamit" in Stuttgart die Effektivität steigern könnte. Das Bundesland Hamburg remonstrierte folgerichtig bereits 1977 und führte eine Ausnahmeregelung ein, da die verkehrsmäßigen Voraussetzungen im großstädtischen Bereich das Täterfluchtverhalten einerseits und die persekutiven Möglichkeiten der Polizei andererseits zu besonderen Verhaltensweisen geradezu herausfordern. Die nachfolgend aufgezeichneten Erkenntnisse resultieren u. a. aus einer über 10jährigen Erfahrung beim Raubdezernat und sind auch nur für den Bereich der Landespolizeidirektion Stuttgart II gültig.

Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß seit der Einführung des „Ringalarms" die statische Komponente, nämlich die Besetzung von Kontrollstellen, nicht einen einzigen (!) Fall eines erfolgreichen Abschlusses auf dem Raubsektor erbrachte. Es konnten weder aus Stuttgart heraus flüchtende Rechtsbrecher festgenommen noch aufgrund der übersandten Kontrollisten im Nachhinein Erkenntnisse gewonnen werden, die eine nachträgliche Ermittlung der Täter ermöglicht hätten. (Betrachtet man die empirische Untersuchung des Bundeskriminalamts über die Ringalarmfahndung, so ist das Ergebnis im Grunde ähnlich deprimierend.)

Die Auswertung der nach hier übersandten Kontrollisten ergab eine hohe Zahl von falsch abgelesenen Kennzeichen; später befragte Beamte räumten ein, wegen der großen Fahrzeugdichte längst nicht alle Fahrzeuge erfaßt zu haben. In einem Fall schrieb der Beamte folgenden Satz auf seine Kontrolliste: „Die Kennzeichen schnell fahrender Fahrzeuge wurden nicht notiert." Das spricht zwar einerseits für die Aufrichtigkeit des betreffenden Beamten, zeigt jedoch andererseits, wie oft an diese Sache herangegangen wird, obwohl sich doch gerade der flüchtende Räuber erfahrungsgemäß unter den Schnellfahrern befindet.

Die dynamische Variante hingegen, die Raumfahndung, hat in mehreren Fällen auch in Stuttgart Fahndungserfolge aufzuweisen - optimistisch stimmen den Betrachter diese Zahlen allerdings ebenfalls nicht.

Was sind also die Ursachen für die Ineffizienz des „Ringalarms"?

„Ring 10 Stuttgart-Mitte" als denkbar kleinste Einheit bedeutet, daß schon hier keine Kontrollstelle mehr auf dem Gebiet der LPD Stuttgart II zu finden ist. Die Korrelation zwischen Täterflucht und polizeilicher Reaktion verbietet auf den ersten Blick von vornherein die Auslösung eines derart kleinen Ringes. Festzustellen ist, daß bereits bei einem Ring 10 eine

Zahlen, an denen man nicht vorbeikommt...

„Fahndungsfläche" von 314 Quadratkilometern (!) innerhalb des Ringes entsteht. Diese Zahlen werden noch schwindelerregender, wenn man die Innenflächen von Ring 20 und Ring 30 betrachtet, nämlich 1 256 km² bzw. 2856 km². Für jene Fälle, in denen ein zuverlässiger Hinweis über Fluchtmittel bzw. Fluchtrichtung nicht vorliegt, ein wahrhaft riesiger Betätigungsraum für die innerhalb des Ringes eingesetzten Raumstreifen. (Nebenbei erwähnenswert: Das Stuttgarter Straßennetz hat eine Länge von ca. 1 200 Kilometern.)

- Schlechte Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluß einer Ringalarmfahndung im Raume Stuttgart weisen Untersuchungen in bezug auf die Komponenten Weg-Zeit aus. Angehörige des MEK der LPD Stuttgart II ermittelten folgende Werte:

Die Versuche wurden am 18./19. Dezember 1984 durchgeführt. Die Verkehrsverhältnisse waren „normal", also außerhalb der „rush hours". (Natürlich kann ein rücksichtsloser Fahrer zu durchaus besseren Ergebnissen kommen.)

Die BKA-Untersuchung hat ergeben, daß im Schnitt eine Zeit von 26,7 min vergeht, ehe der Ring „steht". Eine grobe Verquickung der Ergebnisse der o. a. Testfahrten mit den Zahlen der BKA-Untersuchung bzw. folgender Hochrechnung: Täter fährt auf Bundesautobah120 km/h, Täter fährt auf Landstraße 60 km/h, ergibt folgende Werte:

Beogen auf die durch die BKA-Untersuchung ermittelte durchschnittliche polizeiliche Reaktionszeit kann gesagt werden, daß in keinem Fall auch nur annähernd der Wert von 26,7 min erreicht wird! Fazit: Der zielstrebig flüchtende motorisierte Täter hat auf jeden Fall die entsprechende Kontrollstelle vor deren Besetzung passiert!

Unter dem Strich kann gefolgert werden, daß dem statischen Aspekt der Ringalarmfahndung, nämlich der Kontrollstelle, ein anderer Inhalt zu geben ist (Durchfahrtkontrolle bestimmter Fahrzeuge pp.) oder aber die betreffenden Fahrzeuge sind anders einzusetzen, z. B. bei der Raumfahndung.

Eigentliche Bedeutung: Raumfahndung

Auf Stuttgarter Verhältnisse bezogen kommt der dynamischen Komponente der Ringalarmfahndung, der Raumfahndung, die eigentliche Bedeutung zu. Daher sind m. E. ganz besonders hier Möglichkeiten für eine effektivere Gestaltung zu suchen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß bei Banken, Geschäften usw., die mit Einbruch- und Überfallmeldern ausgestattet sind, die Zeitspannen zwischen Alarmauslösung und Alarmverifizierung mit geringen Ausnahmen als akzeptabel angesehen werden können. Verbesserungen sind möglich, wenn die betreffenden Telefon-Anschlußinhaber die entsprechenden Telefonanschlüsse unbedingt für den Rückruf der Polizei bei Alarmauslösung frei halten. Negativer sind Ermittlungen mit der Suche nach Fluchtfahrzeugen. Wiederholt wurden den Einsatzkräften Fahrzeugtyp, sogar Kennzeichen pp., genannt, aber der betreffende PKW wurde erst längere Zeit nach Tatausführung in den bestreiften Räumen aufgefunden. Erst in jüngster Zeit gelang es beispielsweise nicht, einen schwarzen PKW-Porsche, deutlich sichtbar am Fahrbahnrand im wiederholt bestreiften Raum abgestellt, auszumachen.

Immer wieder kann auch festgestellt werden, daß den einzelnen Fahndungskräften entsprechende Räume zugewiesen werden, sie jedoch zunächst, wie von einem Magnet angezogen, die unmittelbare Tatortnähe suchen. Mangels konkreter Zuweisungen wird vielfach einfach „drauflos gefahndet", ohne daß weder der vor Ort befindliche Einsatzleiter noch das Führungs- und Lagezentrum (FLZ) Einfluß auf die einzelnen Fahrzeugbesatzungen nehmen können.

Um die Erfahrungen anderer Städte in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen, habe ich in den Funkleitzentralen in Heidelberg (Raumfahndung in festgelegten Bezirken gem. Stadtplan); München (ähnlich wie derzeit Stuttgart - nach Installierung eines Einsatzleitrechners soll Umstellung erfolgen); Hamburg (Fahndungskalender, Besetzung bestimmter Punkte); Frankfurt/M. (Fahndungsraster, Besetzung bestimmter Punkte) Auskünfte eingeholt. Ein bestimmtes Modell, das kopierbar wäre, erkenne ich nicht. Es entstand der Eindruck, daß alle Konzeptionen einer Verbesserung harren.

Die Frage nach dem Leitungsmodell

Wie nicht anders zu erwarten, werden die weitaus meisten Ringalarme im gesamten Bundesgebiet im Zusammenhang mit Raubdelikten gefahren. Nach Einführung des Einsatzleitrechners ergab sich die ausschließliche Möglichkeit, daß der verantwortliche Beamte im FLZ die Leitung des Einsatzes zu übernehmen hat. Inzwischen hat sich eingespielt, daß PvD-S- und PvD-K- aus dem FLZ den Einsatz verantwortlich führen; der von den Kräften S und K vor Ort gebildete Meldekopf reichert die dort vorliegenden Erkenntnisse ständig an, aktualisiert sie und spricht die einzelnen Raumfahndungsmaßnahmen pp. mit dem FLZ ab. Ferner stehen die Tatortbeamten entweder über Funk oder (meistens) über Draht durchgehend mit ihrer Fachdienststelle in Verbindung, in diesem Falle dem Raubdezernat, das wiederum intensive Kommunikation mit dem FLZ betreibt.

Diese Lösung hat sich m. E. als effektiv und praktikabel erwiesen, obgleich den gemachten Erfahrungen zufolge auch hier Verbesserungen denkbar sind:

- Grundsätzlich ist festzustellen, daß ein wirksamer Einsatz von der Qualität, dem Engagement, dem Einfühlungsvermögen und der Erfahrung des leitenden Beamten im FLZ abhängt. Einsätze dieser Art fordern ganz plötzlich den ganzen Mann, der in schneller Zeitfolge schwerwiegende Entscheidungen treffen muß und deshalb auch den Mut zu einer sich später als falsch erweisenden Maßnahme aufzubringen hat.
- Es hat sich wiederholt gezeigt, daß der leitende Beamte überfordert ist, wenn er nicht nur in dem betreffenden Ringalarm-Einsatz maßgeblich Entscheidungen zu treffen hat, sondern als PvD gleichzeitig aus anderen Anlässen tätig werden muß, so daß er sich nicht auf den einen Einsatz konzentrieren kann.
- Bei bevorstehenden Schichtwechseln muß der übernehmende Beamte erst das „feeling" für das vorausgegangene Ereignis erlangen - der scheidende Beamte nimmt ohnehin das gesamte Randwissen mit nach Hause!
- Immer wieder konnte beobachtet werden, daß der leitende Beamte unverzüglich die vorgeschriebenen Verständigungsmaßnahmen (von Taxizentrale bis Bahnpolizei) vornahm und demzufolge erst sehr spät die eigentliche Raumfahndungskoordinierung betrieb, nicht zuletzt weil die Gegebenheiten im FLZ dies nicht anders zulassen. (Hierzu ist u. a. das intensive Studium des Stadtplans notwendig, der sich in einem andern Raum befindet!) Und dabei weiß man doch, daß jede Sekunde wertvoll ist!
- Weder der den Einsatz leitende Beamte noch der vor Ort führende Einsatzleiter können es verhindern, daß jene Kräfte, die schon zur Raumfahndung eingeteilt wurden, einen - ich sagte es schon einmal - unbezähmbaren Drang zum engeren Tatort verspüren. Eine Massierung von Kräften S und K am unmittelbaren Ort des Geschehens ist - leider - immer wieder festzustellen, was allerdings auch auf Mängel im Führungssystem hindeutet.
- Verbesserungsfähig ist ferner die Kontaktaufnahme der Führungskräfte S und K vor Ort.

Bevorzugt: das aktive Leitungssystem

Im Gegensatz zur Feststellung der BKA-Untersuchung kann für Stuttgart nur das aktive Leitungssystem Platz greifen, weil nach den Vorstellungen des passiven Leitungsmodells überwiegend Informationen an die vor Ort tätige Fahndungsleitung weitergereicht werden. Die Würdigung der hier angeführten Tatsachen fordert ein Umdenken bei der Bewältigung der bei einer Ringalarm-

fahndung auftretenden Anforderungen geradezu heraus!

Aus meiner Sicht ist es erforderlich, im Falle der Beibehaltung des Ringalarms in der jetzigen Form mit der Einrichtung von Kontrollstellen als der statischen und der Raumfahndung als der dynamischen Komponente die Aufgabenzuweisung umzugestalten. Insbesondere erscheint mir folgendes erforderlich:

- Es ist sicherzustellen, daß im FLZ der leitende Beamte unbedingt von jedweder anderweitiger Aufgabenstellung freigehalten wird und sich ausschließlich auf diesen Einsatz konzentriert. Dazu benötigt er mindestens einen weiteren Beamten, der als Leitungsgehilfe ebenfalls ausschließlich für diesen Einsatz tätig wird. Bei wichtigen Einsätzen sollte ein Beamter der Fachdienststelle zum FLZ stoßen, wie es von seiten des Raubdezernat praktiziert wird.

Beim Raubdezernat überwacht bislang außerdem ein Beamter ausschließlich den Funkverkehr, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß wichtige Funksprüche in der Hektik des Arbeitsablaufes einfach nicht voll ausgedeutet werden und somit die Gefahr des Untergehens von Informationen besteht.

- An den Kontrollstellen muß die Führung der Kontrollisten auf wirklich relevante Fahrzeuge, u. a. sogar Personen, beschränkt werden und die Aufgabenstellung als solche muß flexibler vorgenommen werden (die Fahndungssituation kann sich während des Alarms mehrmals ändern).
- Vom Grundgedanken her sind die an den Kontrollstellen befindlichen Kräfte mehr als bereitstehende Kräfte für zu erwartende Lagen anzusehen, weil das angeführte Zahlenmaterial m. E. ausreichend dargelegt hat, daß der zügig vom Tatort weg flüchtende Täter mit den Mitteln der Ringalarmfahndung unter keinen Umständen zu packen ist!
- Die Raumfahndung in Stuttgart muß völlig neu gestaltet werden, denn nur mit dieser Variante können entsprechende Fahndungserfolge erwartet werden.

Durchweg wird bei einer Ringalarmfahndung davon ausgegangen, daß der Täter mit einem Kfz flüchtet. Im großstädtischen Bereich ist der zu Fuß oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel flüchtende Täter ein besonderes Problem. In einem Fall des Geldbombenraubs in der Nähe des Stuttgarter Hauptbahnhofes beispielsweise konnte bei der retrospektiven Betrachtung der Tat nachgewiesen werden, daß die Täter in einem D-Zug auf der Höhe von Mühlacker vom Fahrkartenprüfer der Bundesbahn angetroffen wurden, als die polizeiliche Fahndung sich gerade zu ihrer ersten Phase anschickte!

Die angeführten Beispiele beweisen im Grunde eines: Die Konzeption dieser Art der polizeilichen Fahndung orientiert sich eher am Vorstellungsvermögen ihrer Väter als an den Realitäten! Hat es somit überhaupt noch einen Sinn, beispielsweise einen „Ring 10" für Stuttgart auszulösen?

In diesen Betrachtungen wurde dargetan, daß sich „auf den ersten Blick" die Auslösung eines derart kleinen Ringes verbietet. Geht man aber von der Überlegung aus, daß dieser Ring ausschließlich von Kräften der LPD I im Sinne einer Kontrollstellenbesetzung um Stuttgart herum erfolgt und der Täter sich noch innerhalb des Ringes befindet, dann kann man einerseits alle Stuttgarter Fahrzeuge für die Raumfahndung einsetzen und bei Entstehen entsprechender Lagen auf die bereits anwesenden Kräfte an den Kontrollstellen zurückgreifen.

Das eigentliche Problem

Das eigentliche Problem stellt sich aber bei der effektiveren Gestaltung der Raumfahndung in Stuttgart. Hierzu biete ich folgendes Denkmodell an:

Das Gebiet der Landeshauptstadt ist auf dem Lageplan bereits in ein grobmaschiges Gitternetz A/1 ff. aufgeteilt. In einem zu entwerfenden Fahndungsatlas werden die Quadrate des bestehenden Gitternetzes nochmals geviertelt, so daß ein relativ engmaschiges Netz entsteht (Abb.). Die so entstehenden Sektoren erhalten beispielsweise die Bezeichnung T 28 A, T 28 B, T 28 C und T 28 D. Eine solche Einteilung hat den großen Vorteil, daß die Einsatzleitung in schneller Folge den am Einsatz beteiligten Kräften konkrete Fahndungsräume zuweisen kann, denn dieser Fahndungsatlas befindet sich in jedem Fahrzeug. Im Innenstadtbereich können mehrere Fahrzeuge in denselben Sektor beordert werden, während in den äußeren Bezirken eine Besatzung gleich mehrere Sektoren zu überwachen hätte.

In einem zweiten Abschnitt könnten die für eine Fahndung wichtigen Aspekte (Kreuzungsbauwerke, Tiefgaragen, Bahnhöfe, Kinos, Kaufhäuser, usw.) in den Fahndungsatlas mit aufgenommen werden, wobei eine Koordinierung mit dem Einsatzleitrechner auf der Hand liegt. (Der Umstand, daß beispielsweise in London jeder Einsatzraum in der sehr kurzen Zeit von ca. 5 Min. von den ersten polizeilichen Einsatzkräften erreicht werden soll, basiert auf einem ähnlichen Konzept.)

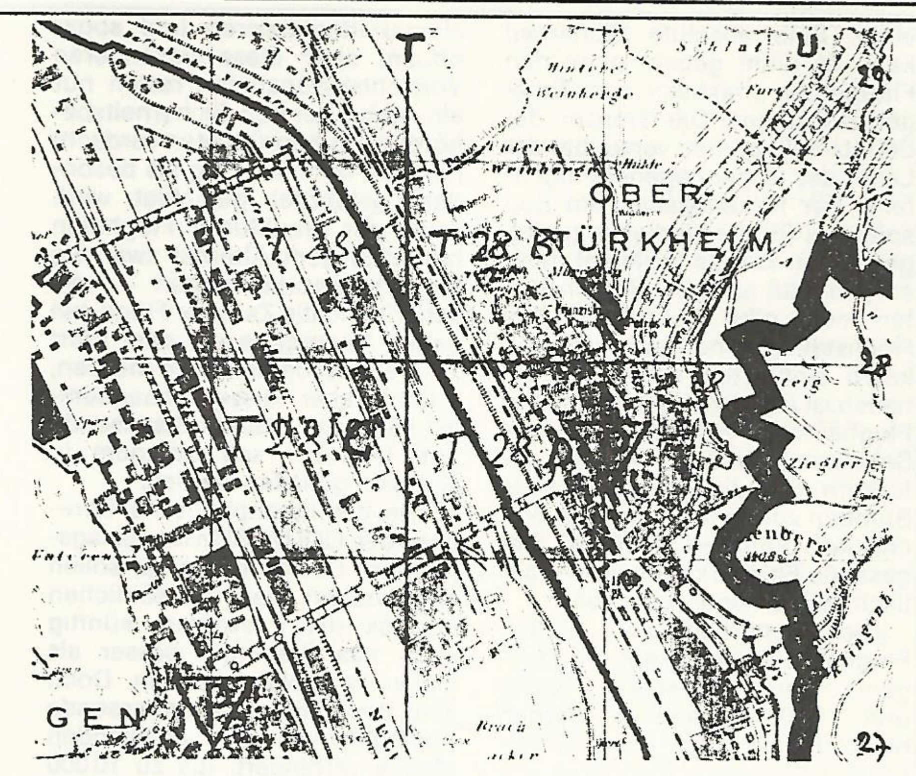
Aber auch eine Kommunikation unter den eingesetzten Kräften würde deutlich erleichtert werden, denn die Festlegung auf Örtlichkeiten ist sehr erleichtert. Da die angewiesenen Sektoren für die dorthin beorderten Kräfte verbindlich sind, tragen diese auch die Verantwortung für „ihren" Sektor, und ein „Versammeln" der eingesetzten Beamte in Tatortnähe würde entfallen. Hierbei drängt sich folgender Umstand auf:

Erfordernis der Rückmeldung

Immer wieder zeigt die Praxis, daß insbesondere als Fluchtfahrzeuge gesuchte PKWs leicht erkennbar von den Fahndungskräften einfach übersehen wurden. Diese Tatsache ist m. E. (zumindest teilweise) darauf zurückzuführen, daß eigentlich niemand so recht verantwortlich für einen bestimmten Raum sein will. Das Fachdezernat muß u. U. Kontakt mit Fahndungskräften aufnehmen, um irgendwelche Dinge nachzuvollziehen, kann aber im Nachhinein bei der Vielzahl der eingesetzten Beamten nicht mehr klären, wer was wo wann gemacht

oder unterlassen hat. Oftmals wurden sogar bei Schichtwechsel die Fahrzeugbesatzungen ausgetauscht, so daß dieselbe Funkstation durch die Umbesetzung einige Dinge nochmals vornahm, andere dagegen unterließ.

Ich rege deshalb an, geeignete Vordrucke zu entwerfen, die von den bei der „Sektorfahndung" eingesetzten Beamten nach Abschluß der Fahndung sofort der Fachdienststelle zuzuleiten sind. Diese Meldungen müssen exakt denjenigen Sektor bezeichnen, den die betreffenden Beamten zugewiesen erhalten und bestreift haben. Dabei sind die Straßen einerseits und die Tätigkeiten (Durchsuchung von Mülleimern, Gaststätten usw.; Gegenüberstellungen, Zeugenfeststellungen u. a.) andererseits zu bezeichnen, so daß u. U. aufgrund dieser Meldungen das Fachdezernat nochmals ansetzen kann. Da eine Verantwortlichkeit für „seinen" Sektor entsteht, kann davon ausgegangen werden, daß bei der Bestreifung sorgfältiger vorgegangen wird. Die Fachdienststelle kann aufgrund der Rückmeldungen ersehen, wo möglicherweise „weiße Flecken" entstanden sind und nachgefahndet werden muß.



Das Netz engmaschiger gestalten

Das jetzige Modell muß unbedingt durch ein wie auch immer geartetes neues ersetzt werden, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

(In meinen Betrachtungen sind bewußt Randprobleme wie Anschlußalarm, Straßensperren etc. unberücksichtigt geblieben, weil es gilt, ein neues Grundkonzept zu entwerfen - erst dann ist über die genauen Konditionen zu sprechen.) □

Terror gegen den Weltluftverkehr

Sicherheit auf Flughäfen ist ein Mengenproblem

Vier Flugzeugentführungen, zwei Bombenexplosionen auf Flughäfen und ein möglicherweise durch einen Terroranschlag verursachter Absturz eines Jumbojets innerhalb von 23 Tagen haben bei den internationalen Fluggesellschaften und den Regierungen der ganzen Welt eine Krisenstimmung ausgelöst. Alle Sicherheitsmaßnahmen werden noch einmal überprüft und Politiker sind sich einig, daß die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus verstärkt werden muß. Neue Maßnahmen zum Schutz der Luftfahrt nutzen nämlich nichts, wenn sich die Regierungen nicht zusammenschließen, um die Sicherheitsvorkehrungen auf jedem Flughafen der Welt zu verbessern und vor allem die Staaten zu bestrafen, die bekannte Terroristen beherbergen und sie in Ruhe ihre Terrorakte vorbereiten lassen.

Hier vor allem liegt das Problem: Selbst alle Staaten könnten keinen ausreichenden Schutz gegen Flugzeugentführungen und Bombenanschläge auf Flugzeuge bieten, wenn auch nur ein Staat die notwendigen Maßnahmen gar nicht oder zu lasch behandelt.

Mehr noch als bessere Röntgengeräte für die Gepäckdurchleuchtung und sorgfältigere Fluggastkontrollen brauchen die Regierungen den gemeinsamen Kampf gegen den grausamen Terrorismus. Die Ohnmacht gegenüber den jüngsten Anschlägen, die nur

11/85 **Kriminalistik**

durch Zufall nicht zu einer noch größeren Katastrophe geführt haben, müßte eigentlich endlich durchgreifende Maßnahmen möglich machen.

Der Vorstandsvorsitzende der Frankfurter Flughafen-Gesellschaft, Becker, appellierte daher auch an die Politiker, zur Abwehr des Terrorismus mehr internationale Solidarität zu zeigen. Die Sicherheit der Luftfahrt lasse sich nicht allein durch quantitative Verstärkung der Kontrollen gewährleisten. „Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürger zu schützen." Die Politiker seien jetzt aufgerufen, sagte Becker weiter, endlich wirksam zu handeln.

Mehr Kontrolle - aber keine Garantie

Im Augenblick aber bliebe nur, die Schutzmaßnahmen auf den Flughäfen deutlich zu verschärfen, doch waren sich die Experten

einig: Eine absolute Sicherheit kann es nicht geben, ohne den Flugbetrieb praktisch zum Erliegen zu bringen. Die Grenzen der Schutzmaßnahmen versuchte der Leiter des Kopenhagener Flughafens, Per Kirkensgaard, am Beispiel des Straßenverkehrs zu zeigen. „Man könnte vielleicht dafür sorgen, daß es keine Verkehrstoten mehr gibt, wenn man eine Höchstgeschwindigkeit von 15 km/h einführte", sagte er, „genauso ist es mit der Sicherheit der Flughäfen. Absolut sichere Schutzmaßnahmen würden erfordern, daß die Passagiere viele Stunden vor dem Abflug zum Einchecken kommen müßten. Der gesamte Flugverkehr würde praktisch zum Erliegen kommen".

Die Sicherheit auf großen Flughäfen ist vor allem ein Mengenproblem. Zwischen 50000 und 70000 Passagiere werden beispielsweise täglich am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen abgefertigt, dazu kommen noch etwa 10000 Menschen als Besucher. Außerdem gehen rund 35000 Beschäftigte auf Deutschlands größtem Flughafen ihrer Arbeit nach. Der Sprecher des Frankfurter Flughafens, Otto, erklärte dazu: „Auf einem Flughafen unserer Größe, den einschließlich Personal täglich 70000 Menschen passieren, ist eine Sicherheitsgarantie unmöglich."

Grundsätzlich kontrolliert werden allerdings alle Flugreisenden. Mit einer Sonde werden alle Kleidungsstücke überprüft; Beamte der Polizei nehmen eine Leibesvisitation vor, und auch das Handgepäck der Fluggäste wird beim Einchecken durchleuchtet. Eigene Sicherheitskräfte und Polizei gehen zusätzliche Streifen auf dem Flughafengelände und alle Anwesenden werden seit dem Anschlag auf dem Frankfurter Airport gebeten, auf herrenlos herumstehende Gepäckstücke zu achten.

Schwachpunkt Gepäck

Ein besonderes Problem bereitet den Kontrolleuren das Fluggepäck, das bisher in der Regel nur in Stichproben untersucht wurde. Manchmal müssen Reisende ihre Koffer und Reisetaschen noch einmal identifizieren und sogar öffnen, aber diese besonderen Vorsichtsmaßnahmen rasten nur ein, wenn bei den Sicherheitsbehörden ein begründeter Verdacht herrscht oder ein Flug als besonders gefährdet gemeldet wird. Auch der Frankfurter Flughafen hat nach dem Attentat zwar die Sicherheitsvorkehrungen verschärft und die Zahl der Flüge, bei denen Passagiere vor dem Start ihr Gepäck identifizieren müssen, erhöht, aber diese Unbequemlichkeit für Geschäftsreisende und Urlauber soll trotzdem in Grenzen gehalten werden.

Wie der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Laufs, feststellte, sollen aber neben dem persönlichen Gepäck der Passagiere künftig auch das Frachtgut besser als bisher kontrolliert werden. Doch wird auch hier eine umfassende Kontrolle von der anfallenden Menge verhindert. Bis zu 10000 Koffer und Taschen per Stunde transportiert allein die automatische Gepäckabfertigungsanlage des Frankfurter Flughafens an Verkehrsspitzentagen. Deshalb ist nur an Stichproben bzw. an eine Durchleuchtung der Frachtbehälter gedacht. Eine Überprüfung aller Gepäckstücke würde die technischen und personellen Möglichkeiten sprengen. Auch sind die notwendigen Röntgengeräte mit 140000 Mark pro Stück sehr teuer und die Kontrolleure am Röntgenschirm ermüden recht schnell, so daß leicht etwas übersehen werden könnte.

Man hat sich deshalb etwas anderes einfallen lassen: Das Gepäck zahlreicher Flüge wird auf einigen Flughäfen in einer sogenannten Simulationskammer auf seine Gefährlichkeit untersucht. Sollte mit den Koffern ein Sprengsatz mit Unterdruckzünder ins Flugzeug eingeschleust worden sein, um ihn in der Maschine in einer bestimmten Flughöhe und einem entsprechend niedrigerem Luftdruck zur Explosion zu bringen, würde er, ohne Gefährdung von Menschen und Maschine, bereits in der Simulationskammer detonieren.

Kontrollmaßnahmen

Insgesamt werden von seiten der Bundesregierung an folgende Kontrollmaßnahmen gedacht:

- Lückenlose körperliche Untersuchung der Fluggäste
- Lückenlose Kontrolle des Handgepäcks
- Verhinderung der Vermischung kontrollierter Passagiere und unkontrollierter ankommender Fluggäste
- Durchsuchung des Reisegepäcks
- Identifizierung des Gepäcks, damit kein Koffer ohne dazugehörigen Eigentümer befördert wird oder Transport des Gepäcks zum Flugzeug durch die Passagiere
- Bewachung abgestellter Maschinen und
- Streifendienst innerhalb und außerhalb des Flughafengeländes.

Ein Sprecher meinte in diesem Zusammenhang: „Das A und O der Flugsicherheit sind wirksame Kontrollen der Maschine, des Gepäcks und der Reisenden am Boden." Eine lückenlose Zutrittskontrolle bereits am Eingang des Flughafengebäudes dagegen sei kaum zu verwirklichen, man könne einen Flughafen nicht in eine Festung verwandeln.

Auch bewaffnete Flugbegleiter nach schweizerischem und israelischem Vorbild wird es aller Wahrscheinlichkeit nicht geben. Die Gefahr ist zu groß, daß es bei einer Schießerei zwischen Terroristen und Sicherheitskräften an Bord eines Flugzeuges zu einer Katastrophe führen könnte.

Nur automatische Detektoren können dieses Mengenproblem lösen

Die Zeiten, in denen der Zollbeamte am Flughafen alle Koffer von Urlaubern und Geschäftsreisenden per Hand und in Sichtkontrolle untersuchen konnte, sind lange vorbei. Es ist einfach ein Mengenproblem und nicht manuell zu bewältigen. Eine lückenlose Kontrolle des Hand- und Reisegepäcks können nur Detektions- und Durchleuchtungssysteme übernehmen.

Wie die Terrorakte im Juni 1985 bewiesen haben, gab und gibt es immer noch zu viele Lücken im Sicherheitsnetz der Flughäfen. So reicht z. B. auch eine Durchleuchtung des Gepäcks, die ohnehin

nicht auf allen Flughäfen der Welt wirklich konsequent durchgeführt wird, nicht aus, um auch Sprengkörper im Gepäck zu identifizieren, wenn sie z. B. in Form eines elektrischen Rasierapparates oder eines Haarföns geformt sind. Nur in Tel Aviv, in Singapur und in Tokio hilft eine besonders durchgeführte Prüfung auch zur Aufspürung von Sprengkörpern. Relativ sichere Flughäfen mit einem hohen Sicherheitsstandard sind darüber hinaus auch London, Zürich sowie die skandinavischen und bundesdeutschen Flughäfen.

Auf drei europäischen Airports - „Schiphol" in Amsterdam, „Arlanda" in Stockholm und „Vantaa" in Helsinki - haben wir uns über einen Teil des Kontrollmechanismus, über den Einsatz von Metalldetektoren, informiert.

Die Entwicklung des Sicherheits-Metall-Detektors „Metor" beruht auf der langjährigen Erfahrung der finnischen Firma „Outokumpu" auf diesem Gebiet. Heute ist dieser Detektor so erfolgreich, daß mit ihm rund 40 Prozent des gesamten Weltbedarfs an solchen Detektoren abgedeckt werden. Dank seiner Überwachungs- und Kontrolleigenschaften erhöht sich der „Metor"-Anteil von Jahr zu Jahr, denn er garantiert bei richtiger Bedienung, bei sorgfältiger technischer Überwachung und bei Beachtung der Bedienungsanweisungen die Entdeckung der für den Flugbetrieb gefährlichen Waffen.

Flughafen „Schiphol", Amsterdam

Angehörige des Sicherheitspersonals des Amsterdamer Flughafens wurden auf dieses Überwachungsgerät zum erstenmal auf einer Sicherheitsfachausstellung in Nizza 1979 aufmerksam. Da die Anschaffung eines solchen oder ähnlichen Gerätes gerade beschlossen war, veranlaßten sie umfangreiche Tests im täglichen Abfertigungsverkehr durch eigenes Kontrollpersonal in Amsterdam. Die Ergebnisse mit dem Sicherheitsdetektor „Metor 114" waren dabei so gut, daß bereits im Jahre 1980 das erste Gerät in „Schiphol" installiert wurde.

Heute arbeiten dort insgesamt 28 solcher Detektoren, zwei an zentralen Zugängen und je eines am jeweiligen Flughafenzugang. Diese Geräte werden durch das Wachpersonal eines privaten Sicherheitsdienstes bedient, der aber der Flughafenpolizei untersteht.

„Schiphol" ist der größte europäische Flughafen mit nur einem Abfertigungsterminal und der fünftgrößte Flughafen der Welt. Abgefertigt werden jährlich rund zehn Millionen Fluggäste und sie alle müssen durch einen der 28 „Metore".

Gefährliche Gegenstände müßten also unbedingt entdeckt werden - und sie werden auch gefunden. Die Flughafenpolizei muß Jahr für Jahr Tausende von gefährlichen Gegenständen beschlagnahmen. Natürlich waren das nicht alles nur Waffen, auch viele Sprühdosen oder Campinggasflaschen wurden konfisziert, weil sie eine Gefahr für die Sicherheit im Flugverkehr bedeuten.

Flughafen „Arlanda", Stockholm

„Arlanda" ist der viertgrößte Flughafen Europas. Der Verkehr wird über zwei Terminals abgewickelt, der eine für Auslands-, der andere für Inlandsflüge.

An der Abfertigung der internationalen Fluggäste wurde 1981 der Sicherheits-Metall-Detektor „Metor 114" als Ersatz für ein bestehendes älteres System installiert. Alle Fluggäste werden beim Einchecken überprüft und die Flughafenpolizei ist mit der Zuverlässigkeit dieser Geräte sehr zufrieden, da das bis dahin benutzte System sehr häufig Fehlalarm gab. Diese Falschmeldungen stoppten nicht nur den Fluß der Passagiere bei der Abfertigung, sondern brachten häufig auch Ärger mit den Fluggästen und ließ bei dem eingesetzten Wachpersonal die Aufmerksamkeit erlahmen.

Jetzt mit den neuen „Metor"-Systemen werden nicht nur Sprühflaschen, sondern auch Handfeuerwaffen, Munition und andere gefährliche, möglicherweise auch als Waffe zu benutzende Gegenstände beim Passieren des Rahmendetektors entdeckt.

„Arlandas"-Terminal für Inlandsflüge wurde im Oktober 1983 eröffnet. Sicherheits-Metall-Detektoren vom Typ „Metor 114" wurden hier von Anfang an eingesetzt, weil das schwedische Sicherheitsgesetz es verlangt, daß einer von drei Flügen mit elektronischen Kontrollgeräten überprüft werden muß. Dieser Auflage kommt die Flughafenpolizei mit äußerster Akribie nach. Welchen Flug sie allerdings genauestens überprüft, bleibt immer ihr Geheimnis. Kein Fluggast wird je vorher erfahren, ob die Passagiere seiner Maschine ausnahmslos überprüft werden.

Polizeiinspektor Björn Sundgren ist auf jeden Fall mit seinen Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen „Arlanda" sehr zufrieden und lächelt nur, wenn sich Passagiere über die zeitraubende Kontrolle zu beschweren versuchen: „So lange Passagiere sich beklagen, wir seien zu genau bei unseren Überprüfungen, so lange wissen wir, daß wir unseren Job gut machen".

Flughafen „Vantaa", Helsinki

Als die Firma „Outokumpu" ihren Sicherheits-Metall-Detektor Anfang 1970 entwickelte und produzierte, war „Vantaa" der erste Flughafen der Welt, der dieses System installierte.

Der „Metor 112", der damals montiert wurde, war sehr schwer und im Design wenig ansprechend. Hinzu kam, wie der Sicherheitsverantwortliche des Flughafens Helsinki, T. J. Tuomi, es formulierte, daß diese frühen Systeme extrem teuer waren und das Leistungs/Preis-Verhältnis nicht stimmte.

So war es auch nicht verwunderlich, daß die nächste „Metor 112"-Serie, die 1976 auf den Markt kam, wesentlich besser gestaltet und auch billiger war. Dieses neue Modell ersetzte in „Vantaa" das bis dahin benutzte Detektionsgerät, das aber danach noch auf Aland montiert wurde.

Seit 1979 wurde nur noch der „Metor 114" in Helsinki benutzt. Der weltweite Erfolg, den dieser Detektionsrahmen erzielen konnte, hat inzwischen die finnische Luftfahrtbehörde veranlaßt, alle finnischen Flughäfen mit dieser Sonde auszurüsten.

Jetzt „Metor 118" in Helsinki

Angesichts der guten Erfolge mit dem „Metor" war es klar, daß auch die neueste Entwicklung, der „Metor 118", inzwischen in Helsinki auf dem Flughafen „Vantaa" eingesetzt wird. Zwei davon sind installiert.

Diese neuen Durchgangs-Metall-Detektoren sind das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen, die zum Ziel hatten, mit einer Unzulänglichkeit aller Durchgangsdetektoren aufzuräumen: Lange, rutenartige Objekte, wie z. B. Degen oder Säbel, konnten bis dahin unentdeckt ohne Alarm durch den Detektor geschleust werden. Das ausgesendete Signal war bei solchen Objekten zu schwach, um vom Empfänger erkannt zu werden. Der „Metor 118" benutzt daher zwei Empfänger, so daß es unmöglich geworden ist, den spitzen Gegenstand ohne Alarm durch den Detektor zu bringen.

Wir fragten in Helsinki T. J. Tuomi nach seiner Einschätzung über solche Detektoren: „Die hier eingesetzten „Metor"-Detektoren haben sich sehr gut bewährt und wir sind zufrieden mit dem, was wir erreicht haben. Unser Sicherheitsstandard stimmt. Wer auch immer eine Flugzeugentführung plant, kann zwar nicht mit diesem Detektor gebremst werden, aber Geräte wie der „Metor"-Metall-Detektor stoppen ‚Amateure'. Profis müssen schon von anderen, umfangreicheren Sicherheitsvorkehrungen an ihrem Vorhaben gehindert werden, Fanatiker oder Terroristen, die ein Flugzeug entführen wollen, werden es auf andere Weise schaffen, Waffen an Bord zu bringen. Trotzdem liegt wie gesagt der Wert der Detektoren darin, daß es auch diesen Profis schwerer gemacht wird, zum Ziel zu gelangen und der Angriff eines Zufallstäters kann mit dieser Untersuchung hier am Boden bereits enden." □

Kriminalistik-Forum: Brandspuren

Kriminalistik 10/85

„Zürcher-Cocktail" Seit den Unruhen von 1980/81 tritt neben dem alten, klassischen Molotow-Cocktail, bestehend aus einer mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllten Flasche und einer Lunte aus Putzfäden oder Lappen, eine Brandlegungsvorrichtung in Erscheinung, die wie folgt funktioniert: Es ist heute allgemein bekannt, daß ein Tropfen Schwefelsäure ein Gemisch von Kaliumchlorat und Zucker zum Brennen bringt. Der „Zürcher-Cocktail" besteht nun aus einem Einmachglas, das teilweise mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllt ist und in das man noch etwas Schwefelsäure gegeben hat. Das ganze ist mit einer Folie abgedeckt, auf die eine Mischung von Chlorat und Zucker gegeben wird, bevor man das Glas mit dem Deckel verschließt. Am Brandort wird nur das Glas auf den Kopf gestellt. Die Säure frißt sich langsam durch die Folie und setzt dann das Gemisch Kaliumchlorat/Zucker in Brand. Durch die entstehende Hitze springt das Glas, die brennbare Flüssigkeit tritt aus und der Brand ist mit entsprechender Zeitverzögerung gelegt. Bevor das Glas auf den Kopf gestellt wird, ist die ganze Vorrichtung harmlos aufzubewahren oder zu transportieren, da die Schwefelsäure spezifisch schwerer ist als Benzin und sich am Boden des Glases sammelt. Leider ist diese Art von Mechanismus so einfach und in vielen Anweisungen zur Brandschatzung so gut beschrieben, daß sie fast ohne Individualspuren hergestellt werden kann.

Ähnliche Brandlegungsvorrichtungen sind Legion geworden, wobei die Küchenwecker und Parking-Timer meist als billigste Zeitschaltelemente eingesetzt werden.

3.12.85 **taz**

Linksextreme 'Chukaku-ha' bekennt sich zu Anschlägen

Tokio (afp) — Die linksextreme Untergrundorganisation 'Chukaku-ha' hat sich am Montag zu den Sabotage-Anschlägen auf das japanische Eisenbahnnetz am vergangenen Freitag bekannt. Nach Mitteilung der Nachrichtenagentur 'Kyodo' war eine entsprechende Mitteilung in Flugblättern erhalten, die bei einer Demonstration gegen die Erweiterung des internationalen Flughafens Tokio-Narita verteilt wurden. Es sei ihnen gelungen, durch die Lähmung des Kommunikations- und Signalnetzes der staatlichen Eisenbahngesellschaft der Regierung schweren Schaden zuzufügen, hieß es auf dem Flugblatt.

Rund dreihundert Angehörige von 'Chukaku-ha' hatten am frühen Freitagmorgen an 34 Stellen die Kabelanlagen der 'Japan National Railways' durchschnitten und in mehreren Bahnhöfen Brandbomben gelegt. Durch den Ausfall von insgesamt 3.200 Zügen entstand der bereits hoch verschuldeten Eisenbahngesellschaft ein Verlust in Höhe von rund 6,5 Millionen Dollar. Von dem Ausfall der Zugverbindungen im Raum von Tokio und Osaka waren 6,5 Millionen Menschen betroffen gewesen. 48 Angehörige von 'Chukaku-ha', darunter zwei Führer der Organisation, wurden festgenommen.

Zwischen Faustkampf und High Tech

Sicherheit für die Zukunft / Große Worte, gute Geschäfte und vor allem Unsicherheit zeichnen den „Internationalen Sicherheitskongreß" in Stuttgart aus / Wo Ursachenforschung fehlt, wird flächendeckend gearbeitet

Aus Stuttgart D. Willer 9.12.85 **taz**

Die Ernsthaftigkeit der Sicherheitsexperten aus Industrie und Wirtschaft, aber auch die Kompetenz der Sicherheitsbeauftragten aus Politik und Exekutive darf bezweifelt werden. Ohne exakte Analyse gesellschaftlicher Realität und deren historischer Entwicklung, so stellte sich auf dem dreitägigen internationalen Sicherheitskongreß in Stuttgart heraus, müssen wohl alle Ansätze, ein gesellschaftliches System, aber auch dessen Wirtschaft und Industrie wirksam zu schützen, dilettantisch bleiben. Der „Feind" bleibt weitgehend imaginär. Gegen den großen und kleinen Unbekannten, so glauben deshalb die Hersteller betrieblicher Sicherheitssysteme, helfen nur flächendeckende Maßnahmen, der Totalschutz und die perfekte Überwachung.

Noch ein anderes, bekanntes Phänomen wiederholte sich in den Referenten- und Diskussionsbeiträgen des Kongresses: Wo gesellschaftliche Strukturen unerkannt bleiben, wird ein Popanz geschaffen: hier der Ladenhüter für die Bedrohung der Republik, der nationale und internationale Terrorismus, die RAF. Kaum ein Referent, der sich nicht mit seinen methodischen Erfolgen in der Terrorismusbekämpfung großtat und doch gleichzeitig vor jeder prognostischen Aussage passen mußte. Man will offenbar weiterwursteln, um nicht jenen ins Geschäft zu pfuschen, denen Terrorismus und Spionage in den politischen Alltag passen, und auch denen nicht, die mit flächendeckenden Sicherheitsmaßnahmen und Überwachungssystemen den Reibach der Zukunft wittern. Mag sein, daß das der Grund war, weshalb Journalisten von der Teilnahme an den „heißen" Themen des Kongresses ausgeschlossen bleiben sollten.

„Terrorismus und Wirtschaft", der letzte Themenblock des Kongresses, versprach Interna. Über „Terrorismus — Bestandsaufnahme und Prognose" referierte ein Ministerialdirigent aus dem Bonner Innenministerium, für „die geistigen und politisch-sozialen Ursachen des deutschen Terrorismus" hatte man einen Professor der „Schule der Bundeswehr für die psychologische Verteidigung" in Euskirchen gewonnen, zu Möglichkeiten und Grenzen der Information und Kommunikation zwischen Industrie und Wirtschaft einerseits und den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden andererseits sprach der Spezialist für verdeckte Ermittlung, der baden-württembergische Polizeipräsident Alfred Stümper.

Allein dieses Jahr, so der Sprecher des Innenministeriums, hätten terroristische Anschläge 25 Mio. DM Sachschäden, vier Tote und 70 Verletzte gefordert, 38% aller Anschläge seien gegen Wirtschafts- und Industriebetriebe gerichtet gewesen, meist Baufirmen, Banken, Kaufhäuser, Computerhersteller, wehrtechnische und energiewirtschaftliche Betriebe. Die Motive: Ökologie- und Umweltzerstörung, Kapitalismus im allgemeinen, Natonachrüstung, AKWs, Ausbeutung der 3. Welt und Benachteiligung der Frau. Die Anschläge, so konstatierte der Sprecher des Bundesinnenministeriums im Unterschied zur Bundesanwaltschaft und den Richtern in diversen RAF-Verfahren in Stuttgart Stammheim, seien meist an Wochenenden oder nachts erfolgt, um keine Personen zu gefährden. Ganz wie die RAF selbst, so will auch der Terrorismusexperte des Bundesinnenministeriums eine Internationalisierung terroristischer Aktionen festgestellt haben, nur sei „die über den Anfang noch nicht hinausgekommen".

Der „Rechtsterrorismus", so der Referent, sei bisher ohne wirksame Ideologie und Praxis, es gebe dort keine entsprechenden Aktionen. Die RAF sei ungebrochen, ihr Umfeld sei trotz starker Kritik der Linken intakt. Appell an die Anwesenden: „Wir dürfen uns von den Terroristen nicht kaputtmachen lassen", Prävention sollte immer einen Schritt voraus sein.

„Wir Deutschen haben den Terrorismus, den wir verdienen", begann der Bundeswehrprofessor seine Ausführungen. Terrorismus heute, so der Professor, hätte ebenso seine historischen Gründe wie der Staatsterrorismus des 3. Reiches oder der der DDR. Terrorismus heute sei ein extremes Resultat einer „Kommunikationskrise" mit den Folgen von Ordnungsverwirrung, Ordnungsutopismus und Ideologieanfälligkeit. Schuld daran sei eine Überflutung mit Informationen, die Undurchschaubarkeit der Verhältnisse und die Sehnsucht nach mehr Menschlichkeit. Verantwortliche dafür findet der Bundeswehrprofessor nicht in der Ordnungspolitik ebenso repressiver wie obrigkeitshöriger staatlicher Institutionen, nein: Akademiker, Soziologen, Politologen, Pädagogen und „Täterjournalisten" seien der Grund der Misere. Weshalb sie: „2/3 aller Journalisten sind Studienabbrecher und haben sich der Weltverbesserung verschrieben", weiß der Professor. Und weshalb es gegen diese heimlichen Verführer keine Resistenz gibt, weiß der Herr von der Bundeswehr auch: Die „Großfamilie" existiere nicht mehr.

Die „Terrorismusbereitschaft" sieht der Referent durch eine fundamentale „Rechtskrise" gefördert, die zu einem Konflikt zwischen „Legitimität und Legalität" geführt habe. Die verhängnisvolle Philosophie der 60er Jahre, die dem Staat strukturelle Gewalt gegen das Volk vorwarf und damit Gegengewalt überhaupt erst legitimiert habe, sei daran ebenso schuld wie Günther Grass und der Rhetoriker Walter Jens, die ein solches Recht auf Gegengewalt in den vergangenen Monaten neu zurechtgezimmert hätten.

Recht und Gewalt, so der Bundeswehrprofessor, seien eben keine Gegensätze und müssen dem Staat erhalten bleiben. Es dürften keine rechtsfreien Räume entstehen, denn daraus entstünde der Terrorismus.

In der Ausstellungshalle der Sicherheitsmesse fanden derweil Schaukämpfe der Karateschule Mattusek statt, Beispiele zur kämpferischen Erhaltung der persönlichen Sicherheit. Betriebsschutzfirmen stellen die Uniformen ihrer Wachmänner aus, und der Bundesverband deutscher Detektive preist sein Ausbildungsprogramm an.

Adrian Geiges AIB dec.85

Weltliga der „Contras"

Zwei Konferenzen, die im September d.J. in den USA stattfanden, machten deutlich, daß eine internationale Vereinigung aller konterrevolutionären Organisationen im Entstehen ist. Sie zeigen auch an, daß sie auf die Unterstützung privater Kreise und die Rückendeckung offizieller US-Stellen zählen kann. In Dallas fand vom 10.-13. September 1985 die Konferenz der Antikommunistischen Weltliga (WACL), danach in Las Vegas vom 20.-22. September 1985 das Jahrestreffen der Söldnerzeitschrift Soldier of Fortune (siehe Kasten) statt.
Einen Augenzeugenbericht für das AIB, in den Interviews und „persönliche Unterhaltungen" mit „Contra"-Führern Eingang fanden, hat Adrian Geiges, Redakteur des Jugendmagazins elan, für das AIB verfaßt. Er hatte, in Wallraff-Manier, als „konservativer Journalist" getarnt, an den Treffen der „Kommunisten"-Killer teilgenommen.

„Wir müssen mit einer neuen Stufe des Antikommunismus beginnen", erklärte in Dallas Ku Cheng-kang aus Taiwan, ehemaliger Berater Tschiangkaischeks, des inzwischen verstorbenen Ehrenvorsitzenden der Antikommunistischen Weltliga (WACL).
Tatsächlich machte die Zusammensetzung der WACL-Konferenz eine neue Stufe des Zusammenschlusses antikommunistischer und konterrevolutionärer Bewegungen sichtbar. Teilnehmer waren u.a.:
Adolfo Calero, seit 1961 als CIA-Agent in Nikaragua tätig, ehemaliger Coca-Cola-Manager, seit 1983 Chef der Nationalen Demokratischen Kraft (FDN), der größten und am offensten reaktionären „Contra"-Gruppierung;
Holden Roberto, Chef der konterrevolutionären Nationalen Front zur Befreiung Angolas (FNLA) in Angola;
Figuerido Paulo, offizieller Vertreter der Nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in den USA;
Habibullah Mayar, Präsident der „Afghanischen Gemeinschaft in den USA" und offizieller Vertreter des „afghanischen Widerstands" in Washington;
Artur Dafonseca, Sekretär für äußere Angelegenheiten der Konterrevolutionäre des Nationalen Moçambikanischen Widerstands (RNM) und
F.G. Maluza, deren Sekretär für Finanzen und Verwaltung;
Sichan Siv, Botschafter der von Pol Pot mitgetragenen Regierung des sog. „Demokratischen Kampuchea" bei der UNO;
Bee Mova, früherer Präsident von Laos, heute konterrevolutionärer Führer;
Lee Phovc Sang und Lee Quoc Tuy, „Widerstandsführer" aus Vietnam;
Yonus Deressa von der „Äthiopischen Flüchtlings-Stiftung";
Mario Sandoval Alarcon, früherer Präsident der Nationalversammlung von Guatemala, Führer der Todesschwadronen; sowie Vertreter von Exilorganisationen ehemaliger Bürger der Sowjetunion, Polens und anderer sozialistischer Länder.
Die Antikommunistische Weltliga, die früher vor allem ein Instrument des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder Osteuropas war, formulierte jetzt in Dallas als Schwerpunkt die Unterstützung der genannten konterrevolutionären Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika.
Diese Schwerpunktsetzung kam auch in den Redebeiträgen zum Ausdruck: Während sich die antikommunistischen Exilanten aus Osteuropa auf Wehklagen über „Menschenrechtsverletzungen" beschränkten, berichteten die Vertreter der konterrevolutionären Banden über „den Stand des Freiheitskampfes". Sie nutzten die Konferenz, um in geschlossenen Sitzungen „Erfahrungen auszutauschen".
Die Antikommunistische Weltliga, so das Abschlußkommuniqué, will den Konterrevolutionären „durch engere Zusammenarbeit mit der Presse, akademischen und parlamentarischen Institutionen und Regierungseinrichtungen" helfen. Für welche Art von „Freiheit" diese „Freiheitskämpfer" eintreten, machte eine Formulierung im Abschlußkommuniqué deutlich, das einstimmig verabschiedet wurde: „Unterstützt diese freien Nationen in ihrer Verteidigung gegen Moskauer-Pekinger Aufrührer — El Salvador, die Philippinen, Malaysia, Südafrika und andere."
Eine ausgelegte Zeitung prangerte mit Namen und Fotos US-Senatoren an, „die die sowjetische Kampagne zur Unterminierung und zum Sturz der südafrikanischen Regierung unterstützen". Holden Roberto von der angolanischen FNLA scheute sich nicht, in seiner Rede fast die gleiche Formulierung zu verwenden: „Der südliche Teil des afrikanischen Kontinents wird gefährlich unterminiert vom internationalen Kommunismus unter dem Vorwand der Bekämpfung der Apartheid." Eine „Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in Afrika" würde „eine friedliche Abschaffung der Apartheid" möglich machen.
Robertos „Kollege" von der UNITA, Figuerido Paulo, meinte: „Die Gefahr im Südlichen Afrika ist nicht Südafrika. Denn Apartheid ist nicht das System, das in Afrika verbreitet wird, wohl aber das kommunistische."
Der Repräsentant der afghanischen Konterrevolution, Habibullah Mayar, nannte in einem Gespräch ausdrücklich „freies Unternehmertum" und „Rückgabe des Landes an die Besitzer" als Ziele.

Reagans Kurs umsetzen

Kern der Antikommunistischen Weltliga ist deren USA-Sektion, der US-Rat für die Freiheit der Welt.
Weltliga und US-Rat werden in Personalunion geleitet von General John Singlaub, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der US-Truppen in Südkorea. Singlaub machte gleich zu Beginn seines Rechenschaftsberichtes „den großen Anteil von WACL an der Unterstützung der Freiheitskämpfer" deutlich und nannte zwei Bereiche: „Finanzielle Hilfe" und „Beratung".
Die Funktion dieser „privaten Hilfe" beschrieb Alexander McColl, der unter Singlaub in Vietnam gekämpft hat und dessen heutige Einsätze gegen Nikaragua in der Söldnerzeitschrift „Soldier of Fortune" (Juni 1985) so beschrieben werden: „Wir versuchen, sowohl in Salvador als auch in Nikaragua die Ziele voranzubringen, die der Präsident und Oberbefehlshaber erklärt hat und die die Demokraten im Repräsentantenhaus sabotieren, so gut sie können. Der Präsident macht Außenpolitik und wir versuchen einfach, so viel von der Außenpolitik des Präsidenten fortzusetzen, wie unsere bescheidenen Möglichkeiten erlauben."

So bescheiden sind die Möglichkeiten gar nicht. General Singlaub gab an, er und andere private „Hilfsorganisationen" hätten in den USA 25 Mio Dollar für die nikaraguanischen „Contras" gesammelt. Das entspricht beinahe den 27 Mio, die der US-Kongreß in diesem Jahr bewilligt hat. Singlaub betonte, daß die „private Hilfe" in Ergänzung zu diesen staatlichen Geldern weiterhin „notwendig" sei. Sie fülle Lücken in Bereichen, in denen dem Staat die Hände gebunden seien.

Zwar stritt Singlaub ab, daß von seinen Geldern Waffen gekauft werden. Doch WACL-Konferenz-Teilnehmer versicherten mir mit einem Augenzwingern, etwas anderes könne er ja gar nicht sagen, weil die US-Gesetze Geldsammlungen für Waffen in anderen Ländern verbieten.

Singlaub sagte auch, wie für „Contra"-Waffen offen gespendet werden kann: „Es gibt Konten dafür auf Überseebanken. Geld kommt vor allem von westeuropäischen Unternehmen, deren Eigentum in Nikaragua enteignet oder nationalisiert worden ist. Selbstverständlich kann auch ein US-Bürger einen Scheck schreiben und ihn zu einer der Überseebanken schicken."

Offen gesammelt wurde in Dallas für Uniformen, Kampfstiefel und Hubschrauber. An einem „International Freedom Fighters Dinner" nahmen die Dallas-Millionäre Bunker Hunt und Burt Hurlbut teil – und die reiche Texanerin Ellen Garwood. Sie ließ vor der Konferenz bekanntgeben, daß sie den „Contras" 65.000 Dollars für einen Hubschrauber gespendet hat.

14 Mio Dollar für die „Contras" will die Zeitung Washington Times sammeln, deren Chefredakteur in Dallas sprach. Mitherausgeberin ist Reagans ehemalige UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, Eigentümerin der Zeitung die Moon-Sekte. Die war in Dallas auch vertreten durch Takeshi Furuta, den Direktor für asiatische Angelegenheiten ihrer politischen Organisation Causa International. Moons Causa International sammelt nach eigenen Angaben „Kleider und Versorgungsgüter" für die „Contras" in Nikaragua.

Sicherheitschef der Konferenz in Dallas war Tom Posey, Leiter der Civilian Military Assistance (CMA), einer Organisation von Vietnam-Veteranen, die die nikaraguanischen „Contras" berät. Zwei seiner Leute kamen im September 1984 bei einem Einsatz in Nikaragua ums Leben.

Dana Drenkowski, der selbst als Söldner bei den „Contras" war, erzählte mir: „Die Mehrzahl der Ausländer ist als Ausbilder oder im technischen Bereich tätig. Wir leisten mehr Gutes, wenn wir die Leute ausbilden, die kämpfen, als wenn wir selbst mit ihnen rausgehen."

Ausbildungs-Teams des US-Söldnermagazins Soldier of Fortune sind nach Auskunft von Herausgeber Robert K. Brown auch in Afghanistan unterwegs. Alles private Initiativen, unabhängig von der US-Regierung? Singlaub plauderte: „Nun, gelegentlich rufe ich Freunde in der Administration an und sage: 'Schau, alter Junge, das haben wir vor, falls du irgendwelche Einwendungen hast, sende mir ein Signal.' Nun, bisher ist keines gekommen."

Gekommen ist ein Telegramm von Präsident Reagan an die WACL-Konferenz in Dallas – das allerdings keine Einwendungen signalisiert: „Ich applaudiere Ihrem Einsatz für das ehrenvolle Anliegen. Unsere gemeinsamen Bemühungen bewegen den Lauf der Geschichte auf das Ziel einer Welt in Freiheit zu."

Mehr als nur von Wohlwollen geprägt ist das Verhältnis der Antikommunistischen Weltliga auch zu einigen anderen Regierungen. Paraguays Diktator Alfredo Stroessner sandte ein Grußschreiben an die Konferenz in Dallas. Am 11. September klatschten die Delegierten minutenlang aus Anlaß des „Jahrestages des Sturzes der marxistischen Regierung durch unsere Freunde in Chile" (Singlaub).

Und „in Taiwan ist die Antikommunistische Liga praktisch ein Regierungsorgan". Der mir das sagte, ist selbst Mitglied einer Regierungspartei: Wolfgang Schall, der bundesdeutsche Delegierte auf der WACL-Konferenz, saß bis vor einem Jahr für die CDU im Europaparlament. Der Bundeswehr-General a.D. war 1968-71 Leiter der Stabsabteilung Führung beim Heer im Verteidigungsministerium in Bonn.

Schall leitet die bundesdeutsche Sektion der Antikommunistischen Weltliga. Über deren Arbeit führte er aus: „In der Bundesrepublik treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf, denn es gibt bei uns ja genügend andere antikommunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist es, deren Arbeit mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga zu koordinieren. Wir stehen in Verbindung mit sämtlichen Vertriebenenverbänden. Der maßgebende Mann ist für uns dabei deren Präsident, der Bundestagsabgeordnete Dr. Czaja. Wir arbeiten mit der Gesellschaft für Menschenrechte und mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Todenhöfer zusammen. Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro."

Über die nikaraguanischen „Contras" meinte der CDU-Mann in Dallas: „Ich hoffe, daß die USA die bald stärker unterstützen, damit die die in Nikaragua regierenden Sandinisten verjagen. Ich hoffe, daß Reagan sich durchsetzen kann und den Sandinisten ein Ende bereitet."

„Kommunisten"-Killer fast unter sich

Eine Woche nach der Konferenz der Antikommunistischen Weltliga (WACL) fand vom 20.-22. September 1985 im Sahara-Hotel in Las Vegas das Jahrestreffen der US-Söldnerzeitschrift „Soldier of Fortune" (SOF) statt. Die 800 Teilnehmer waren überwiegend US-Bürger und trugen allesamt Uniform (Tarnanzug).

Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten Seminare zu Themen wie „Afghanische Guerilla-Taktiken", „Zentralamerika: Der Krieg vor Amerikas Haustür" usw. Offenherzig erzählten die Söldner vom Einsatz der SOF-„Trainingsteams" in Honduras (für die nikaraguanischen „Contras") in El Salvador (für die Armee) und in Afghanistan (für die „Rebellen").

Praktisch wurde der „Befreiungskampf gegen den Kommunismus" in der Wüste Nevada sowie an verschiedenen Stellen der Stadt geprobt. Hier wurden Schießübungen, Kämpfe mir dem Messer, Fallschirmspringen und ähnliches mehr praktiziert. Waffen- und Sprengstoffproduzenten, darunter die bundesdeutsche Heckler & Koch, führten ihre neuesten Errungenschaften vor.

Gewehre, Pistolen und Folterinstrumente konnten auch auf einer Ausstellung begutachtet werden. Bücher mit Anleitungen zum Waffengebrauch und zur Folter sowie T-Shirts, Aufkleber und Buttons mit Losungen wie „Rettet Südafrika – macht Tutu ein Ende" oder „Ich möchte jetzt lieber Kommunisten in Mittelamerika umbringen" – konnten hier erstanden werden.

Um ein Treffen von nicht ernstzunehmenden Waffenfanatikern, Verrückten und Ewiggestrigen handelte es sich hierbei keineswegs. Vielmehr wurde praktische Arbeit für die weltweite Unterstützung der „Contras" geleistet. Dies machte die Präsenz von fast allen konterrevolutionären Führern deutlich, die auch am WACL-Treffen teilgenommen hatten.

Sie informierten sich über die neuesten Waffenentwicklungen und hielten auf Banketten

schwülstige Reden, in denen sie den Söldner-Teams von SOF für deren Unterstützung dankten. Alle erhielten Geld aus Erlösen einer Versteigerung von „Beutestücken" (z.B. Mützen der Sandinistischen Volksarmee) der „Contra"-Banden.
Die Verbindungen zur WACL wurden überdeutlich durch die Tatsache, daß diese als einzige politische Organisation einen Stand auf dem Söldnertreffen hatte und deren Führer Singlaub im Jahr zuvor der Hauptredner war. SOF-Herausgeber Brown bestätigte einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der WACL und sprach von „gleichen Zielen".
Daß das Söldnertreffen problemlos in den USA über die Bühne gehen konnte, ist ein Beleg mehr dafür, daß die Reagan-Administration trotz gesetzlichen Verbots den Einsatz von Söldnern auf seiten konterrevolutionärer Bewegungen unterstützt. Damit erspart sie sich lange Auseinandersetzungen im Kongreß über die Entsendung offizieller Militärberater und international kann sie den Schein wahren, sie sei nicht direkt an den Konflikten beteiligt.

De Reagan-administratie financiert momenteel verschillende Westeuropese politieke en syndikale organisaties. Zo kreeg Force Ouvrière, de 3de grootste vakbond in Frankrijk, tussen april 84 en april 85 circa 40 miljoen fr Amerikaans regeringsgeld en een uiterstrechtse splintergroep in Parijs nog eens 28 miljoen. Een en ander bleek gisteren uit een enquête van het Franse dagblad Libération. Force Ouvrière heeft de feiten al bevestigd.

De Morgen 28-11-85

Reagan financiert rechts in Frankrijk

DEZE betalingen, die momenteel nog doorlopen, maken deel uit van een wereldomvattend programma dat door Reagan in 1983 officiëel werd gelanceerd onder de benaming *Project Democracy*.
Officiëel heeft dit financieringsprojekt tot doel om de demokratische krachten in diktatuurlanden te steunen. In werkelijkheid maakt dit initiatief van Reagan deel uit van een anti-kommunistisch aktieprogramma dat zijn regering heeft uitgestippeld om de internationale invloed van Moskou in te dijken.
In 83 werd in de VS het *National Endowment for Democracy* een 'Nationaal fonds voor de Demokratie', opgericht dat enige tijd later, op uitdrukkelijk verzoek van de president, voor het werkingsjaar 1984-85 in totaal voor 18 miljoen dollar (circa 1 miljard BF) aan kredieten kreeg toegewezen door het Amerikaans Kongres. De verdeling van tweederden van dit bedrag werd door de Amerikaanse regering toevertrouwd aan de grote Amerikaanse vakbond AFL-CIO.
Deze vakbond staat al tientallen jaren bekend als een internationale pionier in de strijd tegen de kommunistische invloed, waar ook ter wereld. Inzake internationale politiek behoort de leiding van het AFL-CIO traditioneel tot de *hardliners* die op het syndikale front de koude oorlog in stand houden.
Het AFL-CIO begon al kort na de tweede wereldoorlog te funktionneren als kanaal voor financiële steunverlening aan vakbonden die in West-Europa de invloed konden indijken van Moskou-vriendelijke syndikaten. Het was tendele door toedoen van het AFL-CIO dat in Frankrijk na WO-II ook de vakbond Force Ouvrière (FO) ontstond als afsplitsing van de kommunistische CGT.
FO kreeg tussen 1948 en 1952 al financiële steun van het AFL-CIO via zijn direkteur voor internationale vakbondsrelaties, Irving Brown. Laatstgenoemde is nu 74 j. oud maar nog steeds in funktie als 'minister van buitenlandse zaken' van de Amerikaanse vakbeweging met Parijs als standplaats. Daar bevindt zich in de *rue de la Paix* immers sedert 1952 het Europees verbindingsbureau van het AFL-CIO.
En dat het AFL-CIO en Irving Brown een aktieve maar diskrete rol spelen in de internationale politiek blijkt uit de omvang van de fondsen die deze vakbond spendeert in het buitenland. Die uitgaven worden voor het meerendeel gedekt door de Amerikaanse schatkist. Ze belopen jaarlijks meer dan 2 miljard BF en dat is bijna evenveel als het jaarlijks werkingsbudget van het AFL-CIO zelf in de VS. Het geld gaat naar 83 verschillende landen.
Volgens de ultra-konservatie Republikeinse senator Orrin Hatch, die deze aktiviteiten superviseert, doet de Reagan-regering voor zijn buitenlandse politiek in zulke belangrijke mate een beroep op het AFL-CIO 'omdat de vakbonden over een politieke efficiëntie beschikken waaraan het de CIA al te vaak mangelt'.
Het was dan ook logisch dat Reagan in 83 het 'Nationaal Fonds voor de Demokratie' opdracht gaf om de steunverlening in het buitenland ook ditmaal langs het AFL-CIO te kanaliseren. Het AFL-CIO speelt op zijn beurt de gelden door naar bevriende organisaties in het buitenland, zoals FO in Frankrijk, via zijn studiecentrum, het *Free Trade Union Institute* (FTIU).
Het *National Endowment for Democracy* (NED) subsidiëert officiëel burgers, vakbonden en andere organisaties in het buitenland 'om de terugkeer naar de demokratie mogelijk te maken in diktatuurlanden of in landen waar de demokratie erg zwak staat'.
Het verstrekken van de fondsen moet, volgens de direktrice van het FTIU, Eugenia Kemble, in sommige landen geheim blijven 'omdat degenenen die het geld ontvangen zouden gevaar lopen of gehinderd worden indien de financiering zou bekend worden. Repressieve regeringen of kommunistische groepen zouden die informatie kunnen uitspelen tegen de personen en de vakbonden die wij willen helpen', zo schreef ze aan de voorzitter van het Fonds, Carl Gersham.
De geheimhouding werd beperkt tot een groep van negen landen waaronder Chili, Polen, Nicaragua. Brazilië, de Philippijnen, Suriname, Paraguay en ... Frankrijk.

Het is niet meteen duidelijk waarom de Reagan-regering het regime van François Mitterand hier blijkbaar op één lijn stelt met dat van de generaals Pinochet, Stroessner of Jaruzelski. De verklaring hiervoor zal wel tendele te maken hebben met het feit dat een groot deel van het Amerikaans geld dat werd overgemaakt aan Force Ouvrière in werkelijkheid via dezer omweg bestemd was voor de Poolse vakbond Solidariteit. Force Ouvrière zou m.a.w. in deze zaak ook als cover kunnen dienen voor klandestiene steun aan o.m. de Poolse oppositiebeweging ...
André Bergeron, de stichter en huidige sekretaris-generaal van FO, verklaarde gisteren in elk geval aan Libération dat de Amerikaanse fondsen door zijn vakbond gebruikt werden om vluchtelingen te helpen afkomstig uit landen zoals Polen, Chili, enz...
Volgens de dokumenten die Libération publiceert ging er in 84-85 ook nog Amerikaans geld naar een ganse reeks andere, minder bekende organisaties. Het tweede grootste bedrag, nl. 28 miljoen fr, was bestemd voor de *Union national inter-universitaire* (UNI), een kleine extreemrechtse organisatie die in het verleden geliëerd was met de beruchte gaullistische privémilitie SAC en die momenteel sterk aanleunt bij het Front National van Le Pen en bij de rechtervleugel van de RPR van Jacques Chirac.

Ook de UNI fungeerde klaarblijkelijk slechts als doorgeefluik voor andere, meer bekende politieke organisaties die vast en zeker behoren tot de extreemrechtse Franse oppositiekringen.
In het dokument van het *Free*

Trade Union Institute, dat gisteren door Libération in facsimile werd afgedrukt, staat te lezen dat ook twee organisaties met zetel in België een (klein) deel van de Amerikaanse regeringsfondsen kregen. Het gaat om twee internationale vakbondscentrales.

Zo zou de *International Federation of Free Teachers Unions* (FTUI), die de onderwijsbonden bundelt, een bedrag van 12.000 dollar (600.000 BF) krijgen. Maar de FTUI heeft haar zetel niet in ons land, wel in Nederland.

Onder het hoofdstuk België staat tenslotte nog een tweede internationale vakbondscentrale vermeld, nl. de *Mineworkers International Federation* voor een bedrag van 10.000 dollar (500.000 BF).

In Brussel is inderdaad de zetel gevestigd van die *Miners International Federation* maar op het sekretariaat van deze vakcentrale kon men ons niet bevestigen dat er geld binnenkwam van het *National Endowment for Democracy*. Er werd echter, naar verluidt, vanwege het AFL-CIO wel gesignaleerd dat daartoe een aanvraag kon gedaan worden. Elke externe financiering van onze aktiviteiten, zo vertelde men op het sekretariaat van de FIM, is echter onderworpen aan de goedkeuring van de bij ons aangesloten syndikale organisaties.

De financiering door de regering Reagan van vakbonden en extreemrechtse organisaties, o.m. Force Ouvrière in Frankrijk, maakt in werkelijkheid deel uit van een veel omvattender aktieprogramma dat door de Amerikaanse president officieel werd gelanceerd in een toespraak die hij op 8 juni 82 hield in het Britse parlement.

Het programma 'Project Democracy' vormt sedertdien een essentieel bestanddeel van de Amerikaanse diplomatie. Bij de uitvoering ervan werden de twee grote politieke partijen in de V.S., de vakbonden (AFL-CIO) en de Amerikaanse zakenwereld betrokken.

In een intern regeringsrapport hierover (*Democracy and Public Diplomacy: an Inter-Agency Proposal*, dat op 16 maart 83 is uitgelekt in de Amerikaanse 'Christian Science Monitor', werd al aangeduid dat het projekt de financiering voorzag van Europese organisaties die de NATO verdedigen (1,5 miljoen dollar in 2 jaar tijd), universitaire programma's ter verdediging van de privé-onderneming (0,8 miljoen dollar), vormingsprogramma's voor toekomstige leiders over het Amerikaans beleid en de Russische bedreiging (1,5 miljoen), de oprichting van Amerikaanse studiecentra in het buitenland rond tema's zoals het kommunistische gevaar (12,5 miljoen waarvan 4 miljoen in West-Europa), de bevordering van onderricht in de Engelse taal in Afrika om meer begrip te wekken voor de V.S. (1,8 miljoen), de publikatie van boeken over de Amerikaanse geschiedenis in het buitenland (5,4 miljoen), enz...

De in Brussel gevestigde *Miners International Federation* (MIF), die in de krant Libération ook op de lijst voorkwam van organisaties die geld zouden ontvangen hebben van de Amerikaanse regering, logenstrafte gisteren formeel dat ze ook maar één cent zou gekregen hebben.

Het MIF telt 1,2 miljoen betalende leden en bundelt mijnwerkersvakbonden uit 39 landen. De Belgische sekretaris-generaal van de MIF, Jan Olyslaegers, tevens voorzitter van de Nationale Centrale der Mijnwerkers van België (ABVV), herinnert zich wel dat de AFL-CIO-vertegenwoordiger voor Europa, Jim Baker, in de loop van 84 het MIF herhaaldelijk financiële middelen aanbood namens het Free Trade Union Institute.

"Maar deze voorstellen, die betrekking hadden op vele miljoenen, werden telkens afgewezen", aldus Olyslaegers, "alhoewel onze organisatie op dat ogenblik af te rekenen had met financiële moeilijkheden. De Britse National Union of Mineworkers van Arthur Scargill had zijn organisatie (120.000 leden) immers net teruggetrokken uit het MIF en dat betekende ook financiëel een aderlating. Op dat ogenblik bood Baker ons een bedrag van 10.000 dollar ter beschikking voor de werking van het MIF in zuidelijk Afrika. Maar het uitvoerend komitee besliste op 23 oktober 84 dat het MIF geen financiële middelen kon aanvaarden van andere organisaties dan de bij ons aangesloten mijnwerkerscentrales", zo besluit Olyslaegers.. (WDB)

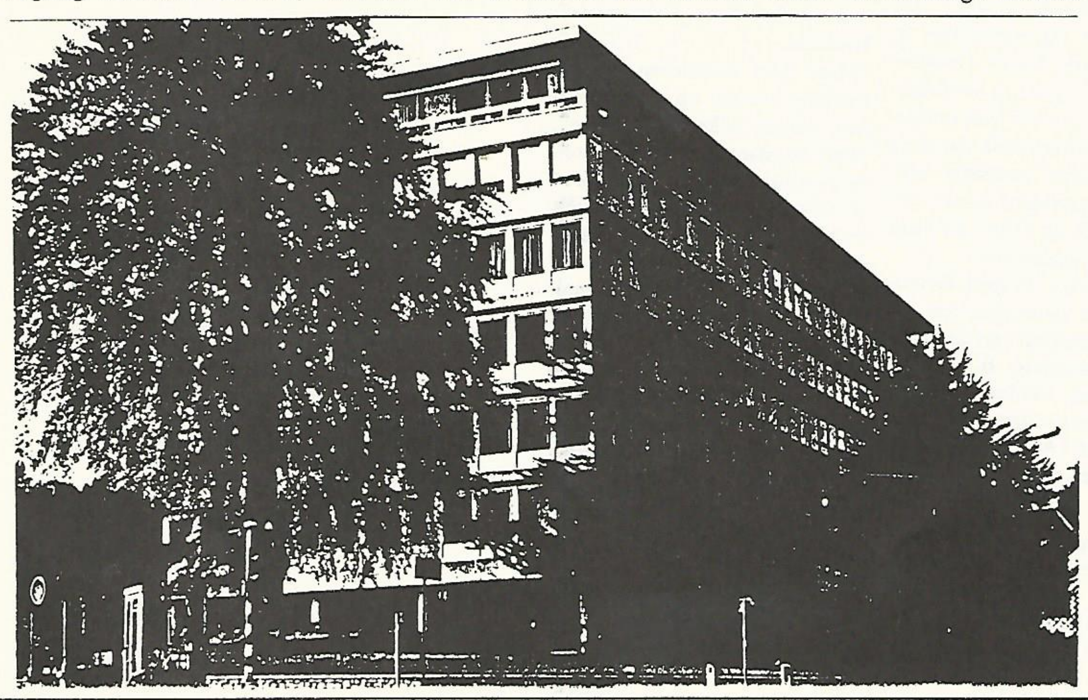


Kampagne "Pierre Akkerman, den bürgerlichen Militarismus und den kleinbürgerlichen Pazifismus bekämpfen".

An diesem Nachmittag des 21. November 1985 haben wir den Sitz der MOTOROLA Corp., 178 Chaussée La Hulpe in Brüssel angegriffen und zerstört. MOTOROLA Corp. ist ein US-Trust für Militärelektronik, der in Programme für Raketen, Aufklärungsflugzeuge, usw. verwickelt ist. Sie ist vollständig mit der südafrikanischen Apartheid kommpromitiert, deren Sicherheitskräfte sie ausrüstet.

Unsere Aktion ist unser Willkommensgruß für den Repräsentanten des barbarischsten und kriminellsten Systems in der Geschichte der Menschheit: dem Yankee-Imperialismus! Sie erinnert ihn daran, dåß im Januar 84 bereits Einheiten der UNITED FREEDOM FRONT diesen Trust in New York angegriffen haben. Sie ist ein brüderlicher Gruß an alle Völker der Welt, die sich im Krieg gegen Kapitalismus und Imperialismus befinden!

Ein großer politischer Schritt ist durch diese ersten zwei Aktionen der Kampagne zurückgelegt worden, selbst wenn er nur durch begrenzte Interventionen getragen wurde. Der kleinbürgerliche Pazifismus, der die Antikriegsbewegung in die Sackgassen des Reformismus irreführt und dessen Niederlage heute in allen europäischen Ländern von evidenter Klarheit ist, ist Seite an Seite mit dem bürgerlichen Militarismus, dessen treuer Diener er ist, zurückgeworfen worden - auch in der Praxis. Die Stärke dieses großen politischen Schritts basiert auf der Tatsache, daß wir eine Lücke in der Sackgasse geöffnet haben, in der die Antikriegsbewegung stecken bleibt, daß wir die Ursachen und Gründe ihrer Niederlage erklärt ha-



ben, daß wir ihren ersten Fein bezeichnet haben: den kleinbürgerlichen Pazifismus, daß wir die einzig historisch mögliche Alternative zum imperialistischen Krieg vorgeschlagen haben: den Bürgerkrieg, Weg zur Revolution.

Viele Leute sind während der letzten Mobilisierung gegen die US-Raketen noch auf Demos gelaufen, dieses beweist das enorme Potenzial für den Kampf, daß die Ablehnung der Massen, sich in eine neue Metzgerei wie 1914, wie 194o, fortschleppen zu lassen, in sich birgt. Aber die meisten dieser tausenden von Demonstranten sind ohne Hoffnung, ohne jegliche Überzeugung marschiert, denn im Rückblick auf die Demos und Kämpfe der letzten Jahre wissen sie, daß sie nichts gewonnen haben, daß die Raketen da sind, wie in der BRD, in Italien, morgen in Holland... und daß es nicht den geringsten Grund dafür gibt, daß die imperialistischen Regierungen ihre Meinung jetzt in Betracht ziehen.
Wenn der Bandit Galand seine Fieberphantasien psalmodiert, nach denen Martens 6 die Friedensbewegung berücksichtigen wird, glaubt er nur eine einzige Minute lang an einen derartigen Schwachsinn? Glaubt er daß, während 300.000 Personen vor den Wahlen, und als Martens auf der Suche nach Wahlködern sie zum Teufel geschickt hat, gegen Krieg und Raketen demonstrierten, daß 150.000 Demonstranten nach den Wahlen in irgendeiner Weise die künftige Regierungspolitik beeinflussen werden? Macht er sich nicht über uns lustig?

Die imperialistischen Regierungen haben nur die Wahl der Bevölkerung zu treffen, sie bereiten den Krieg vor, denn er ist ihre einzige Alternative zur Krise des Kapitals. Und die einzige Sache, die Martens 6 und die NATO am Pazifismus interessiert, ist es zu wissen, wie lange CNAPD, VAKA und Konsorten uns noch mit trügerischen Hoffnungen hinhalten, um uns entwaffnet als Kanonenfutter abzuliefern.

In diesem Kontext der Krise der Antikriegsbewegung, das heißt, ausgehend von den Widersprüchen zwischen ihren Forderungen und ihren objektiv von ihrer politischen Schwäche eingesperrten Möglichkeiten, haben wir die sehr begrenzte und sehr personalisierte Aktion gegen den Erzgauner Galand durchgeführt. Trotz der totalen Verfälschung und konzertierten Vergiftung, die die Gesamtheit der Medien zu dieser Gelegenheit entwickelt hat, hat unsere Aktion viele Militante und Genossen interpelliert. Voilà, deshalb werden wir auf der Kritik des kleinbürgerlichen Pazifismus bestehen, darauf, daß er heute mehr denn je das in unseren Reihen zu bekämpfende Haupthindernis ist - auch wenn unsere Aktion von diesem Tage gegen ein Wirtschaftszentrum der Kriegsindustrie gerichtet ist.

Es bringt überhaupt nichts, sich die Augen vor der Bilanz dieser letzten Jahre der Mobilisation gegen den Krieg zu verbinden, eine solche Haltung schwächt nur noch mehr. Selbst wenn Galand-die Stimme seines Herrn, mit seinen intimen Komplizen auf die Zinnen klettert, um uns einzuwickeln indem er vom "großen Erfolg"'für seine Politik spricht, indem er nicht vergißt, die Aufstellung von Cruise Missiles vorgestern in England und Italien, von Pershings in der BRD, die Aufstellung von Cruise Missiles in Belgien gestern und in Holland morgen zu verschweigen. Die Realität ist folgende: die formidable Ablehnungsbewegung ist machtlos, sie ist von Illusionisten irregeleitet, es ist für sie unbedingt notwendig, mit Dringlichkeit von Anfang bis Ende ihrer politischen und strategischen Optionen zu revidieren. Die Antikriegsbewegung ist in der Krise ihrer wiederholten Niederlagen, und diejenigen die eben noch vom großen Erfolg bei dieser Gelegenheit sprachen, sind als unsere Feinde demaskiert.

Welches sind die Charakteristiken der Antikriegsbewegung heute und was sind die Lektionen, die wir aus den letzten Jahren der Mobilisation ziehen müssen?

1. Zunächst ist es angebracht, die phantastische Kontinuität der Volksmobilisierung gegen die Aufstellung der US-Raketen und damit gegen den imperialistischen Krieg hervorzuheben. Diese Kontinuität ist um so exemplarischer, als diese Bewegung unaufhörlich verraten wurde und als sie trotzdem heute immer noch sehr bedeutend ist. Der Grund für diese Kontinuität ist für Marxisten, die die Frage des imperialistischen Kriegs in der Dominierung des Kapitals und somit im Klassenkrieg begründen, sehr leicht verständlich. Wie wir es kürzlich geschrieben haben: "Der Widerspruch zwischen den Völkern und dem imperialistischen Krieg ist ein objektiver und historischer Widerspruch, der durch die Produktionsweise hervorgebracht würde und somit unwiderruflich ist, solange das Verhältnis der Klassendominierung nicht fundamental modifiziert wird".

Es ist auch in diesem Verständnis, in dem man die Antiraktenmobilisierung vom 20. Oktober analysieren muß. Wenn sie einerseits 100 oder 200.000 Personen vereinigt hat, das heißt eine Menge Leute, einen Massencharakter, einen breiten Charakter, der trotz evidenter Miß-

erfolge anhält, die Weigerung die Arme vor dem Inakzeptablen zu senken; andererseits ist es wenig angesichts der früheren Mobilisierungen und der Tatsache, daß die Raketen heute (teilweise) aufgestellt sind, das bedeutet, daß die Kriegsgefahren sehr viel konkreter und unmittelbarer sind, wenig auch, wenn man konstatiert, daß diese Demobilisierung nicht durch einen offensiven politischen Fortschritt kompensiert wurde.

2. Wenn wir den objektiven Charakter der Klasse der Antiraketenbewegung erklären können und damit ihre Möglichkeiten, können wir auch ihre Schwächen und ihre Grenzen, wenn sie sich in die pazifistischen Verirrungen verstrickt, erklären. Die opportunistische und populistische Eskalation, die mit der Teilnahme von Spitaels bei dieser Mobilisierung kulmunierte (während seine Partei die Aufstellung in ihrem Wahlprogramm unterstützt), ist nur die überspitzte Illustration der Art und Weise, mit der die Sozialdemokraten seit dem Auftauchen der Antikriegsbewegung die Führung dieser Bewegung ursupiert haben um sie in der Machtlosigkeit zu ersticken, um deren Angriffspotenziale zu zerschlagen. In jedem Fall wird uns die aktuelle Situation die traurige Nummer der Barnum-Regierung ersparen, in der die Sozialisten ihre Basis hätten diese atlantistische Kränkung einstecken lassen müssen, denn ihre Wahlniederlage hat sie dazu nicht veranlaßt.

Konkret: die einzigen autorisierten Bewerberstimmen, die den Volkswillen repräsentieren, sind die einer pazifistisch-bourgeoisen Clique, die dafür die völlige Kollaboration und das Wohlwollen der Medien gewinnen. Deshalb ist unsere Aktion gegen Galand und seine böswillige Orientierung auch von großer Kraft: es ist für die Presse nicht mehr so leicht, den Pazifismus der Demonstranten seligzusprechen, wenn sie zu der Tatsache, daß die Kämpfenden Kommunistischen Zellen, die die objektive politische Avantgarde der Antikriegsbewegung sind, die pazifistische Kanaille angreifen, eine Antwort erbringen muß. Zum ersten Mal konnten die pazifistischen Führer die Masse nicht in aller Stille hintergehen. Als Galand heulte, damit Martens 6 ihn empfing um sein Gejammer anzuhören -das ist Situationskomik- dachten viele Militante über unsere revolutionäte Politik und über den permanenten Verrat von CNAPD-VAKA nach.

3. Und jetzt müssen wir über die Lektionen, die aus dieser Realität zu ziehen sind, sprechen. Es gibt wenig, der schlaffe Pazifismus (deren eifrigste Unterstützer kommen von den religiösen Schwärmern der Arbeiterpartei unter der Bevormundung der Sozialdemokratie) erschien noch als einzige Möglichkeit, seine Ablehnung des imperialistischen Militarismus zum Ausdruck zu bringen. Dieser Trick der Kleinbürger bricht vor zwei objektiven Faktoren zusammen. Seine heute evidente Niederlage und vor allem das aktuelle Auftauchen der Zellen und ihrer politischen Grundlagen: "KEIN KAPITALISMUS OHNE KRIEG, KEIN FRIEDEN OHNE REVOLUTION".

Auf dieser Analyse gründet sich die Rechtfertigung, den kleinbürgerlichen Pazifismus anzugreifen, als nicht mehr rückgängig machbare Etappe zum Fortschritt und der revolutionären Qualifizierung der Antikriegsbewegung. Aus Furcht vor der Klarheit unserer Positionen, vereinigen sich alle kleinbürgerlichen Demokraten um zu erklären, daß wir die Volksbewegung angreifen, während es sie sind, die seit Jahren deren gefährlichster Feind sind! Die Revolutionäre sind von der Sache des Volkes ausgegangen und es ist ihre Aufgabe, diese Sache zum Sieg zu führen. Unser Angriff gegen den Pazifismus ist eine der Waffen in den Händen der Antikriegsbewegung, eine Waffe von der sie sich eine unabdingbare Reife für ihren Fortschritt aneignen muß.

Unsere Aktion von heute, die künftigen, unsere Aktionen zu Beginn der "Kampagne Pierre Akkerman, den bürgerlichen Militarismus und den kleinbürgerlichen Pazifismus bekämpfen", sind unsere Teilnahme, unsere Intervention in der Antikriegsbewegung. Wir denken, daß sich innerhalb der Massenbewegung gegen den Krieg der Widerspruch, der das Volk dem imperialistischen Militarismus entgegenstellt, ausdrückt und daß wir die Qualifizierung proletarischer Politik innerhalb dieses Widerspruchs zu handeln haben. Wir arbeiten daran mit genausoviel Ernsthaftigkeit wie politischem Anspruch, um daraus eine proletarische Kraft unter marxistisch-leninistischer Führung zu entwickeln.

4. Welches sind die Aufgaben und Pflichten in Bezug auf diese Analysen von Militanten, die real entschlossen sind gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, will heißen, die diese Frage nicht auf verzweifelte, sterile oder existentielle Art stellen, sondern mit Engagement zu siegen und den Sozialismus zu erringen?

Die Militanten der Antikriegsbewegung sind heute mit einem doppelten Feind konfrontiert: dem bürgerlichen Militarismus und dem kleinbürgerlichen Pazifismus. Kein konsequenter Fort-

schritt ist möglich, solange wir nicht die Politik des kleinbürgerlichen Pazifismus in unseren Reihen eliminieren. Mehr noch, diese infame Politik wird nur durch den konkreten Angriff auf den bürgerlichen Militarismus eliminiert werden. Eine dialektische Verbindung einigt unsere Feinde, eine gleiche Verbindung muß unseren Angriff einigen. Wir können nicht ignorieren, daß der beste Kampf gegen den Pazifismus der antiimperialistische Kampf, der bewaffnete Kampf gegen die bürgerliche Armee ist, es sei denn, wir reduzieren unseren Kampf gegen den Pazifismus auf eine Scherzfrage oder verstehen nicht, daß Militarismus und Pazifismus Produkte bürgerlicher Macht sind.

In diesem Sinn halten wir an unserer schonungslosen Kritik an der kleinbürgerlichen pazifistischen Betrügerei fest und entwickeln sie in der Stunde, in der wir Reagan und seine Clique empfangen, indem wir ein Zentrum mit besonderem Bezug zu seiner Macht zerstört haben: den militärisch-industriellen Komplex der Yankees.

Der Gipfel von Genf zwischen den imperialistischen Führern und ihren Stäben ist nicht der Friedensgipfel sondern sehr wohl ein Kriegsgipfel. Hier ist ein aktuelles Beispiel, an dem die pazifistischen Illusionen Gefallen finden, indem sie eng mit der bellezistischen bourgeoisen Propagande für diesen Gipfel kollaborieren: wenn Galand seine Platzrunde bei den Botschaften der Vereinigten Staaten und der UDSSR drehen wird, verwechselt er den Imperialismus mit einem Märchen von guten Feen!

So wie der Gipfel von München im September 38, wo die deutschen, französischen und britischen imperialistischen Supermächte ihre Wünsche und Versprechungen nach Frieden vervielfacht haben, bevor sie einige Monate später die gesamte Welt in die Schrecken des zweiten Weltkriegs stürzten, ist der Gipfel von Genf der Gipfel der bellezistischen Organisierung der beiden größten Feinde der Völker: dem Yankee-Imperialismus und dem "sowjetischen" Imperialismus!

Der Zynismus deses illustren Treffens zeigt besser als jede Abhandlung den Hauptwiderspruch unserer Epoche: das Weltproletariat gegen die imperialistische Bourgeoisie. Weder der Stab von Reagan noch der Stab von Gorbatchev sind da um über Frieden zu diskutieren, weil sie den Krieg heute oder in sehr baldiger Zukunft brauchen, um die toten Punkte der kapitalistischen Wirtschaftskrise aufzulösen.

Reagan und Gorbatchev sind in Genf um -über die Tatsache hinaus, die Bevölkerung für die Idee des Kriegs zu konditionieren (in Belgien sind mehr als 50% der Bevölkerung von dem unmittelbaren Bevorstehen eines Atomkrieges überzeugt... aber ziehen sie es vor, nicht daran zu denken?) sich offiziell ihre internen Probleme mitzuteilen und sie in Harmonie zu regularisieren. Es handelt sich ausschließlich, nicht mehr und nicht weniger, um eine Beratung zur Planifizierung des Ost/Westantagonismus in Bezug auf den fundamentalen Widerspruch, den wir weiter oben zitierten: das Weltproletariat gegen die imperialistische Bourgeoisie.

Was also muß in diesem Zusammenhang die Position der Kommunisten sein? Wir müssen die beiden Superimperialisten denunzieren, selbst wenn die UDSSR es noch wagt, sich der proletarischen Revolution vom Oktober 17 oder ein sozialistischer Staat zu sein, brüstet, dies täuscht niemand mehr. Wir müssen politisch-militärisch "unsere" Bourgeoisie angreifen und alle Proletarier der ganzen Welt dazu aufrufen, in den selben Weg einzubiegen, sich in der gleichen Praxis für die gleiche Sache zu verbrüdern: den Kommunismus!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

VORWÄRTS ZUM AUFBAU DER KÄMPFENDEN ORGANISATION DER PROLETARIER!

Organisieren wir uns und greifen unaufhörlich an!

VORWÄRTS ZUR KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION!

ALLE MACHT DEN ARBEITERN!

Cellules Communistes Combattantes
für den Aufbau der Kämpfenden Organisation der Proletarier



...aber es wird ihnen nichts nützen, da die guerilla durch die verhaftung einiger kämpfer nicht zerstört werden kann!